

9. HEFT / SEPTEMBER 1906

## EDUARD BERNSTEIN · ZUM SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG IN MANNHEIM

**R**EICH bepackt ist die Tagesordnung, die der Parteivorstand für den Parteitag diesmal vorgeschlagen hat. Ausser den Verwaltungs- etc. Berichten sollen noch vier Gegenstände von Wichtigkeit behandelt werden: der politische Massenstreik, der nächste internationale Kongress, die Volkserziehungsfrage und das dreifache Problem *Strafrecht, Strafprozess und Strafvollzug*. Für die beiden letzterwähnten Punkte allein wird man mehrere Sitzungstage freihalten müssen. Ich habe zur Fähigkeit des zum Referenten für das Thema des Strafrechts etc. bestimmten Genossen Haase, das Notwendige vom Beiwerk zu sondern, das grösste Vertrauen, doch möchte ich ihm nicht zumuten, den Gegenstand in, sagen wir, nur zwei Stunden abzuhandeln. Jede Zeitbeschränkung wäre hier ein Unrecht gegenüber dem Referenten nicht nur, sondern auch gegenüber der Partei. Ähnlich liegt die Sache beim Punkt *Sozialdemokratie und Volkserziehung*, für den zwei Referenten, Genosse Schulz und Genossin Zetkin, vorgesehen sind. Kurz, man wird daran denken müssen, von vornherein für die Referate genügende Zeit freizuhalten. Vielleicht, dass man beschliesst, die Debatte über das Referat des Genossen Haase nicht gleich diesmal vorzunehmen, sondern auf den nächstfolgenden Parteitag zu vertagen. Dieser Modus wäre auch aus sachlichen Gründen wünschenswert, weil man Referaten über Gegenstände dieser Art durch eine improvisierte Debatte nicht gerecht wird; sie müssen vorher bekannt sein, soll die Diskussion mehr, als beiläufige Bemerkungen, bringen. Dass die Frage des politischen Massenstreiks schon wieder behandelt werden soll, nachdem sie erst im vorigen Jahre in Jena ausgiebige Erörterung gefunden hatte und durch die Annahme der Resolution Bebel für die Partei prinzipiell erledigt zu sein schien, könnte Erstaunen erregen, wenn die Vorkommnisse nicht jedem bekannt wären, die dazu Veranlassung gaben. Sie knüpfen an eine Besprechung zwischen Parteivorstand und *Generalkommission* über die praktische Tragweite des Jenaer Beschlusses an, die am 16. Februar dieses Jahres stattfand.

und über die Genosse Silberschmidt im Einverständnis mit dem Parteivorstand einer wenige Tage später zusammengetretenen Konferenz der Vorstände der zentralorganisierten Gewerkschaften Bericht erstattet hat. Das Protokoll über diesen Teil der Konferenz ist erst durch die *Einigkeit* auszugsweise und dann vom Parteivorstand vollinhaltlich bekannt gegeben worden. Das erstere geschah auf Grund eines Vertrauensbruchs, das letztere im Widerspruch mit einem Beschluss der Mehrheit der Gewerkschaftsvorstände, welche selbst nach Bekanntwerden jener Teilstücke von der zum Prinzip erhobenen Regel nicht abweichen wollten, dass die Protokolle ihrer Konferenzen nicht vor die Öffentlichkeit gehören. Die Berechtigung der Regel selbst wird kein vernünftiger Mensch bestreiten. Sie würde freilich damit nicht preisgegeben worden sein, wenn die Gewerkschaftsvorstände in Anbetracht der durch das Vorgehen der *Einigkeit* geschaffenen Sachlage dem Wunsche des Parteivorstandes nach Veröffentlichung jenes Protokollteils Folge gegeben hätten. Indes, die Bestimmung lag bei ihnen, und es ist unter mancherlei Gesichtspunkten zu bedauern, dass der Parteivorstand sich über den unzweideutigen Beschluss einer befreundeten Körperschaft hinweggesetzt hat. Das Protokoll ist sehr interessant, aber zur Erhellung der Streitfrage, an der der Parteivorstand beteiligt war, tragen diejenigen Stücke, die nicht schon von der *Einigkeit* bekanntgegeben waren, absolut nichts bei. Die an sie von einem Teil der Parteipresse geknüpften Artikel sind im Gegenteil nur geeignet, die Debatte auf allerhand Nebenfragen abzulenken. Was ist auf der Februarbesprechung geschehen?

Nach dem Bericht Silberschmidts hat Bebel dort namens des Parteivorstands in einer längeren Auseinandersetzung darüber, wie sich dieser die praktische Stellungnahme von Parteivorstand und Gewerkschaften zum politischen Massenstreik vorstelle, als Einleitung dem Sinne nach gesagt:

»Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.«

Nach der Erklärung des Parteivorstands hat Bebel dagegen auf Grund einer vorher aufgesetzten Punktierung unter 1 ausgeführt:

»Der Parteivorstand hat nicht die Absicht gegenwärtig den politischen Massenstreik zu propagieren; sollte der selbe aber propagiert werden müssen, so wird sich der Parteivorstand mit der *Generalkommission* zuvor ins Benehmen setzen.«

So gegenübergestellt, scheinen die zwei Lesarten von einander abzuweichen. Indes wird im Bericht Silberschmidts über den Sinn der Bebelschen Darlegungen schon unter 2 ausgeführt, dass, wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, er von der Partei geführt werden müsse, die Gewerkschaften sich dagegen offiziell nicht an ihm zu betätigen hätten, und unter 5 heisst es, dass nach Bebel die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, »Aufgabe der Partei sein« müsse. Das besagt klar und deutlich, dass die Partei gegebenenfalls die ganze Verantwortung für einen solchen Streik auf sich nehmen würde. Eine generelle Absage an die Massenstreikidee für alle Zeit kann auch aus der Silberschmidtschen Darstellung nicht gefolgert werden. Die ganze Differenz der Lesarten dreht sich vielmehr um die Frage, ob Propagierung des politischen Massenstreiks oder nicht. Wenn also ein Widerspruch überhaupt gefunden werden soll, so bestimmt er sich nach der Deutung, die der Begriff *propagieren* erfährt, und so hat sich denn auch darüber in Parteiblättern ein artiger Philologenstreit abgespielt. Heisst den politischen

Massenstreik propagieren die Köpfe auf die Möglichkeit vorbereiten, dass einmal ein solcher Streik notwendig werden mag, oder heisst es auf einen in absehbarer Zeit bestimmt zu unternehmenden Massenstreik hinarbeiten? Die Erklärung des Parteivorstandes, dass er gegenwärtig den Massenstreik nicht zu propagieren gedenke, bezog sich jedenfalls auf ein Propagieren im letzteren, sagen wir: konkreten Sinne. Ob sie auch auf ein solches im ersteren, generellen Sinne ging, ist die Streitfrage, und je nachdem man sie entscheidet, kann man in dem Bebelschen Satz eine Bestätigung oder eine Preisgabe des Jenaer Beschlusses erblicken.

Damit kommen wir zur Frage nach dem Sinn der Jenaer Resolution selbst. Auch sie ist dem Schicksal sehr auseinandergehender Interpretation verfallen. Schon die ersten Monate nach Jena brachten mit dem Pronunciamento der Genossen von Elm, Frohme, Lesche gegen das von *Revolutionsromantikern* mit dem Jenaer Beschluss getriebene Spiel und den darauf erfolgten Antworten die Gegensätzlichkeit der Auffassungen zu Tage. Genosse von Elm, der in Jena in eindrucksvollster Weise für die Bebelsche Resolution gesprochen hat, war es wiederum, der auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände erklärte, er könne zwischen Bebels Ausführungen in Jena und dessen Erklärungen in der Besprechung mit der *Generalkommission* einen Widerspruch nicht entdecken. Die Folgerichtigkeit seiner Auffassung wird niemand bestreiten können. Hat er aber die Jenaer Resolution Bebels auch richtig aufgefasst? Entscheidend hierfür sind folgende Sätze aus dem Schlusswort Bebels in Jena:

„Es handelt sich . . . heute nicht darum, die Partei schon heute auf den Massenstreik in einem gegebenen Fall festzulegen. Das würde ich für den grössten Fehler halten, den wir machen könnten. Nein, wir haben ihn nur für den gegebenen Fall mit in Erwägung zu ziehen . . . Wir ändern mit diesem Beschluss durchaus nicht unsere Taktik, sondern nehmen nur ein neues Kampfmittel zu den Waffen, die wir heute zur Verfügung haben, auf, um im gegebenen Falle die Frage zu entscheiden: wollen wir, können wir, und wie können wir es anwenden?“

Im Zusammenhang mit diesen Sätzen und den weiteren Ausführungen Bebels ist die Jenaer Resolution ebensowohl eine Absage an diejenige Richtung in der Sozialdemokratie, die heute das Predigen des politischen Massenstreiks als eine der obersten Parteipflichten hinzustellen sucht — von der anarchistischen Generalstreikpropaganda gar nicht zu reden —, wie eine Abweisung derjenigen Auffassung, die den politischen Massenstreik schlechthin für indiskutabel erklärt. Die zitierten Sätze geben durchaus von Elm recht. Der Parteivorstand brauchte meines Erachtens nur sie abzudrucken, um den Vorwurf, er habe den Beschluss von Jena schnöde verraten, kurz und bündig zu widerlegen.

Wenn er sich darauf nicht beschränkt, sondern nun die ganze Frage noch einmal vor den Kongress der Partei bringt, so vielleicht aus dem Grunde, weil ihm die Jenaer Resolution nicht gegen jede Missdeutung bestimmt genug gefasst erscheint, und er einen Zusatz wünscht, der diesem Mangel abhilft. Ich persönlich würde das nur mit Freuden begrüßen, denn aus dem Gefühl eines solchen Bedürfnisses heraus habe ich seinerzeit die Thesen ausgearbeitet, die ich meiner Broschüre über den Massenstreik angefügt habe. Es ist aber auch möglich, dass die Erfahrungen des abgelaufenen Jahres dem Parteivorstand so wichtig für die Beurteilung der Aussichten eines politischen Massenstreiks in Deutschland erscheinen, dass er darum schon eine nochmalige Erörterung

für angezeigt hält; denn was wir in Jahr und Tag an Russland zu beobachten Gelegenheit hatten, ist durchaus geeignet, die Ansichten über die Wahl dieses Kampfmittels auf ein vernünftiges Mass zurückzuführen. Mit Redensarten, wie, man solle sich am Vorbild der russischen Arbeiter ein Beispiel nehmen, oder jetzt sei die Zeit gekommen, wo sich das Wort des Meisters erfüllen und die Evolution in die Revolution umschlagen werde, wird der Manheimer Parteitag wohl verschont werden. Die russischen Streiks haben gezeigt, wie schnell solche Bewegungen sich dem Rat oder Gebot der berufenen Führer entziehen, wie sie sich schliesslich weder auf Anordnung hin mit genügender Kraft einstellen, noch auf Abmahnung hin vertagen lassen wollen.<sup>1)</sup> Wenn man hiergegen auf die ganz andere Organisation und Disziplin der deutschen Arbeiter verweist, so lässt sich dieser Einwand gewiss hören. Aber dann soll man nicht im selben Atemzuge sein mögliches tun, durch ewiges Hetzen wider die schlechten Gewerkschaftsführer die Disziplin in den deutschen Gewerkschaften zu nichte zu machen. Der Versuch, den Gewerkschaftsvorständen mit den Mitgliedern zu drohen, ist auch vom reinen Parteistandpunkte aus grundverkehrt. Dadurch trägt man gerade erst die Keime der Zersplitterung in die Arbeiterbewegung hinein, die man angeblich völlig vereinheitlichen will. Bei dem heute in Deutschland erreichten Höhegrad der Bewegung, wo sich Gewerkschaft und Partei immer wieder auf einander angewiesen sehen, ist die Gefahr des Auseinanderlaufens der beiden Hauptorgane der Arbeiterbewegung ausgeschlossen, so oft auch in Einzelfragen die Meinungen differieren mögen. Hier drängen die Verhältnisse selber zur Einheit in der Gesamtrichtung.

Darum erübrigt sich auch meines Erachtens der Vorschlag, diese Einheit dadurch sicher zu stellen, dass man Mitglieder der *Generalkommission* im Parteivorstand und Mitglieder des Parteivorstands in der *Generalkommission* hospitieren lässt. Unter ganz bestimmten Verhältnissen, auf früheren Stufen der Bewegung, mag solche Verbindung angezeigt sein; dass man auch ohne sie auskommen kann, zeigt gerade das Beispiel Deutschlands. Die Anregung, die Genosse von Elm in den *Sozialistischen Monatsheften* zum vorigen Parteitag gab: einen gewerkschaftlichen parlamentarischen Beirat zum Zweck der »Einheit von Partei und Gewerkschaft in der sozialpolitischen Aktion« zu bilden, ist durchaus beachtenswert, weil es sich in der Sozialpolitik um Spezialien handelt, in denen der Gewerkschaftsfachmann oft kompetenter ist, als der Parteiabgeordnete. Aber in allgemeinen Fragen der Arbeiterbewegung bedarf es kaum einer formellen Delegation. Mir scheint es vollkommen ausreichend, wenn Parteivorstand und *Generalkommission* im Bedarfsfalle zu gemeinsamer Besprechung zusammenkommen; das ist einfacher und weniger mit Reibungsgefahren verbunden, als ein offizielles Gesandtschaftsverhältnis. Man beweist

<sup>1)</sup> Russland hat noch mehr gezeigt. Es hat sich auch dort wieder erwiesen, wie verderblich die überlieferte marxistische Phraseologie wirkt, wo sie Denkschablone wird. Sonst sehr orthodoxe Marxisten, wie Plechanow, *Parvus* etc., die dies sahen, mussten es erleben, dass sie von Mitmarxisten als *Bernsteinianer* gekennzeichnet wurden. Man unterscheidet bei uns nicht genug zwischen den wirklichen Wissenschaftselementen des Marxismus, die heute übrigens meist auch in die Wissenschaft übergegangen sind, und den mancherlei anfechtbaren Anwendungen, die sie ursprünglich auch bei Marx selbst noch gefunden haben. So berufen sich die literarischen Pächter des Marxismus im Gewerkschaftsstreit darauf, dass sie ja immer die Notwendigkeit der Gewerkschaften verlockten hätten. Aber das können auch die Anarchisten und von der anderen Seite Liberale, Klerikale etc. tun. Nicht, dass, sondern, wie man eine Sache will, ob man den Gewerkschaften das Recht ihrer eigenen Entwicklung zuerkennt oder sie nach bestimmten Schablonen modeln will und schulmeister, darauf kommt es an.

wenig Vertrauen in die bestimmende oder regulierende Kraft der Klasseninteressen, wenn man in formalen Einrichtungen das Schutzmittel gegen mögliche Entgleisungen einzelner Führer oder Gruppen sucht. Mein Glaube ist in dieser Hinsicht aus stärkerem Material. Allerdings bin ich mit Bernard Shaw bekanntermassen »kein Marxist«.

Den Lesern dieser Zeitschrift wird der im *Berliner Tageblatt* veröffentlichte übermütige Brief Bernard Shaws über die deutsche Sozialdemokratie bekannt sein. Ich weiss nicht, ob Shaw geglaubt hat, durch diesen Brief irgendwie auf die Partei in Deutschland einzuwirken. Hat er eine solche Absicht gehabt, so hat er den denkbar ungeschicktesten Weg gewählt, sie auszuführen. Schon dass das *Berliner Tageblatt* dem Brief die Note *vernichtende Kritik* mit auf den Weg gab, wird ihm das bewiesen haben. Allerdings hat auch der *Vorwärts* sich arg verhalten, indem er Shaw einen »Überbrettdramatiker« nannte — Shaw, den unermüdlichen Vorkämpfer Ibsens in England, Shaw, den unerbittlichen Gesellschaftskritiker, der in den *Helden* die militärische Pose, in den *Häusern des Witwers* den Bodenwucher, in *Frau Warrens Gewerbe* unsere ganze gesellschaftliche Moral mit schärfstem Sarkasmus blossgestellt hat —, und indem er von »grössenwahnsinnigem Literatensozialismus« sprach, fünf Wochen, nachdem an leitender Stelle eben dieses *Vorwärts* ein Erzeugnis eben dieses *Literatensozialismus* mit grosser Anerkennung besprochen worden war.<sup>2)</sup> Solche Ausfälle, solche Art, den Widerpart persönlich herabzusetzen, überlässt man besser in die Enge gejagten literarischen Dilettanten. Shaw fehlte zunächst darin, dass er eine Sprache führt, die in Deutschland einfach nicht verstanden wird. Dann aber trifft ihn der Vorwurf, den er mit Recht schon deutschen Sozialisten gemacht hat, über Angelegenheiten eines anderen Landes abgeurteilt zu haben, ohne die Verhältnisse dieses Landes genügend zu kennen. Was in einem Lande möglich ist, wo man gleichzeitig ein höheres Staatsamt bekleiden und als revolutionärer Sozialist öffentlich agitieren kann, ist in einem Lande, wo der Sozialdemokrat nicht einmal Turnunterricht geben darf, einfach undiskutierbar. Selbstverständlich ist der erstere Zustand der vorgeschrittenere, und es wäre sehr schön, wenn wir in Deutschland noch vor dem *grossen Kladderadatsch* dahin kämen. Aber — so weit sind wir nicht, und darum wird eine Argumentation, die solche Verhältnisse voraussetzt, hier platt zu Boden fallen.

In einem Punkt gibt Shaw indes in seiner Weise einem Empfinden Ausdruck, das man so ziemlich bei allen Sozialisten des Auslandes antrifft: nämlich, dass zwischen der numerischen Stärke der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Einwirkung auf die deutsche Politik ein beispielloses Missverhältnis besteht. Darüber denkt Shaws grösster Antipode im sozialistischen England kaum anders, als er, und in Frankreich, Italien, den nordischen Ländern, bei den slawischen Sozialisten, überall kann man ähnliches hören. Dass da viel Übertreibung mit unterläuft, dass der Einfluss der Sozialdemokratie in Deutschland faktisch ein

<sup>2)</sup> Ich meine die von der *Fabian Society* herausgegebene Streitschrift *Socialism and labour policy*, besprochen im *Vorwärts* vom 20. Juni dieses Jahres. Schon der eine Satz: »Diese [Steuer] Vorschläge sind konfiskatorischer Natur, eben deshalb empfehlen wir sie der Arbeiterpartei verrät die Mitarbeiterschaft Shaws. Ich behalte mir vor, in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift auf die Tendenzen und Leistungen der englischen *Fabianer* genauer einzugehen. Inzwischen sei denjenigen, die sich bass wunderten, wie ich *diesen Shaw* einem hohen sozialistischen Adel und bürgerlichen Publikum als *geistvollen Sozialisten* habe vorstellen können, die Lektüre der Polemik empfohlen, die Shaw soeben in der *Londoner Tribune* mit dem Schriftsteller Geo. R. Sims über den *Schmerzenschrei der Mittelklassen* führte.



# LEO ARONS · ERGEBNISSE UND AUSSICHTEN DER PREUSSISCHEN WAHLRECHTSBEWEGUNG

I

**A**LS die Sozialdemokratie im Jahre 1903 zum erstenmal in geschlossenen Reihen an den preussischen Landtagswahlen teilnahm, war für sie die Erkenntnis ausschlaggebend, dass nur das Eintreten in die Wahl eine tiefgehende Agitation gegen das preussische Wahlrecht ermöglichen werde. Gleichzeitig aber war man sich klar, dass durch die Beteiligung selbst die Unhaltbarkeit des Systems, das auf die Wahlenthaltung der Massen zugeschnitten war, auch dem blödesten Auge offenbar werden würde. Mit Notwendigkeit musste hieraus eine gesetzgeberische Aktion folgen und so einmal eine grosse Diskussion über das Wahlrecht im Landtag herbeigeführt werden; endlich konnte jede Abänderung des bisherigen Systems, so bescheiden sie auch sein mochte, immer nur die Stellung der Sozialdemokratie verbessern. Alle diese Erwartungen haben sich erfüllt, wieweil die preussische Regierung sich auf das Mindestmass des unumgänglich Notwendigen beschränkt und auf diese Weise den Weg für die sofortige Weiterarbeit offen gehalten hat.

Von freisinniger Seite wurde freilich die unbequeme Tatsache, dass die Sozialdemokratie endlich den Stein ins Rollen brachte, bestritten. Herr Fischbeck nannte das Auftreten der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen von 1903 einen »Unfug« und meinte:

»Wenn der Versuch gemacht wird, in der Art, wie die Herren es damals getan haben, gegen dieses Wahlrecht aufzutreten und es zu verhöhnen, dann glaube ich — auch grade vom Standpunkt desjenigen, der das Wahlrecht bekämpft —, dass das die allerverkehrteste Art ist.«

Demgegenüber stellen die Motive zum Gesetzentwurf fest:

»Die Wahlen zum Hause der Abgeordneten haben im Jahre 1903 in mehreren Landtagswahlbezirken nur mit grossen Schwierigkeiten vorschriftsmässig durchgeführt werden können . . . Ohne eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften kann nach den im Jahre 1903 gemachten Beobachtungen das gesetzmässige Zustandekommen der Wahlen für die Zukunft nicht überall mehr als gesichert angesehen werden. Die Staatsregierung hat daher die Teilung einiger der grössten Landtagswahlbezirke . . . und die Einführung erleichternder Vorschriften für das Wahlverfahren in Aussicht nehmen müssen.«

Angesichts dieser Feststellung fällt der gehässige Vorwurf seitens des impotenten *Freisinns* in nichts zusammen.

Der Gesetzentwurf, »gegeben Helgoland 15. März 1906 an Bord S. M. S. *Kaiser Wilhelm II.*«, ging dem Abgeordnetenhaus am 18. März zu; nach der ersten Beratung am 23. März wanderte er in die Kommission, die nur eine unbedeutende Änderung vornahm, während alle weitergehenden Anträge abgelehnt wurden. Nach erneuter Diskussion wurde er am 2. und 3. April in zweiter und dritter Lesung in der Kommissionsfassung angenommen; die Schlussabstimmung, die bei Änderungen der Verfassung mit dreiwöchentlicher Frist stattfinden muss, wurde nach energischen Reden seitens beider freisinnigen Parteien am 3. Mai vorgenommen. Noch am gleichen Tage ging der Entwurf an das Herrenhaus, dessen Kommissionsbericht bereits vom 8. Mai datiert ist. Die Verhandlungen im Herrenhaus führten am 25. Mai zur Annahme; die ver-

fassungsmässige Schlussabstimmung erledigte das Herrenhaus ohne Diskussion am 16. Juni, und am 28. Juni 1906 wurde das Gesetz, oder vielmehr die beiden Gesetze, 1. betreffend Vermehrung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Änderung der Landtagswahlbezirke und Wahlorte, 2. betreffend Abänderung der Vorschriften über das Verfahren bei den Wahlen zum Hause der Abgeordneten zum Gesetze vom 30. Mai 1849, publiziert.

Die Vorlage wurde während der Verhandlungen mehrfach als ein *Notgesetz* bezeichnet; mit erfreulicher Deutlichkeit trat die Erkenntnis bei allen Parteien in die Erscheinung, dass grundlegende Änderungen des Wahlrechts in Preussen nötig seien; nur Herr Dr. Irmer, ein konservatives *enfant terrible*, meinte: »Wir wünschen, dass jetzt einmal in Wahlfragen eine Zeitlang eine Beruhigung eintritt, und deshalb haben wir den Wunsch, dass diese Forderung wegen Neueinteilung der Wahlbezirke abgelehnt wird.«

Ein wie verständnisvoller Beurteiler Herr Irmer, dieser Don Quixote des preussischen Dreiklassensystems, in Wahlrechtsfragen ist, bewies er durch eine Äusserung gegenüber einem anderen nationalliberalen Vorschlag (erhöhtes Wahlrecht bei höherer Steuerleistung, höherer Bildung, höherem Alter; erweitertes Wahlrecht für die dritte Abteilung; Beseitigung der indirekten Wahl, Vertretung der Minderheiten):

»Das ist aber die Folge aller dieser gekünstelten Wahlsysteme . . . , dass man nicht im stande ist, diese Dinge in angemessener, kurzer und gemeinverständlicher Weise zu formulieren; und ich glaube doch, unser Wahlrecht soll so gestaltet sein, dass der schlichte Mann in der Lage ist, seine einzelnen Bestimmungen zu verstehen.«

Dürfte man Herrn Irmer hier ernst nehmen, so müsste man alsbald einen Antrag von ihm auf Beseitigung des verzwickten preussischen Systems erwarten, dessen einzelne Bestimmungen nur von recht wenigen Eingeweihten völlig verstanden werden können. Die freikonservativen Redner räumten die Notwendigkeit einer gründlichen Wahlrechtsänderung ein, aber gerade diese Notwendigkeit veranlasst sie zur Zurückhaltung! Freiherr von Zedlitz erklärte:

»Wir müssen unser preussisches Wahlrecht aufrecht erhalten, damit wir es dereinst in die Wagschale werfen können, um dem Reich ein vernünftiges Wahlrecht zu geben.«

Und Herr Gamp äusserte sich gegenüber dem oben erwähnten Antrag der Nationalliberalen, wie folgt:

»Was die nationalliberale Resolution anlangt, so vertreten ja meine politischen Freunde das jetzige Wahlrecht nicht in allen Punkten und wollen nicht unbedingt festhalten an dem Dreiklassenwahlrecht; wir wollen aber eine Verbindung der Reform mit der des Reichstagswahlrechts . . . , so möchte ich bitten, diesen Antrag zunächst im Reichstag einzubringen.«

Dass diese Schacherpolitik — oder soll man sie nicht vielmehr im Hinblick auf die Ausbeutung der Notlage Preussens eine Wucherpolitik nennen? — bei den Konservativen im Herrenhaus eine begeisterte Aufnahme fand, liegt auf der Hand. Der Berichterstatter, Graf York von Wartensleben, führte dort aus:

»So komme ich zu dem Schluss, dass ich es für gänzlich unberechtigt halten würde, ehe den Übelständen, die das viel schlechtere Wahlsystem im Reiche mit sich bringt, nicht abzuhelfen ist, eine Abhilfe derjenigen Übelstände, die das Dreiklassenwahlsystem betreffen, in Angriff zu nehmen. [*Bravo!*] Man muss, wenn man eine politische Aktion in dieser Richtung einleiten will, . . . die eine Reform als Vehikel für die andere gebrauchen.«

Was schiert es die konservativen Herren, dass die politisch entwickelteren Teile Deutschlands bereits freiheitlichere Systeme für die Wahl der Landesvertretungen eingeführt haben, wenn sie ihrem Hass gegen das Reichstagswahl-



recht freien Lauf lassen können! Hier glauben sie die Handhabe zur Erfüllung ihrer Wünsche zu finden. Aber gerade dieser Umstand zeigt wieder einmal mit erfreulicher Klarheit, dass die stärkste Burg der Reaktion in Deutschland der preussische Landtag ist, dass der Kampf der preussischen Genossen im Dienste der gemeinschaftlichen Sache im Reiche geführt wird. Und auch diejenigen, die heut noch die Landtagswahlfrage an sich für weniger bedeutungsvoll halten, werden nach dem Grundsatz *Die beste Deckung ist der Hieb* den Kampf um das preussische Wahlrecht als das beste Mittel zum Schutz des Reichstagswahlrechts anerkennen müssen.

Den härtesten Schlag während der Diskussionen im Landtag hat übrigens das preussische Wahlsystem im *Herrnhaus* erhalten. Der Professor Löning hatte das Wahlrecht ein unwahres und ungerechtes genannt. Gegenüber den Angriffen von konservativer Seite hielt er diese Ausdrücke aufrecht:

«Ich halte dieses Wahlrecht für ein unwahres, weil es ein allgemeines ist, aber durch die Konstruktion des Wahlrechtes 85 % der Wähler tatsächlich das Wahlrecht entzieht . . . Ich habe das Wahlrecht ein ungerechtes genannt, weil das Wahlrecht verteilt werden soll nach dem Masse der Leistungen der einzelnen für den Staat, und dieser Massstab ist in ungerechter Weise nicht festgehalten, weil 85 % der Staatsbürger, die dem Staat mit der Waffe Dienste leisten, die im Kriege für den Staat ihr Leben lassen müssen, die einen grossen Teil der Staatslasten aufbringen, durch das Wahlrecht um den Wert ihrer Stimme gebracht sind. Ich glaube, es damit rechtfertigen zu können, wenn ich dieses Wahlrecht ein ungerechtes und unwahres genannt habe.»

Der Schlag scheint uns deshalb tödlich, weil hier das preussische Wahlrecht aus sich heraus verurteilt wird, zum Tode verurteilt von einem Mann, dem es als erste Gefahr gilt, wenn das Reichstagswahlrecht auf Preussen übertragen würde. Gerade aus Furcht vor der Möglichkeit, dass eines Tages durch einen plötzlichen Umschwung das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Preussen erzwungen werden könne, verlangt er eine schleunige, gründliche Besserung des jetzigen Systems: »Benutzen Sie die Zeit, ehe es zu spät ist!«

Von dem gleichen Gesichtspunkt gingen die Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus aus. Auch ihr Redner, Dr. Krause, erklärte sich gegen Einführung des Reichstagswahlrechts in Preussen:

«Wegen der grossen Verdienste, die dem Reichstag bisher gutzuschreiben sind, denken auch wir nicht daran, dieses Wahlrecht zu beseitigen. Andererseits ist es aber eine glückliche Fügung, möchte ich sagen, dass wir in einem Bundesstaat leben, der in den Einzelstaaten ein anderes Wahlrecht ermöglicht.»

Aber eine rasche wesentliche Änderung des in Preussen bestehenden Wahlrechts sei nötig; man müsse vorbauen wegen der Möglichkeit, dass »das preussische Wahlrecht durch eine grosse Volksströmung, nicht bloss durch die sozialdemokratische, sondern eine weitergehende, hinweggefegt werden könne«. Deshalb stellten die Nationalliberalen den oben kurz skizzierten, echt nationalliberalen Antrag . . . . .

«Die Frage der öffentlichen oder geheimen Stimmabgabe will ich offen lassen . . . meine politischen Freunde sind nicht einig hierüber [1].»

Nur von den beiden freisinnigen Parteien wurde der Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preussen gestellt. Ihre Redner, Fischbeck, Broemel, Oeser, Traeger, Goldschmidt und Wiemer, die zum Teil wiederholt sprachen, gingen mit dem grössten Feuer vor. So legte Dr. Wiemer noch kurz vor der Schlussabstimmung Verwahrung ein

»gegen eine gesetzgeberische Aktion, die nur Schmeichelei oder Heuchelei als *Wahlreform* in Preussen bezeichnen kann«:

»Was not tut, ist eine grosszügige Reform sowohl des Wahlrechts, wie der Wahlkreiseinteilung in Preussen . . . Das Dreiklassenwahlssystem ist ein Überbleibsel reaktionärer Gesetzgebungskünstelei aus längst verklungener Zeit . . . es gibt ein Zerrbild von den vorhandenen politischen Strömungen . . . es ist ein versteinertes Unrecht gegenüber der fortschreitenden wirtschaftlichen und technischen sozialen Entwicklung des Staatsganzen . . . [Der Gedanke, der dem vorliegenden Gesetzentwurf zu Grunde liegt,] ist nicht der Reformgedanke eines Staatsmannes, sondern er geht hervor aus dem machiavellistischen Bestreben, den Fortbestand eines vermorschten Wahlsystems dadurch zu sichern, dass ihm einige neue Stützen eingefügt werden.«

Und drohend schloss der freisinnige Redner mit den Worten Macauleys:

»Die grosse Ursache der Revolutionen ist die, dass die Verfassungen still stehen, während die Völker fortschreiten!«

Einen allzutiefen Eindruck dürfte diese schöne Rede ebensowenig hinterlassen haben, wie die kräftigen Ausführungen der anderen freisinnigen Redner. Schon der Freiherr von Zedlitz hatte die Lacher auf seiner Seite, als er den Freisinnigen anbot, das allgemeine, gleiche und geheime Stimmrecht für die Kommunalwahlen einzuführen, wenn auch nur »auf Probe, auf 10 Jahre«:

»Wenn Sie nach 10 Jahren noch darauf bestehen, dann würden wir uns überreden lassen, noch weiter in dieser Beziehung zu gehen. Solange Sie aber nach dieser Richtung hin nicht mit Anträgen und Wünschen an uns herantreten, so werden Sie uns es nicht übel nehmen, wenn wir Ihre Vorliebe für das allgemeine gleiche Wahlrecht für Preussen für platonisch halten, als eine von denjenigen Forderungen, die man aufstellt, weil man sicher ist, dass sie niemals in Erfüllung geht.«

Viel härter, als dieser Spott, auf den sich vom bürgerlich-kapitalistischen Standpunkt aus manches entgegen liesse, traf die Freisinnigen eine Erinnerung, die der Zentrumsabgeordnete Porsch auffrischte. Das Zentrum hatte sich bei der ersten Lesung mit einer klaren Erklärung aus dem Munde Dr. Porsch' begnügt:

»Eine Reform des Wahlrechts . . . bringen die vorliegenden Gesetzentwürfe zu unserm Bedauern nicht. Wir verlangen diese Reform nach wie vor.«

Die Initiative gebühre der Regierung; für die Richtung, in der die Wünsche des Zentrums liegen, berief sich Porsch auf den Grafen Hompesch, der am 7. Februar dieses Jahres im Reichstag namens seiner Fraktion erklärt hatte, dass, was das Reich auf dem Gebiete des Wahlrechts durch seine Verfassung seinen Bürgern gewährt habe, auf die Dauer auch in den Einzelstaaten den Bürgern in entsprechender Weise gewährt werden müsse. Gegen diese zurückhaltende Stellung des Zentrums wandten sich die Freisinnigen mit Vorwürfen. Dr. Porsch erwiderte darauf, dass er und seine Freunde, wie in der Kommission, so im Plenum für den freisinnigen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preussen stimmen würden, wengleich sie einen Erfolg nicht erwarteten. Dann aber erinnerte er die Freisinnigen an die Vorgänge im Jahre 1873. Es verlohnt sich der Mühe, dieser Erinnerung nachzugehen und sie zu vervollständigen.

Im Jahre 1873 war das Verhältnis zwischen der Staatsregierung und den preussischen Konservativen ein äusserst gespanntes geworden. Am 1. Oktober 1873 erklärte die offiziöse *Provinzialkorrespondenz*, »die Regierung erachte sich und die Beamten bei den im Laufe des Monats erfolgenden Landtagswahlen verpflichtet, jedem Eingriff in die freieste Wahlbewegung fernzubleiben«. Eine

derartige — eigentlich selbstverständliche — Zurückhaltung der Regierung bedeutet in Preussen das Zusammenbrechen der Konservativen, und so brachten denn die Urwahlen am 28. Oktober und die Abgeordnetenwahlen am 4. November 1873 eine schwere Niederlage dieser Partei. In grossen Zügen ergab sich folgende Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Die Linke umfasste neben kleineren Gruppen 174 Nationalliberale und 68 Fortschrittler; sie hatte bei weitem die absolute Majorität, damals noch 217. Die Rechte bestand neben 35 Freikonservativen aus 20 Neukonservativen und 6 Altkonservativen; ihr konnte man noch 4 zu Abgeordneten gewählte Minister zurechnen, im ganzen 65 Mann, eine hoffnungslose Minorität. Das Zentrum hatte 88 Abgeordnete gestellt und verfügte mit 18 Polen über 106 Stimmen. Diese Lage benutzte der damalige Zentrumsführer Windthorst zu einem Vorstoss gegen das elendeste aller Wahlsysteme. Noch im November 1873 brachte er einen Antrag ein, unter Aufhebung der Artikel 70, 71, 72 und 115 der Verfassungsurkunde wörtlich den Artikel 20 Absatz 1 der Reichsverfassung in die preussische Verfassungsurkunde zu übernehmen (dieser lautet bekanntlich: »Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor«). Gleichzeitig hatte Windthorst einige Paragraphen über das Wahlalter, die Militär- und Ortsangehörigkeit u. s. w. aufgestellt und an die Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, auf Grund dieser Bestimmungen nunmehr schleunigst dem Landtag einen Entwurf des in der Verfassung verheissenen Wahlgesetzes vorzulegen. Und das Schicksal dieses Antrages in dem Hause mit der gewaltigen liberalen Majorität? Er erhielt nicht einmal ein anständiges Begräbnis in einer Kommission; man beseitigte und verscharrte ihn in fast unerhörter Weise, indem man die zweite Lesung auf 6 Monate vertagte, das heisst auf den Sankt Nimmerleinstag! Selbstverständlich verlangte das Zentrum für dieses Vorgehen namentliche Abstimmung. 271 Abgeordnete stimmten mit *Ja*, die 94 *Neinstimmen* hatte das Zentrum so gut wie vollständig allein aufgebracht. Unter den schamlosen Totengräbern finden wir die Leuchten des Freisinns; neben Lasker, Mommsen, Rickert, Hänel die beiden von Saucken, Kirchmann, Klotz-Berlin, Uhlendorff, Zelle, Parisius, Virchow und — Eugen Richter. Die Männer des sogenannten *Fortschritts* lehnten den Angriff auf das elendeste Wahlsystem ab, das ihnen unter der Huld der Regierung wieder einmal einen Erfolg verschafft hatte. Im Jahre 1883 beantragte der Demokrat Stern wenigstens die geheime Wahl, ebenso 1886 der Abgeordnete Uhlendorff; beide Anträge wurden abgelehnt, obgleich das Zentrum dafür gestimmt hatte. Erst als im Jahre 1893 aus Anlass der neuen Steuergesetzgebung die Regierung einige Änderungen des Wahlgesetzes beantragte, brachten die Freisinnigen, nunmehr schon zu aussichtsloser Bedeutungslosigkeit herabgesunken, den 1873 von Windthorst gestellten Antrag wieder ein: er wurde gegen ihre Stimmen und die des Zentrums abgelehnt.

Die Erinnerung an das Jahr 1873 ist deshalb so wertvoll, weil sie die Klagen des Freisinns, dass die Haltung der Sozialdemokratie ihnen den Kampf gegen die Reaktion unmöglich mache, in ihrer ganzen Haltlosigkeit, um nicht zu sagen: Heuchelei, zeigt. Die Freisinnigen werden im Kampf um die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems alles aufbieten müssen, was etwa noch von politischer Kraft in ihnen steckt, um die Erinnerung an 1873 einigermaßen zu verwischen. Die Beschränkung auf fulminante Reden im Parlament, die sie

sich bisher auferlegten, genügt dazu wahrlich nicht. Eine letzte Gelegenheit, ihren Ernst zu zeigen, werden ihnen die Landtagswahlen von 1908 bieten; von der so drängenden Vorarbeit hierzu ist freilich noch nichts zu bemerken.

So hat denn die Sozialdemokratie dadurch, dass sie mit ihrer Wahlbeteiligung gesetzliche Änderungen am Wahlrecht nötig machte, eine völlige Klarlegung der politischen Stellung im Landtag erzwungen. Dass eine gründliche Änderung des Wahlrechts in Preussen dringendste Notwendigkeit, wird mehr oder weniger unumwunden von allen Parteien zugegeben. Die Konservativen wollen die Zwangslage im Staat zu einem Handstreich gegen das Wahlrecht im Reich ausnutzen; ein solches Vorgehen fürchten die Nationalliberalen mit Recht, sie wollen das preussische Wahlrecht von den grössten Ungerechtigkeiten befreien, weil sie sonst das Reichstagswahlrecht hereinbrechen sehen. Die Freisinnigen gebardeten sich als unentwegte Vorkämpfer für Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preussen, und das Zentrum stimmte, wenn auch mit kühler Zurückhaltung im Auftreten, für den freisinnigen Antrag. Bemerkenswert ist übrigens, dass der Vertreter der freisinnigen Vereinigung bereits einen Kompromiss in Aussicht stellte; Herr Broemel entpuppte sich zum Schluss als diplomatisch gewiegener Politiker:

»Es gibt nur einen Weg, und ich hoffe bestimmt, dass dieser Weg, wenn nicht mehr in dieser Session, in nächster Session bestimmt beschritten wird, dass nämlich die Parteien, welche eine Reform für unabweisbar halten, sich zusammensetzen, um, da die Regierung vollständig versagt, selbst einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, auf den die Mehrheit sich vereinigen kann. Das, meine Herren, scheint mir der einzig praktische Weg.«

## II

**E**S bleibt noch zu zeigen, welchen Nutzen die Sozialdemokratie bei der nächsten Wahl aus den geringfügigen Änderungen ziehen kann, die das Gesetz gebracht hat. Abgesehen von einigen unbedeutenden Vereinfachungen bei der Vorbereitung der eigentlichen Wahlhandlung wird die Zulässigkeit der Fristwahl statt der Terminwahl ausgesprochen. Während bisher überall die Wähler zu einer bestimmten Stunde antreten mussten, soll in Zukunft in Gemeinden von mehr als 50 000 Einwohnern die Stimmabgabe innerhalb einer Reihe von Stunden, wie bei den Reichstagswahlen, möglich sein. Freilich kann der Minister des Innern auf Antrag des Gemeindevorstandes auch in diesen grossen und grössten Gemeinden die Terminwahl zulassen; dementsprechend darf er, auf Antrag des Gemeindevorstandes, auch in kleineren Gemeinden Fristwahl genehmigen. Es liegt auf der Hand, dass die Fristwahl für die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei vorteilhafter ist, weil sie eine grössere Wahlbeteiligung ermöglicht — eingeschränkt freilich durch die öffentliche Stimmenabgabe. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden deshalb dafür sorgen müssen, dass die Gemeindevorstände auch der kleineren Gemeinden beim Minister Fristwahl beantragen. Sonderbarerweise sind bereits aus sehr grossen Gemeinden Stimmen dafür laut geworden, — selbstverständlich von bürgerlicher Seite —, dass man es mit Hilfe des Ministers bei der bisherigen Terminwahl lasse; hier werden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter mit der grössten Energie den Gemeindevorstand von dem verhängnisvollen Schritt zurückhalten müssen. Gegenüber den Gemeindevorständen müsste bereits der Hinweis auf ein Vor-

kommnis ausreichen, das sich 1903 in Berlin abspielte. Einige 70 städtische Gasarbeiter hatten die Einladung des Magistrats, zu einer bestimmten Nachmittagsstunde im angegebenen Wahllokal zu erscheinen, ernst genommen und waren ihr, in gewissenhafter Erfüllung ihrer Bürgerpflicht, nachgekommen. Zu ihrem Erstaunen wurden sie zur Belohnung hierfür von dem gleichen Magistrat wegen unbefugten Fernbleibens von der Arbeit auf das Pflaster geworfen. Nur den Bemühungen des sozialdemokratischen Vertreters in der Gasdeputation ist es zu danken, dass die Leute wieder eingestellt wurden. In die peinliche Lage, seine sämtlichen Arbeiter zu einer bestimmten Stunde zur Wahl laden und die unabkömmlichen gleichzeitig von der Ausübung ihrer Bürgerpflicht abhalten zu müssen, kommt aber jeder Gemeindevorstand durch eigene Schuld, der die Fristwahl beseitigt oder herbeizuführen unversucht lässt. Die Furcht vor der Fristwahl wird vielfach dadurch zu entschuldigen gesucht, dass man nicht genügend Bürger finden könne, die für einen ganzen Tag die Leitung der Wahlgeschäfte übernehmen wollen. Dass diese Besorgnis eine gewisse Begründung hat, beweist Artikel 2 des Gesetzes, der in einem § 31a zur Verordnung von der Verpflichtung der Urwähler (respektive Wahlmänner) handelt, die Ehrenämter im Wahlvorstand zu übernehmen, und im Weigerungsfall Geldstrafen bis zu 300 Mark vorsieht. Selbstverständlich werden unsere Vertrauensleute in der Lage sein, besorgten Gemeindevorständen Männer vorzuschlagen, die zur Leitung der Wahlhandlung geeignet und bereit sind; auch hierauf werden unsere Gemeindevertreter hinzuweisen haben. Unerhört wäre es, wenn der Bequemlichkeit weniger zuliebe ganze Bevölkerungsschichten an der Ausübung des Wahlrechtes gehindert würden, weil sie eben zu einer bestimmten Stunde nicht — mindestens nicht sämtlich — die Arbeit oder den Dienst verlassen können.

Ein weiterer Vorteil des neuen Gesetzes besteht darin, dass in Wahlbezirken mit mehr als 500 Wahlmännern — der Entwurf hatte 600 — der Minister für die Abgeordnetenwahl Gruppenwahl anordnen und innerhalb des Wahlbezirkes den Wahlort für die einzelnen Gruppen bestimmen kann; dadurch werden den Wahlmännern grössere Reisen erspart; auch kann der Minister hierbei Fristwahl anordnen, so dass zum Beispiel in Berlin und anderen grossen Zentren die Last für die Wahlmänner nicht grösser ist, als bei der Stimmabgabe zur Stadtverordnetenwahl. Es ist anzunehmen, dass von dieser Bestimmung ausgiebiger Gebrauch gemacht wird.

Das andere Gesetz bringt zunächst einige Änderungen in den Wahlorten, an denen die Wahlmänner zur Abgeordnetenwahl zusammentreten. Höchst interessant ist es dabei, dass für den westpreussischen Wahlkreis Marienwerder VIII, nämlich die Kreise Flatow, Deutsch-Krone, statt des bisherigen ungeeigneten Wahlorts Jastrow ein wirklich geeigneter Wahlort im ganzen Wahlkreis nicht gefunden werden konnte; man bestimmte deshalb Schneidemühl, das sogar in einer anderen Provinz, in Posen, liegt. Zu solchen Auskunftsmitteln zwingen die Vorschriften des berühmten preussischen Wahlsystems! Wichtiger für die Sozialdemokratie ist die Teilung einiger Riesenwahlkreise und die hierdurch bedingte Vermehrung der Zahl der Abgeordneten um 10, von 433 auf 443. Der Kreis Oppeln V, der bisher 2 Abgeordnete zu wählen hatte, zerfällt jetzt in 3 Wahlkreise, gebildet aus 1. den Kreisen Tarnowitz, Reuthen, 2. den Kreisen Kattowitz,

Zabrze und 3. den Städten Beuthen, Königshütte, Kattowitz. Sozialdemokratische Wahlmänner haben sich an der Abgeordnetenwahl 1903 in Beuthen nicht beteiligt. Der Kreis Arnsberg V mit bisher 3 Abgeordneten wird in Zukunft in 6 Wahlbezirke mit je 1 Abgeordneten zerlegt, diese 6 Wahlkreise sind: 1. Stadt Dortmund, 2. Kreis Dortmund, 3. Kreis Hörde, 4. Stadt und Kreis Bochum, 5. Stadt und Kreis Gelsenkirchen, 6. Kreis Hattingen und Stadt Witten. In diesem Wahlbezirk standen bei der Abgeordnetenwahl 163 sozialdemokratische Wahlmänner der liberal - konservativen Majorität mit 3165 Stimmen gegenüber; es ist zu erwarten, dass bei der kommenden Wahl die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner bedeutend wächst, nachdem hier einmal die Möglichkeit auch der öffentlichen Wahl dargetan ist. Inwieweit der Einfluss einer vergrößerten Anzahl sozialdemokratischer Wahlmänner auf das Wahlergebnis durch die Teilung des Wahlkreises gefördert ist, lässt sich nur bei genauester Kenntnis der Wahlbezirke abschätzen. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse im bisherigen Wahlkreis Düsseldorf V, dessen Vertreterzahl von 3 auf 4 steigt, indem er durch vier Wahlbezirke mit je 1 Abgeordneten ersetzt wird: 1. Stadt Duisburg und Oberhausen, 2. Stadt Essen, 3. Kreis Essen, 4. Stadt und Kreis Mülheim an der Ruhr; hier betrug im Jahre 1903 die Zahl der an der Abgeordnetenwahl teilnehmenden sozialdemokratischen Wahlmänner 127, etwas über 5% der Gesamtzahl.

In greifbarer Nähe scheinen sozialdemokratische Erfolge in Berlin und Umgebung gerückt. Von dem Wahlbezirk Teltow-Beeskow-Storkow, der seine bisherigen 2 Mandate behält, sind die beiden Wahlbezirke 1. Charlottenburg, 2. Schöneberg-Rixdorf mit je einem Abgeordneten abgetrennt worden. Ausichtsreich für einen unmittelbaren Erfolg der Sozialdemokratie erscheint der Wahlbezirk Schöneberg-Rixdorf. Nach unseren Ermittlungen standen im Jahre 1903 in beiden Städten zusammen 296 sozialdemokratische Wahlmänner 226 liberalen und 154 konservativen gegenüber. Zieht man das kolossale Anwachsen Rixdorfs in Betracht, das 1903 allein 204 sozialdemokratische Wahlmänner 69 liberale und 64 konservativen gegenüberstellte, so muss die Lage im Kreis als sehr günstig für die Sozialdemokratie angesehen werden. Berlin, das bisher 9 Abgeordnete in 4 Wahlbezirken wählte, zerfällt jetzt in 12 Wahlbezirke mit je 1 Mandat. Eine möglichst sorgfältige Berechnung aus den Berichten der Wahlvorsteher bei der Wahl 1903 ergibt, dass in 3 der neu gebildeten Bezirke die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner in erster Reihe stand. Im XII. Bezirk standen 210 sozialdemokratische Wahlmänner der gleichen Zahl liberaler gegenüber, an konservativen und sonstigen Wahlmännern waren 183 gewählt; im IX. Kreis gab es 207 sozialdemokratische, 180 liberale und 54 sonstige Wahlmänner; im XI. Kreis 163 sozialdemokratische, 128 liberale und 49 sonstige. In Wirklichkeit dürften die Zahlen für die Sozialdemokratie noch etwas günstiger sein, da zum Beispiel im bisherigen III. Wahlbezirk nach den Berichten der Wahlvorsteher nur 1034 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt sein sollten, während die sozialdemokratischen Kandidaten bei der Abgeordnetenwahl 1100 Stimmen erhielten. Dazu kommt, dass namentlich der IX. und XI. Bezirk stark auf Zuwachs berechnet sind, der inzwischen bereits eingetreten sein wird. Auch ist nach den Erfahrungen von 1903 auf viel grössere Erfolge in der ersten und zweiten Wählerabteilung zu hoffen.

In der Tat rechnet man auch in konservativen Kreisen damit, dass bei den



# OTTO HUE · DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN UND DIE SOZIALDEMOKRATIE · LEHREN DER LETZTEN REICHSTAGSNACHWAHLEN



WÄHREND der letzten Wahlkämpfe, in Altena-Iserlohn, in Hagen-Schwelm, ist uns oft von den bürgerlichen Parteiagitatoren vorgeworfen worden, wir sagten dem Volke nicht, wie der *sozialdemokratische Zukunftsstaat* aussehen solle, von den sozialistischen *Endzielen* schwiegen wir gänzlich. Dieser Vorwurf ist unbegründet; wenigstens haben unsere Redner sich in vielen Versammlungen bemüht, den Zuhörern begreiflich zu machen, warum die grosskapitalistische Entwicklung der Volkswirtschaft endlich dahin gelangen würde, wo nur die Vergesellschaftung der Produktionsmittel dem Volke zum Heile gereicht. Ich gebe aber gern zu: in der Wahlagitation ist die Erörterung der *sozialistischen* Bestrebungen nicht vornehmlich das Versammlungsthema gewesen. Aus guten Gründen. Erstens bespricht keine Partei diffizile nationalökonomische Probleme in Wählerversammlungen und Wahlschriften — hierfür sind die Parteivereine vorhanden und ruhigere Zeitläufte von nöten —, zweitens werden die Wähler aufgerufen zum Urteil über die aktuellen Fragen der inneren und äusseren Politik, zum Votum für oder gegen das gegenwärtige Verhalten der konkurrierenden Parteien. Über Gegenwarts-, nicht über Zukunftspolitik spricht der Durchschnittswähler sein Urteil. Es war so ungünstig, wie nur denkbar, für die sogenannten *nationalen* Parteien, sowohl in Altena-Iserlohn, wie auch in Hagen-Schwelm.

Reichsfinanzwirtschaft, Steuerpolitik, Militarismus, Kolonialmisswirtschaft, Schulpolitik, Sozialpolitik: hierüber wurde im Wahlkampfe geredet und geschrieben. Es ist charakteristisch, dass sämtliche bürgerlichen Parteien sich gegenseitig die Verantwortung für die Reichsmisswirtschaft zuschoben; keine wollte für die Reichsfinanzreform, für die mit den Händen zu greifende Reaktion auf kulturellem Gebiete, keine für das Einrostern der sozialpolitischen Gesetzgebung verantwortlich sein. Im Reichstag, vor der Regierung haben die diversen bürgerlichen Parteiführer die Verdienste ihrer Partei an dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform gerühmt — im Wahlkampfe wehrten sich alle unsere Gegner mit Händen und Füssen gegen dieses *Verdienst*. In den Parlamenten singen die konservativen, ultramontanen, nationalliberalen und freisinnigen Wortführer das Lied *Immer langsam voran mit der sozialen Gesetzgebung!* oder *Es muss endlich aufhören mit dem sozialpolitischen Wettrennen!* Der Wahlkampf aber sah alle bürgerlichen Parteien als bewährte, zuverlässige, fortschrittseifrige Sozialreformgesetzler. Keinem fiel es ein, sich zu indentifizieren mit den Bestrebungen, die auf Verschlechterung der Volksschule, auf Beschneidung der verfassungsmässigen Wahlrechte gerichtet sind. Mit den junkerlich-kapitalistischen Wühlereien gegen die spärlichen Arbeiterrechte war selbstverständlich niemand einverstanden. O nein, alle unsere Gegner überströmten von freiheitlicher, wahrhaft liberaler Gesinnung. Auch die Zentrumsagitatoren, die von dem Liberalismus der Nationalliberalen und Freisinnigen nur in Gänsefüsschen redeten, um das Zentrum — man denke: den



Klerikalismus! — als den alleinigen Schützer und Förderer freiheitlicher Volksrechte zu empfehlen. Unsere Aufgabe war es, Worte und Taten der bürgerlichen Mandatsbewerber gegen einander abzuwägen. Damit hatten wir alle Hände voll zu tun, zumal die Gegner die Polemik grundsätzlich von dem sachlichen auf das persönliche Gebiet hinüberspielten, mit vielfach bewusst entstellten Aussprüchen bekannter Parteigenossen den Wählern ein lügnerisches Zerrbild unserer Partei aufzudichten trachteten. Was hierin geleistet worden ist, gab uns auch einen lehrreichen Ausblick auf die kommenden allgemeinen Wahlen.

Wer von unseren Gegnern es am besten verstand, die Wähler von der unerschütterlichen Volksfreundschaft, der freiheitsfördernden Tätigkeit seiner Partei zu überzeugen, zog die wenigsten Nieten. Die Nationalliberalen konnten das Misstrauen gegen ihre widerspruchslose Regierungspolitik nicht zerstreuen, ihnen gelang es am wenigsten, die Anklage, sie seien an der Reichsmiswirtschaft schuldig, zu widerlegen, daher der sowohl in Altena-Iserlohn und Hagen-Schwelm, wie auch in Rinteln-Hofgeismar erfolgte Rückgang der nationalliberalen Stimmenzahl. Das Zentrum, dem als ausschlaggebende Majoritätspartei doch die Hauptschuld an der Verwüstung der Reichsfinanzen, der Vernachlässigung der Kulturaufgaben, dem Einschlummern der Sozialreformgesetzgebung zukommt, das Zentrum schickte den Nationalliberalismus kaltblütig als Sündenbock in die Wüste, was um so *christlicher* ist, als die Zentrumstaktiker gerade jetzt eifrig beflissen sind, die nationalliberale Partei zur Range einer bündnisfähigen Partei für das Zentrum zu erheben. Die nationalliberalen Kandidaten Moldenhauer in Hagen und Rocke in Rinteln haben nach der Wahl mit erstaunlicher Selbsterkenntnis dem unentwegt regierungstreuen, volksbelastenden Treiben ihrer Reichstags- und Landtagsfraktion die Schuld an den Wahlniederlagen gegeben. Höhnend registriert die ihren Bewilligungseifer geschickter vertuschende Zentrumsprelle die nationalliberalen Sündenbekenntnisse, und läßt dann biedermännisch die Sünder ein, sich durch eine noch engere Brüderschaft mit dem Klerikalismus vollends um die Gunst der Wähler zu bringen.<sup>1)</sup> Dass bei dieser Verbrüderung lediglich das Zentrum gewinnen wird, könnte die Nationalliberalen der Ausgang der letzten Wahlen lehren. Aber die nationalliberalen Staatsmänner wollen lieber als Lehensleute der konservativ-klerikalen Reaktion enden, als durch eine liberale Politik sich das Vertrauen der bürgerlich-liberal gesinnten Wähler zurück gewinnen. Also mag sich der Nationalliberalismus vom Zentrum begraben lassen!

Direkt und indirekt hat die Wählermajorität dem Verhalten der sozialdemokratischen Parlamentsvertretung Anerkennung gezollt. Direkt, durch Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmenziffern und durch Unterstützung in der Stichwahl in Altena-Iserlohn; indirekt, indem derjenige bürgerliche Mandatsbewerber in Hagen am erfolgreichsten war, der dem Widerwillen des Volkes gegen die finanzielle Miswirtschaft etc. am weitesten Rechnung trug oder aber — wie die Klerikalen — es am besten verstand, die Schuld an der unaufhörlich zunehmenden Volksbelastung einer anderen bürgerlichen

<sup>1)</sup> Es ist deutlich zu erkennen, dass das nationalliberal-klerikale Wahlkartell den Nebenzweck hat, die linksliberalen Parteigruppen gänzlich zu zerreiben. Wurde doch schon in Hagen der Versuch gemacht, durch eine Stockerisch-nationalliberal-klerikale Sammelkandidatur unter allen Umständen dem Freisinn den Wahlkreis zu entreissen, auch wenn dadurch die Sozialdemokratie, was sehr nahe lag, Richters Erbe angetreten hätte. Die bürgerliche Sammelpartei für 1908 soll augenscheinlich unter Ausschluss der freisinnigen Parteien geschaffen werden.

Partei, der nationalliberalen, aufzubürden. Die westfälischen Nachwahlen sind also als Volksveto gegen die kulturfeindlichen Bestrebungen der Herrschenden zu registrieren. Sie sind unzweideutige Volksbekenntnisse für eine wirklich liberale Politik. Der Stichwahlsieg des Sozialdemokraten in Altena-Iserlohn kann nur als Manifestation des Volkes gegen die in dem klerikalen Kandidaten verkörperte politische Reaktion gebucht werden, nicht als eine Entscheidung für die spezifisch sozialistischen, sondern für die altliberalen Forderungen unseres Parteiprogramms!

Manche Genossen werden das nicht gelten lassen wollen. Und doch ist dem so: Wir verdanken unsere Erfolge in den Wahlkämpfen in erster Linie dem Umstande, dass die Sozialdemokratie konsequent die im zweiten Teil des Erfurter Programms niedergelegten politisch-liberalen Grundsätze vertritt. Fast keine Forderung ist dort zu finden, die nicht auch in den Manifesten der bürgerlichen Demokratie zur Zeit der revolutionären Bewegung vor sechzig Jahren enthalten war. In Rheinland-Westfalen flutete diese Bewegung am lebhaftesten, im Wahlkreise Altena-Iserlohn loderte sie in blutigen Barrikadenkämpfen auf. Die achtundvierziger Tradition ist dort in den mittleren Bürgerkreisen lebendiger, als man ahnt; ich machte diese Erfahrung im Gespräch mit begüterten Bürgern, die von den eigentlich sozialistischen Forderungen nichts wissen wollen, in unserer Partei aber die Verfechterin auch der altliberalen Wünsche sehen und sich deshalb durch die Stichwahlparolen der über die Volksstimmung vollkommen ununterrichteten Wahlstrategen nicht bewegen liessen, den klerikalen Regierungskandidaten zu wählen. Am Rhein standen 1848 Bürger und Arbeiter geschlossen gegen den Absolutismus auf. Wie kommt es, dass gerade in dieser oppositionellen Bevölkerung die Partei der unbedingtesten Autoritätsanbetung, die klerikale Zentrumspartei, ihre Hochburgen errichten konnte? Nur, indem sie der demokratischen, regierungsoptionellen Volksgesinnung schmeichelte, unterstützt durch die Kulturkampfgesetze, die zur Aufstachelung des konfessionellen Furors wie geschaffen waren. In den Industriegebieten nährte die *Kaplanokratie* aus wahltaktischen Gründen den Arbeiterhass gegen die kapitalistische Ausbeutung. Alle im rheinisch-westfälischen Volke vorhandenen regierungsoptionellen, politisch-liberalen Gedankengänge haben die klerikalen Taktiker geschickt in ein gemeinsames Strombett geleitet: mit dem liberalen Wasser treiben die Klerikalen nun ihre Mühlen! Das Zentrum benutzt die Demokratie, um die Demokratie zu knebeln. Daher auch das krampfhaft Bemühen der Zentrumspresse, durch zeitweiligen strammen Radikalismus — vorjähriger Bergarbeiterstreik! — in den durchaus nicht regierungstreuen katholischen Arbeitern und Mittelständlern nicht den Glauben festwurzeln zu lassen, die Zentrumspartei sei eine Regierungspartei. In ihrer Wahlagitation, mindestens in den rheinisch-westfälischen Industriekreisen, macht die klerikale Partei den Wählern Versprechungen, deren Erfüllung dem Klerikalismus den Hals brechen würde. Unter den unbesitzenden Volksschichten wird vorzüglich mit den Mitteln agitiert, die in dem neuesten päpstlichen Rundschreiben wie in der Enzyklika *Rerum novarum* Leos XIII. als verwerfliche, volksaufhetzende gekennzeichnet werden. Aber das macht nichts; wenn es nötig ist, propagiert der herrschaftsdürstige Klerikalismus politische Massenstreiks und baut Barrikaden, wie er skrupellos im Ruhrgebiet die Arbeiterschaft in den siebziger und achtziger Jahren fanatisiert hat gegen das nationalliberale Unternehmertum, dagegen die noch schlechtere

Arbeiterfürsorge führender schlesischer Zentrumskapitalisten beschönigte oder verschwieg.

Die klerikale Partei ist die Inkarnation der politischen Treulosigkeit, der unerhörtesten demagogischen Unbedenklichkeit; sie ist konservativer, als die sich offiziell *konservativ* nennenden Parteigruppen. Der Klerikalismus ist der natürliche Todfeind der freien Selbstbestimmung des Volkes, geriert sich aber, wo es ihm zweckdienlich erscheint, hochdemokratisch. Der Klerikalismus hat die konfessionelle Hetze in ein System gebracht, was ihn aber durchaus nicht hindert, jetzt kräftig auf die konfessionelle Hetze — der anderen zu schelten. Die frühere, masslose Gegeneinanderhetzung der katholischen und evangelischen Arbeiter ist jetzt wegen der *Umsturzpartei* nicht mehr opportun, wenigstens öffentlich wird nun nach Pharisäerart über konfessionelle Hetze gejammert. In den klerikalen Konventikeln und Domänen aber wird nach wie vor die strikte konfessionelle Scheidungspolitik betrieben. Die klerikale Partei leistet keine Hilfe ohne doppelte und dreifache Gegenhilfe. Sie schiebt im Parlamente andere bürgerliche Gruppen hinterlistig vor bei heiklen Situationen, lässt sie die Geschäfte des Zentrums besorgen und schlachtet dann im Wahlkampfe die bürgerlichen Hilfstruppen regelrecht ab, wovon der Niedergang der nationalliberalen Stimmziffern bei gleichzeitiger Zunahme der Zentrumsstimmen in Iserlohn und Hagen Zeugnis ablegt. Hell beleuchtet unsere innerpolitische Situation das harmonische Hand in Hand Arbeiten der hochkonservativen Junkerpresse mit der Zentrumspresse — das junkerlich-klerikal-antisemitische Kartell ist offensichtlich —, und die regierungssoffiziöse *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* segnet die unheilige Allianz in jeder Wochenrundschau. Wohin der Weg geht, ist klar. Gelingt es, den Wählermassen rechtzeitig die Zusammenhänge dieser zielsicheren Volksentrechtungskampagne zu enthüllen, dann ist das deutsche Volk vor mancher Leidenstation bewahrt.

In Altena-Iserlohn und Hagen-Schwelm haben wir in der Hauptwahl zusammen rund 27 000 Stimmen auf unsere Kandidaten vereinigt, in der Stichwahl 34 000. Unsere Parteiorganisation ist dort mehr als unzulänglich, was an Organisation vorhanden, haben wir wesentlich während der Wahlwochen in aller Eile schaffen müssen. Die Parteipresse ist miserabel schlecht verbreitet. Das Blatt kann beim besten Willen, wegen des grossen Verbreitungsbezirks, nicht einmal halbwegs die lokalpolitischen Vorkommnisse besprechen, geschweige den Massen die wissenschaftlichen Grundsätze des Sozialismus vermitteln. So aner kennenswert die Presse ihre propagandistische und bildende Pflicht tut, niemand wird behaupten, die 27 000 Wähler seien für uns durch eine spezifisch sozialistische Aufklärung gewonnen worden. Nicht, als ob diese Wähler sozialistenfeindlich wären — diese unsinnige Behauptung mag die *Ordnungspresse* aufstellen —, sicher ist vielmehr, dass auch unter den bisherigen Nachläufern der bürgerlichen Parteien die Mehrheit nicht das geringste natürliche Interesse an der Erhaltung des privatkapitalistischen Systems besitzt. Die Zahl der natürlichen Interessenten am privatkapitalistischen Ausbeutungssystem ist, zumal in den Grossindustriekreisen, so gering geworden gegenüber der anderen Interessengruppe, dass, wenn nach erfolgter gewissenhafter Aufklärung über unsere Ziele, jeder Volksgenosse zur Urabstimmung aufgerufen würde, sich die ungeheure Majorität für die Sozialisierung der Produktionsmittel entschiede. Darüber besteht für mich kein Zweifel.

Aber ich weiss auch, wie enorm die Unkenntnis der sozialistischen Ziele im erwerbstätigen Volke noch ist. Die paar Wochen Wahlagitation ändern daran wenig, sie müssen notgedrungen der Erörterung aktuellster politischer Fragen gewidmet sein. Und dabei erfährt der Wahlagitator auf Schritt und Tritt, welche grosse Werbekraft auch den im zweiten Teil unseres Programms aufgestellten altliberalen, wahrhaft freisinnigen Forderungen innewohnt. Sie werden von der Masse sofort verstanden, ihnen verdanken wir auch in den Stichwahlen das Abschwenken nichtklerikaler und nichtkonservativer Wählerscharen zu uns, allen bürgerlichen Sammelpolitikern zum Trotz. Wäre in Hagen-Schwelm statt des bürgerlichen Linkliberalen ein Zentrumsmann oder ein Nationalliberaler mit uns in die Stichwahl gekommen, so hätten auch in diesem Wahlkreis die Wähler massenhaft ihren rückschrittsfreundlichen Führern die Gefolgschaft versagt. Das Schlagwort von der *reaktionären Masse* ist unzutreffend. Selbstverständlich gibt es unter den liberalen und freisinnigen Parteiführern, den lokalen, wie den zentralen, nicht wenige, die *Liberalismus* übersetzen mit *Freiheit für die herrschenden Klassen*, also richtiger konservativ genannt werden müssen. Aber diese Pseudoliberalen bilden doch keine Masse, sondern sie verstanden es nur bisher, sich bei den Massen als Liberale und Freisinnige anzubiedern. Jedoch selbst innerhalb der Kostgänger des heutigen Systems herrscht keine Einheit der staatsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Auffassungen. Unser volkswirtschaftlicher Organismus ist so kompliziert, dass er aller Rubrizierungskunst spottet. Die in den bürgerlichen Parteien vorhandenen gegensätzlichen Strömungen taktisch auszunutzen, gebietet uns das Volksinteresse. Leider ist bei uns die Manie, alles *Bürgerliche* über einen Leisten zu schlagen, so ins Kraut geschossen, dass kürzlich eine Parteikonferenz den merkwürdigen Beschluss fasste, auf alle Fälle bei kommunalpolitischen Stichwahlen absolute Abstinenz zu üben, wenn unsere Liste nicht in Frage käme! Dabei weiss noch niemand, ob wir nicht durch Stimmabgabe den Stichwahlsieg eines Erzreaktionärs verhindern können. Die allgemeinen Parteitage haben eine solche *Taktik* stets verworfen. Der *Vorwärts* betonte am 31. Dezember 1905 gegenüber der *Frankfurter Zeitung*, die Sozialdemokratie sei einer »zeitweiligen Waffenbrüderschaft« mit dem ehrlich liberalen Bürgertum durchaus nicht abgeneigt. Als bei den letzten Gemeinderatswahlen in Stuttgart unsere Parteigenossen im Verein mit den Volksparteilern siegten, bezeichnete dies der *Vorwärts* als eine Niederlage der reaktionären Parteien; er schloss die süddeutschen Volksparteiler also nicht ein in den Sammelbegriff *reaktionäre Masse*. Desgleichen ist die liberale Richtung Barth-Naumann nicht reaktionär. Was diese bürgerlichen Liberalen wollen, das sucht nach Ausdruck in den noch nicht sozialdemokratischen, aber doch nicht rückschrittlich gesinnten Volksschichten. Wir haben auch im Reichstage bürgerliche Vertreter, die mit der Devise *Lieber rot, als schwarz!* allen Hohn und Schimpf der konservativ-klerikalen Mehrheit über sich ergehen lassen. In dem nahenden grossen Kampfe zwischen Reaktion und Fortschritt wird nicht zunächst entschieden über Sozialismus und Kapitalismus, sondern es wird heissen: entweder Zertrümmerung der bisherigen Volksrechte, oder Bahn frei für die Ausgestaltung unserer Staatsverfassung im wahrhaft liberalen Sinne!

An uns als Demokraten tritt gebieterisch die Pflicht heran, dem regierungsseitig protegierten konservativ-kapitalistischen-klerikalen Kartell gegenüber alle

freiheitlich gesinnten, wirklich liberalen Volkselemente mobil zu machen, sei es durch Organisierung in unserer Partei, sei es, sofern sie noch nicht auf den äussersten linken Flügel der Freiheitsarmee treten wollen, durch passive und je nachdem aktive Unterstützung des ehrlich-liberalen Bürgertums. Unsere ausländischen Bruderparteien haben diese Taktik wiederholt befolgt. Victor Adler hat als Mitglied des österreichischen Wahlreformausschusses ausgezeichnet für die Arbeiterklasse gearbeitet, indem er geschickt mit den bürgerlichen Reformfreunden die aristokratischen Reaktionäre schachmatt setzte. Wer seiner sozialdemokratischen Überzeugung sicher ist, wird sich nicht fürchten, eine zeitweilige Waffenbrüderschaft mit solchen Volksgenossen zu schliessen, die immerhin mit uns in der Feindschaft gegen die politische Reaktion einig und gewillt sind, eine gute Wegesstrecke mit uns vorwärts zu gehen.

Wollten wir den *anarchosozialistischen* Deklanatoren folgen, dann würden wir parlamentarische Abstinenten, pure Verneinungspolitiker werden müssen. Diesen Luxus kann sich wohl eine wegen ihrer numerischen Bedeutungslosigkeit unverantwortliche Sekte gestatten, aber keine politische Partei, die schon über 3 Millionen Wähler zur Urne brachte. Diese Macht muss ausgenutzt werden, aktiv, für das Volk. Im Wahlkampfe haben wir an der Hand der Reichstagsakten, der kommunalpolitischen Tätigkeit — insonderheit der rührigen Parteifractionen im Berliner, Münchener und Stuttgarter Rathause — bewiesen, dass die sozialdemokratische Partei keine Verneinungspolitik treibt, sondern auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens fleissige Reformarbeit leistet. Wir haben bewiesen, dass gerade die sächsischen Parteigenossen, denen vor allen die Gegner unfruchtbaren Radikalismus vorwerfen, hervorragende Praktiker im Genossenschaftswesen sind. Schlage man die Parlamentsakten auf, ob jemals von unseren Parteigenossen ein Antrag gestellt wurde, der auf den *gewaltsamen Umsturz* der bürgerlichen Gesellschaft hinausläuft! Schliesslich mögen gewisse Auslassungen parteigenössischer Schriftsteller und Redner im *revolutionären Heugabelsinne* gedeutet werden können; darauf kommt es aber nicht an. Unsere *Gesamtarbeit* auf politischem, parlamentarischem, kommunalem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete ist entscheidend für die Beurteilung des Charakters der deutschen sozialdemokratischen Partei. Unsere Reichstagsanträge könnten ebenso gut von einer bürgerlich-liberalen Reformpartei gestellt worden sein. In der Tat bringen heute bürgerliche Fractionen sozialpolitische Anträge ein, die schon vor zwanzig, dreissig Jahren, nur redaktionell verschieden, von sozialdemokratischen Parlamentsvertretern eingebracht worden sind. Die Grubenverstaatlichung, vor einem Jahrzehnt noch charakterisiert als eine spezifisch sozialdemokratische Forderung, wird heute auch von einer bürgerlichen Gruppe, der Stöcker-antisemitischen, wenn auch nur aus wahlagitatorischen Gründen, gefordert. Welche Reformarbeit leisten unsere, doch wahrhaftig der *Kompromisselei* nicht verdächtigen Genossen Bebel, Singer etc. in der Budgetkommission des Reichstages, um die allerschlimmste Vergeudung der Steuergroschen zu verhüten! Wohl auf jeder Seite der Geschichte unserer Versicherungsgesetzgebung finden wir die Namen der Genossen Molkenbuhr und Stadthagen, als reformeifrige Mitarbeiter. Keine bösertigere Lüge konnte ausgeheckt werden, als die von der reformfeindlichen Verneinungspolitik der Sozialdemokratie. Nein, sie ist die *wirkliche Reformpartei*, allerdings die radikale Reformpartei in unseren

Parlamenten. Oder wer glaubt, unsere Parteigenossen setzten sich monatelang im Reichstag von morgens 9 oder 10 (Kommissionen) bis abends 6 oder 7 Uhr (Plenum) hin, berieten in den Fraktionssitzungen bis zur späten Nachtstunde, wie bei der Gesetzgebungsaktion am besten das Volkswohl gewahrt werden könne, wenn es diesen fleissigen Arbeitern nicht heiliger Ernst mit ihrer Reformtätigkeit wäre?! Hunderte, Tausende von Parteigenossen bekleiden als Arbeitersekretäre, Parteisekretäre, Gewerkschaftssekretäre, Gemeindevertreter, Gewerbegerichtsbeisitzer, als Schiedsgerichtsbeisitzer, Krankenkassenvorstände, Konsumverwalter u. s. w. arbeitsvolle, verantwortungsreiche Ämter, selbst von sozialistischen Gegnern als gewissenhafte Mitarbeiter gelobt. Keinem dieser Genossen ist es meines Erachtens in den Sinn gekommen, seine Tätigkeit sei eine auf den *Umsturz* der bestehenden Ordnung gerichtete, alle besetzt die Überzeugung, durch reformatorisches Wirken auf dem zugewiesenen Gebiete dem Volke nützlich zu sein, damit es von einer Etappe zur anderen aus der knechtischen Unterordnung zur zweckbewussten freien Selbstbestimmung schreite. Von dieser eminenten Reformarbeit der Sozialdemokratie schweigen unsere Wahlkampfgegner wohlweislich, weil sie wissen, dass mit der Lüge von der sozialdemokratischen Verneinungspolitik, dem blutrünstigen, radikalen Umsturz alles Bestehenden immer noch famose Wahlgeschäfte zu machen sind. Wir aber haben keine Ursache, den Gegnern Waffen zu liefern, traten deshalb auch in Altena-Iserlohn und Hagen-Schwelm, wie bei den früheren Wahlen, den Beweis dafür an, dass — nach Bismarcks Ausspruch — der Sozialdemokratie als sozialpolitischer, radikaler Reformpartei die ganze bisherige Sozialgesetzgebung zu danken ist.

Dieser Kennzeichnung der sozialdemokratischen Reformarbeit auf den verschiedensten Gebieten ist es neben unserer scharfen Kritik des unliberalen, reaktionären Verhaltens der bürgerlichen Mehrheitsparteien in entscheidenden verfassungsrechtlichen Fragen zu danken, dass die sozialistische Stimmenzahl answoll, in den Stichwahlen — siehe auch Essen 1905! — ihren reaktionären Führern zum Trotz sich Tausende von fortschrittlich gesinnten bürgerlichen Wählern uns zuwandten. Das sind beherzigenswerte Lehren für 1908. Die Sache der Volksfreunde verbessert sich im selben Grade, wie wir uns darauf einrichten, mit dem ehrlich liberalen Teile des Bürgertums — um mit dem *Vorwärts* zu reden — in einer zeitweiligen Waffenbrüderschaft zusammenzuwirken gegen das reaktionäre Kartell. Die Reaktionäre sammeln sich, sammeln wir darum alle Gegner der Reaktion zum Kampfe für Licht und Freiheit!

XX

## ROBERT SCHMIDT · WIEDER EINMAL PARTEI UND GEWERKSCHAFT



UNSERER Partei hat es nie an inneren Konflikten gefehlt. Bald waren es theoretische, bald praktische Fragen die zum Gegenstand oft leidenschaftlicher Auseinandersetzungen Anlass gaben. Zu den ständigen Konfliktstoffen gehört auch die Frage *Partei und Gewerkschaft*, die immer wieder aus irgend einem Anlass emporgewirbelt wird.

Sachlich ergeben sich diese Differenzen aus den verschiedenen Tätigkeits-

gebieten der beiden grossen Korporationen in der Arbeiterbewegung. Der Wirkungskreis der Gewerkschaften ist ein anderer, als der der Partei, und Bringmann ist im Recht, wenn er sachlich den Streit, der gegenwärtig wieder einmal ausgebrochen ist, auf eine eigenartige Auffassung der Klassenkampftheorie in der Partei zurückzuführen sucht. Die Sozialdemokratie hat ihren Klassenkampfstandpunkt gerade in den letzten Jahren scharf dahin pointiert, dass, wie es in der Dresdener Resolution heisst, die Anlehnung an eine bürgerliche Partei abgelehnt werden muss. Diese Abgrenzung des politischen Kampffeldes hat zur Folge, dass manche Parteigenossen es nicht verstehen können, dass die Gewerkschaft bei ihren Tarifverträgen mit Unternehmern verhandeln muss und gezwungen ist, in ihren Kämpfen mit christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gemeinsame Sache zu machen. Der hyperradikale Standpunkt der Klassenkampftheorie erblickt in dieser gewerkschaftlichen Betätigung einen Verstoss gegen das Prinzip. Bringmann sprach auf der Februarkonferenz der Gewerkschaftsvorstände ausdrücklich vom politischen Klassenkampf. Auf wirtschaftlichem Gebiet hat nach meiner Auffassung der Klassenkampf in der engeren gewerkschaftlichen Tätigkeit andere Phasen zu verzeichnen. Es erscheint deshalb auch nichts unrichtiger, als die Äusserung des Genossen Bringmann dahin zu interpretieren, dass er den Klassenkampf verwerfe. Er verwirft nur die radikal scheinende einseitige Klassenkampftheorie, wie sie von einigen Parteifreunden formuliert wird. Das gleiche gilt von seiner Forderung einer Theorie der Gewerkschaften. Der *Vorwärts* vermutet dahinter ein grosses theoretisches Programm auch für die politische Tätigkeit der Gewerkschaften. Was Bringmann will, ist aber offenbar nur eine programmatische Feststellung des Zieles der Gewerkschaften und ihrer praktischen Betätigung. Mit einem solchen Programm käme die Gewerkschaft mit der Partei an sich nicht in Kollision. Gerade die Gewerkschaft hat ausserordentlich viel aus der Praxis geschöpft und daraus, wie zahlreiche Kongressbeschlüsse zeigen, auch bereits ein Programm als theoretische Unterlage ihres Verhaltens gebildet.

Aus der einseitigen und ganz willkürlichen Klassenkampftheorie einiger Parteigenossen resultieren die Angriffe gegen die Neutralität der Gewerkschaften, die Behauptungen, dass die Gewerkschaften dem Kampf ausweichen, dass sie herabgleiten zu einer konservativen Haltung, ähnlich den englischen Gewerkschaften, dass sie im Unterstützungswesen ihre einzige Aufgabe erblicken und schliesslich in der Tarifgemeinschaft den Pakt mit dem Unternehmertum schliessen. Dieser Standpunkt der Klassenkampftheorie dürfte weit richtiger die Bezeichnung *intransigent* verdienen. Mit dem Festhalten an ein starres, formales *Prinzip* kommt die Gewerkschaft nicht weiter. Die Partei freilich kann, ohne sofort fühlbaren Schaden zu nehmen, noch eine Zeitlang sich eine einseitige Betonung des Klassenkampfstandpunktes gönnen, wobei es allerdings noch die Frage ist, ob diese Auslegung der Klassenkampftheorie mit der unserer anerkannten grossen Theoretiker übereinstimmt.

Als seinerzeit nach dem letzten Gewerkschaftskongress in Cöln /1905/ gerade die heftigsten Angriffe gegen die Neutralität der Gewerkschaften, das Unterstützungswesen, die Tarifgemeinschaft, das angebliche Aufhören der Kampffreudigkeit und das Hinübergleiten in einen *Tradeunionismus* den Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht wurde, nahm die *Generalkommission* die Gelegenheit wahr, in einer Besprechung kurz vor dem Jenaer Parteitag dem

Parteivorstand die Frage vorzulegen, ob auch er der Meinung sei, dass die gewerkschaftliche Taktik geändert werden müsse; ob im besonderen die Taktik des Bergarbeiterverbandes bei dem grossen Streik im Ruhrgebiet von ihm als richtig anerkannt werde. Die Antwort lautete: der Parteivorstand habe gegen die Taktik der Gewerkschaften nichts einzuwenden; und das Referat des Genossen Molkenbuhr in Jena enthielt eine Bestätigung dieser Auffassung. Nur in der Stellung der Maifeier und zum Massenstreik ergeben sich zwischen Parteivorstand und *Generalkommission* Meinungsverschiedenheiten. Diese laufen, was die Maifeier anlangt, auf die Frage hinaus, was nachhaltiger wirkt: Massendemonstrationen am Abend, oder Arbeitsruhe am Tag, wenn auch in kleinerem Umfange durchgeführt. Das ist schliesslich keine grundsätzliche Differenz, und daraus kann der Arbeiterbewegung unmöglich Schaden erwachsen, da gerade von seiten der Gewerkschaften erklärt wurde, dass nur mit Zustimmung der Partei hier eine Änderung eintreten könne. Erheblicher geht man allerdings in der Massenstreikfrage auseinander. Es mag sein, dass es besser gewesen wäre, wenn die *Generalkommission* vor dem Cölner Gewerkschaftskongress mit dem Parteivorstand eine Auseinandersetzung gepflogen hätte über die Frage des politischen Massenstreiks. Aber es stand ja auch dem nichts im Wege, dass der Parteivorstand anfragte: was gedenken die Gewerkschaften in Sachen des politischen Massenstreiks zu unternehmen? Über die Meinung des Parteivorstandes war vor Jena weder die Partei, noch die Gewerkschaft informiert. Es lag vielleicht die Überlegung nahe: wenn die Partei seit ihrem Bestehen, also ungefähr vierzig Jahre lang, achtlos an der ganzen Idee vorüberging, wenn einer ihrer bedeutendsten Vertreter sie als *Generalunsinn* bezeichnet hatte, so wird sie wohl nicht mit einem Male über Nacht eine wichtige Waffe im politischen Kampf werden können. Solch schnelle Wendung in der Wertung politischer Kampfmittel ist nicht jedermanns Sache. Wenn jetzt gesagt wird: wir haben diese Waffe nur hervorgeholt, um sie in unser Arsenal zu stellen, so lässt sich dagegen nicht viel einwenden, obwohl diese Späterkenntnis nicht den Anspruch erheben kann, von wirklich sicherer Beurteilung getragen zu werden.

Schon vor dem Jenaer Parteitag und auch jetzt wieder ist die Frage aufgeworfen worden, wie in Zukunft Konflikte zwischen Partei und Gewerkschaft vermieden werden könnten. Darauf wäre zu antworten: Die Partei muss unstreitig versuchen, die Verschiedenheit der Kampfgebiete beider Zweige der Arbeiterbewegung zu berücksichtigen, und es hat ferner jene verletzende Verunglimpfung von Personen, wie sie leider in einem Teil der Parteipresse und auch in Versammlungen nach dem Cölner Kongress einsetzte ein für allemal aufzuhören. Gerade aus dieser Methode des persönlichen Herunterreissens erklärt sich recht eigentlich die heftige Tonart der Gewerkschaftskonferenz. Die gewerkschaftlichen Beamten bedürfen des Vertrauens zur Ausübung der ihnen obliegenden Verpflichtungen. Der Verlauf und der Abschluss eines Kampfes beruht nicht selten einzig auf diesem Vertrauen zum Leiter und Führer der Gewerkschaft. Der Gewerkschaftsangestellte ist in der ausserordentlich üblen Lage, nicht immer offen die Beweggründe für den Abschluss eines Kampfes den Mitgliedern zu unterbreiten. Er kann ihnen nicht die Kassenverhältnisse offenbaren, er kann ihnen nicht die schlechte Geschäftslage auseinandersetzen, weil das unter Umständen einen Verrat der eigenen



Schwäche gegenüber dem Gegner bedeuten würde. Er kann also jenes Vertrauen gar nicht entbehren, soll er seine Aufgabe im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder wirklich erfüllen. Um so mehr muss die leider von einigen Parteigenossen in letzter Zeit systematisch betriebene Herabsetzung der Gewerkschaftsführer bedauert werden. Und nichts verfängt leichter bei der grossen Masse, als irgend ein geschickt eingeflochtenes Misstrauen, noch dazu, wenn dieses Misstrauen von angesehenen politischen Personen gehegt und als Stichwort in die Welt hinausgeschleudert wird. Dann verlieren die Differenzen den sachlichen Inhalt und werden zu schlimmen persönlichen Angriffen.

Nach wie vor wird die Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft, zwischen *Generalkommission* und Parteivorstand, gepflegt werden müssen. Ob der Vorschlag, ein parlamentarisches Komitee einzusetzen, in dem beide Korporationen vertreten sind, zurzeit für Deutschland praktisch erscheint, will ich dahingestellt sein lassen. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sitzen ohnehin Vertreter der Gewerkschaften, und die Fraktion selbst bildet das beste parlamentarische Komitee. Allerdings sind die letzten Vorgänge sehr geeignet, das Vertrauen, das Parteivorstand und *Generalkommission* mit einander verbinden sollte, zu erschüttern. Der böse Eindruck, den die Behauptung machte, der Bericht der *Generalkommission* über ihre Verhandlungen mit dem Parteivorstand enthalte irreführende Darlegungen, lässt sich nicht verwischen. Noch peinlicher muss das Vorgehen des Parteivorstandes berühren, der gegen den Wunsch der beteiligten Gewerkschaftsvorstände das Protokoll der Konferenz veröffentlicht hat. Die *Generalkommission* konnte sich nicht zu dem Standpunkt bequemen, dass sie der Indiskretion der Lokalisten sich beugen und ihren bisherigen Standpunkt aufgeben sollte. Zudem sind in der Konferenz der Vorstände zum Punkt *Partei und Gewerkschaft* kaum Gesichtspunkte geltend gemacht worden, die nicht schon vorher in der Gewerkschaftspresse und in Zeitschriften in dieser oder jener Form zum Ausdruck gelangt waren. Auch der *Vorwärts* gibt zu, dass für die bürgerliche Presse das Protokoll keine Ausbeute bietet; er schrieb am 14. August:

»Die bürgerliche Presse ist bereits dabei, den vom *Vorwärts* veröffentlichten Teil des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz gierig nach Zitaten zu durchschnuffeln, die sich zur Bereicherung einer politischen Skandalchronik benutzen liessen. Die Ausbeute ist aber so mager, dass sich damit nicht viel anfangen lassen wird. Da haben der Parteitag von Dresden und der *Vorwärts*konflikt denn doch eine ganz andere Ausbeute gewährt.«

Das Urteil ist sicherlich zutreffend. In der Tat haben Gewerkschaftskongresse der bürgerlichen Presse nie zu einer Ausbeute Anlass gegeben, wie etwa der Dresdener Parteitag. Das Argument einiger Parteiblätter, jenes Protokoll hätte auch veröffentlicht werden müssen, um der Gewerkschaftsbewegung Schutz zu bieten gegen die in der bürgerlichen Presse erhobene Kritik, ist somit nichts weniger als stichhaltig. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Veröffentlichung des Protokolls eine gewisse Überhebung des Parteivorstandes zum Ausdruck bringt, als ob er indirekt damit andeutet, die Gewerkschaften hätten sich seinen Massnahmen unterzuordnen. Eine Auffassung, der die Gewerkschaften unter allen Umständen unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen müssen und werden.

Das einzig Erfreuliche an der Diskussion ist bisher, dass sie in ruhigen Bahnen

sich bewegt, dass sie versucht, die sachlichen Differenzen zu erfassen. Wenn der Parteitag die gleiche Richtung einschlägt, dann wird die Möglichkeit gegeben sein, jene Verstimmung in Gewerkschaftskreisen zu beseitigen, die auf der Konferenz der Zentralvorstände so beredten Ausdruck gefunden.

XX

## ADOLPH VON ELM · MASSENSTREIK, SOZIALDEMOKRATIE UND GENOSSENSCHAFTSBEWEGUNG

**N**ACHDEM in Kreuznach die modernen Konsumvereine vom *Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften* gewaltsam abgetrennt worden sind und sich im *Zentralverband deutscher Konsumvereine* eine neue Organisation geschaffen haben, ist in mancher Beziehung eine erfreuliche Wandlung eingetreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben mehr und mehr erkannt, dass die Konsumvereine nicht nur im stande sind, der arbeitenden Klasse wesentliche materielle Vorteile zu verschaffen, sondern dass sie bei richtiger Organisation den Gewerkschaften als solchen einen Rückhalt in wirtschaftlichen Kämpfen bieten können. Der Gewerkschaftskongress in Cöln /1905/ machte deshalb den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern den Beitritt zu den Konsumvereinen und die Propagierung genossenschaftlicher Ideen zur direkten Pflicht.

Die Erkenntnis von der Bedeutung der Genossenschaften hat ihr rasches Wachstum wesentlich gefördert. Im Jahre 1902 gehörten dem *Zentralverband* 585 Vereine mit 480 916 Mitgliedern an; im Jahre 1905 waren es 855 Vereine mit 719 239 Mitgliedern. Der Umsatz stieg von rund 147 auf 230, der Reingewinn von 12 auf 18 Millionen Mark. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 1903 7081, 1905 9595. In eigener Produktion wurden im Jahre 1905 für 21 Millionen Mark Waren hergestellt. In geradezu überraschendem Masse hat sich die *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* entwickelt; 1894 begann sie mit einem Umsatz von zirka 500 000 Mark; 1905 betrug er annähernd 39 Millionen Mark. Kein Zweifel: die Kreuznacher Scheidung hat der modernen Konsumvereinsbewegung genützt. Dem *Allgemeinen Verband* gehörten 1905 nur noch 252 Vereine mit 255 916 Mitgliedern und einem Umsatz von 51 Millionen Mark an. Im Sekretariatsbericht wird die Gesamtzahl der Mitglieder der Konsumvereine in Deutschland auf 1 100 000 geschätzt;  $\frac{7}{10}$  hiervon sind mithin schon jetzt im *Zentralverband* organisiert, und das Verhältnis dürfte sich von Jahr zu Jahr mehr zu dessen Gunsten ändern.

Weit wichtiger, als das äussere Wachstum der Konsumvereine, aber ist die innere Wandlung, die sich seit Kreuznach in ihnen vollzogen hat. Auf den Genossenschaftstagen des *Allgemeinen Verbandes* durfte von den Gewerkschaften und der Unterstützung ihrer Forderungen nicht geredet werden. Dem Mannheimer Konsumverein wurde der Beitritt verwehrt, weil er in seinem Statut offen die Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Forderungen aussprach, der Ausschluss der übrigen 98 Vereine erfolgte, weil man von ihnen an-

nahm, dass sie des gleichen *Vergehens* fähig sein würden. Der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* hat sich aber von vornherein auf den Standpunkt gestellt, dass bei voller Wahrung ihrer Selbständigkeit die beiden grossen wirtschaftlichen Organisationen zur Hebung der Lage der arbeitenden Bevölkerung sich gegenseitig stützen und schützen müssten. Auf den Gewerkschaftskongressen erscheinen die Vertreter der Genossenschaften, auf den Genossenschaftstagen die Vertreter der Gewerkschaften. Dass es ihm Ernst ist mit der Anerkennung der gewerkschaftlichen Interessen, hat der *Zentralverband* auf jeder seiner Tagungen bewiesen. Auf dem Genossenschaftstag in Hamburg /1904/ wurde ein Lohn- und Arbeitstarif mit dem Bäckerverband beschlossen, in Stuttgart /1905/ eine Vereinbarung mit dem Handlungsgehilfenverband, in diesem Jahre in Stettin ein Tarif mit dem Verbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf den Inhalt jener Tarife näher einzugehen; darüber aber walten keinerlei Zweifel ob, dass, wenn die getroffenen Vereinbarungen und Tarife in den in Frage kommenden Gewerben überall — nicht nur bei den Genossenschaften, sondern auch bei den Privatunternehmern — durchgeführt sein werden, die beteiligten Arbeiter in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz erheblich besser, als heute, gestellt sind. Der Stettiner Genossenschaftstag beschloss auch die Bildung eines Tarifamtes gemeinsam mit den Gewerkschaften, für welche Tarife abgeschlossen würden, und bekundete damit, dass es nicht nur die Absicht der Genossenschaften ist, Tarife zu vereinbaren, sondern sie auch durchzuführen; dass der *Zentralverband* mit den Gewerkschaften Frieden und Freundschaft, keinen Kampf will.

Rückhaltlos, ehrlich und offen hat der *Zentralverband* durch die im letzten Jahre aufgenommene statistische Erhebung die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Genossenschaftsangestellten vor aller Welt klargelegt, er hat damit nicht nur den Genossenschaften, sondern auch den Gewerkschaften einen Dienst erwiesen. Die Statistik beweist, dass die Angriffe der kapitalistischen Presse auf mindestens 80 % der Konsumvereine völlig unzutreffend sind. 186 Vereine mit 1642 Angestellten haben eine 48stündige und noch kürzere Arbeitsdauer pro Woche eingeführt, in 327 Vereinen mit 1131 Angestellten besteht die 49- bis 54stündige Arbeitszeit pro Woche; das Gros der Genossenschaftsangestellten (3739) ist in 55 bis 66 Stunden wöchentlicher Arbeitsdauer beschäftigt. Wenn man demgegenüber die Arbeitszeit in den konkurrierenden Betrieben betrachtet, so muss jeder vorurteilsfreie Mensch anerkennen, dass die Genossenschaften in ihrer übergrossen Mehrzahl den Privatbetrieben weit vorausgeeilt sind. In der Entlohnung ist dies noch weit mehr der Fall. Aus der Tatsache nun, dass zirka 20 % der Vereine gegenüber ihren Angestellten heute noch die gleiche Ausbeutungstaktik befolgen, wie die Privatbetriebe, hat allen voran natürlich die *Arbeitgeberzeitung* Kapital zu schlagen versucht, indem sie ihren Lesern nur diese Ausnahmen mitteilte und das Gesamtergebnis der Statistik wohlweislich verschwieg.

Eine ungemein interessante Tatsache zeigt eine vom Bäckerverband herausgegebene Liste über die Anerkennung des Bäcker tariffs seitens der Genossenschaften. Überall dort, wo die Bäcker gewerkschaftlich organisiert sind, ist der Tarif anerkannt; dagegen ist in der Regel der Tarif bei denjenigen Genossenschaftsbäckereien nicht durchgeführt, in welchen die Bäcker nicht

Mitglieder ihrer Gewerkschaft sind. Bedarf es noch eines weiteren Beweises, um darzutun, wie notwendig ein Zusammenwirken von Gewerkschaften und Genossenschaften ist? Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in solchen Vereinen sollten energisch darauf dringen, dass nicht nur die auf den Genossenschaftstagen vereinbarten Tarife anerkannt, sondern dass auch die in ihren Genossenschaften beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Eintritt in die betreffenden Gewerkschaften veranlasst werden. Weiter aber beweisen die statistischen Erhebungen des Bäckerverbandes, dass diejenigen Genossenschaften, welche dem *Zentralverband* nicht angehören, sich um die vereinbarten Tarife absolut nicht kümmern. Im ganzen Gau Breslau, der noch treu zum alten *Allgemeinen Verband* steht, ist in keiner einzigen Bäckerei der Tarif anerkannt; der Breslauer Konsumverein beschäftigt 106 Bäcker, wovon, sage und schreibe, einer (!) gewerkschaftlich organisiert ist; der Tarif ist dort nicht anerkannt. Die Genossenschaften sind selbstverständlich unter den heutigen Verhältnissen nicht im stande, die sämtlichen, manchmal recht weitgehenden Wünsche ihrer Angestellten zu befriedigen; das bedingt die durch die privatkapitalistische Konkurrenz gebotene Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiter als Konsumenten. Es ist, auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, durchaus nicht wünschenswert, eine kleine Anzahl von Berufsangehörigen, die nun zufällig das Glück haben, in einer Genossenschaft angestellt zu sein, weit über den allgemeinen *standard of life* ihrer Kollegen zu erheben. Was vereinbart ist, muss durchgeführt werden, weitergehende Wünsche sind in beiderseitigem Interesse zurückzustellen, bis eine neue allgemeine Vereinbarung getroffen ist. Die Hauptsache ist und bleibt doch die Kräftigung der Gewerkschaften durch die Genossenschaften und umgekehrt der Genossenschaften durch die Gewerkschaften.

Der Bund der Gewerkschaften und der Genossenschaften ist in Deutschland eine vollzogene Tatsache; er wird von Jahr zu Jahr eine grössere Macht entfalten. Bewusst müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darauf hinwirken, dass ein immer grösserer Teil der von ihnen konsumierten Waren in eigener genossenschaftlicher Produktion hergestellt wird. Nach dem letztjährigen Bericht der britischen Genossenschaften sind dort in ihnen 99 244 Personen beschäftigt, davon in der Eigenproduktion 42 564, also nahezu die Hälfte. Was die englischen Arbeiter vollbringen konnten, können auch die deutschen, die Entwicklungsbedingungen sind auf diesem Gebiete die selben. Nur mangelt es in Deutschland heute noch vielfach an der richtigen Erkenntnis der Notwendigkeit und der gewaltigen Bedeutung einer solchen Entwicklung.

Um diese Erkenntnis überall zu fördern, muss ein dritter dem Bunde beitreten, mit Energie die genossenschaftlichen Ideen propagieren: die sozialdemokratische Partei. Es versteht sich von selbst, dass dieses Bündnis nur dann Erfolg haben kann, wenn jeder Teil seine volle Selbständigkeit behält. Genossenschaften und Gewerkschaften dürfen von ihrer selbst willen keine Parteipolitik treiben. Die Förderung der Genossenschaften durch die sozialdemokratische Partei muss diese ebenfalls ihrer selbst wegen unternehmen; die Partei muss erkannt haben, dass die genossenschaftliche Organisierung der Massen des Volkes eine notwendige Vorarbeit ist auf dem Wege zum Sozialismus. Oder ist das etwa nicht der Fall?

Durch die genossenschaftliche Organisation sind gewaltige Grossbetriebe auf dem Gebiete der Verteilung der Lebensmittel entstanden. Eine sozialistische Gesellschaft mit einer immensen Zahl kleiner Zwergebetriebe zum Zwecke der Warenverteilung wird jeder Sozialist für einen Nonsens halten; nun also, die Genossenschaften vollführen hier eine Wandlung auf dem Boden der jetzigen Gesellschaft, die für die sozialistische Gesellschaftsordnung eine notwendige Voraussetzung ist. Gegenüber dem Einwand, dass dies auch ohne Genossenschaften geschehen werde, ist zu erinnern, dass es zunächst doch ein gewaltiger Unterschied ist, ob die durch eine solche vollkommene Organisation entstehenden Vorteile den Proletariern sowohl als Konsumenten, als auch als Produzenten zu gute kommen, oder ob der Löwenanteil daran einer Handvoll Grosskapitalisten zufällt. Die genossenschaftliche Organisation wird, wo ihre Existenzmöglichkeit durch den Massenkonsum gesichert ist, mit der Zeit jegliche kapitalistische Konkurrenz besiegen, weil sie den Massen mehr bietet, als ein Privatbetrieb. Die beiden britischen Grosseinkaufsgesellschaften hatten im letzten Jahr einen Umsatz von 543 Millionen Mark. Es gibt keinen kapitalistischen Privatbetrieb, welcher im Handel mit der gleichen Warengattung einen derartigen Umsatz zu erzielen im stande wäre. Dass 2 206 000 Konsumenten s t ä n d i g ihren Bedarf einem Privatbetrieb entnehmen, das ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Derartige Kiesenkäuferorganisationen sind nur auf genossenschaftlichem Wege denkbar, da muss das Privatkapital die Segel streichen. Das gleiche zeigt sich in den Gewerben, in welchen die Genossenschaften auf Grundlage des organisierten Konsums zur Warenproduktion übergehen. In den Genossenschaftsfabriken zur Herstellung von Schuhwaren arbeiten zirka 6400 Arbeiter; es ist in dieser Branche bereits eine Teilung der Arbeit eingetreten. Während in einer Fabrik das derbere Fusszeug angefertigt wird, wird in anderen Fabriken ausschliesslich das leichtere, werden Damen- und Kinderschuhe hergestellt. Die Schuhfabrik der englischen Grosseinkaufsgesellschaft in Leicester beschäftigt 2500 Arbeiter, in Grossbritannien und auch wohl in der ganzen Welt gibt es keine gleich bedeutende Schuhfabrik in der Privatindustrie; auch das Teegeschaft der Gesellschaft mit seinen 3450 Angestellten, die Seifenfabrik mit 504 Arbeitern dürften von der Privatkonkurrenz nicht erreicht werden. Die grösste Bäckerei der Welt ist zweifellos die Glasgower Genossenschaftsbäckerei; dort sind über 1000 Arbeiter beschäftigt, der Umsatz betrug im Jahre 1901 schon über 7 Millionen Mark, der Gewinn 856 000 Mark.

Gerade an dieser Bäckerei lässt sich die Überlegenheit eines genossenschaftlichen Grossbetriebes gegenüber der Privatindustrie aufs beste demonstrieren. Die Arbeiter haben die 8stündige Arbeitszeit, erhalten pro Woche an Lohn 1 Mark mehr, als in Privatbetrieben, die Arbeiter sind am Produktionsgewinn beteiligt, sie erhielten im Jahre 1901 112, 118 Mark, das ergibt für den einzelnen Arbeiter 112 Mark. Es versteht sich, dass die Arbeiter auch Mitglieder des Konsumvereins sind, welcher im Jahre 1901 durchschnittlich 94 Mark Rückvergütung zahlte. Man rechne zusammen: 52 Mark mehr Lohn, 112 Mark Produktionsgewinnanteil, 94 Mark Rückvergütung; das ergibt 258 Mark im Jahr Mehreinkommen gegenüber der Privatindustrie. Dass wir zurzeit noch gezwungen sind, bei der Demonstrierung der Nützlichkeit und Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation immer wieder auf Grossbritannien hin-

weisen zu müssen, ist teilweise der späteren kapitalistischen Entwicklung in Deutschland, zum nicht geringen Teil aber auch der in ihren Anfangsstadien vornehmlich einseitig politisch geleiteten Arbeiterbewegung zuzuschreiben — in schroffem Gegensatz zu den ebenso einseitig vornehmlich wirtschaftlich geleiteten englischen Gewerkschaften.

Kein vernünftiger Genossenschafter wird nun behaupten wollen, die Genossenschaft sei das Allheilmittel zur Beseitigung aller gesellschaftlichen Schäden; kein noch so eifriger Genossenschafter wird wünschen, dass die Post, die Telegraphie, die Eisenbahnen, der Schiffsverkehr durch freie Genossenschaften verwaltet werden sollen; die Kooperation auf diesen Gebieten kann nur durch eine auf demokratischer Grundlage beruhende Staatsorganisation vollbracht werden, das gleiche trifft zu für die grossen Werften, Eisen- und Bergwerke. Kein Genossenschafter wird wollen, dass die städtischen Verkehrsmittel, elektrische Bahnen, Stadtbahnen, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Genossenschaften übergeben werden sollen. Hier haben die Gemeinden einzugreifen, um diese Institutionen der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen. Mich dünkt aber, die Besorgnis, durch die Anerkennung der Genossenschaften als Institutionen, die zu einem Teil dazu berufen sind, die Sozialisierung in einigen Gewerben und im Handel anzubahnen, könnte die Bedeutung der politischen Bewegung in den Augen der Arbeiter verkleinert werden, ist ganz unbegründet. Im Gegenteil, wenn in Deutschland durch freie Genossenschaften erst derartige Riesenproduktivbetriebe, wie in England, geschaffen worden sind, dürfte auch dem blödesten Philister klar werden, dass der Sozialismus keine Utopie, sondern praktisch durchführbar ist. Schon dieses Anschauungsunterrichtes wegen müssen Sozialisten die Genossenschaften und deren Eigenproduktion zu fördern bestrebt sein.

In der Parteipresse hat man sich jetzt wochenlang mit der Frage der Möglichkeit der Durchführung eines Massenstreiks befasst. Ich gehöre zu denen, die der Meinung sind, dass in Deutschland die in der Jenaer Resolution betonten Voraussetzungen für einen Erfolg versprechenden Massenstreik noch nicht erfüllt sind. Genossen, welche den Massenstreik nicht nur als Phrase im Munde führen, welche nicht nur einen einige Stunden währenden Demonstrationstreik organisieren wollen, sind heute schon der Überzeugung, dass in gleichem Masse, wie die Gewerkschaftsbewegung, die Genossenschaftsbewegung einem Generalstreik als Stützpunkt zu dienen berufen ist. Es kommt nur auf eine zweckentsprechende Organisation in den Konsumvereinen an. Die Mitglieder der Hamburger *Produktion* erhalten ihre Rückvergütung (Dividende) nicht eher ausbezahlt — wohl verstanden: nicht ausbezahlt, wohl aber gutgeschrieben —, bis sie zu einem personellen Notfonds von 100 Mark angewachsen ist. Es ist von grossem Interesse, dass die *Produktion*, die auf dem Parteitag in Hannover /1899/ noch als *Sparverein* verhöhnt wurde, es in wenigen Jahren zu stande gebracht hat, durch ihre Organisation eine so grosse Zahl von Arbeitern zu solchem *Sparen* zu erziehen. Mit den Zuschreibungen vom letzten Jahr dürfte der Notfonds der Mitglieder der *Produktion* bereits die Summe von 200 000 Mark erheblich überschritten haben; dazu kommt das Geschäftsanteilkonto mit über 400 000 Mark, so dass die am Schluss des letzten Jahres vorhandenen zirka 20 000 Mitglieder ein eigenes Kapital von über 600 000 Mark hatten. Wäre die Hamburger Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit

zur Zeit der Wahlrechtsbewegung Mitglied der Produktion gewesen, so hätte man nicht das unsichere Experiment eines halbtägigen Massenstreiks zu machen brauchen, man hätte ihn getrost wochenlang durchführen können. Eine grosse Bäckerei, die täglich für Brot, eine Schlachtereier, die für Fleisch sorgt: wo solche Genossenschaftsinstitutionen bestehen und ausserdem durch Reservefonds vorgesorgt ist, dass der Genossenschaft die Gelder nicht ausgehen, da ist ein Massenstreik für längere Zeit ohne weiteres durchführbar, sobald nur die politisch und gewerkschaftlich organisierten Massen der Genossenschaft angehören. Auf die in Grossstädten nie zu organisierenden Paupers braucht man dabei wirklich keine Rücksicht zu nehmen, wenn diese auch, wie bisher üblich, den oberen Zehntausend als Hilfstruppen sich zur Verfügung stellen, anstatt, wie in Hamburg, *Schopenstehlereien* zu begehen. Mit diesen Kolonnen ist auf die Dauer die durch das Stocken von Industrie, Handel und Verkehr in ihren Lebensinteressen gefährdete Gesellschaft nicht zu retten.

Je leidenschaftlicher wir mit der *ultima ratio* des politischen Massenstreiks den Räubern der Volksrechte entgegenzutreten gewillt sind, desto kaltblütiger müssen wir die Durchführungsmöglichkeit aller Orten vorbereiten. Geradezu kindlich mutet es doch an, wenn auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehende Genossen mit leeren Kassen und leeren Mägen aus dem Chaos heraus einen Massenstreik zu siegreichem Ende führen wollen. Das ständige Reden vom Massenstreik allein tut's wahrlich nicht, darin stimme ich völlig mit sämtlichen Gewerkschaftsführern überein, dadurch macht man dieses unser gewaltigstes Kampfmittel nur lächerlich; die genügende Vorbereitung zum Kampf durch Gewerkschaften und Genossenschaften in der Art der Hamburger *Produktion*: das ist die Hauptsache. Man sage mir nicht: dazu können wir die Massen nicht bewegen. Wir müssen es, wollen wir siegen; wir können es, wenn wir alle in dieser Richtung wirken. Das schreiende Unrecht des elendesten aller Wahlsysteme, wir haben es in Preussen über ein halbes Jahrhundert ertragen trotz der von uns seit einem Menschenalter wahrlich mit glühender Begeisterung betriebenen politischen Aufklärungsarbeit. Wie anders, als durch zweckentsprechende Organisation auf wirtschaftlich realer Grundlage, wollen es denn unsere Heisssporne jetzt im Handumdrehen zu Fall bringen?

Der Passus der in Hannover beschlossenen Resolution Bebel, der von den Genossenschaften handelt, bedeutet gegenüber früher gefassten Beschlüssen ohne Zweifel einen Fortschritt, es ist richtig, wenn es dort heisst: »sie [die Partei] misst diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei«, aber welche Bedeutung die Genossenschaften besitzen, wird nicht gesagt. Eine allein entscheidende Bedeutung für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse kommt auch der politischen Organisation nicht zu; ohne die wirtschaftlichen Organisationen, ohne Gewerkschaften und Genossenschaften wird dieser nicht zu einem siegreichen Ende geführt werden. Dies einmal auf einem Parteitag frank und frei auszusprechen, ist eine Notwendigkeit. Die in Hannover beschlossene Neutralität der Partei gegenüber den Genossenschaften bedeutet heute noch für viele Parteigenossen deren völlige Ignorierung, wenn nicht gar Bekämpfung. Es wäre eine unverzeihliche Unterlassungssünde, wenn die Partei nicht rechtzeitig einen den Wert und die Bedeutung der Ge-

nossenschaften in bestimmter Weise würdigenden Beschluss fassen würde, wozu sie schliesslich durch die wachsende Macht der Genossenschaften doch gezwungen sein wird.

Wenn auch schon der Parteitag in Hannover in seiner Resolution die Genossenschaften »als ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten« anerkannte, wenn auch Genosse Bebel betonte, diese Erziehung selbst sei ein Vorteil für die Zukunft, je geschulter unsere Genossen im Verwaltungsmechanismus seien, um so leichter könnten wir schliesslich an das Werk der Sozialisierung der Wirtschaft gehen, so blieb doch unausgesprochen, dass die Genossenschaften im stande sind, ein gut Teil Sozialisierungsarbeit selbst zu schaffen. Nicht allein das zu betonen, sondern auch die Parteigenossen aufzufordern, durch die Genossenschaften diese Sozialisierung, die Errichtung von modernen genossenschaftlichen Konsum- und Produktionsgrossbetrieben zu fördern, durch ernste Betätigung eines praktischen Idealismus in den Genossenschaften den Krämergeist zu bannen und sie zu einer Waffe im Emanzipationskampf auszugestalten: das muss durch die Partei als Pflicht jedes Sozialisten erklärt werden.

XX

## MAX SCHIPPEL · DIE KONKURRENZ DER FREMDEN ARBEITSKRÄFTE · ZUR TAGESORDNUNG DES STUTTGARTER INTERNATIONALEN KONGRESSSES

I

**G**LEICH nach Weihnachten hoffe ich, in einem unserer Parteiverlage, bei Dietz, ein grösseres ökonomisch-historisches Werk über *Kulivarbeit und die Chinesenfrage in Amerika, Australien und Südafrika, Geschichte eines internationalen Arbeitsproblems*, herauszubringen. Subjektive Betrachtungen und Urteile liegen mir dabei selbstverständlich vollständig fern, einfach deshalb, weil sie ganz und gar aus dem Rahmen einer wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Untersuchung herausfallen würden. Der Historiker einer so tiefgehenden modernen Völkerwanderung und so folgenschwerer moderner Arbeiterkonflikte hat lediglich nachzuweisen: wieweit und in welcher Gestalt die Produktionsweise und die ganze soziale Verfassung Chinas bestimmte Auswanderungsströmungen und Arbeitswettbewerbe erzeugte und begünstigte, welche Gegenströmungen in den bourgeoisen, kleinbesitzenden und proletarischen Kreisen der Einwanderungsstaaten durch die ganz neuartige Rassenbeimischung und Arbeitskonkurrenz erzeugt wurden, zu welchen Klassengruppierungen und Klassenforderungen, zu welchen inneren politischen Kämpfen und schliesslich zu welchen gesetzgeberischen Niederschlägen und tatsächlichen Ergebnissen diese ganze, noch vor einem halben Jahrhundert kaum zu ahnende soziale Entwicklung führte. Auch den parteigenössischen Lesern hoffe ich durch Darbietung eines bisher ganz ungehobenen und unverarbeiteten Tatsachenmaterials mehr zu dienen, als durch billige Spekulationen darüber, wie der sozialwirtschaftliche Werdegang dreier grosser überseeischer Erdstriche richtiger und besser hätte verlaufen können,



wenn — alles, Menschen wie Verhältnisse, nach Wunsch anders gewesen wäre, als es nun einmal in Wirklichkeit war.

Aber wenn die objektive Ausschöpfung und Darlegung des realen Erfahrungsstoffes, das Aufdecken der kausalen Zusammenhänge von fest gegebenen Ursachen und notwendig eingetretenen Wirkungen die eine Seite, die den ökonomischen Historiker ausschliesslich interessierende Seite des fertig vorliegenden Entwicklungsprozesses ist, so ist das Lernen aus der vergangenen Erfahrung, die *Moral von der Geschichte* zwar eine ganz andere Seite, aber für fortbestehende politische Fragen, für Fragen des Wollens und des ferneren praktischen Verhaltens unter Umständen nicht minder wichtig. Schon mit dem Fortschreiten der rein historischen Untersuchung habe ich mich deshalb immer häufiger veranlasst gesehen zu vergleichenden und kritischen Betrachtungen über die bald rasch wechselnden, bald schier unausrottbar sich festwurzelnden Auffassungen, Rechtfertigungen, Warnungen und Hoffnungen der direkt an den Klassen- und Rassenkämpfen Beteiligten, sowie der fernestehenden Beobachter, in erster Linie natürlich immer der lohnarbeitenden Massen. Eine einheitliche Stellungnahme innerhalb der selben sozialen Klasse oder auch nur innerhalb des engeren Kreises, der sonst von ganz den gleichen prinzipiellen Klassengrundanschauungen ausgeht, hat sich bis zur Stunde noch nicht herauszubilden vermocht, obwohl es an Anläufen zur Klärung und Verständigung nicht gefehlt hat. Da der nächstjährige internationale Sozialistenkongress in Stuttgart das Fremdenproblem und die damit zusammenhängenden Streitfragen abermals auf der Tagesordnung hat, und der Mannheimer Parteitag sich mit jenem kommenden Kongress selber beschäftigen wird, so seien die deutlich erkennbaren Meinungsunterschiede und Strömungen innerhalb der international so vielgestaltigen Arbeiterbewegung kurz hervorgehoben.

## II



Die erste instinktive Regung der von der Auslandskonkurrenz bedrohten Besitzer der Ware *Arbeitskraft* strebt erklärlicherweise überall auf einfache Ausschaltung der Preisdrücker aus der Sphäre des Arbeitsmarktes hin. Der Pole in den altdeutschen Bergwerksrevieren, der Italiener bei den Bauten, der Farbige auf den Schiffen wird im Kampfe um Dasein und Brot als ein Schädling und deshalb als ein Feind empfunden, den man sich am besten ganz und gar vom Halse hält. Nicht selten hat dabei die Selbsthilfe zu entsprechenden Arbeitsniederlegungen, zu Boykotts, zu Tumulten mit blutigem Ausgang und gerichtlichem Nachspiel geführt. Solche Vorgänge sind für die Massenpsychologie zweifellos immer sehr lehrreich. Die Erregung über die Mongolenüberschwemmung loderte in den kolonialen Gebieten mitunter sogar zu förmlichen Aufständen und Strassenschlachten auf. Aber die bewusste ruhige Überlegung spielt dabei kaum eine Rolle; diese Art der Abwehr bleibt bei noch so augenfälliger Ausdehnung unterhalb der Grenzen des organisierten gewerkschaftlichen und politischen Strebens.

Gleichfalls noch halb wildgewachsen, mehr aus dem Gefühl und dem Augenblick heraus entstanden sind ferner viele der Anträge und Beschlüsse, die bald da, bald dort in kommunalen und staatlichen Vertretungen auftauchen,

um einer unliebsamen Konkurrenz wenigstens einen kleinen Dämpfer aufzusetzen. Immerhin hat sich auf diesem Wege, still und unbeachtet, bereits eine Art ständiger Praxis zu bilden begonnen. Oft setzt die differentielle Begünstigung oder Benachteiligung schon bei der Scheidung von Gemeindeangehörigen und Gemeindefremden ein. So teilte 1904-1905 bei der Umfrage über die kommunalen Notstandsarbeiten die Stadt Berlin mit, dass in den vorangegangenen Wintern allgemein das Prinzip aufgestellt war, offene Stellen bei städtischen Arbeiten nur durch ortsangehörige Arbeiter zu besetzen und unter diesen wieder diejenigen Personen zu bevorzugen, die bereits längere Zeit in Berlin ihren Wohnsitz haben. Ähnlich andere Städte. In sächsischen Kommunalvertretungen, wie 1904 in Chemnitz, haben Parteigenossen für die Regelung des Submissionswesens beantragt, dass Bewerber von städtischen Arbeiten dann *ausgeschlossen* sein sollten, »wenn sie nicht *deutsche* Gehilfen und Arbeiter in erster Linie beschäftigen.«<sup>1)</sup> Eine ausserordentliche, besondere Heranziehung der Ausländer zu den Kommunalsteuern hat man mehrfach versucht und verlangt. So in den letzten Jahren in Sachsen betreffs der Böhmen, die Woche für Woche, oder auch Tag für Tag von ihrer sächsischen Arbeitsstätte über die Grenze zurückkehren und *nur* unter die böhmische direkte Besteuerung fielen, die also, wie man behauptete, im Gegensatz zu den sächsischen Arbeitern erst von 600 Gulden ab steuerpflichtig waren. In amerikanischen Staaten ist mehrfach die Bevorzugung der heimischen Arbeiter gesetzlich angeordnet. Zum Beispiel lautet eine Bestimmung des Staates Massachusetts wörtlich:

»Bei der Beschäftigung von Arbeitern aller Art [mechanics and laborers] für die Durchführung öffentlicher Unternehmungen seitens des Staats, der Grafschaft, der Stadt oder der Gemeinde oder seitens der Übernehmer von vertragsmässigen Lieferungen sind die Bürger des Staates zu bevorzugen oder, wenn diese nicht in genügender Zahl vorhanden sind, die Bürger des Bundes, und jeder Vertrag betreffs solcher Unternehmungen hat eine dahinzielende Klausel zu enthalten. Ein Unternehmer, der bewusst und absichtlich die Vorschriften dieser Sektion übertritt, soll für jeden Verstoß bis zu 100 Dollars Geldstrafe zahlen.«

Als vor einiger Zeit in der Schweiz — für die die Fremdenfrage bekanntlich eine ungewöhnliche Bedeutung erlangt hat — die Regelung des Submissionswesens zur öffentlichen Debatte stand, forderte die Arbeiterunion Zürich von den Submittenten, dass sie vorzugsweise *niedergelassene* Arbeiter beschäftigen und in Zeiten grosser Arbeitslosigkeit auf Antrag der Behörde bei Anstellung von Arbeitern zunächst diejenigen berücksichtigen, die länger als 6 Monate am Ort niedergelassen sind. Dr. Hans Müller, der Konsumvereinsführer, formulierte unter vielfacher Zustimmung einen ähnlichen Gedanken noch schärfer:

»Für den Fall, dass die Submissionsarbeit nicht auswärts gemacht werden muss, wird den Submittenten vorgeschrieben, an der Submissionsarbeit vorzugsweise einheimische Arbeiter zu beschäftigen; gegebenenfalls wird die Mitbeschäftigung fremder Arbeiter überhaupt *ausgeschlossen* oder auf einen bestimmten Bruchteil *beschränkt*. Ähnliche Durchbrechungen des Mindestpreisprinzips zu gunsten der staats- oder ortsangehörigen Arbeiterproduzenten, zu ungunsten der staats- oder ortsfremden Arbeiter, und ähnliche Durchlöcherungen der formell-rechtlichen Gleichheit und Gleichbehandlung liessen sich noch in fast endloser Reihe und in mannigfaltigster Art verzeichnen. Doch messen wir solchen kleinen Abweichungen vom Pfade der sonst gepredigten Tugend höchstens symptomatischen Wert

<sup>1)</sup> Vgl. die Chemnitzer *Volkstimme* vom 25. März 1904.

bei. Oft sind die Abweichungen überhaupt nur scheinbare, wie bei manchen Steuerentscheidungen; oder es hat ihren Urhebern nichts ferner gelegen, als die bewusste Geltendmachung eines Differenzierungsprinzips.

### III

**V**IEL bedeutsamer jedoch, weil zum Teil wohlüberlegt, ist die Haltung einzelner grosser gewerkschaftlicher Organisationen. Die drastischsten Belege bietet hier eigentlich das Ausland, mit Amerika und Australien an der Spitze, jedoch England gleichfalls eingeschlossen. Wir beschränken uns hier auf Deutschland, wo für unsere Frage in erster Linie die Bergleute, die baugewerblichen Arbeiter und die Seeleute in Betracht kommen. Die Klagen über das Vordringen der Polen, der Italiener, der Farbigen darf ich hier als bekannt voraussetzen. Weniger bekannt ist, dass gelegentlich die Forderung weitestgehender Fremdenzurückdämmung einen starken Anhang fand, obwohl meines Erachtens unter den deutschen Arbeitern eine eigentliche Fremdenfeindseligkeit noch in keinem Berufe zur vorherrschenden Strömung geworden ist.

So beschloss im April 1900 der *Bergarbeiterverband* auf der Altenburger Tagung einstimmig:

„Die Generalversammlung ersucht die Reichsregierung, den Import fremdsprachiger ausländischer Arbeiter in die Bergreviere zu verbieten, da die Unkenntnis der deutschen Sprache im Bergbau die Gefahren des selben wesentlich erhöht. Auch die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter gegenüber den Versicherungskassen (Knappschaftskassen) legt es uns nahe, im Interesse der Ausländer gegen die weitere Anlegung der selben zu protestieren.“

Mit der letzten Forderung ist offenbar das Pferd in der Eile beim Schwanz aufgezäumt worden, und spätere Arbeiterkongresse haben hier den richtigeren Weg betreten, das heisst, sie haben die Vollverpflichtung, wie auch die Vollberechtigung der Ausländer in allen Zweigen der Arbeiterversicherung verlangt. Aber dem ersten Satz suchte Hue nicht minder nach Möglichkeit die bedenkliche Spitze abzustumpfen: die Resolution entspringe keineswegs dem Chauvinismus, es solle nur vermieden werden, dass Arbeiter Ortsälteste werden, die nicht Deutsch reden und deshalb mit ihren Leuten sich kaum verständigen können; darin liege eine ausserordentliche Gefahr im Bergbau.

Die *Italienerfrage* hat der *Grundstein*, das wichtige deutsche Maurerfachblatt, meist rein opportunistisch behandelt. Als wichtigste gewerkschaftliche Aufgabe, schrieb das Blatt am 27. August 1904, wäre ins Auge zu fassen, die ausländischen Arbeitskonkurrenten den Organisationen anzugliedern und allgemein verbindliche Mindesttarife durchzusetzen:

„Ist das erreicht, so können die Unternehmer ausländische Arbeiter nicht mehr anwerben zu dem Zweck, die Löhne drücken und die Arbeiterorganisation schädigen und zerstören zu helfen. Dann wird die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeiter in das richtige Verhältnis zu der Zahl der einheimischen Arbeiter, welche mit Recht Beschäftigung in erster Linie zu fordern haben, gebracht werden können.“

Nicht ganz im Einklang damit stehen jedoch vielfache Warnungen im selben Fachblatt, das am 22. Oktober 1904 in einer Polemik gegen den allzu italienerfreundlichen Genossen von Wächter also sich äussert:

„In dieser Richtung hat sich gerade unser Verband seit Jahren redlich und energisch betätigt; er hat stets grossen, ja, einen entscheidenden Wert darauf gelegt, dass sich

die italienischen Kollegen ihm anschliessen und sich seiner Disziplin fügen . . . Bei uns in Deutschland hat es wahrlich nicht gefehlt an Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, dem Unheil der wilden Konkurrenz zu steuern. Leider steht der Erfolg in keinem Verhältnis zu den Bemühungen, und das liegt daran, dass — wovon Herr von Wächter offenbar . . . nichts weiss — die Aufklärung der Arbeiter in Italien fehlt. Immer neue Massen indifferenten Arbeiter kommen von dort zu uns herüber. Herr von Wächter will, dass »italienisch-deutsche Verbände« angestrebt werden. Das liest sich so leicht, nimmt sich auf dem Papier so schön aus und ist doch so ungemein naiv! Man kann in Ansehung der realen Verhältnisse zunächst nur darauf dringen, dass es die italienischen Arbeiter in ihrer Heimat selbst zu starken Organisationen bringen. Und dann kann davon die Rede sein, dass diese Organisationen mit den deutschen Führung nehmen, sich mit ihnen verständigen, damit Lohndrückerei und Streikbrecherei verhütet werden. Wir unterschätzen den Wert des Eintritts der italienischen Arbeiter in unsere Organisationen nicht. Aber wir geben uns auch nicht der Illusion hin, dass damit schon alles getan sei. Wenn es gelänge, sämtliche oder nur den grössten Teil der in Deutschland arbeitenden Italiener in unsere Organisation zu bringen, sie auf die gewerkschaftliche Disziplin und die gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen zu verpflichten, so würde unser Unternehmertum kein Interesse mehr daran haben, sie unter Zurückdrängung der einheimischen Arbeiter zu beschäftigen. Das Unternehmertum bevorzugt sie nur dann, wenn sie sich gebrauchen lassen gegen die Interessen der deutschen Arbeiterschaft. Auch seitens unserer Behörden sind sie nur unter dieser Voraussetzung gelitten. Es ist gar nicht in Abrede zu stellen, dass die Massen der italienischen Arbeiter sehr wohl wissen, woran sie in diesem Punkte sind, und dass das einer der wesentlichsten Gründe mit ist, weshalb sie unseren Organisationen fernbleiben. Das muss auch einmal offen heraus gesagt werden; denn nichts ist bedenklicher, als die Augen vor solchen Tatsachen zu verschliessen, die für die Beurteilung einer Frage entscheidend sind. Das Solidaritätsprinzip und das Interesse der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands gebieten, für den Eintritt der italienischen Kollegen in unsere Organisation zu wirken. Aber man darf sich nicht verhehlen, dass es mit [aus?] den vorerwähnten Gründen unmöglich sein wird, die Massen der italienischen Arbeiter zu gewinnen. Denn hier steht tatsächlich Interesse gegen Interesse innerhalb der Arbeiterschaft selbst: ein Gegensatz, den man mit noch so energischer Berufung auf die *internationale Solidarität der Arbeiter* nicht überwindet.

Ja, selbst der ersterwähnte Artikel räumt ein, dass mit den darin entwickelten Vorschlägen »einer grossen Zahl italienischer Arbeiter die Möglichkeit genommen wird, sich bei uns ihr Brot zu verdienen«. Aber es sei nicht einzusehen, dass es gerecht ist, deutsche Arbeiter entgelten zu lassen, was die italienische politische Misswirtschaft an Begehungs- und Unterlassungssünden gegen die Arbeiterklasse Italiens sich zu schulden kommen lasse:

»Mögen sie [die herrschenden Klassen und die Regierung Italiens], statt sich der überschüssigen Arbeitskraft in rücksichtsloser Weise zum Nachteil der Arbeiter zu entledigen, bessere wirtschaftliche und soziale Zustände im eigenen Lande und damit den dortigen Arbeitern günstigere Existenzbedingungen schaffen. Sie auf diese Bahn zu drängen, zu zwingen, dürfte die Regelung der *Ausländerfrage* nach unseren Vorschlägen ein sehr gutes Mittel sein. Es kommt als Notwehr unter allen Umständen hinzu, dass, entsprechend einer Forderung unserer organisierten Arbeiterschaft, die bauenden Behörden gehalten sind, den mit der Ausführung ihrer Bauarbeiten betrauten Unternehmern zur Pflicht zu machen, dass sie in erster Linie einheimische Arbeiter beschäftigen und die mit der Arbeiterorganisation vereinbarten Arbeitsbedingungen inne halten. Würde diese Massnahme allgemein von den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden durchgeführt, so wäre damit schon viel gewonnen, der wilden Konkurrenz eine erhebliche Schranke gesetzt, und es würde dann um so leichter sein, den selben Grundsätzen auch bei den Privatunternehmungen Geltung zu verschaffen. Auch auf diesem Gebiete die *Ausländerfrage* zu regeln, hätte dann die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation eine bedeutende und unangreifbare Stütze. In dieser Rich-

tung sich immer entschiedener zu betätigen, muss die Arbeiterorganisation als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erachten.

Die organisierten Seeleute Deutschlands seien hier nur kurz erwähnt. Die vierte Generalversammlung des Verbandes fasste 1905, nach einer eingehenden Begründung durch Drescher-Bremerhaven, einstimmig diesen Beschluss:

»Die vierte Generalversammlung des Verbandes der Seeleute legt dagegen Protest ein, dass auf deutschen, vom Reiche subventionierten Schiffen Chinesen als Lohn-drücker angestellt und dadurch die deutschen Seeleute, die Steuerzahler sind, von der Arbeit auf diesen Schiffen immer mehr verdrängt werden. Der Verbandstag beauftragt den Zentralvorstand, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, dass die Verwendung von farbiger Mannschaft auf subventionierten Schiffen verboten wird.«

#### IV



WEIFELLOS darf der Sozialismus in vielen Beziehungen beanspruchen, dass er den wild naturwüchsigen, rein empirisch tastenden, mitunter noch beruflich recht kurzsichtigen partiellen Arbeiterbewegungen verholfen habe zu weiterem, umfassenderem Blicke, zur Rücksichtnahme auf die allgemeinen Lebens- und Entwicklungsbedingungen der ganzen Arbeiterklasse. Ist nun unter den eigentlichen sozialistischen Politikern, unter den mehr prinzipiell-theoretischen Wortführern eine leidliche Übereinstimmung der Auffassungen und des Verhaltens erreicht worden?

Keinesfalls. Recht drastisch trat dies im Juli 1903 in der Sitzung des internationalen Bureaus in Brüssel zu Tage. Nach dem *Vorwärts*-bericht wollte Vandervelde-Belgien in einer Resolution Protest erhoben sehen gegen solche Vorschläge, durch welche die ausländischen Arbeiter proskribiert werden sollen:

»Derartige Massnahmen seien der schlimmste Schutzzoll, sie erzeugen Vorurteile bei den durch die Not zur Auswanderung gezwungenen Arbeitern, säen Hass zwischen den Arbeitern selber, führten sogar wiederholt zu blutigen Ausschreitungen und erhöhen die Schwierigkeiten internationaler Verständigung und gemeinschaftlicher Aktion der Arbeiterklasse. Das Bureau fordert daher die verschiedenen sozialistischen Fraktionen zur energischen Bekämpfung beziehungsweise zur Abschaffung solcher Gesetze auf.«

Wie man weiss, beklagen sich die besonders die nordfranzösischen Grubenreviere aufsuchenden Belgier bitter über die französischen Abwehrmassnahmen, und offenbar ist die Anregung Vanderveldes durch diese spezifisch belgisch-französischen Erfahrungen mit hervorgerufen und beschleunigt worden. Die Erwiderung Vaillants-Frankreich lässt sich nach dem *Vorwärts*-bericht schwer der Grundtendenz nach feststellen:

»Vaillant tritt für diese Resolution [Vandervelde] ein, hält aber die Beschränkung der Zahl der ausländischen Arbeiter für das zurzeit einzig mögliche Aushilfsmittel.«

Hyndman-England wies auf das allgemeine Auftauchen dieses Arbeitsproblems hin, anscheinend um vor voreiligen Protestkundgebungen zu warnen. Dann lesen wir wörtlich weiter:

»Fischer [-Deutschland] erklärt es für unmöglich, grundsätzlich zu erklären, dass gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter der Weg der Gesetzgebung nicht beschritten werden dürfe. Wo es sich darum handle, tieferstehende soziale Schichten zu heben, sei es Pflicht der Sozialdemokratie, an dieser Kulturarbeit nach Kräften mitzuarbeiten; wo aber im niedrigsten Unternehmerinteresse solche tieferstehende Arbeiterschichten ins Land gelockt würden, vielleicht sogar

zum Zwecke, die höhere Lebenshaltung der inländischen Arbeiterbevölkerung niederzudrücken, zum Beispiel durch Import von Chinesen und Negern, da müsse die Sozialdemokratie im Interesse der Kultur und der Selbsterhaltung der einheimischen Arbeiter solchen Unternehmerabsichten auch auf dem Wege der Gesetzgebung entgegen treten. So sei die deutsche Fraktion seinerzeit gezwungen gewesen, im Reichstage das Verbot der Beschäftigung von Chinesen und Negern auf den staatlich subventionierten Postdampfern zu beantragen<sup>2)</sup>. Van Kol [-Holland], Hyndman [-England], Pfannkuch [-Deutschland] gehen von gleichen Gesichtspunkten aus; Troelstra [-Holland] weist darauf hin, dass, wenn die Arbeiter das Recht haben, sich gegen einheimische Streikbrecher zu wenden, sie dies doch auch gegen ausländische tun dürften.«

Auf den Antrag Anseeles - Belgien überwies man alsdann die strittige Angelegenheit dem Amsterdamer Kongress zur Beratung und Lösung. Zur Entscheidung kam es jedoch im nächsten Jahre in Amsterdam abermals nicht.

Die für den Punkt 7 der Tagesordnung *Auswanderung und Einwanderung* eingesetzte Kommission »verurteilte« in ihrer Mehrheit »jede Gesetzesmassregel, welche fremde Arbeiter im Einwanderungslande ausschliesse oder schlechter behandeln wollte.«<sup>3)</sup> Andererseits wollten holländische, amerikanische und australische Delegierte in einer gemeinsam eingebrachten Resolution unter Umständen Ausnahmen zugelassen sehen für »Arbeiter rückständiger Rassen (wie Chinesen, Neger u. s. w.)«. Hillquit, der Verfasser der *History of socialism in the United States*, brachte die einschränkende Tendenz der Gegenresolution am schneidendsten zum Ausdruck: »Hillquit-Amerika begründet die Resolution der Amerikaner, Holländer und der Delegation aus den englischen Kolonien. Alle diese Länder seien gezwungen, einen Unterschied zu machen zwischen Arbeitern zivilisierter Länder und unzivilisierter, zwischen Arbeitern, die im Klassenkampf begriffen sind oder wenigstens im Entwicklungsprozess des Klassenbewusstseins begriffen sind, und solchen, die dazu auch noch nicht die geringste Vorbereitung aufweisen. Deshalb haben die amerikanischen Gewerkschaften sämtlich das Verbot der Chinesenaufnahme. Das mag reaktionär klingen, ist aber unabweislich, wollen wir nicht die ganze Arbeiterbewegung zu Grunde richten, denn es ist ein Lebensinteresse unserer Arbeiterbewegung, die Kulis und Neger fernzuhalten.«<sup>4)</sup>

Im Namen der amerikanischen Minderheit protestierte jedoch ein anderer Delegierter, Klein, sofort gegen diese Verletzung der Internationalität; Kulis seien auch Menschen, auch Arbeiter und hätten das selbe Recht, wie die anderen; mache man einmal solche Unterschiede, so werde auch die Polen- und Italienerfrage für Amerika lebendig. Nach einigen vermittelnden Bemerkungen von Paepfow - Deutschland und Keir Hardie - England hielt man offenbar die ganze Streitfrage für zu wichtig, um eine Entscheidung aus dem Handgelenk zu treffen; man beschloss, »auf dem nächsten Kongress die Frage der Ein- und Auswanderung eingehend zu behandeln.«<sup>5)</sup>

Die weitestgehenden Verfechter der Einwanderungsverbote und -beschränkungen sind in der Gegenwart die australischen Arbeiter. Rücksichten auf den Raum verbieten es, an dieser Stelle einige der charakteristischsten Äusserungen der Gewerkschaften und der *Labour Parties*, vor allem gegen

<sup>2)</sup> Über die *Farbigenfrage* im Reichstage siehe den Kommissionsbericht 1897-1898, Drucksache Nr. 145, und die nachfolgenden Plenarverhandlungen.

<sup>3)</sup> Vergl. das deutsche Protokoll des internationalen Sozialistenkongresses in Amsterdam, pag. 50 ff.

<sup>4)</sup> Vergl. *ibid.*, pag. 52.

<sup>5)</sup> Eine gute Darstellung dieser Verhandlungen gibt Franz Laufkötter in seinem Artikel *Das Verhältnis zwischen den einheimischen und den fremden Arbeitern in den Sozialistischen Monatsheften*, 1904, II. Bd., pag. 801 ff.

Chinesen und Japaner, wiederzugeben; ich verweise in dieser Beziehung auf mein Buch, umso mehr, als die australische Arbeiterpolitik ohne gleichzeitige Darstellung ihres ganzen wirtschaftlichen und politischen Milieus kaum verständlich zu machen ist. Doch ein paar Worte seien noch der amerikanischen Stellungnahme gewidmet. Soweit ich während der letzten Jahre in der Lage war, die amerikanische sozialistische Presse regelmässig zu verfolgen, scheint mir die Beurteilung des Problems durch Hillquit durchaus mit der drüben vorherrschenden Strömung in Einklang. Auch der kleine Flügel der ausgedehnten amerikanischen Arbeiterbewegung, der dem sozialistischen Banner folgt, ist in der Mehrheit nicht der Meinung Kleins. Nicht nur die grossen gewerkschaftlichen Organisationen, die *Federation of Labor* mit Gompers voran, sind in den Vereinigten Staaten die Träger der Einwanderungsbeschränkungen und der Verschärfung der bisherigen Immigrationsgesetze, sondern sogar die sozialistische Presse leistet dieser Strömung zum mindesten keinen ernstlichen Widerstand. Sie kritisiert höchstens die übertriebenen Erwartungen, die amerikanische Arbeiter an die Einwanderungspolitik knüpfen, oder das heuchlerische Eigenlob, das sich kapitalistische Drahtzieher wegen eines derartigen *Schutzes der nationalen Arbeit* spenden, und das oft genug in die Forderung von klingenden Zollgegenleistungen für das Kapital ausmündet. Im Wochenblatt der *New Yorker Volkszeitung* zum Beispiel wurde ein für die Chinesen mit den üblichen ethisch-ästhetischen Gründen Eintretender wegen seiner »Liebessabbelei« arg mitgenommen:

»Wir brauchen unsere Leser auf den Unsinn, den unser Priester in seinem ökonomischen Exkurs von sich gibt, nicht besonders aufmerksam zu machen. Jeder Arbeiter weiss, das es für ihn gar nicht darauf ankommt, ob der allgemeine Reichtum des Landes durch die Chinesenarbeit zunimmt, sondern einzig darauf, wie diese Chinesenarbeit auf seine Arbeitsgelegenheit und auf seine Lebenshaltung wirkt. Und da weiss wiederum jeder Arbeiter, dass der Chinese infolge seiner Anspruchslosigkeit billiger schaffen kann, als der amerikanische Arbeiter; dass er durch das Angebot seiner billigen Arbeitskraft auch die Löhne der hiesigen Arbeiter herabsetzt und ihre Lebenshaltung herunterdrückt; sie also schädigt. Und was die moralisch-religiös-brüderlichen Gründe unseres Predigers anlangt, so vergisst er vollständig oder versteht es nicht, dass in unserer Gesellschaft ein Kampf besteht zwischen der Klasse der Besitzer und der Klasse der Arbeiter, und dass die Interessen dieser Klassen vollständig verschieden sind. Da ist kein Raum für seine christlich-sozialisierende liebende Brüderlichkeit. Die Aufgabe der Arbeiter ist es, sich ihrer Haut zu wehren; das zu verteidigen, was sie haben; zu erobern, was sie noch nicht haben. Das ist die Moral der Arbeiterklasse, und diese gebietet ihr, sich gegen die Einwanderung der Chinesen zu wehren, weil diese Einwanderung die Lebenshaltung der Arbeiter gefährdet. Die Auslassungen unseres Herrn Pastors zeigen übrigens auch eine Gefahr für die sozialistische Bewegung dieses Landes. Diese Gefahr liegt darin, dass die Arbeiter derartige Auslassungen, die im sozialistischen Gewande erscheinen, als wirkliche Lehren des Sozialismus ansehen mögen und — dem Sozialismus den Rücken kehren. Man kann deshalb nicht scharf genug darauf sehen, derartige Schafe aus unserm Stall [?!] fern zu halten.«<sup>6)</sup>

Selbst ein altes Parteiorgan wie das *Philadelphia Tageblatt* spricht sich für die Beschränkung der Einwanderung aus und fragt:

»Kann die amerikanische Arbeiterschaft eine so riesige Einwanderung von solcher Qualität, wie es der Hauptteil der jetzigen ist, ertragen? Ist sie, eines Prinzips wegen, verpflichtet, sich zu Boden drücken zu lassen? ...

<sup>6)</sup> Vergl. das Wochenblatt der *New Yorker Volkszeitung* vom 12. April 1902.

Der Respekt vor der Freizügigkeit kann doch nicht so weit gehen, dass eine solche Massenflut von Leuten niedriger Zivilisation zugelassen wird. Darüber geht doch das Recht der Notwehr, und für die amerikanischen Arbeiter ist sie dringend geworden.<sup>7)</sup>

V

**E**s dem Stuttgarter internationalen Kongress gelingen wird, die allgemeine Frage einer Lösung näher zu bringen? Ich glaube das nicht, aus dem einfachen Grunde, weil die internationalen Konkurrenzverhältnisse auf den einzelnen nationalen Arbeitsmärkten so verschiedenartig gelagert sind, dass sie sich der Aufstellung jeder einheitlichen Norm entziehen. Freilich, eine derart phrasenhaft verschwommene Resolution abzufassen, dass ihr jedermann, von der äussersten Linken wie Rechten, zustimmen kann, war und bleibt jederzeit ein Kinderspiel. Aber eine einheitliche Norm aufzustellen, nach der sich die reale Praxis der einzelnen Arbeiterparteien im Zweifelsfalle wirklich zu richten vermag und tatsächlich auch richten wird, ist ganz etwas anderes.

Viel angemessener und wichtiger scheint es mir daher, dass die Arbeiterkongresse der einzelnen Länder sich mehr, als bisher, mit ihren Sonderfragen auf unserem Gebiete beschäftigen. Das wäre in Deutschland: mit der Sprachenfrage in den gemischtsprachigen Berufen, mit der Stellung der Ausländer in der Arbeiterversicherung, mit ihrer gerechten Heranziehung zur staatlichen und kommunalen Besteuerung, ihrer Behandlung bei staatlichen und kommunalen Eigenunternehmungen und Submissionen und bei gewerkschaftlichen Tarifvereinbarungen, mit ihrer Heranziehung zu den Gewerkschaften, mit den Ausnahmebefugnissen der Polizei gegen Ausländer — Ausnahmebefugnisse, die sehr oft die Widerstandsfähigkeit des Fremdarbeiters noch mehr herabsetzen, und die darum den Lohndruck von dieser Seite vermehren.

Die Kuli- und Negerfrage aber möge man vorläufig bei uns in Europa, wo sie noch nicht brennt, studieren und erörtern, aber nicht lösen. Kommt Zeit, kommt Rat.

XX

## WOLFGANG HEINE · STRAFRECHT, STRAFPROZESS UND STRAFVOLLZUG

**D**ER Parteivorstand hat das diesem Aufsatz vorangestellte Thema auf die Tagesordnung des Mannheimer Parteitages gesetzt und damit allgemeinen Beifall gefunden. In der Tat lässt sich für die Sozialdemokratie heut kaum ein ähnlich lohnender Diskussionsstoff denken. Diese Gegenstände stehen auf dem Gesetzgebungsprogramm des Deutschen Reichs für die nächsten Jahrzehnte, denn *Jahre* wäre zu optimistisch gesprochen. Täglich aber rufen neue Erlebnisse uns die praktische Wichtigkeit dieser Fragen ins Bewusstsein. Als Vertreterin der breiten Volks-

<sup>7)</sup> Ich sehe das Blatt seit längerer Zeit nicht mehr und zitiere nach dem Berliner *Vorwärts* vom 12. August 1905. Weiter heisst es hier: »Das *Philadelphia Tageblatt* weist auf die Masse der russischen Juden, über 100000 pro Jahr, als den bedenklichsten Bevölkerungszuwachs hin und erklärt, die ost- und südeuropäische Einwanderung schliesse die wertvollere nordeuropäische aus. Die Engländer und die Deutschen könnten nicht mit Slowaken, Italienern und den russischen Juden konkurrieren.«



massen, die — wie die sozialen Verhältnisse einmal liegen — in erster Reihe zu dem *wertlosen Objekt* werden, an denen die Gerechtigkeitspflege der heutigen Gesellschaft ihre Experimente übt, und als kämpfende Partei, deren mutiges Streben die herrschenden Mächte mit Kerker und Banden zu brechen sich mühen, ist die Sozialdemokratie nur allzu praktisch an der Strafrechtspflege interessiert. Aber auch als Inhaberin und Prophetin einer idealen Weltanschauung, die der Wahrheit und der aus dem Wesen des gesellschaftlichen Daseins fließenden Gerechtigkeit zum Siege verhelfen will, kann sie die schönsten Früchte auf dem Felde des Kampfes ums Recht ernten. So schwere Ankläger gegen die Organisation der im üppigen Überflusse schwelgenden Gesellschaft das an der Brust der Mutter verhungernde Kind und ganze an Überarbeit und Unterernährung dahinsiechende Bevölkerungsschichten sind, ihren schauerlichsten Charakter gewinnt diese Anklage, wenn der Vater, der aus Not das Brot für seine Lieben stiehlt, dem Zuchthaus verfällt, wenn hoffnungsvolle Kinder, vielleicht gerade besonders mutige und tatkräftige Naturen, durch Mangel an liebevoller Aufsicht und Anleitung rettungslos in den Pfuhl der Prostitution und des Gewohnheitsverbrechertums hinuntergerissen werden. Und durch nichts offenbart es sich so krass, wie sehr die Einrichtungen der heutigen Gesellschaft auf die Interessen herrschender Minderheiten zugeschnitten sind, als in der Tatsache, dass im Namen des *Rechts* die selben Handlungen verfolgt werden, wenn Vorkämpfer der aufwärts strebenden Klassen sich ihrer unterfangen, aber straflos bleiben oder gar gepriesen werden, wenn Mitglieder der herrschenden Kreise sie verüben.

Die Ungeschicklichkeiten und Ungerechtigkeiten des Strafrechts und Strafprozesses werben ununterbrochen für die Sozialdemokratie, als die einzige Partei, die diese Mängel mutig und konsequent bekämpft und davon auch nicht ablässt, wenn im einzelnen einmal Gegner der Partei unter ihnen zu leiden haben. Dieser Kampf und seine werbende Kraft müssen um so intensiver werden, je mehr die Masse Verständnis und Interesse für diese Probleme gewinnt, und dafür ist die öffentliche Diskussion auf einem Parteitage ein ausgezeichnetes Mittel. Freilich wird es nicht leicht sein, in einer Parteitagsdebatte diese unendliche Fülle von Stoff so zu behandeln, dass die Erörterung nicht in unfruchtbaren Allgemeinheiten stecken bleibt, und dem Referenten ist damit die schwere Aufgabe gestellt, sich in der Auswahl sowohl des Generellen, wie des Speziellen so zu beschränken, dass jedes einzelne gründlich genug behandelt werden kann. Noch weniger kann ich, von der Redaktion dieser Zeitschrift ersucht, den Gegenstand auf einem äusserst knappen Raume zu behandeln, auch nur eine erschöpfende Aufzählung der in Betracht kommenden Probleme bieten. Ich muss mich im allgemeinen auf eine Prüfung beschränken, unter welchen Gesichtspunkten unsere Debatte geführt werden sollte.

Ein sozialdemokratischer Parteitag hat in erster Reihe Stellung zu nehmen zu den vorliegenden Fragen der praktischen Politik, also mit den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen zu rechnen; deshalb wird er bei seinen kriminalistischen Reformplänen immer prüfen müssen, wie diese in der jetzigen Gesellschaft ausgeführt werden könnten und wirken würden. Ebenso aber ist nicht zu vergessen, dass ein sozialdemokratischer Parteitag — glücklicherweise — kein Kongress juristischer Theoretiker ist. Deshalb tut die Sozialdemokratie gut, sich nicht in die Schulstreitereien der theoretischen Krimina-

listen einzumengen. Ohnehin stecken in diesem mit heftigem Lärm geführten Streit um die *soziale Zweckstrafe* und die *Strafe der gerechten Vergeltung* viel aufgebauschte Schlagworte, und die Unterschiede schrumpfen bei näherem Zusehen sehr zusammen.<sup>1)</sup> Dass die Strafe aus dem Bedürfnis der Gesellschaft, sich zu schützen, entstanden ist, und dass sie diesen Zweck nicht verfehlen, namentlich nicht die Gesellschaft durch Züchtung von Verbrechern erst recht gefährden darf, erkennen auch die Anhänger der sogenannten *klassischen Schule* mehr oder weniger an. Dass aber die Strafe sich auch im Einklange mit dem befinden muss, was das öffentliche Bewusstsein als gerecht empfindet, geben ebenso die Anhänger der Zwecktheorie zu.<sup>2)</sup> Dass dieses allgemeine Rechtsbewusstsein dem Wechsel unterworfen ist, wird wieder von der anderen Seite kaum noch bestritten. Die Frage, ob der menschliche Wille frei oder kausal gebunden sei, ist für das Strafrecht durchaus nicht massgebend. Freiheit der Entscheidung setzt alles menschliche Wollen und Handeln voraus, obgleich nach dem Kausalgesetz nicht einzusehen ist, wie freies Handeln überhaupt möglich wäre. Dass aber der Wille beeinflusst wird durch körperliche und geistige Beanlagung, durch Umwelt, Erziehung, Verführung, Not u. s. w., wird jeder Anhänger der sogenannten *Willensfreiheit* zugeben. Hat es demnach für die Sozialdemokratie keinen Wert, sich für die eine oder andere kriminalistische Schule zu erklären, ja, muss sie sich sogar hüten, sich in einseitige Doktrinen zu verlieren, so muss sie doch gerade, um das Strafrecht praktisch reformieren zu können, die Ergebnisse der induktiven kriminalistischen Forschung verwerten. Je tiefer die Wissenschaft in die Kausalzusammenhänge zwischen Natur oder Gesellschaft einerseits und dem Verbrechen andererseits eindringt, desto festeren Boden gewinnen wir auch für die kriminalistische Praxis. Den Blick für diese Zusammenhänge geschärft zu haben, ist ein unbestreitbares Verdienst der anthropologischen und soziologischen Kriminalistik, zu denen sich neuerdings die Kriminalpsychologie gesellt hat.<sup>3)</sup> Eine *soziale Erscheinung* ist das Verbrechen stets, schon deshalb, weil es nur in der Gesellschaft und gegen die Gesellschaft denkbar ist. Seine sozialen Ursachen aber können in Umständen liegen, die Produkte einer bestimmten gesellschaftlichen Periode sind, und die man deshalb als *wechselnde soziale Faktoren* bezeichnen könnte, zum Beispiel Not, mangelhafte Erziehung und dergleichen, oder sie können aus den im Wesen jeder Gesellschaft liegenden Gründen erwachsen und müssen deshalb von jeder lebendigen Gesellschaft immer aufs neue erzeugt werden; hierher gehören namentlich die Konflikte zwischen dem Streben des einzelnen, seine Eigenart zu behaupten und auszuleben, und dem Bedürfnis der Gesellschaft, die allgemeinen Interessen zu wahren, desgleichen die Spannungen, die zwischen der überlieferten gesellschaftlichen Form und dem sich verändernden gesellschaftlichen Inhalt von Zeit zu Zeit mit Naturnotwendigkeit entstehen. Für die strafrechtliche Behandlung der einzelnen Delikte wird sehr viel darauf ankommen, von welchem dieser Gebiete hauptsächlich sie ihren Ursprung herleiten, eine Untersuchung, die freilich hier nicht vorgenommen werden kann.

**Bestimmte Stellung nehmen muss die Gegenwartspolitik der Sozialdemokratie**

1) Ausführlicher habe ich dies in dem Aufsatz *Zur Reform des Strafrechts* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1903, I. Bd., pag. 22 ff., behandelt.

2) Vergl. F. von Liszt: *Schutz der Gesellschaft gegen gemeingefährliche Geisteskranke etc.* in der *Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform*, 1904, pag. 13.

3) Siehe namentlich Aschaffenburgs bereits genannte *Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform*.

bei den bevorstehenden Gesetzgebungsarbeiten in Strafrecht und Strafprozess zu dem folgenden, jetzt häufig diskutierten Problem: Unser bisheriges Strafrecht geht von dem Grundsatz *Keine Strafe ohne Gesetz!* aus, sucht in den Gesetzesparagrafen die einzelnen strafbaren Tatbestände zu umschreiben und normiert die dafür zu verhängenden Strafen, die von Richtern, Juristen oder Volksrichtern verhängt werden. Die unzweifelhaften Mängel, die mit solchen Definitionen und ihrer Handhabung verbunden sind, und die durchaus berechnigte Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Juristenrechtsprechung haben nun Vorschläge eines gerade entgegengesetzten Verfahrens hervorgerufen. Es wird gefordert, dass das Gesetz nur die Straftat bezeichne, aber die zu verhängende Massregel ganz dem freien Ermessen der urteilenden Instanz überlasse; ja man hört sogar Stimmen, die wünschen, dass auch die Frage, ob eine Handlung strafbar sei, nicht gesetzlich umgrenzt, sondern von Fall zu Fall beurteilt werde.<sup>4)</sup> Damit stehen im engsten Zusammenhang die mehr der Gerichtsverfassung und dem Prozessverfahren angehörenden Vorschläge, die Strafe nicht durch Richter, sondern durch Kollegien von Verwaltungsbeamten verhängen zu lassen.

Geht man an diese Vorschläge vom Standpunkt praktischer Gegenwartspolitik heran, so sollte ohne weiteres klar sein, dass die Sozialdemokratie sie ablehnen muss. Im gegenwärtigen Deutschen Reich fehlen Organe, denen wir eine so schrankenlose Macht anvertrauen dürften. Woraus würden denn die Spruchkollegien bestehen, die man an die Stelle der Gerichte, auch der Schöff- und Schwurgerichte setzen möchte? Aus Verwaltungsjuristen, Geistlichen und — beamteten Medizinnern, deren Wirken man seit dem *Plötzenseprozess* eigentlich kennen sollte. Ich weiss mich von jeder Vorliebe für das Juristentum als solches völlig frei. Ich weiss sehr gut, dass seine Rechtsprechung uns häufig durch Mangel an Verständnis für das Leben befremdet und unser Rechtsgefühl verletzt. Sicher kommen auch Richtersprüche vor, die dermassen durch Leidenschaft beeinflusst sind, so wenig das Bestreben einer wirklich objektiven Würdigung zeigen, dass man sich fragt, ob sie nicht die unsichere Grenze der bewussten Ungerechtigkeit bereits überschritten haben. Aber die Naivetät der Ungerechtigkeit, des Messens mit zweierlei Mass, der Beurteilung nicht nach sachlichen Gründen, sondern nach politischer und persönlicher Gunst oder Ungunst, wie sie auf unzähligen Gebieten der Verwaltung im Deutschen Reich gäng und gäbe sind, finden sich doch in der Justiz nicht als Regel. Man denke nur an die häufigen Vorkommnisse bei Bestätigungen oder Nichtbestätigungen von Selbstverwaltungsbeamten und bei Konzessionserteilungen, an die Handhabung der Vereinsgesetze, das Eingreifen der Behörden bei öffentlichen Wahlen etc. Übrigens halte ich es auch für unmöglich, dass eine spätere, demokratisch und sozialistisch eingerichtete Gesellschaft irgend welchen Organen eine regel- und schrankenlose Gewalt über Freiheit und Recht ihrer Bürger einräumen könnte. Ich will gar nicht davon reden, dass ein solcher Zustand unseren sittlichen Idealen von persönlicher Freiheit ins Gesicht schlagen würde, sondern nur darauf hinweisen, dass eine solche Organisation den Keim zu selbstmörderischen Kämpfen in sich tragen würde, die sie schnell verzehren müssten. Jede Allmacht korrumpiert.

<sup>4)</sup> Darauf scheinen mir die Anregungen Edmund Fischers in seinen *Lauenbemerkenngen zur Reform des Strafrechts* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 487 ff. hinaus zulaufen.

nicht nur den König und die Aristokratie, sondern auch den Beamten, sei er von der Staatsregierung ernannt oder vom Volke gewählt, ja das Volk selbst, wenn es sich nicht im Zügel hat. Solche Zügel aber sind die viel geschmähten *Paragraphen*. Ihre Bedeutung soll gewiss nicht überschätzt werden; sie sind durchaus keine ewigen logischen oder sittlichen Gesetze, sondern mehr oder weniger unvollkommene Versuche, das Rechtsgefühl derer, die sie gemacht haben, auszudrücken, Rubriken, um in die grosse Zahl der Fälle Übersicht und Ordnung, in die Praxis Regelmässigkeit zu bringen. Als solche Werkzeuge sind sie aber unentbehrlich. Wer ein Verbrechen nicht mit der Leidenschaft des persönlich Interessierten oder des Fanatikers ansieht, muss verlangen, dass nicht die selbe Tat nach Gunst oder Zufall bei dem einen Täter anders, als beim anderen, bestraft werde. Dass dabei die Besonderheiten des Falles berücksichtigt werden müssen, ist selbstverständlich, da ja sie erst die Tat zu dem machen, was sie ist. Gerade dass in diesen beiden Richtungen die heutige Justiz das Rechtsempfinden des Volkes so oft verletzt, bildet einen fortwährenden Grund des Misstrauens und des Tadels.

Freilich sind die gesetzlichen Normen immer lediglich Mittel zum Zweck, und dazu recht unbeholfene Mittel, Werkzeuge, mit denen der ungeschickte Richter sein Arbeitsmaterial zerstört, anstatt daraus etwas Rechtes zu schaffen. Der schlimmste Fehler der zünftigen Justiz ist die Neigung zur Buchstabenauslegung. Was lässt sich nicht alles in ein paar Worten hineindeuten! Der Wortlaut wird über den Willen des Gesetzgebers und über den Zweck der Bestimmung gesetzt. Es wird nicht gefragt, wie sich der Buchstabe mit den Bedürfnissen des Lebens verträgt. So wird der Richter zum Sklaven des Buchstabens. Aber es ist doch zu beachten, dass solche Unfreiheit der Auslegung meist zu Tage tritt, wo Urteile begründet werden sollen, die den bürokratisch-fiskalischen Interessen und den Klassenvorurteilen entsprungen sind, durch die die Justiz beeinflusst ist. Es sei hier nur kurz an die sklavisch buchstäbliche Auslegung erinnert, durch die man den § 253 des Strafgesetzbuches (Erpressung) gegen streikende Arbeiter angewendet hat, und die neuerdings eingeführte Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung, wodurch plötzlich entgegen einer vierzigjährigen Praxis und dem offen ausgesprochenen Willen des Gesetzgebers praktische Ausübungen des Koalitionsrechts durch Streik und Sperre als strafbar behandelt werden, ohne die das Koalitionsrecht der Arbeiter überhaupt wertlos ist.

Aber auf den selben Gebieten, wo diese geistlose Buchstabenauslegung ihre Blüten treibt, zeigen sich plötzlich Fälle einer auch ungemein freien Praxis, die keineswegs die Buchstaben des Gesetzes oder früherer Entscheidungen sklavisch respektiert, sondern sich die Freiheit nimmt, einmal so und einmal anders zu entscheiden. Man erinnere sich des Falles eines sozialdemokratischen Abgeordneten, der bei Ausübung seines Wahlrechts sich getreulich nach einer Entscheidung des dritten Strafsenats des Reichsgerichts gerichtet hatte und trotzdem wegen *Wahlfälschung* angeklagt und verurteilt wurde. Beim Reichsgericht wurde dann die vor dem zweiten Senat anstehende Verhandlung gegen ihn so lange vertagt, bis der dritte Senat Gelegenheit gefunden hatte, anlässlich eines anderen Falles die Grundsätze seines früheren Urteils wieder umzustossen, so dass nun auch der zweite Senat verurteilen konnte, ohne die Entscheidung der vereinigten Senate anzurufen. Alle Augenblicke ereignet sich der lächerliche und empörende Vorgang, dass die selbe Notiz, wenn sie in sogenannten *staats-*

*erhaltenden* Zeitungen erscheint, unverfolgt bleibt und erst zum Gegenstand einer Anklage und Verurteilung gemacht wird, wenn sie in einem oppositionellen Blatt abgedruckt ist. Die Aufforderungen des Grafen Pückler, Juden totzuschlagen und ihre Häuser zu plündern, blieben jahrelang, als nur *bildlich* gemeint, ungeahndet. Als ein sozialdemokratischer Redakteur ein Gedicht abdruckte, worin es hiess, »kämpft mit echten Geisteswaffen«, wurde er angeklagt, und er wäre, wenn es nach dem Reichsgericht gegangen wäre, das das freisprechende Urteil aufhob, auch wegen *Aufforderung zu Gewalttätigkeiten* verurteilt worden. Wenn ein antisemitisches Blatt über die Juden im allgemeinen schimpft, ist dies keine so deutlich erkennbare Bezeichnung einer individuellen Person, dass deswegen ein Jude Strafantrag stellen könnte, wenn aber ein polnisches Blatt über die Deutschen herzieht, die in den vormals polnischen Landesteilen unter der polnischen Bevölkerung wohnen, so gilt das als eine genügend bestimmte Beleidigung einzelner Personen, um daraufhin Strafantrag stellen und verurteilen zu können. Als ein Gewerkschaftssekretär einem Arbeitgeber erklärte, wenn er gewissen Wünschen der Organisation nicht nachkäme, würde gestreikt, wurde dies als ein Versuch angesehen, den Arbeitgeber durch Drohungen zu nötigen, den Verabredungen der Gewerkschaft Folge zu leisten. Als in der selben Stadt die Leiter des Verbandes der Metallindustriellen öffentlich ankündigten, wenn die Arbeiter sich ihnen nicht gefügig zeigten, würden sämtliche organisierten Metallarbeiter ausgesperrt, konnte die Staatsanwaltschaft darin keine *Drohung*, sondern nur eine *Mitteilung* erblicken. Die selben Ungleichheiten zeigen sich in den Strafmassen. Im grossen und ganzen hat in Deutschland die Justiz zu viel Freiheit und hat durch ihre Taten bewiesen, dass sie sie nicht zu brauchen versteht. Deshalb ist vorläufig nicht daran zu denken, dass man die gesetzlichen Normen beseitigen und alles dem wohlwollenden Urteil der erkennenden Behörde überlassen dürfte. Im Gegenteil, die strafrechtlichen Bestimmungen müssen weit schärfer und klarer umgrenzt werden, so dass jeder Missbrauch ausgeschlossen ist. Dabei sind weniger allgemeine Begriffe zu verwenden, aus denen die Justiz schliesslich machen kann, was sie will, sondern es sind mehr kasuistische spezielle Regeln für Einzelfälle aufzustellen. Unzweifelhaft werden sich auch dabei Mängel zeigen, aber die des bisherigen Zustandes sind grösser. Namentlich müssen auch die Grenzen der Strafmaasse enger gezogen werden. Die Strafandrohungen des heutigen Strafgesetzbuches sind viel zu hoch. Abzulehnen sind alle Mindeststrafmaasse. Die Gerichtspraxis empfindet es oft genug als ein Unglück, dass nach § 244 des Strafgesetzbuchs Diebstahl im wiederholten Rückfalle, selbst wenn er noch so milde liegt, mindestens mit 3 Monaten Gefängnis, wenn es ein sogenannter *schwerer Diebstahl* ist, mit 1 Jahr Gefängnis bestraft werden muss.

Auf dem Gebiet der kriminellen Verantwortlichkeit wird die Sozialdemokratie die Bestrebungen unterstützen, die für die minder Zurechnungsfähigen Freisprechung oder mildere Strafen fordern. Bei den Straftaten jugendlicher Personen muss der Eintritt der Strafmündigkeit mindestens auf das vollendete 14. Lebensjahr hinausgeschoben werden. Bei allen jugendlichen Delinquenten ist nicht nur zu fragen, ob sie die *zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht* haben, sondern die Strafe darf nur eintreten, wenn sie einen Grad der intellektuellen und sittlichen Reife erworben haben, von dem

man einen ernststen Widerstand gegen den kriminellen Antrieb erwarten kann. Die *Notstandsrechte* (§ 54 des Strafgesetzbuchs) sind wesentlich zu erweitern.

Bei den Straffarten muss die Sozialdemokratie an ihrer unbedingten Ablehnung der Todesstrafe und der Deportation festhalten. Die Deportation wird empfohlen als eine Schule, in der der Verbrecher die *Reife zur Freiheit* erlangen könnte. Dies sind aber Phantasieen. In Wahrheit leben in Verbrecherkolonien die Sträflinge meist in ebenso schlimmer Gezwungenheit, als in unseren Zuchthäusern. Jedenfalls besitzt das Deutsche Reich keine Kolonien, in denen man Tausende von Verbrechern mit freier Arbeit beschäftigen könnte. Wollte man sie zum Beispiel nach Südafrika schicken, so würden sie dort, wenn sie nicht verhungerten und verdursteten, sich entweder zu den Schwarzen schlagen oder über die Grenze austreten. Dies Resultat könnte man billiger haben. Oder man müsste neben jeden Sträfling einen Soldaten stellen, was weder billig, noch eine *Erziehung zur Freiheit* sein würde.<sup>5)</sup> Abzulehnen sind die Bestrebungen, nur eine einzige Art von Freiheitsstrafe einzuführen. Es muss im Gegenteil gefordert werden, dass auch die Freiheitsstrafen mehr individualisiert werden. Deshalb ist auch eine der jetzigen Festungshaft entsprechende Freiheitsstrafe nötig, und es muss nicht ihre Abschaffung, sondern ihre Ausdehnung gefordert werden, selbst auf die Gefahr hin, dass sie vorläufig hauptsächlich Angehörigen der besitzenden Klassen zu gute käme. Soweit irgend möglich, ist die Freiheitsstrafe durch Geldstrafen zu ersetzen, an deren Stelle nicht Freiheitsstrafen treten dürften, sondern deren Beitreibung durch Ratenzahlungen, Gehaltspfändungen etc. gesichert werden müsste. Die bedingte Verurteilung muss an die Stelle der bedingten Begnadigung treten.

Was die einzelnen Straftaten anlangt, so ist besonders eine Änderung der politischen Strafgesetze nötig. Die heutigen politischen Strafbestimmungen dienen grösstenteils nicht dazu, der Gesellschaft die geordnete Funktion ihrer Organe zu sichern, sondern die Bildung und Verbreitung von Überzeugungen zu hindern, die den Interessen der Herrschenden widersprechen. Deshalb sind diese Gesetze gesellschafts- und kulturfeindlich. Nur wo die Überzeugungen sich frei entwickeln können, ist wenigstens die Möglichkeit einer dauernden friedlichen Fortbildung der Formen der Gesellschaft gegeben, die aus dem Wandel der Lebensverhältnisse organisch herauswächst. Der gesunde Fortschritt der Gesellschaft wird dagegen gehemmt, wenn eine bestimmte politische Überzeugung als die absolut richtige und allein zulässige den Staatsbürgern aufgezwungen wird, ein Zwang, der selbstverständlich ebenso verkehrt sein würde, wenn er in einer Demokratie von den Volksmassen ausginge, als wenn er im monarchischen und bürokratischen Staate von oben her angewendet wird, ebenso schädlich, wenn Parteien, als wenn Behörden ihn in ihrem Interesse ausüben. Solche unsittlichen Zwangsgesetze sind, wie gesagt, fast alle politischen Strafbestimmungen, die im Deutschen Reiche gelten, und deshalb muss jeder Freund einer friedlichen Fortentwicklung ihre Beseitigung fordern.

Die strafrechtliche Haftung der Beamten ist nach dem gegenwärtigen Gesetz sehr ausgedehnt, soweit Verfehlungen gegen das Eigentum des Fiskus in Frage kommen. Weniger wirksam ist der strafrechtliche Schutz der Freiheit und der

<sup>5)</sup> Dies gegen die gut gemeinten, aber praktisch völlig unbrauchbaren Vorschläge Max Treus (vergl. die Rubrik *Rechtswissenschaft* der Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904. II. Bd., pag. 103 ff.).

politischen Rechte der Staatsbürger gegen Beamtenwillkür, zumal auch noch die Praxis geneigt ist, dem Beamten ein Recht der Unkenntnis seiner gesetzlichen Befugnisse zuzugestehen, während den Staatsbürger die Unkenntnis der Strafgesetze nicht vor Strafe schützt. Hierin ist Wandel zu schaffen. Für Schäden bei Amtsüberschreitungen muss eine Haftung der Beamten und subsidiär des Staates auf zivilrechtlichem Gebiete erstrebt werden.

Zum Schutze der persönlichen Freiheit der Staatsbürger können Bestimmungen wegen Nötigung (§ 240), Bedrohung (§ 241), Erpressung (§ 253), Belästigung an öffentlichen Orten (§ 360), Verkehrsstörungen (§ 366) etc. nicht völlig entbehrt werden. Man muss aber verlangen, dass durch schärfere Begriffsbestimmungen die Auslegungen beseitigt werden, die diese Gesetze benutzen, um den Arbeitern die Ausübung politischer Rechte unmöglich zu machen. Auch das skandalöse Ausnahmegesetz des § 153 der Gewerbeordnung, das zwar formell auch gegen Arbeitgeber gilt, aber praktisch so gut wie ausschliesslich gegen Arbeiter Anwendung findet, muss beseitigt werden. Die allgemeinen Gesetze gegen Gewalt und Zwang müssen auch gegen Arbeiter ausreichen.

Erheblicher Umgestaltung bedarf die Gesetzgebung über die Eigentumsdelikte. Die hohen Strafindrohungen wegen Diebstahls widersprechen längst dem öffentlichen Rechtsgefühl, das das Eigentum nicht so übermässig hoch bewerten kann. Zunächst muss das Gebiet der nur als Übertretung strafbaren Entwendung (§ 370, Nr. 5) erweitert werden auf die Wegnahme von Lebensbedürfnissen, Gebrauchsgegenständen, Werkzeugen und Arbeitsmaterialien aller Art von geringem Wert, auch wenn sie nicht zum sofortigen Gebrauch entwendet werden. Es empört die Öffentlichkeit immer wieder von neuem und mit vollem Recht, wenn die Wegnahme einer Zigarre, einiger Stückchen Kohle, einiger Nägel oder einer Schippe Sand als *Diebstahl* unter Umständen mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft wird. Aber auch beim eigentlichen Diebstahl hat es sich als nötig herausgestellt, bei mildernden Umständen Geldstrafen zuzulassen und den geistlosen Schematismus zu beseitigen, der bei wiederholtem Rückfall so kolossale Mindeststrafen erfordert. Die von der Lisztschen Schule geforderten Straferhöhungen für gewerbmässigen Diebstahl sind schädlich, weil die heutige Begriffsbestimmung der *Gewerbmässigkeit* zu weit ist, und überflüssig, weil die bestehenden Strafgesetze völlig ausreichen, um die Fälle wirklicher Gemeingefährlichkeit empfindlich zu treffen. Wenn sich trotz der hohen Strafen das gewerbmässige Spitzbubentum immer mehr verbreitet, so beweist das nur, dass die Wirkung des Strafgesetzes durch entgegenwirkende soziale Faktoren anderer Art aufgehoben wird; ein Grund für weitere Straferhöhungen ist daraus nicht zu entnehmen.

Ebensowenig können wir in das meist von reaktionären Politikern ausgehende Geschrei einstimmen, dass ein *verstärkter Schutz der Ehre*, will sagen: eine Verschärfung der Strafbestimmungen wegen Beleidigung nötig sei. Wir wünschten sehr, dass aus der öffentlichen, namentlich der politischen Diskussion die Gepflogenheit verschwände, nicht die Ansichten und Tendenzen des Gegners sachlich zu bekämpfen, sondern seine Person zu verunglimpfen, ihm schmäehliche Gesinnungen oder Handlungen anzudichten. Diese Manier ist nicht nur widerlich, sondern schadet der gesamten öffentlichen Erörterung, weil sie ihr gerade die scharfe Zuspitzung auf die wirklich grundsätzlichen sachlichen Fragen nimmt. Es wäre Heuchelei, zu behaupten, dass in dieser Richtung von sozialdemokra-

tischen Rednern und Schriftstellern niemals Fehler gemacht worden wären; jedenfalls aber wird alles, was auf sozialdemokratischer Seite gesündigt worden sein mag, in Schatten gestellt durch die geistlose und gehässige Manier, mit der die Gegner jeden Sozialdemokraten als unsittlich und ehrlos hinstellen, und durch die kindische Verleumdungssucht und dreiste Heuchelei, mit der sie das Privatleben bekannter Sozialdemokraten befeuern. Wenn jemand, so hätten die sozialdemokratischen Politiker heut ein Recht, sich darüber zu beklagen, dass ihre Ehre jedem Lumpen vogelfrei preisgegeben ist. Wer möchte wohl gegen solches Treiben den Schutz einer Justiz anrufen, die er so oft öffentlich anklagen muss. Wir wissen ja doch, dass durch Strafprozesse eine Besserung der politischen Sitten nicht zu erreichen ist, sondern dass dazu eine lange Erziehung der Nation zur politischen Reife gehört. Auf der anderen Seite wird durch die heutige Praxis der Begriff der *Beleidigung* so ausgedehnt, dagegen das Recht zu sachlicher Kritik und Wahrnehmung berechtigter Interessen dermassen eingeschränkt, werden die Bestimmungen über Beleidigungen in so einseitiger Weise gegen die jeweilige politische Opposition angewendet, wird die Ehre abhängiger Leute gegen die doppelt verwerflichen Angriffe der Brotherrn und Autoritätspersonen aller Art so wenig geschützt, dass es einfach närrisch wäre, die Strafbestimmungen über Beleidigung noch zu verschärfen. Man soll vielmehr durch bestimmtere Formulierung den Begriff der *Beleidigung* einschränken und das Recht der freien Kritik gewährleisten. Wenn ausserdem die Behörden nicht wegen jeder Bagatelle Strafanträge stellen könnten, so wäre zu hoffen, dass auch das Publikum in seinen privaten Angelegenheiten sich der lächerlichen Passion der Beleidigungsprozesse entwöhnen würde, die eine enorme Verschwendung von Geld und geistiger Kraft der Nation bedeuten.

Diese Bemerkungen zur Reform des materiellen Strafrechts, die selbstverständlich nur einen geringen Teil auch nur des Wichtigsten berühren konnten, müssen bei dem beschränkten Raum genügen. Hinsichtlich der *Gerichtsverfassung* möchte ich in Ergänzung der bereits gemachten Andeutungen lediglich auf meinen in dieser Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz über Schwur- und Schöffengerichte verweisen, wo ich dargelegt habe, dass das reine Laiengericht in der Form des Schwurgerichts, aber mit Erweiterung seiner Kompetenz auch auf das Strafmaass anzustreben ist.<sup>6)</sup> Auch über die Reform des *Prozessverfahrens* muss ich mich kurz fassen. Der Grundgedanke jeder Reform wird hier sein müssen, die Überreste des inquisitorischen und schriftlichen Verfahrens zu beseitigen, unter denen der deutsche Strafprozess noch leidet, und die einen Hauptteil der Schuld an seinen unerfreulichen Ergebnissen tragen. Die zur Vorbereitung der Reform des Strafprozesses eingesetzte Kommission hat in dieser Richtung völlig versagt. Ihre Vorschläge enthalten nicht nur keine ernsthafte Abhilfe gegen diese Schäden, sondern sind teilweise geeignet, sie noch zu verschlimmern, indem auch noch für die Hauptverhandlung die Allmacht des Gerichtes gesteigert und die Verteidigung beschränkt werden soll. Dies in detaillierter Weise darzulegen, ginge über den Rahmen einer allgemein wissenschaftlichen Zeitschrift hinaus und gehört in ein juristisches Fachorgan.<sup>7)</sup>

<sup>6)</sup> Vergl. meinen Artikel *Für die Schwurgerichte* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, II. Bd., pag. 938 ff.

<sup>7)</sup> Trefflich führt diesen Nachweis der in der *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft* und dann auch in einer Sonderausgabe erschienene Aufsatz Hugo Heinemanns *Die rechtliche Stellung des Angeklagten nach den Protokollen der Kommission für die Reform des Strafprozesses*.



Keine Änderung würde den Namen einer *Reform* verdienen, die nicht zuerst mit der schriftlichen geheimen Voruntersuchung aufräumte und an ihre Stelle öffentliche Verhandlung und Zeugenvernehmung unter Zuziehung der Verteidigung setzte. Untersuchungsrichter und Staatsanwalt sind Institute, die genau die selben Mängel zeigen. Sie sollen im Interesse des Gemeinwohls den objektiven Tatbestand ermitteln, also auch das den Angeschuldigten Entlastende zusammentragen; die Einseitigkeit ihrer Beschäftigung aber bringt es mit sich, dass ihre Tätigkeit in das Geleise der Ermittlung, hauptsächlich des Belastungsmaterials einläuft. Verschlimmert wird dies durch ihre Abhängigkeit von der Justizverwaltung, die den Untersuchungsrichter und Staatsanwalt zwingt, *Erfolge* aufzuweisen. Solche wird man aber regelmässig nur in dem positiven Resultat der *Überführung eines Täters* erblicken, nicht gern in der Feststellung, dass der Beschuldigte der Tat nicht schuldig ist. Der Untersuchungsrichter wird so am Ende lediglich zu einem zweiten Staatsanwalt, der mit richterlichen Funktionen ausgestattet ist. Diese im Wesen der Institute liegenden Gebrechen werden nicht durch die Tatsache beseitigt, dass es Staatsanwälte und Untersuchungsrichter gibt, die den ihrem Beruf entspringenden Versuchungen zu widerstehen wissen. Die *Ermittlung* selbst liegt der Hauptsache nach in den Händen weder des Staatsanwalts, noch des Untersuchungsrichters, sondern der Polizeiorgane, und die langatmigen Protokolle, die viele Untersuchungsrichter aufzunehmen pflegen, sind oft nichts als weitschweifige Wiederholungen dessen, was irgend ein Kriminalschutzmann in einer Notiz von wenigen Zeilen gemeldet hat, übertreffen diese nicht um eine Spur an Wert für die Ermittlung und ziehen die Voruntersuchung endlos in die Länge. Die Heimlichkeit des Verfahrens und die völlige Einflusslosigkeit der Verteidigung auf seinen Gang vollenden das unerfreuliche Bild. Die heutige Art der *Vormittlung* muss radikal beseitigt werden, und diese Aufgabe würde gar nicht so schwierig sein, wenn nicht die Justizbureaukratie jeder Beschränkung ihrer Machtbefugnisse widerstrebte.

Schwieriger ist die Reform der Staatsanwaltschaft. Jedenfalls muss ihr Anklagemonopol durch weitgehende Zulassung der Privat- und Popularklage beschränkt werden. Der heutige Zustand macht jede wirksame Verfolgung von Amtsverbrechen, die sich gegen die Rechte des Volkes richten, unmöglich. Andererseits würde es als wirksame Warnung an die durch Klassenvorurteile geleitete Rechtsprechung wirken, wenn ihre Grundsätze im Wege der Privatklage auch gegen Angehörige der herrschenden Klassen angewendet werden könnten. Ich denke hierbei namentlich an die schon angeführte ungleichmässige Rechtsprechung auf gewerblichem Gebiet. Weniger unstrittig ist die Frage, ob der heutige *Anklagewang* zu beseitigen ist, der die Staatsanwaltschaft und Polizei verpflichtet, jede strafbare Handlung zu verfolgen. Man befürchtet, den Klassencharakter der Strafjustiz noch zu steigern und zu legalisieren, wenn man dem Staatsanwalt die Freiheit liesse, die Anklage zu erheben oder abzulehnen, wo es ihm beliebt. Ich meine nun, dass heut schon diese Freiheit *tatsächlich*, wenn auch nicht rechtlich, gegeben ist, und von ihr ein ausgiebiger Gebrauch gemacht wird. Es ist menschlich, dass der Staatsanwalt sich schwer von der Schuld eines Beschuldigten überzeugt, wenn Klassen- und Standesvorurteile ihm den Beschuldigten sehr glaubwürdig, den Anschuldiger unglaubwürdig erscheinen lassen. Auf diesem Gebiete würde also die Beseitigung des

Anklagezangs praktisch nichts verschlimmern. Dagegen würde sie der fortwährenden Zunahme nutzloser Bagatelprozesse steuern können. Es ist durchaus überflüssig, dass bei uns jeder Strassen- und Wirtshauskrakeel sich zu einem Verfahren wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und dergleichen auswächst, dessen Aufwand an Zeit, Arbeit und Geld in keinem richtigen Verhältnis zum Gegenstande steht.

Über die Notwendigkeit der Berufung und anderer Reformen verweise ich auf meine in früheren Jahrgängen dieser Zeitschrift erschienenen Aufsätze.<sup>8)</sup> Über das heutige Strafvollstreckungswesen ist der Stab gebrochen nach den Publikationen von Leuss und Max Treu und nach dem, was uns die Materialien des *Plötzenseeprozesses* gelehrt haben. Indessen, wenn alles beseitigt würde, was aus der unzulänglichen Vorbildung der Gefängnisbeamten, der übermässigen Sparsamkeit, dem Mangel an Interesse für die Gesundheit und Zukunft der Sträflinge folgt, würde immer noch die Schwierigkeit bleiben, in zentralisierten Anstalten eine Masse von Menschen zusammenzubringen, deren jeder eigentlich eine individuelle Behandlung erforderte und jedenfalls schwerer zu beaufsichtigen und zu fördern ist, als der Freie und sittlich Gesunde. Diese Schwierigkeiten müssen sich mit der Zunahme der Bevölkerung und dem Wachsen der Reibungsflächen in ihr steigern, und diese Erwägung führt unausweichlich zu dem Verlangen, dass die Freiheitsstrafen überhaupt wesentlich eingeschränkt und abgekürzt werden müssen. Dass die Hauptaufgabe der Gesellschaft dem Verbrechen gegenüber darin besteht, durch Bildung, Erziehung zum sittlichen Verantwortlichkeitsgefühl und Beseitigung ökonomischer Impulse den Straftaten von vornherein möglichst vorzubeugen, braucht in einem sozialdemokratischen Organ wohl nicht erst bewiesen zu werden.

XX

## MAX QUARCK · VOLKSBILDUNG UND SOZIAL-DEMOKRATIE



OLLEN wir uns auf dem Mannheimer Parteitag nur kritisch darüber unterhalten, was der heutigen Volksbildung fehlt oder vielmehr fehlen muss unter dem preussisch-deutschen Regiment, oder wollen wir endlich versuchen, die erste grössere und organisierte Aktion für die deutsche Volksbildung einzuleiten? Das ist die Frage. In der Kritik der bodenlosen Mängel haben wir meines Erachtens in der Partei und in den Gewerkschaften das unsrige geleistet. Und sie war selbstverständlich als Anfang so nötig, wie das tägliche Brot. Aber wir sind etwas lange bei der blossen Kritik und bestenfalls bei sehr vereinzelt Anläufen zu tätigem Schaffen für eine freie Volksbildungsorganisation stehen geblieben.

Gewiss, ich höre schon von allen Seiten den lauten und zum Teil vielleicht von ganz chrlicher Entrüstung und berechtigtem Stolz eingegebenen Einwurf: ist unsere ganze gewerkschaftliche und politische Agitation seit vierzig Jahren nicht eine einzige grosse Volksbildungsbewegung gewesen? Ja, das war sie sicher in hohem Grade, namentlich nach der kritischen Seite, indem

<sup>8)</sup> Vergl. *Die Berufung in Strafsachen und die lex Rintelen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1899, pag. 331 ff., und *Notwendige Reformen im Pressrecht*, *ibid.*, 1901, I. Bd., pag. 243 ff.

sie uns die auf Vernichtung jeder geistigen Volksselbständigkeit gerichtete Absicht und Arbeit der offiziellen Volksbildung gründlich erkennen liess und dieser Absicht unter Abwehr des Schlimmsten entgegenwirkte. Ein Mehr aber ist trotz unserer üppiger, denn je, in die Halme geschossenen Parteiliteratur im wesentlichen nicht geleistet worden. Das ist auch mit der Grund, weshalb diese Parteiliteratur noch lange nicht im wünschenswerten Grade gelesen, geschweige denn gründlich verdaut wird. Inwiefern auch innerhalb der Parteiliteratur noch die auf Ausfüllung der Lücken unserer Volksbildung bedachte, organisierte Richtung fehlt, wird am Schluss zu erörtern sein. Hier soll nur gesagt werden, dass selbst das Vorhandene nicht systematisch ausgenutzt wird, weil wir im Fache der Volksbildung die Dreieinheit noch nicht hergestellt haben, die uns auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete mehr und mehr geläufig wird: Agitation, Organisation, Aktion! Bildungsvorträge, welche die Zahlstellen der Gewerkschaften und die Mitglieberschaften der Partei mehr oder weniger wahllos, und soviel die Agitation dazu Zeit lässt, veranstalten, bedeuten in noch so grosser Menge, und selbst die nicht überall vorhandene beste Qualität angenommen, noch lange keine Parteiorganisation zu Zwecken der Volksbildung. Und einige systematische Kurse, die man im Winter in Bremen, in Berlin, in Leipzig oder in Frankfurt halten lässt, sind es schon wegen ihrer lokalen und innerhalb des Ortes auf einen kleinen Personenkreis begrenzten Ausdehnung ebenso wenig. Sie liefern aber Erfahrungen und Gesichtspunkte dafür, wie wir es bei einer umfassenden und systematischen Pflege der Volksbildung in Partei und Gewerkschaften halten könnten. Da der eine Referent des Parteitags, Genosse Schulz-Bremen, direkt organisatorisch an solch einem lokalen Unternehmen beteiligt ist, steht vielleicht zu hoffen, dass er der Gesamtpartei solche praktische Erfahrungen zugänglich macht, die dasjenige umfassen müssten, was alles an Mängeln unserer Vorkehrungen zu Tage trat. Der Klassenstaat sucht mit seiner tendenziösen *Volksbildung* den Menschen von der Zeit an, wo er laufen gelernt hat, bis dahin, wo er im Mannesalter noch aufnahmefähig ist, zu ergreifen. Wir haben das selbe noch viel gründlicher und systematischer zu tun, natürlich nach Massgabe unserer Mittel, die aber nicht wachsen, wenn wir die Aufgabe überhaupt nicht als Ganzes zu nehmen und ihrer allmählichen Lösung entgegenzuführen suchen. Wir können dabei, wie überall in unserem Wirken, an technisch bewährte Formen, Organisationen und Methoden der bürgerlichen Welt anknüpfen, sie benutzen, verbessern und für unsere Zwecke ummodellern, um sie mit neuem proletarisch-revolutionären Bildungsinhalt zu füllen. Allein mit dieser verbesserten Nachbildung der gegnerischen Bildungsorganisation werden wir Jahrzehnte zu tun haben.

Am Anfange unserer deutschen Parteibewegung ist die Frage sozialistischer Kinderhorte und Kindergärten nach Froebel, unter andern einmal von Douai etc., in Angriff genommen worden. Seitdem schief sie im Drange des hochgehenden politischen Kampfes wieder ein und lebt jetzt wieder auf, da wir Frauenorganisationen zu besitzen beginnen, die in diesen ersten Organisationsstufen einer umfassenden Volksbildung Aufgaben sehen, deren Lösung ihnen und der ersten Arbeiterjugend zugleich nützen würde. Bislang schicken unsere Genossen, die es erschwingen können, ihre Kleinsten in bürgerliche Kindergärten, und gerade diese haben sich vielleicht noch mehr, als die Volks-

schule, unter kapitalistisch-pfäffischem Einfluss von ihrer eigentlichen Erziehungs- und Bildungsaufgabe entfernt. Da die deutschen Gemeinden hier noch fast ganz versagen, hat sich ein tolles Kunterbunt kirchlich, konfessionell und klasesnstaatlich beeinflusster Gebilde aufgetan, vom Kinderhort des Fabrikanten, in welchem den Kleinen frühzeitig die Demut vor dem *Wohlthäter* beigebracht wird, bis zum *freisinnig* oder katholisch geleiteten Kindergartenverein der Grossstadt. Hier liegt meines Erachtens schlechthin eine der Hauptaufgaben unserer Arbeiterinnenvereine; sie haben mit nachhaltiger Unterstützung der Gesamtpartei freie Kindergärten, mit proletarischem Geist erfüllt, zu schaffen. Die ausschliessliche Zuweisung dieser Aufgabe an unsere Frauen- und Mädchenvereine bewahrt uns davor, dass kurzlebige Kindergarten Gründungen ohne den notwendigen Rückhalt an brauchbaren und lernfreudigen Kräften und ohne die Sympathie und Teilnahme interessierter Arbeitermütter entstehen. Umgekehrt erhält die Tätigkeit unserer Frauen- und Mädchenorganisationen damit einen speziellen, kostbaren Inhalt, den ihnen niemand in der Partei streitig machen kann. Er wird veredelnd und bildend auf die Mitglieder dieser Vereine und die Auslese unter ihnen für leitende und organisatorische Posten wirken. Gerhard Hildebrand erklärt in der *Gleichheit* unter offener Zustimmung unserer Genossin Zetkin als Herausgeberin die Bereitwilligkeit zur Übernahme dieser verheissungsvollen Arbeit. Unsere weibliche Organisation entwerfe also Pläne für diejenigen Städte, wo sie sich schon kräftig genug fühlt, anzufangen, und sage der Gesamtpartei, welche Unterstützung sie dazu braucht. An dieser darf es nicht fehlen, und die erfolgreichen Vorbilder werden rasch propagandistisch für Stadt und Land wirken.

Dann die Volksjugend im schulpflichtigen Alter! Die Volksschule des grössten deutschen Staates, die Preussens, ist vor kurzem durch ein neues Gesetz noch mehr verpfafft worden, als sie es ohnedies schon war. Nationalliberales Scharfmachertum, Zentrums Pfaffen und konservative Junker hatten sich zu einer reaktionären Dreieinigkeit, zum bekannten *Schulkompromiss* zusammengetan, um die Schule noch mehr, als bisher, zur Verdummungs- und Zähmungsanstalt für die sonst sozialistisch geneigte Volksmasse zu machen. Partei und Gewerkschaften in Preussen haben diese Gefahr nicht zeitig erkannt — man denke an Bebels Äusserungen auf dem Bremer Parteitag! —, und als sie sie erkannt hatten, nicht entfernt geschlossen und organisiert bekämpft. Was ist da nachzuholen? Wir müssen der verböserten Volksschule und ihren Wirkungen gegenüber den Kampf der Arbeiterfamilie wider die Verdummungsanstalt organisieren; denn, freie Schulen, wie in Osterreich und anderswo, neben den Gemeindeschulen in Preussen zu errichten, erlauben uns Gesetzgebung und Verwaltung kaum. Allerdings können und müssen unter den Gemeindeangelegenheiten die Schulfragen die wichtigsten für unsere Kommunalvertreter werden, so wichtig, dass sich unsere Leute zu Spezialisten auf diesem Gebiete ausbilden und jede Lücke und jeden Spalt der Gesetzgebung ausnutzen, um die verdummende und erniedrigende Wirkung der neuen Schuleinrichtungen zu hemmen. Von selbst versteht es sich, dass wir an den Orten, wo die Eltern die Wahl zwischen ganz verpfafften Konfessionsschulen und etwas freieren Simultanschulen haben, also namentlich in den Städten des Westens und Ostens, alle Kraft daran setzen, diese Eltern dazu zu bewegen, dass sie ihre Kinder ausschliesslich in die letzteren schicken. Dafür müsste alljährlich eine eigene

Agitation im Herbst einsetzen. Daneben her muss aber der organisierte Familienkampf gegen die volksfeindliche Volksschule gehen. Leiten wir die Arbeiterväter und Arbeitermütter an, sich besser um das Vorsintflutliche zu kümmern, was ihre Kinder in der Volksschule eingetrichtert erhalten! Weisen wir sie an, alle ihre elterliche Autorität einzusetzen, um nach der Schulstunde dem Kinde das Schlimmste zu nehmen, was ihm die verpfaffte Schule zu kapitalistischen Zwecken geben wollte! Welche besonderen Hilfsmittel geschaffen und gefördert werden müssen, um die Arbeitereltern besser hierzu in stand zu setzen, werden wir gleich hören. Ein allgemeines und durchgreifendes aber wird darin bestehen, dass wir einen Schritt über unser Parteiprogramm hinausgehen, nach dem wir bekanntlich *Erklärung der Religion zur Privateache* fordern. Suchen wir dasjenige, was sich uns als praktische proletarische Sittlichkeitslehre aus unseren Kämpfen mit den bestehenden Gewalten herausgebildet hat, zu formulieren, volkstümlich herauszugeben und als freien Katechismus proletarischer Moral in alle Arbeiterfamilien einzuführen! Ergänzen wir unseren Kampf gegen volksfeindliches Kirchtum dadurch, dass wir zeigen, was wir auch Besseres zu geben haben! Damit bekämpfen wir zugleich auf Wirkungsvollste die einschlägigen bürgerlichen Halbheiten der *Freireligiosen*, die in den breiten Massen unserer Leute mehr Verwirrung anrichten, als man an den Spitzen unserer Bewegung weiss. Gegen die Pfaffenschule die zielbewusste Familienerziehung zur Proletariermoral! Wir sind es jedenfalls nicht, welche die Erschütterung der Schuldisziplin provoziert haben. Und vielleicht kommen dann die deutschen Volksschullehrer in ihrer feigen Masse rascher dazu, um ihrer selbst willen die religionslose Schule mit den tapferen Bremensern zu fordern.

Für das fortbildungsschulpflichtige Alter sollen dann mit nachhaltiger Unterstützung der Gesamtorganisation unsere neuen Jugendvereine, über die hier nicht näher gehandelt werden kann, sowie eine Reihe Veranstaltungen einsetzen, die bei besserer und einheitlicherer Organisation für Jugendliche und Erwachsene gleichzeitig wirken. Die Errichtung von Lesezimmern haben wir bisher fast ganz dem Bürgertum, bestenfalls Korporationen überlassen, in denen halbwegs vorurteilslose bürgerliche Bildungsfreunde mit Arbeitern zusammensassen, die jene zugezogen hatten. Hier ist mehr eigene Initiative von unserer Seite dringend nötig, umso mehr, als ein Zusammenwirken von Gewerkschaftskartellen, örtlichen Parteileitungen und Arbeiterpresse die günstigsten Vorbedingungen findet. Warum hat zum Beispiel der Verein *Arbeiterpresse* nicht daran gedacht, die noch heute von manchen Parteigenossen angezweifelte Berechtigung seines Daseins doppelt und dreifach dadurch zu erweisen, dass es einen Organisationsplan für einfache Arbeiterlesezimmer ausarbeitet und propagiert, die kostenlos aus dem Zeitungs-, Zeitschriften- und Büchermaterial gespeist werden, das heute alltäglich in den Papierkorb oder in Bücherschränke der Redaktionen wandert? An die Wände dieser Arbeiterlesezimmer gehören einfache und billige Rahmen, in denen täglich die instruktiven Illustrationen, Landkarten etc. aufgespannt werden, welche die Redaktionen unserer Blätter mit Leichtigkeit aus dem ihnen täglich Zugehenden auswählen. Dann brauchen unsere jungen Leute die Warte- und Bildersäle der bürgerlichen *Generalanzeiger* nicht mehr zu füllen. Eine kleine Handbibliothek zum Nachschlagen darf nicht fehlen. Die Gesamtpartei-

leitung und die *Generalkommission der Gewerkschaften* sollten solche Unternehmungen viel mehr systematisch anregen und ermutigen, statt zu warten, bis sie vereinzelt da und dort auftauchen, wie in Lindenau-Leipzig, im Dresdener *Volkshaus* etc. Gewerkschaftshäuser, Zeitungsgebäude und Arbeitersekretariate werden oft einen passenden Parterterraum frei machen können. In solche Lesezimmer lassen sich zu geeigneten Zeiten recht gut Lektionen für unsere heranwachsende Jugend, Lichtbildervorträge, Kunstbeschauungen etc. verlegen. Bilder und Materialien dazu kann man, wenn erst die Sache systematischer angefasst und verbreiteter ist, in der Nachbarschaft leicht austauschen, und ist dann nicht darauf angewiesen, sich nur mit demjenigen zu begnügen, was reisende Vortragende mitbringen. Für all' dieses hat das Bürgertum Vorbilder geschaffen. Wir haben sie nur zu benutzen, um den Rahmen mit ausschliesslich proletarisch gerichtetem Inhalt zu füllen.

Schliesslich unsere *Volksliteratur* und unsere *Arbeiterbibliotheken* als Kampfmittel zu den oben besprochenen Zwecken: wie wenig ist bisher geschehen, sie von grösseren Gesichtspunkten aus für die planmässige Volksbildung zu vervollständigen und einzurichten! Mühevoll Aufgebautes und Treffliches im einzelnen fast überall, aber nichts einheitlich Geordnetes und Zielsicheres. In unserer Partei- und Gewerkschaftsliteratur fehlen uns noch grosse Stücke, die ganz wesentlich als Mittel für die proletarische Volksbildung sind. Wir haben noch keine volkstümliche Weltgeschichte in unserem Sinne, noch keine Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, noch keine kurzgefasste Parteigeschichte, etwa als kleinen Auszug aus Mehrings mehrbändigem Werk, von minder Wichtigem ganz zu geschweigen. Ja, wir entbehren sogar noch auch nur eines Verzeichnisses der Gewerkschafts- und Parteiliteratur, in dem geschieden wäre zwischen den schwierigeren und grösseren Publikationen für das reife Alter und den, wenn ich so sagen darf, proletarischen Elementarbüchern für die heranwachsende Jugend, die formell und sachlich die beste Einführung in die proletarische Geisteswelt bieten. Unsere Parteipresse druckt die von bürgerlichen Lehrerkollegien geprüften Kataloge besserer bürgerlicher Jugendschriften ab. Hat denn unser Parteiarchivar gar keine Lust, einmal auch nur aus dem Katalog der *Vorwärtsbuchhandlung* ein besser geordnetes und namentlich auch gewerkschaftlich vervollständigtes Nachschlagebuch jener Art zu machen? Und wenn sich dabei die oben bezeichneten und anderen Lücken herausstellen: wollen Parteileitung und *Generalkommission* nicht endlich daran gehen, literarisch bewährte Kräfte mit anständigem Gehalt zur Ausfüllung jener Lücken freizustellen, damit sie sich nicht in der journalistischen Tagesarbeit verzehren und Grösseres, Besseres, Dauerndes nicht nur in nervenzerrüttender Nebenarbeit leisten müssen? Reden denn nicht gewisse Überbürdungserfahrungen eine beredt-traurige Sprache? Die Partei- und Gewerkschaftsmittel sind dazu da, und es braucht sich nicht um Unsummen zu drehen. Teilweise gilt es für uns erst einmal, die Forschungsergebnisse der fortgeschrittenen bürgerlichen Wissenschaft volkstümlich-literarisch für unsere Massen auszumünzen. Parteischriftsteller, welche die Abmachungen mit ihnen nicht erfüllen, sind schonungslos auf den Tageserwerb zurückzuverweisen. Diejenigen, welche einschlagen und etwas leisten, können gleichzeitig mit Delegierten des Parteivorstandes und der *Generalkommission* einen Volksbildungsausschuss darstellen, der fortgesetzt an der Organisation und Anregung der

verschiedensten Bildungsunternehmungen im Lande arbeitet und künftigen Kongressen weitere Vorschläge macht. Wir prunken zum Beispiel oft mit den Bände- und Benutzungsziffern unserer Arbeiterbibliotheken in Gross- und Mittelstädten; aber auf dem flachen Lande sieht es damit noch sehr scheu aus. Wiederholt habe ich schon, wenn ich dort agitiert und den glühenden Wunsch dortiger Genossen vernommen hatte, für den Winter nur den Anfang einer kleinen Bibliothek zu besitzen, aus den Beständen unserer Redaktion und meinen eigenen kleine Pakete von 20 bis 30 Bänden zusammengestellt und sie den Bildungsdurstigen als Grundlage für ihre Vereinsbibliothek gesandt. Das müsste aber seitens der Organisationen systematisch geschehen, und solche kleine Blocks von Büchern müssten auch zu besonders billigem Preis (antiquarisch) in allen unseren Buchhandlungen fertig zum Kauf bereit stehen. Auch Anweisungen für ihre richtige Benutzung zu Vorlesungen und Diskussionen fehlen noch ganz. Und wie sich Dörfer mit Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaften zum Austausch und zur abwechselnden Ausgabe ihrer Bücher an verschiedenen Orten verabreden und organisieren können, das ist noch so wenig erörtert, als wenn wir keine Arbeiterradfahrer auch zu solchen Zwecken hätten. Diese Kleinarbeit für die Volksbildung, die von unseren Gegnern längst intensiv geleistet wird, scheint mir unendlich viel wichtiger, man verzeihe mir diese Ketzerei, als die Hochschulbewegung in den Grossstädten. Die Wahlziffern von 1903 in vielen Grossstädten und halbstädtischen, halbländlichen Wahlkreisen haben uns gezeigt, wie abhängig wir bei der fortschreitenden Dezentralisation der Industriebevölkerung vom Lande werden.

Manchem unter uns werden solche ins einzelne gehenden Zukunftspläne, in denen sich überdies teilweise längst in Angriff Genommenes oder wenigstens ehrlich Angestrebtes mit bisher nur Vernachlässigtem und wenig Neuem mischt, als papierene Plänemacherei erscheinen. Sie sagen mit dem Bauer: praktisch Handeln ist was anderes, und was eben von alledem noch nicht in die Praxis umgesetzt ist, das war nicht möglich. Ich halte umgekehrt diesen Einwand für sehr bequem und kurzsichtig. Er unterschätzt die werbende und anfeuernde Kraft eines Gesamtorganisationsplanes proletarischer Volksbildung und organisierten Wollens auch auf die Praxis. Auch die Volksbildung braucht, wie die moderne Volkswirtschaft, ihren eigenen Apparat zur Verteilung ihrer Güter. Von der Herstellung der grossen Stücke bis zur Aufteilung in die kleinsten Mengen, die dem Bedürfnisse des einzelnen aus der grossen Masse entsprechen, ist ein weiter Weg. Wie die kapitalistische Wirtschaft und in neuester Zeit unsere Arbeiterkonsumvereine hier organisieren und die Distribution praktisch und vorteilhaft organisieren, so müssen wir endlich die Kanäle entwerfen und bauen, durch welche das Höchste und Beste auf geistigem Gebiet, bedingungslose Erkenntnis und höchste Klarheit, im notwendigen und nützlichen Ausmasse zu dem einzelnen in der Masse regelmässig geleitet werden. Werden auf dem bevorstehenden Parteitage Massnahmen dahin getroffen, die Sorge für die Vertiefung, Vervollständigung und Ausführung des Planes unseren leitenden Stellen ausdrücklich zu übertragen, und sind uns diese Stellen mit den reichen Mitteln, die ihnen künftig zur Verfügung stehen, für ihre Taten oder Unterlassungssünden auf diesem Gebiete verantwortlich, dann kommt bei entsprechender Nachhilfe von unten *Zug in die Sache*, um mich einmal in der Sprache der Parteiversammlung

auszudrücken. Vereinzelt ist schon sehr viel gearbeitet worden, und eine theoretische Übersicht über erfolgreiche Volksbildungsbestrebungen aller Art haben nun schon seit drei Jahren die *Sozialistischen Monatshefte* als erste in der Parteiliteratur vorschauend zu geben versucht; vielleicht hätte diese Übersicht etwas kritischer sein dürfen. Worauf es jetzt ankommt, das ist das Handeln in grösserem Stile nach einheitlichem Plane, der jeder Einzelanstrengung den rechten Platz und die Faktoren anweist, auf die sie sich hüben und drüben, unten und oben zu stützen hat. Gelingt es uns, alle Kräfte der Partei- und Gewerkschaftsbewegung von der untersten Zahlstelle über die Gewerkschaftskartelle, Bezirks- und Landesorganisationen bis zu den beiden Spitzen für die systematische Volksbildung widerstandslos einzuspannen, dann gelingt uns um so rascher auch das stolze Werk selbst.

XX

## EDMUND FISCHER · JUGENDERZIEHUNG

**H**AT die Sozialdemokratie sich auch mit der Erziehung der Jugend zu beschäftigen? In Mannheim wird man manches darüber hören. Eine lebhaftige Diskussion ist bereits in der Parteipresse und in Zeitschriften gepflogen worden, und die verschiedenartigsten Meinungen sind zum Ausdruck gekommen. Während der eine Teil die Erziehung der Jugend den Eltern und Pädagogen völlig überlassen wissen will — auch über die Schulzeit hinaus — und es geradezu für schädlich erklärt, wenn eine parteipolitische Tendenz in der Erziehung der Jugend zur Geltung komme — eine Anschauung, der ich vollständig beipflichte —, hält es die andere Richtung für ein kulturelles Gebot, dass die Sozialdemokratie die Menschen von frühester Kindheit an im Geiste der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen trachte und daher Massnahmen treffe, die Jugend auch unter den jetzigen Verhältnissen in diesem Sinne zu beeinflussen. Ganz selbstverständlich kann es nur die Aufgabe des Parteitages sein, zu entscheiden, ob die Partei nach dieser oder jener Richtung hin *p r a k t i s c h* etwas *t u n* soll, ob Jugendzeitschriften, Jugendorganisationen gegründet werden sollen u. s. w. Gleichwohl wird die ganze Erziehungsfrage im allgemeinen dabei aufgerollt und behandelt werden müssen.

Zunächst wird man sich darüber einig werden müssen, was man unter *Erziehung* verstanden wissen will. Körperpflege, Herzensbildung und Unterricht kann man als drei grundverschiedene Dinge und auch nur als drei zusammengehörige Teile der einen Erziehungsfrage betrachten. Auf jeden Fall aber muss man stets zwischen Erziehung (Herzensbildung) und Unterricht unterscheiden, wenn man sich ein klares Bild verschaffen will.

In den ersten Lebensmonaten bedarf das Kind eigentlich fast nur der Körperpflege, die geistige Erziehung ist da noch eine äusserst geringe. Und es dürfte heute kaum noch jemand geben, der nicht der Ansicht ist, dass in den ersten Monaten das Kind zur Pflege und Erziehung der Mutter völlig überlassen werden muss. Aber auch bis zum 6. Lebensjahre, dem Beginn der Schulzeit, können in der Erziehung des Kindes in der Hauptsache nur die Mutter und der Vater in Betracht kommen und in Zukunft noch in erhöhtem Masse, als bisher. Nur eine individuelle Erziehung kann eine gute Erziehung sein. Ein Lehrer mag



20 Kinder im Alter von 6 Jahren gleichzeitig unterrichten können, erziehen kann eine Person gleichzeitig nur 2 bis 3 Kinder im Alter bis zu 6 Jahren, und wenn sie sich dieser Arbeit nicht ausschliesslich widmen kann, so ist sie schon erdrückend gross. Nach der Volkserzählung vom 1. Dezember 1900 gab es in Deutschland 8713 185 Kinder im Alter bis zu 6 Jahren und 9 774 466 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren, insgesamt 18 487 651 Kinder bis zu 14 Jahren, zu deren individueller Erziehung es doch gewiss 6 bis 7 Millionen Personen bedarf: gerade so viel Mütter sind zurzeit mit der Erziehung ihrer Kinder beschäftigt.

Die Erziehung der Kinder wird meiner Ansicht nach für alle absehbaren Zeiten in erster Linie den Eltern, besonders der Mutter, obliegen; mit der Befreiung der Mütter von anderen Arbeiten werden sie sich ihr mehr widmen können. Wenn Wally Zepler in ihrem Artikel *Das Mutterschaftsproblem* im Juliheft dieser Zeitschrift die Frage aufwirft, ob das Zusammenleben der Kinder mit den Eltern für das Glück »unserer Kinder, wie für unser Weib- und Muttergefühl« durchaus notwendig sei, so muss man doch erst die Frage beantworten, zu welchem Zwecke die Ehegatten Kinder haben wollen. Mindestens die ersten der in der Ehe unter Schmerzen und Gefahren geborenen Kinder werden fast durchweg von den Eltern gewünscht, meistens mit grosser Sehnsucht erwartet — doch nicht etwa zu dem Zwecke, um sie dann wegzugeben, sie anderen zu überlassen? Junge Löwen werden auch zahmer, also *zivilisierter, gebildeter* und vielleicht *glücklicher*, wenn sie, statt in der Wildnis von den Löweneltern, in Dressuranstalten von Hündinnen und Wärtern unter Aufsicht von Gelehrten grossgezogen werden. Aber wenn Wally Zepler einmal versuchen wollte, den in Freiheit lebenden Löwinnen ihre Jungen wegzunehmen, dann würde sie erfahren, dass bei den niederen Tieren die Mutterliebe etwas Natürliches ist. Glaubt sie denn, dass diese Mutterliebe bei den höherstehenden Menschen nur Gewohnheit sei? Ich bin überzeugt, die Menschenmütter würden zu wilden Löwinnen werden, wenn Ideologen sie von den Kindern trennen wollten. Schwere wirtschaftliche Not vermochte wohl Arbeiterfrauen von ihren Kindern zu entfernen, aber nicht, ihnen die Mutterliebe abzugewöhnen; und sobald die Not gehoben ist, nimmt die Mutter ihre Kinder wieder zu sich, verlässt sie wieder die Berufsarbeit, die sie von den Kindern fernhält, und das um so lieber, als die Erziehung und Pflege der eigenen Kinder immer noch mehr Befriedigung und somit Lebensglück bietet, als geistlose Arbeit, was die Berufsarbeit in neun Zehnteln der Fälle nun einmal ist. Nervös und ungeduldig werden die Frauen auch bei der Berufsarbeit. Das Andrehe in Webereien ist gewiss eine weibliche Arbeit, weil Frauen dazu ein viel grösseres Geschick haben, als Männer; aber wenn eine Andreherin in einer Seidenweberei zum Beispiel, statt 10 Stunden, auch nur deren 5 pro Tag arbeitet, nach einigen Jahren ist sie doch so nervös, dass sie den Beruf oft aufgeben muss. Und wenn Mütter bei der Erziehung ihrer 2 oder 3 eigenen Kinder nervös und ungeduldig werden, um wieviel mehr werden dies die berufsmässigen Kindererzieherinnen, die sich über 10 bis 20 fremde Kinder ärgern müssen! Auch das Kindermädchen wird nervös, nicht bloss die *Gnädige*. »Unmotivierter Heftigkeits-, wie . . . unmotivierter Zärtlichkeitsausbrüche« — du lieber Gott, diese sind nun einmal bei allen Frauen zu finden, sie entspringen der weiblichen Natur, gehören zum Ewig-Weiblichen und machen sich bei

Berufserzieherinnen den Kleinen gegenüber viel bedenklicher bemerkbar, als es bei den Müttern gegenüber den eigenen Kindern der Fall ist.

Im übrigen vollzieht sich die Erziehung nach dem allgemeinen geistigen Niveau des Volkes. Vorbedingung einer besseren Kindererziehung ist daher ein höheres geistiges und materielles Niveau der Gesamtheit. Wir sehen deshalb auch, wie mit der Hebung des geistigen Niveaus jede neue Generation ihre Kinder besser erzieht, als die vorhergehende. Für Kinder unter 6 Jahren kann man Kindergärten errichten, wo sie gemeinsam mit anderen Kindern spielen und sich gegenseitig geistig anregen. Aber die eigentliche Erziehung bleibt dann immer den Eltern überlassen. Eine andere Tendenz, als die rein menschliche, kann bei dieser Erziehung nicht in Frage kommen. Der Geist des Kindes muss gepflegt, die schlechten Triebe müssen unterdrückt, die guten geweckt, das Kind muss zur Wahrheitsliebe, zur Liebe zu Mensch und Tier, zur Reinlichkeit, mutigen Selbständigkeit u. s. w. angehalten werden. Die Erziehungsfrage kann daher eine politische Partei nur in der Weise beschäftigen, dass sie für die Errichtung guter Kindergärten, Spielplätze etc. durch die Gemeinden oder den Staat eintritt und für die materielle und geistige Hebung der Lage des Volkes kämpft.

Das selbe gilt meiner Ansicht nach auch für die Kinder bis zum Alter von 14 Jahren. Indem wir für die Verbesserung des Schulwesens eintreten, tun wir das für die Erziehung der Jugend, was wir als politische Partei tun können. Nun wird aber von verschiedenen Seiten eine direkte Beeinflussung der die Schule besuchenden Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung verlangt, die Jugendzeitschriften sollen sich auch an die Kinder unter 14 Jahren wenden. Mit Recht haben bisher alle Pädagogen, die zu dieser Frage das Wort ergriffen, dringend davor gewarnt, irgend eine parteipolitische Tendenz in die Erziehung zu bringen. Weder die Herzensbildung, noch der Unterricht, noch die Körperpflege haben etwas mit dem Sozialismus zu tun. Jedenfalls sollte man die Unterrichtung der Kinder den Pädagogen überlassen und die Autorität der Lehrer bei den Kindern nicht untergraben. Und selbst Eltern müssen in dieser Beziehung die grösste Vorsicht üben. Aber wir müssen uns auch fragen: Was heisst es denn eigentlich, die Kinder *im sozialistischen Sinne erziehen*?

Der Sozialismus der Utopisten war eine eigene, einheitliche Weltanschauung. Das heisst, jeder der Utopisten stellte eine eigene Weltanschauung auf, nach der er das Leben der Menschen in allen ihren Beziehungen unter einander regelte. Das gesellschaftliche und private Leben, Arbeit und Genuss, Fortpflanzung und Erziehung, Wohnung und Speisung, Liebe und Eheleben: auf alles im Leben bezog sich diese Weltanschauung, und wir wissen von Fourier, dass er sogar den Erdball in klimatischer Beziehung bis herauf zum Nord- und Südpol eine vollständige klimatische Umwandlung durchmachen liess, die auch auf den anderen Planeten und Fixsternen sich ähnlich vollziehen soll. Die Menschen für diese Weltanschauung zu gewinnen und dadurch die sozialistische Gesellschaft zu errichten: das war die Aufgabe der Utopisten. Der Erziehungsfrage legten sie daher auch das grösste Gewicht bei, und die Bereicherung der Pädagogik gehört zu dem Bedeutendsten, was sie geschaffen haben.

Nun haben wir mittlerweile gelernt, dass der Sozialismus nur das Resultat der ökonomischen Entwicklung, der Zentralisierung der Industrie sein könne, die

sich nach einem bestimmten, der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Gesetze vollziehe. Die wissenschaftliche Basis des marxistischen Sozialismus ist also die ökonomische Entwicklung. Und nur auf die Produktionsweise und den Austausch der Waren bezieht sich der wissenschaftliche Sozialismus, der selbstverständlich ein demokratischer sein muss und das wirtschaftliche und politische Leben demokratisieren wird. Die Kinder unter 14 Jahren über die Gesetze der ökonomischen Entwicklung, über die Notwendigkeit der kollektivistischen Produktionsweise und die Demokratie belehren zu wollen, wird wohl niemand verlangen. Das wirtschaftliche und politische Leben macht aber auch nur einen kleinen, und zwar den rein äusserlichen, Teil des Lebens aus. Nach den Lehren des historischen Materialismus würde freilich die Überwindung des Individualismus in der Ökonomie auch das ganze menschliche Leben kollektivistisch gestalten. Wenn es also heute noch einen Sinn hat, von einer sozialistischen Weltanschauung zu reden, so kann damit nur gemeint sein: das Aufgehen des individuellen Menschen, seines materiellen, geistigen, politischen und privaten Lebens in der Gesamtheit, der Gesellschaft. Denn wenn man auch *Sozialismus* mit *Solidarität* übersetzt, kommt man doch zu keiner Weltanschauung, da sich die Solidarität auch nur auf das wirtschaftliche und politische, also rein materielle Leben bezieht.

Entwickelt sich aber in der Tat das geistige, individuelle Leben des Einzelmenschen konform dem ökonomischen der Gesamtheit? Mit Statistiken kann man hier ja nicht aufwarten, da Erhebungen nach dieser Richtung noch nicht angestellt wurden und auch nur sehr schwer anzustellen sind. Aber dem aufmerksamen Beobachter kann es nicht entgehen, dass die Entwicklung des seelischen Lebens des Einzelmenschen gerade die entgegengesetzte Richtung geht, wie die der ökonomischen Entwicklung der Gesamtheit: nämlich zum Individualismus. Der Mensch auf niederster Stufe ist Herdenmensch, je höher er geistig steigt, desto individualistischer wird er in seinem Denken, Streben und Handeln. Dieser menschliche Individualismus ist aber auch kein Gegensatz zum ökonomischen Sozialismus, der als eine wirtschaftliche Notwendigkeit ins Leben tritt, die soziale Unfreiheit und Unterdrückung beseitigt, die Menschen aus der Sklaverei der Arbeit befreit und ihnen so erst ermöglicht, ganz ihren individuellen Neigungen zu leben. Der marxistische wissenschaftliche Sozialismus an sich ist also noch keine Weltanschauung, sondern eine national-ökonomische Theorie. Oder gehört etwa der Atheismus zur sozialistischen Weltanschauung? Wir haben bisher jede antireligiöse Propaganda abgelehnt. Die freie Liebe? Wir haben sie nie vertreten.

Wie man über diese Frage denken mag: die Erziehung der Jugend kann überhaupt nur streng im individualistischen Sinne erfolgen. Soll das Kind zu einem guten, aber auch tüchtigen Menschen, zu einer starken Persönlichkeit erzogen werden — und das soll doch das höchste Ziel aller Erziehung sein —, so muss ihm auch das Bewusstsein beigebracht werden, dass alle die Tugenden und Kenntnisse, die es sich mit viel Mühe und Fleiss aneignen werde, nur es selber fördern, materiell oder ideell. Niemand, auch nicht der sozialistisch erzogene Sohn des bessersituierten Sozialisten, studiert zum Beispiel Jura oder Medizin der Gesellschaft wegen, sondern seiner selbst wegen. Der Gesellschaft könnte er womöglich mehr nützen, wenn er Kranken-

pfleger oder Bergarbeiter geworden wäre. Aber er weiss, dass sein Leben ein angenehmeres sein wird, und auch, dass er geistig wachsen wird, wenn er den Studien obliegt. So kann auch dem Arbeiterkind nur ein Streben nach höchster Vervollkommnung und grösster Tüchtigkeit beigebracht werden, wenn es glaubt, dass es auf seine eigenen Kräfte stets angewiesen ist, und sein Streben ihm im Leben Früchte bringen wird. Um das Kind zu einem tüchtigen Menschen, zu einer Persönlichkeit formen zu helfen, dazu bedarf es eben einer Erziehung im individualistischen Sinne. Das Bekanntwerden mit der sozialistischen Kritik, dass in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nach Tüchtigkeit entlohnt wird, sondern nach Angebot und Nachfrage, dass Künstler und Gelehrte hungern, Dumme und Schlechte aber obenauf sind, nur weil sie Geld haben, nur der es zu etwas Grosseem bringen kann, der Geld hat, u. s. w., könnte nur Verwirrung in dem unreifen Kinderhirn anrichten und das Kind von einem Streben nach Tüchtigkeit abhalten.

Kinder haben ihre eigene Gedankenwelt und ihre eigene Logik. Sie verallgemeinern auch stets einzelne Fälle, sie können niemals die Person von der Sache trennen, ihr Gesichtskreis ist im allgemeinen auch ein sehr beengter. Politik und Nationalökonomie gehören daher nicht zu den Dingen, mit denen sich Kinder beschäftigen sollen. Alles übrige aber, was bei der Erziehung in Betracht kommen kann, ist nicht spezifisch sozialistisch und kann nicht zur sozialistischen Jugenderziehung gezählt werden. Was die sozialistische Partei für die Erziehung der Jugend zu tun vermag, erschöpft sich deshalb in ihrem Eintreten für bessere Schulen. Und im übrigen kann sie den Eltern den Rat geben: unter den bestehenden Verhältnissen ihren Kindern die besten Schulen besuchen zu lassen, soweit es ihre Mittel und die Verhältnisse erlauben. Schliesslich werden die Arbeiterkinder ganz von selbst für die Arbeiterbewegung *erzogen*, wenn sie in der Atmosphäre des Organisationslebens, des politischen und wirtschaftlichen Kampfes aufwachsen. Ich begreife daher nicht, wie die Befürchtung auftauchen kann, die Kinder der Arbeiter könnten für uns verloren gehen, weil einzelne Lehrer einfältige Bemerkungen über die Sozialdemokratie machen oder in den Schulen die Religion und die hurrapatriotische Geschichtsfälschung wieder mehr gepflegt wird, und wir dann nicht durch eine entgegengesetzte Belehrung der Kinder entgegenwirken. Der Verschlechterung und Verpfaffung der Schule müssen wir selbstverständlich mit der ganzen Macht unserer Partei entgegenreten. Und wer an unserem Erfolge nach dieser Richtung verzweifelt, der verzweifelt an der Partei überhaupt. Die direkte Beeinflussung der Kinder könnte aber mehr Schaden anrichten, als Nutzen, und wäre für den Sozialismus eben so erfolglos, wie auf der andern Seite das Vorgehen der Schulreaktionäre, das nicht im geringsten zu verhindern vermag, dass die Kinder, sobald sie auf sich selbst gestellt sind, infolge ihrer Klassenlage zur Sozialdemokratie kommen, wie die Millionen bisher zu ihr kamen, die alle *religiös* und *patriotisch* erzogen wurden.

Was ich hier für die Kinder bis zum 14. Jahre sage, gilt aber auch überhaupt für die Jugend, solange sie die Reife noch nicht erlangt hat und die berufliche Vorbildung in der Hauptsache noch nicht beendet ist. Wertvolles zu lernen, sich fürs Leben vorzubereiten, das ist es, was der Jugend beigebracht werden muss. In Fortbildungsschulen, Gewerbeschulen, Bildungsvereine, daneben in Vereine, die die ästhetische und die Körperkultur fördern, dahin gehört die

Jugend; dort sollen Körper und Geist fürs spätere Leben gestärkt werden. In dieser Zeit muss das junge Menschenkind lernen, sich auf sich selbst zu verlassen, auf seine Tüchtigkeit. Mit 17 oder 18, vielfach schon mit 16 Jahren, sobald er als Lohnarbeiter dem Unternehmer gegenübersteht, Kranken- und Invalidenkassenbeiträge und Steuern zahlen muss, kommt der junge Arbeiter in die gewerkschaftliche Organisation, er beschäftigt sich dann mit ökonomischen und politischen Fragen, er besucht Versammlungen, liest unsere Zeitungen und Broschüren — er gehört zu unserer Bewegung.

Ich fasse meine Anschauungen dahin zusammen: Die Erziehung der Jugend muss nach rein pädagogischen Grundsätzen erfolgen und den Eltern und Pädagogen überlassen bleiben. Jede politische Tendenz ist vom Übel. Zweck der Erziehung darf nur sein, die körperliche und geistige Entwicklung in gesunde Bahnen zu lenken, einen festen Charakter, Mut und Entschlossenheit anzuerziehen, Liebe zu Mitmenschen und Tieren zu erwecken und zu pflegen und das grösstmögliche Mass wissenschaftlicher Kenntnisse und beruflicher Fertigkeiten dem jungen Menschenkinde beizubringen, um es zu einem guten Mitglied der Gesellschaft zu machen, es zum Leben auszurüsten. Für ein parteipolitisches Ideal kann man den Menschen erst gewinnen und erziehen, wenn er für politische Fragen reif ist; und das ist kaum vor dem 17. Lebensjahre der Fall.

Übrigens wäre es vielleicht angebracht, wenn mit der Erziehung der Eltern, nicht der Kiader, der Alten, nicht der Jungen, begonnen werden würde. Denn gerade die radikalsten Wortführer in unserer Partei, die so sehr der parteipolitischen Erziehung der Kinder das Wort reden, die da meinen, auf jeden Tropfen religiösen oder patriotischen Öls müssen drei Tropfen sozialistischen Öls geträufelt werden, lassen ihre eigenen Kinder noch taufen und konfirmieren, führen sie also der Kirche zu. Wer den Mut nicht hat, der Geistlichkeit wenigstens so weit zu trotzen, dass er seine eigenen Kinder nicht taufen lässt, der hat gewiss, wenn er kein gläubiger Christ ist, gar keine Weltanschauung oder eine — recht spiessbürgerliche. Beginnen wir also mit der Eltern-erziehung!

XX

## WALLY ZEPLER · JUGENDORGANISATIONEN

**I**N der Diskussion über Bildungsbestrebungen, die das ganze letzte Jahr hindurch in Versammlungen und Zeitschriften so eifrig gepflogen wurde, liefen zwei Fragen vielfach durcheinander, die gesondert zu betrachten sind: die der Jugendorganisation und die der Arbeiterbildung. Dass sie meist zusammen erörtert wurden, ja, dass es gewöhnlich die selben Genossen sind, die für beide Probleme ein besonders lebhaftes Interesse bekunden, ist sehr verständlich. Es ist das gleiche Motiv, das zu beiden Organisationsformen drängt: die Befürchtung, dass die gewaltige sozialistische Bewegung gerade infolge ihres Wachstums nach aussen schliesslich einmal an einen toten Punkt kommen könnte, wenn sie nicht von innen heraus neue, vorwärts treibende Lebenskräfte entwickelt.

In immer weiteren Kreisen der Partei beginnt man zu begreifen, was die intelligentesten und wissensdurstigsten unter den Arbeitern und Arbeiterinnen längst empfunden haben, dass diese Kraft, die von innen heraus die Bewegung

frisch zu beleben vermag, nicht allein die rein politische Erkenntnis sein kann, sondern vor allem eine Vertiefung und Verinnerlichung der allgemeinen geistigen Aufklärung im Proletariat. Für die Elite unter der Arbeiterschaft, für diejenigen, die man kraft ihrer besonderen Begabung zu einstigen Führern und Agitatoren heranzubilden hofft, sind wissenschaftliche Kurse und Bildungsinstitutionen in vielfacher Gestalt vorgeschlagen worden. Was aber soll für die Gesamtheit der Arbeiterschaft geschehen? Soll sie weiter darauf angewiesen bleiben, sich ihre geistige Erkenntnis aus Zeitungen und Agitationsreden zu holen? Kann selbst die Heranbildung eines Stammes von Führern und Rednern jenen Zwecken genügen, wenn nicht irgendwo in der Masse des Proletariats schon der Boden gelockert und bearbeitet ist, um den geistigen Samen aufzunehmen?

Es ist ein natürlicher Gedanke, den Hebel für eine vertiefte Aufklärung der Massen da einzusetzen, wo die geistige Kraft naturgemäss am stärksten wirkt: in der Jugend. Für den erwachsenen Arbeiter gehört in der Tat eine gewaltige Willens- und Geistesenergie dazu, um in den Jahren, in denen das Leben die härtesten Forderungen stellt, noch Zeit und Kraft für rein geistige Bestrebungen zu finden, für die zudem ja überall die notwendigste Grundlage mangelt; und sie kann den allermeisten nichts weiter übermitteln, als ein paar äusserliche, unzusammenhängende und sprunghafte Anschauungen in verschiedenen Gebieten. In der Jugend dagegen liegen alle Bedingungen zum Lernen und geistigen Wachsen unvergleichlich günstiger. Nimmt auch die Arbeit schon vom 14. Jahre an die Zeit der jungen Leute in Anspruch, so ist doch die seelische Ablenkung durch Kummer und Sorgen aller Art noch keine so starke. Es besteht noch die lebendige Aufnahmefähigkeit, und Geist und Seele, denen in der Schule so wenig Nahrung geboten wurde, verlangen wenigstens bei den Begabteren, direkt nach Anregung und Betätigung, die ja nicht immer in schulmässig methodischem Lernen zu bestehen braucht. Deshalb ist auch die Zeit vom 14. bis 18. Lebensjahre so folgenswer für die gesamte Richtung des Lebens; deshalb vermag gerade in diesem Alter jeder schlechte oder seichte und oberflächliche Einfluss auch manche Menschen in seine Bahn zu lenken, die ihrer Natur nach feineren geistigen Einwirkungen durchaus zugänglich wären. Aus solcher Erwägung heraus hat man immer wieder allgemeine sozialistische Jugendorganisationen gefordert, wie sie unter verschiedenen Formen in Belgien, Österreich, auch zum Teil in Deutschland bereits bestehen. Indessen findet die Idee einer Parteiaktion in der Jugendfrage auch eine starke Gegnerschaft, die sich hauptsächlich auf zwei Argumente gründet.

Die einen meinen: Es könne niemals unsere Aufgabe sein, durch notwendig umgrenzte, in engem Rahmen gehaltene Versuche wieder gut zu machen, was die staatlichen Schulen, Volks- und Fortbildungsschulen versäumten. Weder Mittel, noch Kräfte seien vorhanden, neben allen anderen Aufgaben noch Lehrorganisationen in grossem Massstabe zu schaffen. Ebenso wenig sei es empfehlenswert, den jungen Leuten die wenige freie Zeit, die ihnen neben ihrer Tätigkeit bleibt, noch zu verkürzen. Darum gebe es nur ein Mittel, die Jugend in der Zukunft besser zu bilden und aufzuklären: den öffentlichen und parlamentarischen Kampf für eine Verbesserung der Volksschule.

Nun ist es gewiss keines Menschen Absicht, den Kampf für eine verbesserte

öffentliche Volksbildung auch nur im entferntesten zu schwächen oder gar ruhen zu lassen. Aber wollten wir darauf warten, bis überall in Fragen des geistigen Lebens die Ideale, die wir erstreben, für die Gesamtheit durchgesetzt sind, so würden wir uns des mächtigsten Kampfmittels für den Sozialismus selbst berauben: der Menschen, in deren Geist schon ein Funke von dem Feuer jenes höheren Lebens gezündet hat, das die heutige Welt ihnen versagt. Und handelt die Partei nicht im übrigen auch in anderen Dingen ganz selbstverständlich nach dem Prinzip, dem Proletariat die Wege zu dem Geistesbesitz zu weisen, die die Gesellschaft ihm versperrt? Sucht sie ihm nicht überall die Kunst nahe zu bringen, und zwar — sehr berechtigterweise — in ihrer feinsten und höchsten Form? Das gewaltige Interesse, das überall in der Arbeiterschaft jenen anscheinend fernerliegenden Dingen, künstlerischen, literarischen, historischen Vorträgen, musikalischen und dramatischen Aufführungen etc., entgegengebracht wird, ist eine allgemeine Erfahrung aller derer, die einmal praktisch in Arbeitervereinen tätig waren. Dieses Interesse ist der tiefste Beweis für die Sehnsucht der Arbeiterschaft nach alledem, was über und neben den praktischen Forderungen des Tages liegt, was ihrem eigenen Leben fremd ist. Sollen wir also warten, bis dieser Hunger dort gestillt wird, wo er es eigentlich sollte: in der Schule? Ist in Preussen-Deutschland, nach den letzten Erfolgen des Schulkampfes, die Aussicht wirklich so gross, dass wir in absehbarer Zeit erreichen, was wir auch nur als Mindestmass für die Volksschule erstreben? Vor allem aber das Interesse für die Eroberung einer besseren Schule ist in den Massen selbst leider noch lange nicht wach genug, aus dem einfachen und klaren Grunde, weil die wenigsten überhaupt ahnen, was ihnen an geistiger Kultur eigentlich mangelt. Je mehr Menschen in diesen Kampf hineingeritten werden, je mehr sich ihrer eine Ahnung geistiger Entbehrung bemächtigt, desto intensiver wird auch der Kampf für eine bessere Volksschulbildung werden.

Der andere Haupteinwand gegen die Forderung allgemeiner Jugendorganisationen, wie er zum Beispiel in der *Gleichheit* wiederholt erhoben wurde, lässt sich kurz etwa in die Worte fassen: Es ist Sache der Eltern, insbesondere der Mütter, planvollen Einfluss auf die Kinder zu üben, gegen den reaktionären Geist der Schule zu wirken, die Jugend aufzuklären und freie Gesinnung in ihr grosszuziehen. Darum wendet euch nicht an die Jugend, sondern an die Frauen! Klärt die proletarischen Frauen auf, bildet sie, weist sie hin auf ihre Erziehungspflichten, und ihr werdet auch die Jugend für euch haben! Ist nun dieser zweite Einwand irgend stichhaltig? Meiner Anschauung nach durchaus nicht.

Jugenderziehung oder auch nur Jugendbeeinflussung ist an sich eine recht schwere Kunst. Nur die wenigsten haben Talent und Neigung, sie zu üben, selbst bei günstigen Vorbedingungen. Der Mangel an Zeit und Ruhe, an Musse im Zusammensein mit den Kindern wäre allein schon Grund genug, die Arbeiterfrau zu einer recht ungeeigneten Erzieherin zu machen. Aber — was die Hauptsache ist — ist überhaupt schon die sogenannte *politisch aufgeklärte* Proletarierin befähigt, den Kindern neue Ideen und Interessen nahe zu bringen, sie zu eigner geistigen Arbeit anzuregen, ihnen Führerin und Wegweiserin zu sein? Es ist wirklich nicht eine Anmassung der *Bildung* oder eine Überschätzung des Schulwissens, wenn ich behaupte, einer so

schwierigen Aufgabe ist nur ein von früher Jugend an geistig geschulter, nach vielen Seiten gebildeter, auch im sprachlichen Ausdruck gewandter Mensch gewachsen, und selbst da nur derjenige, der hingebende Neigung gerade zur Beschäftigung mit jungen Leuten besitzt. Denn auf einer Fülle von Ideen und Kenntnissen in losem Umgang und Gespräch das Wesentliche als scheinbar Selbstverständliches zu entwickeln, gegen die Fragen und Einwürfe des unbefangenen Kindes gewappnet zu sein, fordert mehr Beherrschung des Stoffes und der rednerischen Mittel, als den Erwachsenen in bestimmten Fragen aufzuklären. Wenn irgend ein Problem in der Jugendorganisation wirklich schwierig zu lösen ist, so ist es das, überall unter den Sozialisten die Männer und Frauen zu finden, die gerade zu Leitern der Jugendvereine hervorragend befähigt wären.

Und schliesslich: Dieser ganze Einwand geht von der Voraussetzung aus, es gelte hauptsächlich, in der Jugend den Glauben an den Sozialismus zu erwecken. Da, wo ähnliche Organisationen in grösserem Massstabe bereits bestehen, wie vor allem in Belgien, hat diese Anschauung besonders im Hinblick auf den Militarismus die Form und Art der Agitation in den Jugendvereinen tatsächlich zum grossen Teil bestimmt. Aber selbst abgesehen von den Vereinsgesetzen, die in Preussen und anderen Bundesstaaten eine sozialistische oder überhaupt politische Propaganda unter der Jugend von vornherein ausschliessen, sollte es sich meiner Anschauung nach für uns durchaus nicht um direkte politische Beeinflussung der jungen Leute handeln. Politische Anschauungen, die, wo sie irgend tiefer begründet sind, nur die Frucht der gesamten Welt- und Lebensanschauung des Menschen bilden, können eben deshalb auf den unentwickelten Geist des Kindes oder des eben erst Heranwachsenden nur ganz oberflächlich aufgepfropft werden, ohne darin tiefere Wurzeln zu schlagen. Sie werden dann ein Glaubenssalz, wie jeder andere, nicht ernster oder stärker begründet, wie irgend ein erlerntes religiöses Dogma. Und sie halten darum auch durchaus nicht besser, als ein solches, dem Sturmwind einer feindlichen Erfahrung oder der Einwirkung einer anders gerichteten Überzeugung stand. Trotzdem bleibt allerdings die politische Gesinnung, oder besser: jene Welt- und Lebensanschauung des Lehrenden, aus der sein politisches Denken emporwächst, für die Geistesbildung des Schülers ganz und gar nicht gleichgültig. Gibt es schon im wissenschaftlichen Denken überhaupt fast nirgends absolute Objektivität, so ganz gewiss nicht dort, wo menschliche Betrachtungen, geschichtliche, literarische, künstlerische Anschauungen in Frage kommen, das heisst also, in den Fragen allgemeiner Bildung, um die es sich in Jugendorganisationen vor allem handeln müsste. Der Leiter von Jugendvereinen mit sozialistischer Grundgesinnung wird völlig absichtslos und auch ohne den Wunsch politischer Beeinflussung den Ton und Nachdruck seiner Darstellung in geistigen Problemen auf die Punkte legen, die seine eigne Weltanschauung stützen, und deshalb auch geeignet sind, gleiches Denken in dem Hörer wachzurufen. Das liegt einfach in der Natur des menschlichen Geistes und tritt sicher noch stärker hervor, wo man junge Menschen vor sich hat, bei denen man den entgegengerichteten Druck der Schule auszugleichen strebt. Deshalb also wäre die politische Überzeugung der leitenden Persönlichkeiten in derartigen Organisationen gewiss von Wichtigkeit. Aber auf der anderen Seite besteht doch ein gewaltiger Unterschied zwischen diesem leisen und unwill-



kürlichen Einfluss, der aus den Dingen selbst zu strömen scheint und nur das eigene Denken und Schliessen im Hörer auslöst, und einer blossen Übertragung der politischen Gesinnung von den Erwachsenen auf das Kind. Ja gerade, weil nichts gefährlicher auf jugendliche Menschen wirkt, als jede allzu absichtsvoll betonte Überzeugung, weil nichts leichter Gleichgültigkeit oder sogar die natürliche Oppositionslust wachruft, darum soll man sich hüten, die Kinder zu Hause allzu scharf auf seine Seite ziehen zu wollen; darum müsste man sich in jeder Jugendorganisation allerdings auch ebenso sehr vor Dogmatismus und dogmatisch beschränkter Gesinnung zu hüten suchen.

Wie nun wären allgemeine Jugendvereine am besten und zweckmässigsten ins Leben zu rufen?

Je nach der Betonung der verschiedenen Aufgaben der Vereine könnte man sich ja sehr verschiedene Arten der Organisation denken. Die Mannigfaltigkeit der Formen, unter denen Jugendorganisationen im Süden Deutschlands, in Österreich, Holland, Belgien bestehen, beweist zur Genüge, dass die gleichen oder ähnlichen Ziele auf sehr ungleichen Wegen verfolgt werden könnten. Um den Hauptzügen nach zu skizzieren, worauf es uns vorwiegend anzukommen scheint, möchte ich nur das folgende betonen.

Es handelt sich für unsere Zwecke zunächst hauptsächlich um das etwas höhere Kindheits- und Jugendalter, um die Zeit vom 14. oder höchstens 12. bis zum 18. Jahre. Es muss in diesem Alter ein Vereinigungspunkt für die Proletariatsjugend geschaffen werden, wo sie jederzeit Anregung und Unterhaltung für alle müssigen Stunden, Verkehr mit Altersgenossen und zugleich geistige Leitung und Förderung findet. Es müssten deshalb überall in solchen Gebäuden, die der Partei, den Gewerkschaften, proletarischen Kunstinstituten oder der gleichen angehören, einige Räume für die Abende, sowie die Sonn- und Feiertage den Jugendvereinen zur Verfügung stehen, die die Mitglieder als ihr ständiges Heim betrachten könnten, ohne dass ihnen die geringste materielle Verpflichtung, noch ein Zwang zu irgend einer Ausgabe für Getränke daraus erwüchse. In einem dieser Räume müsste eine gut zusammengestellte, reichhaltige Bibliothek den jungen Leuten zur Verfügung stehen, die besten Werke der Weltliteratur, sowie populär wissenschaftliche Bücher aus allen Wissensgebieten. Ein zweiter Saal muss als Versammlungslokal vorbehalten bleiben. Hier müssten gemeinsame Lektüre, Unterhaltungen, Spiele, Musikvorträge die Mitglieder vereinen; hier also müsste der Mittelpunkt sein, wohin jeder sich wenden, wo jeder Anregung und Belehrung suchen könnte.

Als Leiter dieser Abende würden mir Frauen am geeignetsten erscheinen. Die Frau weiss sich dem jungen Menschen besser anzuschmiegen, versteht — wo sie ein starkes Interesse an der Sache treibt — gewöhnlich besser, als der Mann, zu individualisieren, auf seelische Wünsche und Bedürfnisse einzugehen, den einzelnen persönlich an sich heranzuziehen. Auch läge hier vielleicht ein Feld, wo eine ganze Anzahl sozialistisch denkender Frauen eine völlig ihren Anlagen und Neigungen angepasste Tätigkeit fände, während ihre Kraft auf rein politischem Gebiete unverwendbar ist und vollständig brach liegen bleibt. So könnten, wo irgend man die richtigen Persönlichkeiten fände, Genossinnen abwechselnd etwa je einen oder mehrere Abende wöchentlich die Leitung der Jugendvereine übernehmen, so dass sich allmählich festere geistige Beziehungen zwischen den Mitgliedern und den Leiterinnen knüpften. Aller-

dings dürfte naturgemäss die Tätigkeit des Vereins nicht planlos den einzelnen überlassen bleiben. Lokale Jugendkomitees müssten überall gebildet werden, um die Arbeit und die Art der Tätigkeit in den Organisationen gemeinsam zu beraten; diese lokalen Komitees könnten sich wieder zu zentralen Organen zusammenschliessen, und so von einem Punkte aus überall Einheitlichkeit und Klarheit in die Arbeit der einzelnen getragen werden.

Auch wären die Aufgaben der Jugendorganisation mit diesen loseren, mehr geselligen Abenden sicherlich nicht erschöpft. Vielmehr erschiene es als eines ihrer wichtigsten und dringendsten Ziele, mindestens den älteren und besonders wissensdurstigen Schülern auch in fortlaufenden Lehrkursen in den Hauptfächern allgemeiner Bildung das positive Wissen zu bieten, das die Volksschule ihnen vorenthält. Für Deutsch, Welt- und Literaturgeschichte, Hygiene, vielleicht auch eine fremde Sprache könnten allmählich tüchtige Lehrkräfte gewonnen, und so die Jugendorganisation langsam zu einer freien, von modernem Geiste erfüllten Jugendschule ausgestaltet werden. Eine eigene Jugendzeitschrift, für die bei der Gründung allgemeiner Jugendorganisationen die besten Kräfte gewonnen werden könnten, hätte die Arbeit der Vereine zu unterstützen und gleichzeitig für weitere Ausbreitung und Agitation zu sorgen, wie dies bereits überall in den bestehenden Jugendvereinen geschieht.

Ich muss es mir bei der Beschränkung des Raumes, die mir geboten ist, versagen, im einzelnen auf die Fülle neuer Wirkensmöglichkeiten einzugehen, die sich innerhalb der Jugendorganisationen denken liessen, auf die Fülle von Einflüssen, die von hier aus in die proletarische Familie, auf die Frauen der Arbeiterschaft überstrahlen könnten und diese Organisationen, wenn auch auf indirektem Wege, wieder zu einem der vorzüglichsten Mittel politischer Aufklärung für die Partei werden liessen. Hoffentlich führen die Verhandlungen des Parteitages in der Jugendfrage zu einem positiven Ergebnis! Die Partei würde damit den Grund legen zu neuer kraftvoller Tätigkeit und neuem Schaffen im Sinne wahrhafter Menschheitskultur.

XX

## PAUL KAMPFFMEYER · ÜBER PROSTITUTION UND VOLKSERZIEHUNG



IT der so eminent wichtigen Volkserziehungsfrage wird sich der Mannheimer Parteitag beschäftigen. Diese Frage umfasst nun auch die Erziehung der jugendlichen Elemente, die mit einem Fusse schon im Gefängnis oder im Sumpfe der Prostitution stehen. Die Prostitution der Mädchen unserer Grossstädte beginnt vielfach schon im zarten Kindesalter. Aus der Statistik der preussischen Fürsorgeerziehung über das Etatsjahr 1901 wurde die erschreckende Tatsache bekannt, dass von den schulpflichtigen verwaehrlosten Mädchen schon 101 der Unzucht ergehen waren; 4 von diesen waren bereits syphilitisch angesteckt worden.

Die jugendlichen Dirnen evangelischer Konfession werden heute meist in Rettungsanstalten und *Magdalenenheime* verwiesen, die unter dem Einfluss der *Inneren Mission* der evangelischen Landeskirche stehen. In diesen Anstalten

werden als höchste und wichtigste Erziehungsmittel das Wort Gottes und der Katechismus geschätzt. Und fast als wundenschlagende Seelenmarterinstrumente mögen diese Erziehungsmittel in vielen Anstalten zur Anwendung gelangen. Die jugendliche Seele des verirrtten Mädchens wird mit Bibelversen und Katechismusstellen überfüttert, und sein jugendlicher Leib wird mit Waschen, mit eintöniger mechanischer Arbeit für Fabrikunternehmer, mit dem Sortieren von Kaffee, Linsen und Erbsen etc. überarbeitet. In diesen Anstalten steht oft die schamloseste Kinderausbeutung in vollster Blüte. Der Lehrer Agahd, der mutig gegen die Kinderausbeutung der Fürsorge- und Zwangserziehungsanstalten zu Felde zog, hat die typische, diese Anstalten charakterisierende Misere mit folgenden Strichen gezeichnet:

•Kein Geld in der Anstalt — Folge: Geld verdienen — Folge: gewerblich arbeiten. Gewerblich arbeiten — Folge: Teilarbeit, mechanische Arbeit, Akkordarbeit, lohnende Arbeit oder Arbeit um jeden Preis. Wechsel in der Beschäftigung muss fehlen, da nur der Eingearbeitete viel schafft, Arbeitserziehung und gewerbliche Kinderarbeit sind diametrale Begriffe.◊

Müßig gehende Dirnen will man die Liebe zur Arbeit durch Sortieren von Kaffee und Linsen, durch die eintönigste Arbeit an der Waschmaschine an-erziehen! Sie werden bei diesen graulangweiligen Arbeiten den letzten noch vorhandenen Funken von Liebe für eine geordnete, nützliche Tätigkeit verlieren. Die Mädchen werden höchstens zu Dienstmädchen in den Anstalten herangebildet, und gerade Dienstmädchen wandeln stets hart am Rande des Prostitutionspfeils. Von den in einem Jahre unter sittenpolizeiliche Kontrolle gestellten Mädchen Berlins entstammten 60 % dem Dienstbotenstande. Will man frühzeitig verdorbene Mädchen vor dem Versinken in dem Strassenschmutz verschonen, so führe man sie nicht dem Gewerbe zu, aus dem vor allem die käufliche Liebe ihre Priesterinnen wirbt. Man lehre sie Handwerke, die Buchbinderei, die Buchdruckerei etc., durch die sie sich dereinst durchs Leben schlagen können!

In einer Zeit, in der sich der Staat in seinem dunklen Drange mehr und mehr in das Halbdunkel der Staatskirche flüchtet, darf man kaum hoffen, etwas aufklärendes Licht in die Fürsorge- und Zwangserziehungsanstalten zu leiten. Von Weltlust ist die Erde erfüllt, und doch streckt der Staat mit frommem Augenaufschlag seine Hände betend gen Himmel. Je mehr er nun die weltlichen Lehrstühle in kirchliche Altäre umbaut, je mehr Pfaffentalare er vor die Schulfenster hängt, um so mehr Tageshelligkeit muss die Sozialdemokratie als aufstrebende Kulturpartei auf die Probleme einer vorgeschrittenen Sozialpädagogik werfen und diese mitten hinein in das öffentliche Leben stellen. Je heller dann die Ideale einer solchen Sozialpädagogik leuchten, um so stärker heben sich vor allem Volk die Schatten der Finsternis ab, in der der Staat und seine Getreuen wandeln. Die Kluft zwischen der herrschenden staatlichen Erziehung des Volkes und den Forderungen einer vom sozialen Geiste erfüllten Pädagogik schliesst sich dann den grossen Volksmassen auf. Bevor die Sozialdemokratie in die Ära einer fruchtbaren Reformarbeit eintreten kann, wird ihre Aufgabe zumeist darin bestehen, Klüfte zwischen den veralteten bestehenden und den sich im Keime regenden neuen Zuständen aufzureissen. Die Ideen einer neuen Weltanschauung will die Sozialdemokratie in die Schulen des Volks leiten. Was wird ihr nun für das nächste Dezennium an Arbeit anderes

aufgelegt werden, als immer und immer wieder auf den Abgrund zu deuten, der zwischen den Lehren der Wissenschaft und den Irrlehren des Volkunterrichts klafft! Aber wenn dann endlich in Millionen deutscher Arbeiterfamilien der Gedanke der Unhaltbarkeit der in den Schulbüchern und im Katechismus vorgetragenen Lehren lebendig ist, dann dürfte auch das ganze herrschende Lehrsystem der Volksschule in seinen Grundfesten schwanken. Eine brennende Scham wird jeden innerlich aufrichtigen deutschen Lehrer anwandeln, wenn er sich zum Verbreiter veralteter, vom Volke längst als unwahr erkannter Ideen aus der Welt- und Religionsgeschichte machen muss. Und wie leicht kann die Dreimillionenpartei einen gediegenen populären Leitfaden über die grossen Ereignisse der Welt- und Religionsgeschichte in alle Arbeiterfamilien tragen!

Wenn ich jetzt von Prostitution und Volkserziehung spreche, so will ich ebenfalls nur eine Kluft für das Volksauge aufreissen. Aber wer eine heftige Sehnsucht nach einer gründlichen Umformung unserer Volkserziehungsverhältnisse wecken will, der kann eben nicht um jene Arbeit des Aufreissens herumkommen. Das Kapitel der Prostitution ist in letzter Zeit oft behandelt und noch öfter misshandelt worden. Der Gedanke von dem bestimmenden Einflusse wirtschaftlicher Verhältnisse auf die Entstehung und Verbreitung der Prostitution hat oft eine zu einseitige und daher falsche Fassung erhalten. Das wirtschaftliche Elend erzeugt nicht überall und zu allen Zeiten die soziale Schmarotzerpflanze der Prostitution. Die besonderen wirtschaftlichen, sozialen und individuellen Bedingungen, die mit Notwendigkeit die Prostitution als Massenerscheinung zeitigen, müssen genau untersucht werden.

Schauen wir in die polizeilichen Verzeichnisse der reglementierten Frauen und in die Statistik der Verbreitung der venerischen Krankheiten hinein, so tritt uns sofort folgende charakteristische Tatsache entgegen: Die eigentlichen Dirnenmärkte liegen in den Gross- und Mittelstädten mit starker sozialer Klassenmischung. In ausgesprochenen Fabrikstädten tummeln sich mitunter nur einige Dirnen in entlegenen, dunklen Gassen herum. Nur wo die verschiedenen sozialen Klassen hart auf einander stossen, also in Städten mit scharf ausgeprägten Klassengegensätzen, gedeiht die Prostitution üppig. Der mit Fabrikstädten völlig durchsetzte Regierungsbezirk Arnsberg, der ungefähr die gleiche Einwohnerzahl hatte, wie die Stadt Berlin, wies kaum ein Zehntel der Prostituierten der Weltstadt auf. Graues Elend gibt es genug auch auf dem Lande, aber die Dorfihure ist eine Ausnahmeerscheinung. In den Nurfabrikstädten nimmst du mit allen deinen fünf Sinnen die soziale Not wahr, aber die sich feilbietende Fabrikdirne erblickst du nur selten. Aus den Ziffern über die wirtschaftliche Not eines Bezirks kannst du nicht rein mechanisch die Zahl der Prostituierten ablesen. Aus einer eingehenden statistischen Untersuchung über die Zahl der reglementierten Dirnen preussischer Städte und über die Verbreitung der venerischen Krankheiten in Preussen konnte ich folgenden Satz über die Prostitution im kapitalistisch organisierten Staate aufstellen:

Die Prostitution tritt in den Distrikten mit kapitalistischer Produktion nicht überall, und namentlich nicht in dem gleichen Stärkegrade auf. Eine Konzentration verschiedener sozialer Klassenelemente an einem Orte ist die Voraussetzung für die Entstehung der Prostitution. Die konzentrierte Bevölkerung der Städte ist daher vor allem der Nährboden der Prostitution. Städte mit einem einheitlichen sozialen Charakter jedoch, Städte, die nicht mit den verschiedensten sozialen Klassenelementen

durchsetzt sind, halten die Prostitution in sehr engen Grenzen, zum Beispiel ausgesprochene Fabrikstädte mit nur geringen Prozentsätzen von Angehörigen der grossbürgerlichen Klassen, der Mittelklassen, der liberalen Berufsarten. Die Städte mit umfassenden unverheirateten, zahlungsfähigen männlichen Bevölkerungsgruppen, die nach ihren Klassenanschauungen nicht mit den eigenen Klassengenossen/innen ausserhelichen Geschlechtsverkehr pflegen dürfen und vor dem Aufstieg in eine bestimmte soziale Stellung keine *standesgemässe* Ehe eingehen können, steigern die Nachfrage nach käuflichen Frauen im hohen Grade.

In den Grossstädten mit stark ausgeprägten Klassengegensätzen entwickelt sich also vor allem die Prostitution als soziale Massenerscheinung. Aber nicht ausnahmslos fallen alle weibliche Wesen in dürftigen, armseligen Lebensverhältnissen der Prostitution anheim. Gerade den Gruppen erwachsener weiblicher Berufsangehörigen, die in allerengster Berührung mit den herrschenden sozialen Klassen stehen und gleichsam unter der selben Zimmerdecke mit ihnen leben, droht vor allem die Gefahr, in das Strassendirnentum herabzusinken. Das sind die Dienstmädchen. Diese entbehren fern von der Heimat des starken Rückgrats, den ihnen eine unaufgelöste Familie durchweg gewährt. Ständen sie auf dem Lande in einem derb natürlichen geschlechtlichen Verkehr mit Klassengenossen, so erhält dieser Verkehr einen ganz anderen Charakter, wenn sie ihn mit den Angehörigen anderer Klassen, die bei ihnen ja nur einen schnellen, womöglich käuflichen Genuss suchen, pflegen. Berauschend wirkt ferner auf die Dienstmädchen die sie umgebende Welt des bürgerlichen Luxus ein. Sie leben sich in die Bedürfnisse dieser Welt ein. Sie können aber die in ihnen geweckten neuen Bedürfnisse nur befriedigen, wenn sie schmählichem Nebenverdienst nachgehen. Bei dem Hinabgleiten der Dienstmädchen in den schmutzigen Tümpel der Strassenprostitution spielt schon die Tatsache eine sehr wichtige Rolle, dass die Mädchen von ihren Familien getrennt leben, dass für sie eigentlich die Familie als ökonomische Einheit und als moralische Schutzwehr tot ist. Bei den jungen, halb erwachsenen Mädchen unserer Grossstädte wirkt die Auflösung der Familie geradezu verhängnisvoll. Von den schulentlassenen weiblichen, der preussischen Fürsorgeerziehung übergebenen Zöglingen werden 64 % als *Unzüchtige* bezeichnet. Von den 2838 weiblichen Fürsorgezöglingen wurden 534 ausserhelich geboren, und 1045 waren völlig verwaist, Mutter- oder Vaterwaisen. Des starken wirtschaftlichen und moralischen Halts der Familie gingen also 1579 Fürsorgezöglinge verlustig. Zu diesen Zöglingen stossen noch etwa 9 % weiblicher Zöglinge, die ebenfalls in fragmentarischen Familien aufwuchsen, in Familien, in denen die Eltern getrennt lebten oder geschieden waren. Von 575 Mädchen des *Magdalenenhilfsvereins* Dresden waren 57 ausserhelich geboren, 47 waren Vollwaisen, 90 Vaterwaisen, 83 Mutterwaisen, 40 gingen aus Familien hervor, deren Eltern geschieden waren oder getrennt lebten.

Eine kleine Gruppe grossstädtischer Dirnen ist entschieden stark psychopathologisch beanlagt. Diese Mädchen sind in ihrem ganzen Triebleben falsch gerichtete Geschöpfe. Von den Mädchen dieser Gruppe entwirft zum Beispiel der 68. Jahresbericht des *Evangelischen Asyls für weibliche Entlassene* und des *Magdalenenstifts* zu Kaiserswerth folgende Charakterbilder:

C. D., 14 Jahre alt. Grosse, verkommene Familie, in der die Unzucht erblich, die Blutschande nicht unerhört ist. Der Pflegling hat als 12jähriges Mädchen mit den eigenen Brüdern Unzucht getrieben und sich in der selben Zeit für Geld anderen Männern wiederholt preisgegeben. Sitzt so tief in den Fesseln der Sinn-

lichkeit, dass ihr der Konfirmandenunterricht nicht ohne Zeugen erteilt werden konnte, da nach den Beobachtungen des Geistlichen, wie nach ihrem eigenen Geständnis der Asylvorsteherin gegenüber sie das Alleinsein mit einer männlichen Person absolut ausser Fassung brachte.

D. E., 16 Jahre alt, Zuhälterdirne. In Düsseldorf und Berlin schöffengerichtlich bestraft.

E. T., 15 Jahre alt. Vater säuft, Mutter liederlich. Das Mädchen hat schon viel durchlebt. Der Vater teilt in einem wütenden Briefe mit, dass er insgesamt 98 Mark Schulversäumnisse für E. habe *absitzen* müssen. Die Mutter wird von ihm mit einem Stocke geschlagen und an den Haaren durchs Zimmer gezogen. Trieb sich nächtelang als Dirne auf Hafenschiffen und in Neubauten herum. Erschwindelte durch eine Kollekte für armenische Waisen an einem Tage 48 Mark . . . Entläuft von Hause und stiftet ihren 12jährigen Bruder zum Strassenraube an. Vollendete Schauspielerin.

F. G., 17 Jahre alt. Hat angeblich als 15jährige mit vielen verheirateten Männern Unzucht getrieben, das selbe später in E. wiederholt. Galt schon im 14. bis 16. Lebensalter als geschlechtlich bescholten. Lügt. Eltern total machtlos. Bruder im Gefängnis.

H. J., 17 Jahre alt. Schamlose Dirne, Vater und Mutter gänzlich machtlos.

J. K., 16 Jahre alt. Bis zum 14. Jahre äusserlich ganz tadellose Schülerin, die beste Konfirmandin. Dabei innerlich durch das Lesen schlechter Bücher schon verdorben. Ergibt sich mit Bewusstsein der Unzucht. Erschwindelt Abmeldeschein mit höherem Alter. Bordelldirne in C. und D. Ganz erschreckender Zynismus. Bei der Aufnahme ohne jegliches Schamgefühl.

Bei der Diskussion der Frage *Prostitution und Volkserziehung* scheidet die von uns zuerst herausgegriffene Gruppe der erwachsenen Prostituierten, die der käuflichen Liebe verfallenen grossjährigen Dienstmädchen, ganz aus. Sie hat die Schule, die Fortbildungsschule, die Fürsorgeerziehungsanstalt schon hinter sich. Unser pädagogisches Interesse wendet sich vor allem der Gruppe der schulpflichtigen und schulentlassenen Mädchen, die völlig oder halb verwaist sind oder in zerrütteten Familien aufwachsen, und der Gruppe der moralisch und geistig defekten Mädchen zu.

Die alte Schule hat sich unter dem Einfluss unseres sozialpolitischen Zeitalters wohl oder übel bequemen müssen, ihren früheren Aufgabenkreis zu erweitern. Der Schularzt rückte in das alte Schulhaus ein, und dieses erfuhr selbst unter dem zwar langsamen, aber sicheren Fortschreiten der modernen Schulhygiene eine wesentliche Umgestaltung. Das Schulbad wurde geschaffen. Das körperliche Wohlbefinden des Schülers ward nach und nach als ein durchaus notwendiges Erfordernis für einen befriedigenden Erfolg des Schulunterrichts erkannt. Aber was half es, wenn man den Leib des Schülers wohl aussen, aber nicht innen pflegte, wenn man den gereinigten Körper hungern liess! In das Gesichtsfeld des Sozialpädagogen trat die wichtige sozialpolitische Forderung der Ernährung der Schulkinder auf öffentliche Kosten. Das Kinderschutzgesetz kam, und mit ihm wurde dem deutschen Lehrer die wichtige sozialpolitische Funktion der Überwachung des Kinderschutzgesetzes übertragen. Ein Teil der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Kinder ist der Inspektion des Lehrers unterstellt. In das sogenannte *Heiligtum des Hauses*, das bisher vom Staat und seinen Aufsichtsorganen streng gemieden wurde, ist der Lehrer getreten, und er wird sehr wenig Heiliges in diesem Hause entdecken. Nachdem nun einmal der Staat über die Schwelle des Hauses geschritten ist, mag er sich in diesem Hause auch nach allen Richtungen hin umschaun. Die Schule kann jedenfalls die einmal betretene sozialpolitische

Bahn nicht mehr verlassen. Will sie ihre volkserzieherische Aufgabe in befriedigender Weise erfüllen, so hat sie aber die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Schulkinder ganz anders, als bisher, zu erfassen.

Die grossen Umrisse der Existenz- und Familienverhältnisse der Schulkinder zeichnen sich schon in der Semesterstatistik der Schulklassen hinein. Ein Lehrer, der in persönlicher Föhlung mit seinen Zöglingen steht, dringt leicht in die häuslichen Lebensbedingungen dieser ein. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen: Fast aus der Art der Lösung der Schulaufgaben kann oft der Lehrer tiefgehende Störungen in dem äusseren und inneren Leben seiner Schulkinder entdecken. Will die Volksschule nun den Kampf gegen die Prostitution der weiblichen Jugend aufnehmen, so hat sie ihr Auge vor allem auf die Familienverhältnisse der Schulkinder zu richten. Die grossstädtische weibliche Jugend, die unter brüchigen und zersetzten Familienverhältnissen aufwächst, verfällt vor allem leicht der Strasse. Der Lehrer hat daher zu ermitteln, in welchen Häuslichkeiten vor allem ein Eingreifen öffentlichrechtlicher Erziehungsorgane wegen beginnender Verwahrlosung der Kinder erforderlich ist. Dem gebildeten Lehrer werden ferner nicht die Fälle geistiger und moralischer Entartung, die sich unter seinen Zöglingen finden, entgehen. Gerade um die gefährdeten Elemente der weiblichen Jugend vor dem Straucheln in den Prostitutionssumpf zu bewahren, müssen moralisch defekte, krankhaft geschlechtlich erregte, schamlose Mädchen aus der Schule entfernt und in öffentlichen Erziehungsanstalten erzogen werden.


Im Interesse der Bekämpfung der Prostitution und der Kriminalität jugendlicher können wir der Begründung einer sozialpädagogischen Vormundschaftsbehörde nicht ausweichen. Diese Behörde müsste von Sozialpädagogen, sozialen Medizinern und Männern der Selbstverwaltung zusammengesetzt sein. Wenn die Schule mit Hilfe ihrer Organe festgestellt hat, dass die häuslichen Verhältnisse eines Kindes ungesund sind und schwere sittliche Gefahren für dieses in sich bergen, so hat die Vormundschaftsbehörde dafür Sorge zu tragen, dass den Eltern, der Mutter oder dem Vater des Kindes das Erziehungsrecht ganz oder zeitweilig entzogen wird. Die sozialpädagogische Behörde übernimmt dann die Verpflichtung, für die Ernährung und Erziehung des Kindes zu sorgen. Die Einweisung der bevormundeten Kinder in besondere öffentliche Fürsorgeerziehungsanstalten wird sich in vielen Fällen als unumgängliche Notwendigkeit erweisen. Aber dann muss in der Tat die Axt an die bisherigen Fürsorgeerziehungsanstalten gelegt werden! Herr Plass, Direktor des *Erziehungsheims am Urban* in Zehlendorf, rief selbst den Leitern der heutigen Zwangs- und Fürsorgeerziehungsanstalt zu: Bringt Sonnenschein und Freude in die Anstalten hinein, habt Verständnis für die Bedürfnisse der jugendlichen Seele! Plass verwirft die bisherige grob schablonisierende Erziehung dieser Anstalten. Die Unterdrückung alles Persönlichen bewirkt nach seiner Ansicht das Gegenteil einer erfolgreichen Erziehung. Er vertritt das Prinzip einer individualisierenden Arbeitserziehung der Kinder gegenüber der heute in vielen Anstalten herrschenden wirtschaftlichen Kinderausbeutung.

Will man einen wirksamen Kampf gegen die Prostitution auf volkserzieherischem Gebiete eröffnen, so muss man sich bereits des schulpflichtigen sittlich gefährdeten Mädchens annehmen. Aber ohne ein tiefes Eindringen in die häuslichen Verhältnisse der Schulmädchen können keine zweckentsprechenden

sozialpädagogischen Massnahmen im Interesse dieser getroffen werden. Und hier hat vor allem die Schule ihr Aufsichtsrecht über die Kinder zu erweitern. Die strauchelnden oder bereits verwahrlosten Mädchen müssen aus der Sphäre des Lasters und der Unsittlichkeit entfernt und in ganz neue gesunde Lebens- und Erziehungsverhältnisse gestellt werden. Das geht selbstverständlich nicht ohne einen herzhaften Eingriff in die elterliche Gewalt und das elterliche Erziehungsrecht ab, und nur sachverständige, auf Grundlage der Selbstverwaltung aufgebaute Organe dürfen einen derartigen Eingriff befürworten. Haben sie aber unwürdigen oder unfähigen Eltern das Erziehungsrecht über ihre Kinder abprechen lassen, so müssen sie auch im vollen Umfang für die Kosten der Erziehung dieser Kinder aufkommen. In modernen, in humanem, sozialpädagogischem Geiste geleiteten Erziehungsanstalten werden sie die innerlich brüchigen weiblichen Wesen aufrichten und zur Liebe zu einer geordneten Tätigkeit erziehen müssen.

XX

## JULIUS BRUHNS · DAS FRAUENSTIMMRECHT UND DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI

 U den Verhandlungsgegenständen der Frauenkonferenz, die dem Parteitag in Mannheim vorangeht, gehört das Frauenstimmrecht. Das ist sehr zu loben, denn diese Frage hat neben ihrer an sich gewaltigen allgemeinen Bedeutung für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt gegenwärtig noch eine besondere erhalten durch die Wahlrechtsbewegungen sowohl in deutschen, wie in ausserdeutschen Ländern. Für das Frauenstimmrecht lassen sich vom Standpunkt der Arbeiterklasse eine stattliche Reihe trefflicher, unwiderleglicher Gründe anführen, natürliche, ethische, politische, soziale. Nach dieser Richtung wird auf der Frauenkonferenz kaum etwas Neues gesagt werden können. Die deutsche Sozialdemokratie ist durch ihre Grundsätze und ihr Aktionsprogramm auf die Erringung des Wahlrechts für die Frauen verpflichtet. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist in der Tat aber auch ein Lebenselement der Arbeiterklasse. Ob sie lediglich mit dessen Hilfe endgültig obsiegen wird, kann mit Recht bezweifelt werden. Es werden andere Faktoren hinzutreten müssen. Aber das wichtigste Mittel zur Gewinnung und Erziehung der Massen für den Gedanken des Klassenkampfes, das wichtigste Mittel zur Vorbereitung der Eroberung der politischen Macht ist und bleibt das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Ganz abgesehen von allen ethischen Gründen, erfordert also das materielle, das politische und wirtschaftliche Interesse der Arbeiterklasse das Frauenstimmrecht. Die Bedeutung der Frau im Wirtschaftsleben nimmt ständig zu; in gleichem Masse wächst ihre Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf. In den Händen des Kapitals ist die Frau nicht nur eine gefährliche Waffe im wirtschaftlichen Kampfe gegen den männlichen Arbeiter, sie ist es zugleich auch im politischen Kampfe in den Händen der politischen Vertretung des Kapitals, der bürgerlichen Parteien. Wie niederdrückend und hemmend die politisch rechtlosen und daher verständnislosen Arbeiterfrauen auf die politische Betätigung, auf den Befreiungskampf der Arbeiterklasse überhaupt wirken, wie sie selbst die Tätigkeit Hunderttausender schon aufgeklärter männlicher



Arbeiter verringern und hindern, davon können die leitenden Personen der Partei- und Gewerkschaftsbewegung manch trauriges Lied singen.

Die Erringung des Frauenstimmrechts würde der Arbeiterbewegung gewaltig vermehrte Aufklärungsarbeit, bald aber auch eine gewaltige Vermehrung ihres Heeres, ihrer Kräfte bringen. Und politisch aufgeklärte Frauen sind nicht die schlechtesten, sondern in der Regel die besten Mitkämpfer, wie das die Erfahrung längst gelehrt hat. Dabei dürfen wir uns allerdings nicht verhehlen, dass das Frauenstimmrecht zunächst und auf längere Zeit den bürgerlichen Gegnern, und sicher dem rückschrittlichsten dieser Gegner am meisten, neue grosse Wählermassen zuführen wird. Diese Tatsache hat hier und da in den Kreisen der Gegner den Gedanken aufkommen lassen, den immer mächtiger anschwellenden, immer ungestümer herandrängenden proletarischen Klassenkämpfern schliesslich die Massen der proletarisch-weiblichen Wähler entgegenzustellen, gewissermassen als letzte Reserve der bürgerlichen Machthaber. Auf der anderen Seite hat dieser Umstand in sozialistischen Kreisen gewisse Bedenken gegen die Einführung des Frauenstimmrechts, wenigstens im gegenwärtigen Stadium der politischen Machtverhältnisse, hervorgerufen. So in Belgien, wie Genosse Emile Vandervelde in dieser Zeitschrift ausführte:

„Viele von unseren Genossen teilen mit den Liberalen und Radikalen die Meinung, dass die Zulassung der Frauen zum Wahlrecht in Belgien die Verewigung der klerikalen Herrschaft zur Folge haben werde.“<sup>1)</sup>

Vandervelde hält diese Befürchtung für übertrieben, und in der Tat kann von einer »Verewigung« der klerikalen Herrschaft durch das Stimmrecht der Frauen gewiss nicht geredet werden. Aber Vandervelde verfällt in den entgegengesetzten Fehler, indem er nach meiner Ansicht die Stärkung der bürgerlichen Parteien durch das Frauenstimmrecht erheblich unterschätzt. Davon, dass in der Regel Mann und Frau, weil sie der selben Klasse angehören und die selben wirtschaftlichen Interessen vertreten, auch den selben Stimmzettel abgeben würden, kann nicht die Rede sein, solange nicht diese Frauen zur Erkenntnis dieser Klassenzugehörigkeit und dieser gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen mit dem Manne gekommen sind. Wenn viele Frauen sozialistisch gleich dem Manne stimmen, so wird das aus geistiger Unselbständigkeit, aus anerzogener Unterwürfigkeit gegenüber dem Willen des Mannes geschehen; gerade die an sich besseren, selbständigeren Naturen aber werden zunächst, im Banne ihrer Vorurteile und weiblichen Gefühle, entgegen dem Manne stimmen.

Auch wenn man die nächsten politischen Wirkungen des Frauenstimmrechts viel ungünstiger für die Bestrebungen der Arbeiterklasse nach der politischen Macht beurteilt, als Vandervelde, muss man doch mit ihm vollkommen einig darin sein, dass das Frauenstimmrecht für die zukünftige völlige Befreiung des Proletariats unschätzbare Vorteile erbringt. Für die geistige Emanzipation der Frauen ist es ein treffliches, ja das trefflichste Mittel. Und wenn uns nicht unser Rechts- und Sittlichkeitsgefühl, unsere politischen Grundsätze auf seine Erringung unweigerlich hinwiesen, dann müsste das allein schon das praktische Interesse tun, die Erwägung, dass es kein besseres Mittel zur Erziehung auch der anderen Hälfte des Proletariats, der weiblichen, gibt, als das politische Stimmrecht. Wir müssen daher unangekränkt von der Gewissheit,

<sup>1)</sup> Vergl. Emile Vandervelde: *Frauenstimmrecht in Belgien?* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 138.

dort, wo ein mehr oder minder freies Stimmrecht für die männlichen Proletarier schon besteht, durch Einführung des Frauenstimmrechts die politischen Machtverhältnisse vorübergehend zu unseren Ungunsten zu beeinflussen, grundsätzlich doch dafür eintreten.

»Es ist aber bekanntlich nicht das selbe, eine Forderung grundsätzlich zu vertreten und sie zu einem Punkte der praktischen Politik zu machen. Wie die Haltung unserer Bruderparteien in Schweden, Belgien und Österreich erweist, können Augenblicksrücksichten verschiedener Art die Sozialdemokratie veranlassen, die Forderung des Frauenstimmrechts zurückzustellen.«

Das sagt die Genossin Roland-Holst.<sup>2)</sup> Und man muss angesichts der zwingenden Rücksichten, die die politische Situation und das Interesse der Arbeiterklasse in den genannten drei Ländern, zu denen sich nach der Darstellung der Genossin Holst noch Holland gesellt, dem Diktum der gewiss nicht im Geruche des *Opportunismus* stehenden Genossin durchaus beistimmen. Es soll hier nicht ausführlich auf die Verhältnisse der in Rede stehenden Länder, soweit sie zur Zurückstellung der Forderung des Frauenstimmrechts führten, eingegangen werden. Sie sind für Österreich und Belgien durch Adelheid Popp und Vandervelde in den *Sozialistischen Monatsheften*, für Holland und Schweden durch Henriette Roland-Holst und Hjalmar Branting in der *Gleichheit* des näheren geschildert. Überall haben Zweckmässigkeitsgründe zu dem Verzicht auf das Frauenstimmrecht geführt. Und überall haben die Genossinnen das Zwingende der Situation anerkannt und von der Geltendmachung ihrer Forderung abgesehen.

In Österreich hat man dies von vornherein getan, um nicht das Wahlrecht für die Männer zu gefährden. Nicht erst im Parlament, veranlasst durch taktische Rücksichten auf bürgerliche Fraktionen und deren Politik, sondern schon auf ihrem Parteitage haben unsere österreichischen Genossen aus Gründen der Opportunität die Forderung des Frauenstimmrechtes fallen gelassen und — zum erstenmal auf einem österreichischen Parteitag — eine Resolution beschlossen, die nicht aussprach, dass das Wahlrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts gefordert werde. Die weiblichen Parteitage-delegierten aber erklärten in deutscher und tschechischer Sprache:

»dass sie den grossen Augenblick begreifen und den Kampf ums allgemeine Wahlrecht nicht beeinträchtigen wollen durch das Verlangen, das Frauenwahlrecht in diesem Augenblick besonders zu betonen.«<sup>3)</sup>

In Belgien hatte die Drohung klerikaler Abgeordneter, gegebenenfalls für das Frauenstimmrecht einzutreten, um damit die klerikale Herrschaft dauernd zu sichern, Liberale und Radikale zum einmütigen Widerspruch gegen die von den Sozialisten erhobene Forderung bestimmt. Angesichts dessen meint nun Vandervelde:

»Dürfen wir unter diesen Umständen in der Agitation für die gleichzeitige Gewährung des Wahlrechtes an Männer und Frauen fortfahren, auf die Gefahr hin, die erste dieser Reformen zum Scheitern zu bringen, ohne die Aussichten auf Erfolg für die zweite zu verbessern? Der *Verband der sozialistischen Frauen* musste sich darüber klar werden. Trotz des Widerspruchs einer energischen Minderheit sprach er sich für die Vertagung der Frage des Frauenstimmrechtes bis nach Lösung der Frage des allgemeinen Stimmrechtes für die Männer aus.«<sup>4)</sup>

<sup>2)</sup> Vergl. Henriette Roland-Holst: *Frauenwahlrecht und Sozialdemokratie in Holland in der Gleichheit* vom 13. Juni 1906.

<sup>3)</sup> Vergl. Adelheid Popp: *Die österreichische Wahlreform und das Frauenwahlrecht im vorigen Bande der Sozialistischen Monatshefte*, pag. 304.

<sup>4)</sup> Vergl. Vandervelde, loc. cit., pag. 139.

Nicht anders in Schweden, wo die Frage der Erweiterung des Wahlrechts für die Arbeiter im Vordergrund des politischen Lebens steht. Der vorjährige Parteitag der schwedischen Sozialdemokraten hatte es der Fraktion überlassen, im Hinblick auf die gesamte parlamentarische Lage zu entscheiden, ob sie auch das Frauenstimmrecht in ihren Antrag von 1906<sup>\*)</sup> aufnehmen wolle oder nicht. Die Fraktion sah einstimmig von der Einbringung dieses Antrages ab, da die konservative Partei anderenfalles eine eingehende Untersuchung über die Voraussetzungen des Frauenwahlrechts gefordert und durchgesetzt hätte, womit die Wahlreform entweder ganz zu Falle gebracht oder doch auf Jahre verschleppt worden wäre. Und Genosse Branting berichtet über die Stellung der schwedischen Genossinnen zu dieser Taktik der sozialdemokratischen Fraktion folgendes:

»Die Genossinnen hatten im allgemeinen das bestimmte Gefühl dafür, dass die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für die Männer, wie im übrigen Europa, nach fast zwanzigjähriger Agitation und nach so energischen Vorstößen, wie es zum Beispiel der dreitägige Demonstrationsstreik von 1902 war, eine doch anders reife Frage für das Land ist, als die mehr prinzipiell-agitatorisch hervorgehobene Forderung des Wahlrechtes für das weibliche Geschlecht. Die Arbeiterinnen, auch die von starkem Klassenbewusstsein durchdrungenen, haben es daher im grossen und ganzen als die natürliche und gewissermassen berechnete Reihenfolge betrachtet, dass augenblicklich zuerst die Wahlrechtsfrage für das männliche Proletariat gelöst werde; jedenfalls wollten sie durchaus nicht, dass das Frauenstimmrecht als Vorwand einer neuen Verschleppung der Wahlrechtsreform missbraucht werde.«<sup>\*)</sup>

Wir sehen also, dass überall, wo die Parteigenossen schon in die Lage kamen, die Frage konkret zu behandeln, die Probe auf das Exempel zu machen, sie genötigt waren, ihre grundsätzlichen Forderungen zurückzustellen, wollten sie nicht schweren Schaden für die gesamte Bewegung verursachen. Und ebenso sehen wir — und das erscheint besonders erfreulich —, dass die Genossinnen sich überall der Situation gewachsen zeigten und klug mit ihrer an sich so notwendigen und so wichtigen Forderung zurückhielten.

In Deutschland sind wir in eine gleiche Lage bisher nicht gekommen. Die politische Situation gestattet es uns vorläufig, zum Beispiel in Preussen und Sachsen, in der Wahlrechtsbewegung das Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts zu fordern. Wir brauchen nicht zu fürchten, damit unsere Aussichten auf Erlangung des Wahlrechts wenigstens für die Männer zu verschlechtern — denn solche Aussichten bestehen für erste gar nicht. Wenn es sich aber praktisch um eine Änderung etwa des preussischen Landtagswahlrechts handeln würde, und dann das Hineinbringen des Frauenstimmrechts die in Aussicht stehende Wahlreform gefährden müsste: wäre es dann nicht selbstverständlich, dass auch wir diese prinzipielle Forderung zurückstellen, selbstverständlich auch, dass die deutschen respektive preussischen Genossinnen, dem Beispiele der Genossinnen im Auslande folgend, diese Zurückstellung begreifen und billigen? Genosse Kautsky führte vor kurzem in einem Artikel der *Leipziger Volkszeitung* aus, dass die Praxis des Klassenkampfes uns nicht den Grundsatz der politischen und ökonomischen Gleichstellung von Mann und Weib in der Gegenwart stellenweise preisgeben hiesse, sondern ihn unter

<sup>\*)</sup> Hierüber siehe Hjalmar Branting: *Die liberale Episode im schwedischen Wahlrechtskampf* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 657 ff.

<sup>\*)</sup> Vergl. Hjalmar Branting: *Frauenstimmrecht und Sozialdemokratie in Schweden* in der *Gleichheit* vom 11. Juli 1906.

allen Umständen aufs kräftigste zu verfechten gebiete. Und er fügt hinzu, dass die prinzipielle Politik sich auch in dieser Frage schliesslich als die praktischste, die erfolgreichste Politik erweise. Wenn das *unter allen Umständen* richtig wäre, hätten die Parteigenossen in Österreich, Belgien, Holland und Schweden schwere Fehler begangen mit ihrer Taktik der Zurückstellung des Frauenstimmrechts im Wahlrechtskampfe. Die Zukunft wird zeigen, ob sie damit nicht vielmehr grosse Vorteile für die gesamte Arbeiterbewegung ihrer Länder, nicht zum geringsten auch für die Frauenbewegung, geschaffen haben. Wird das der Fall sein — woran ich nicht zweifle —, dann kann die deutsche Sozialdemokratie, dann können auch die deutschen Genossinnen von diesen Erfahrungen profitieren und sich der Situation in den kommenden Wahlrechtskämpfen in Preussen und anderen norddeutschen Bundesstaaten ganz gewachsen zeigen.

XX

## AUGUST BRINGMANN · KLASSENKAMPF, PARTEI UND GEWERKSCHAFT · EINE RICHTIGSTELLUNG

**L**M Augustheft dieser Zeitschrift erwähnt Theodor Leipart einen Vortrag und einen Artikel des Schreibers dieser Zeilen.<sup>1)</sup> Der erwähnte Vortrag ist im *Zimmerer* vom 31. März abgedruckt unter der Stichmarke *Gewerkschaftliche Rück- und Ausblicke*, der Artikel ist im *Zimmerer* vom 5. Mai 1906 unter der Überschrift *Warum polemisieren wir gegen einen Teil der Parteipresse?* erschienen. Aus diesem Artikel greift Leipart einen Satz heraus und bemerkt dazu, er habe diese Äusserung nicht verstanden. Daran glaube ich aber nicht schuld zu sein. In meinem Vortrage sowohl, wie in dem Artikel handelt es sich nicht um theoretische Abhandlungen über den Begriff *Klassenkampf*, sondern, wie schon die Titel erraten lassen, um ganz andere Dinge. Leipart sucht indessen, aus den Artikeln meine Auffassung des Klassenkampfes festzustellen, und schreibt mir schliesslich eine recht verschwommene Auffassung zu. Ich möchte nun verhindern, dass diese in den Leserkreisen der *Sozialistischen Monatshefte* als meine tatsächliche Auffassung des Klassenkampfes betrachtet wird.

In jenem Artikel des *Zimmerers* hatte ich ausgeführt:

»In der deutschen Zimmererbewegung ist jenes Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei lebendige Tradition, das in seinen Grundzügen schon von Schweitzer treffend umschrieben hat . . . Wir betrachten die sozialdemokratische Partei als die Organisation der Arbeiterklasse, mit Klassenzielen und Klassenbestrebungen. Unsern Zentralverband fassen wir auf als Berufsorganisation, deren Ziele und Bestrebungen über die Wahrung und Hebung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Zimmerer Deutschlands nicht hinausgehen. Natürlich üben wir auch anderen Organisationen mit gleichen Bestrebungen gegenüber die weitestgehende Solidarität; man fasse unsere knappen Ausführungen also nicht enge auf.«

In diesem Sinne ist auch der Satz zu verstehen, den Leipart zitiert, und der da lautet:

»Es heisst ganz einfach, die Klasseninteressen verlottern, wenn man ihre Vertretung den Gewerkschaften aufhalst. Und es heisst die Bestrebungen der Gewerkschaften vernachlässigen, wenn man die Gewerkschaften zur Vertretung der Klasseninteressen

<sup>1)</sup> Vergl. Theodor Leipart: *Die gewerkschaftliche Praxis und der Klassenkampfgedanke* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 646-647.

engagiert. Das alles läuft also nicht darauf hinaus, eine umfangreichere und intensive Vertretung aller Arbeiterinteressen herbeizuführen.«

Ähnlich verhält es sich mit meinem von Leipart herangezogenen Vortrage. Die *Cölnische Zeitung* hatte geschrieben, man dürfe sich »der Einsicht nicht verschliessen, dass die [gewerkschaftliche] Organisation der Arbeiter nicht mehr unterdrückt werden kann. Man wird sich darauf beschränken müssen . . . wenn erforderlich, durch ein Eingreifen des Staats, der auf den Klassenkampf gerichteten Tätigkeit dieser Organisationen Grenzen zu stecken«. In diesem Zusammenhange bedeutet *Klassenkampf* systematischer Kampf zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat; systematischer Kampf zur Durchsetzung des ersten Teiles des sozialdemokratischen Parteiprogramms in jener Weise, welche in einem *Klassenkampf*artikel des *Vorwärts* vom 25. März also umschrieben wird:

»Ein proletarischer Klassenkämpfer ist nur der, der die Erscheinungen des sozialen Lebens unter dem Gesichtspunkt betrachtet, inwieweit sie dem Fortschritt, der historischen Mission der Arbeiterklasse nützen, oder, um mit Lassalle zu sprechen, wie weit sie dem Zweck dienen, das Prinzip der Arbeiterklasse zu dem herrschenden Prinzip des Staats und der Gesellschaft zu machen. Nur wer diese Prüfung vollzieht und sie für sein politisches Wollen und Wirken als Richtschnur nimmt, kann als bewusster Klassenkämpfer gelten.«

Ich bestreite nun ganz entschieden, dass es eine auf diese Form des Klassenkampfes gerichtete Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften gibt:

»Das Ziel der gewerkschaftlichen Bewegung ist die Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Sie sucht diesen Zweck zu erreichen durch eine demokratische Organisation und eventuell durch den Kampf gegen die Kapitalisten und Arbeitgeber des Berufes, den jede Gewerkschaft vertritt. Die Gewerkschaften sollen so ausgebaut werden, dass sie dem Arbeiter immerwährend als Rückhalt dienen, seine bürgerliche Existenz zu behaupten. Die Gewerkschaften haben sich dieses Gebiet nicht willkürlich gewählt, es ist ihnen auch, von niemand etwa aus Machtvollkommenheit oder besserer Einsicht zugewiesen, sondern die Natur der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und ihre Entwicklung weisen den Gewerkschaften dieses Gebiet an. Die Gewerkschaften sind — und zwar in ihrer heutigen Gestaltung — ein notwendiges Glied der bürgerlichen Gesellschaftsordnung . . . Wer an dieser Grundlage rüttelt, oder sie einzuschnüren versucht, legt die Gewerkschaften lahm, vernichtet sie.«

Ich füge aber noch hinzu:

»Allerdings, geschichtlich betrachtet, erscheint auch die gewerkschaftliche Tätigkeit als Klassenkampf. Sie ist dies unbewusst. Darin liegt aber auch die Gefahr von gesetzlichen Eingriffen. Brächte man es fertig, »durch ein Eingreifen des Staates der [angeblich] auf den Klassenkampf gerichteten Tätigkeit dieser Organisationen Grenzen zu stecken«, dann bin ich fest davon überzeugt, die deutsche Rechtsprechung würde sehr bald in jeder Gewerkschaftstätigkeit eine solche sehen, die auf den Klassenkampf gerichtet ist. Man würde vor allem die auf die Hebung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Arbeiter gerichtete Tätigkeit treffen.«

Das alles führe ich hier nicht zu dem Zweck an, meine Auffassung des Klassenkampfes zu demonstrieren, sondern nur, um zu zeigen, dass der Satz, den Leipart aus einem Artikel des *Zimmerers* zitiert, in keiner Weise geeignet ist, meine Auffassung des Klassenkampfes erkennen zu lassen. Es handelt sich darin lediglich um die Arbeitsteilung zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung. Freilich liegt meinem Vortrag sowohl, wie meinem erwähnten Artikel eine bestimmte theoretische Auffassung des Klassenkampfes zu Grunde. Leipart behandelt den Gegenstand nicht von dem Standpunkt des historischen Arbeiterklassenkampfes aus, sondern er konstruiert sich

einen Begriff, »was Klassenkampf ist«, aus dem »einfachen Sinn des Wortes« selbst. Da können wir uns freilich schwer verständigen. Mag der Begriff *Klassenkampf* im allgemeinen immerhin schwanken, eines steht fest: man meint, wenn man davon spricht, damit den *Klassenkampf* der Arbeiterschaft, den Kampf der Arbeiterschaft gegen die die Lage der Arbeiterklasse herabdrückenden Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaft respektive den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter und den Kampf zur Durchsetzung des modernen Sozialismus. Im übrigen deckt sich meine Auffassung des Klassenkampfes mit jener, die Eduard Bernstein in dieser Zeitschrift eingehend dargestellt hat<sup>2)</sup>: dass nämlich der Klassenkampf der Arbeiterschaft in der modernen Gesellschaft nicht als etwas, das an einzelne Formen als seine ausschliesslichen Äusserungen gebunden, sondern als ein geschichtliches Faktum zu betrachten ist.

Nach dieser Auffassung ist die Gewerkschaftsbewegung in ihrer heutigen Gestalt Klassenkampf, aber sie macht nicht den Klassenkampf der Arbeiterschaft aus, sie ist nur ein Stück der Arbeiterklassenbewegung. Nach dieser Auffassung kann man auch nicht einfach sagen: die sozialdemokratische Partei führt den politischen Klassenkampf der Arbeiterschaft, die Gewerkschaftsbewegung den wirtschaftlichen. Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung geht ja über den Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaft nicht hinaus, nicht einmal über die Grenzen des Berufes, den jede Gewerkschaft vertritt, wohl aber das Ziel der sozialdemokratischen Partei. Wirtschaftliche Kämpfe also, die »dem Zweck dienen, das Prinzip der Arbeiterklasse zu dem herrschenden Prinzip des Staates und der Gesellschaft zu machen«, sind nicht eine Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Auch die Durchführung der demonstrativen Arbeitsruhe am 1. Mai für die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages, für die Klassenforderungen des Proletariats und für den Weltfrieden kann nach dieser Auffassung nicht als eine Aufgabe der Gewerkschaften gelten. Ebenso wenig die Führung eines politischen Massenstreiks zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts oder gegen einen Wahlrechtsraub. Wollte man den Gewerkschaften diese Bestrebungen aufbürden, so würde man, meiner Überzeugung nach, diese Aufgaben nicht lösen, sondern die Gewerkschaften zertrümmern, sie jedenfalls bis zur völligen Wirkungslosigkeit zersplittern.

Trotzdem ist nach dieser Auffassung die weitestgehende Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in ihrer heutigen Gestalt eine der wichtigsten Vorbedingungen zur Erreichung des Zieles der Sozialdemokratie. Der moderne Sozialismus wird hiernach aufgefasst als das Ergebnis des in der gegenwärtigen Gesellschaft bestehenden Klassenkampfes zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Bourgeoisie und Lohnarbeiter. Mit einem Wort: Diese Auffassung stützt sich nicht auf das Bekenntnis der Arbeiter zur Sozialdemokratie, sondern sie erwartet die Durchführung des modernen Sozialismus von der Durchkämpfung der jeweilig aktuellen Arbeiterinteressen. Die Konsequenz dieser Auffassung in organisatorischer Hinsicht ist: Zusammenschluss der Arbeiter in der sozialdemokratischen Partei und Zu-

<sup>2)</sup> Vergl. Eduard Bernstein: *Klasse und Klassenkampf* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, II. Bd., pag. 857 ff., und *Gewerkschaftskampf und Klassenkampf*, *ibid.*, pag. 931 ff.

sammenschluss der einzelnen Arbeitergruppen in Gewerkschaften. Hierbei handelt es sich nicht um zwei Ströme der Arbeiterbewegung, sondern um zweierlei Organisationen, denen möglichst jeder Arbeiter angehören soll. Diese Auffassung des Klassenkampfes lässt — das sei noch bemerkt — auch die Konsumvereinsbewegung als zum Klassenkampf der Arbeiterschaft gehörig, erscheinen.

XX

## JULIUS FRÄSSDORF · DIE RECHTSPRECHUNG IN DER UNFALLVERSICHERUNG

**E**S mehren sich die Klagen über die Rechtsprechung auf dem Gebiete der Unfallversicherung. Es scheint daher angezeigt, deren Ursachen nachzugehen und für die beabsichtigte Änderung der Arbeiterversicherungsgesetze unsere Vorschläge zu machen. Zunächst aber schicken wir einige statistische Ergebnisse der Rechtsprechung in Unfallsachen nach dem Bericht des Reichsversicherungsamtes über das Jahr 1905 voran.

Die Zahl der Versicherten betrug zirka 18 500 000, wovon rund 11 Millionen der Land- und Forstwirtschaft zuzurechnen sind. Es kamen 609 024 Unfälle zur Anzeige, während in 141 277 Fällen erstmalig eine Entschädigung zugesprochen wurde. In den weitaus meisten Fällen lag somit den Krankenkassen die Fürsorge für die Verletzten ob, da bekanntlich die Genossenschaften etc. im allgemeinen erst mit der 14. Woche unterstützend eintreten. Als Berufungsinstanzen fungierten 124 Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, während als Rekursinstanzen das Reichsversicherungsamt und 8 Landesversicherungsamter tätig waren. Die Landesversicherungsamter wirken in den Einzelstaaten als Rekursinstanzen in den Fällen, in denen sich der Bezirk der betreffenden Versicherungsträger nicht über den Bezirk des Bundesstaates hinaus erstreckt.

Im Jahre 1905 wurden auf Grund des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes 203 661, auf Grund des land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes 191 902, im ganzen mithin 395 563 berufungsmässige Bescheide an Verletzte oder deren Hinterbliebene seitens der Berufsgenossenschaften erlassen. Unter diesen Bescheiden befanden sich 161 032, also 40,71 %, durch welche die bisher bezogenen Renten geändert oder eingestellt respektive der Verletzte oder dessen Witwe abgefunden wurden. Hierbei sei darauf hingewiesen, dass nach Ablauf der ersten 5 Jahre nach endgültiger Festsetzung der ersten Entschädigung Änderungen nur auf Antrag vom zuständigen Schiedsgericht vorgenommen werden dürfen. Bei sämtlichen Schiedsgerichten gingen 68 742 Berufungen der Verletzten gegen genossenschaftliche Bescheide ein; dazu kamen 13 648 Anträge von Genossenschaften und Verletzten auf Abänderung der bisherigen Renten etc. Von den Berufungen entfielen 64,51 % auf das Gewerbe und 35,49 % auf die Landwirtschaft. Hier fällt die mindere Prozesshäufigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter auf, auf deren Ursachen wir später noch hinweisen werden. Die Zunahme der Berufungen gegen das Vorjahr betrug 5,44 %, die der Anträge 24,16 %. Von 100 berufungsfähigen Bescheiden der Genossenschaften wurden mehr als 17 durch Berufung

bei den Schiedsgerichten angefochten. Bei der gewerblichen Unfallversicherung wurden die Bescheide zu 21,77 %, in der Landwirtschaft zu 12,71 % durch Berufung angefochten. Die Streitsachen wurden in den Schiedsgerichten in 88,96 % der Fälle erledigt, darunter in 4,19 durch Zurücknahme und in 2,93 durch Vergleich; 11,04 % der Streitsachen blieben demnach unerledigt respektive in weiterer Behandlung. Beweisaufnahmen haben bei den Schiedsgerichten 41 041 stattgefunden, darunter 37 103 Beweise durch ärztliche Gutachten und 527 Beweisaufnahmen ausserhalb der Gerichtsstelle (Lokaltermine). Von den durch die Schiedsgerichte zu erledigenden Sachen wurden durch rechtskräftigen Bescheid des Vorsitzenden 0,61 % erledigt. Diese Art der Erledigung wird erfreulicherweise immer seltener, sie betrug 1896 noch 1,37 %, 1886 gar 4 %. Die Zurücknahme der Berufung geschah 1905 zu 4,19 %, 1886 zu 10,99 %. Von den Genossenschaften wurde der Anspruch zu 1,86 % anerkannt, 1886 geschah dies noch zu 2,94 %. Die Vergleiche, welche selten im Interesse der Versicherten liegen, nehmen ebenfalls ab, sie erreichten ihren Höhepunkt im Jahre 1890 mit 5,07 % und fielen 1905 auf 2,93 %. Von den Entscheidungen der Schiedsgerichte fielen 1905 20,27 % zu gunsten der Versicherten, 68,69 % zu gunsten der Versicherungsträger aus.<sup>1)</sup> Bei den landwirtschaftlichen Berufungen ist das Verhältnis für die Versicherten noch ungünstiger: 18,93 % zu gunsten der Verletzten, 71,53 % zu gunsten der Versicherungsträger. Gerichtskosten wurden den Parteien in aner kennenswerter Weise selten, nur in 457 Fällen, auferlegt. Die Geschäfte der Schiedsgerichte haben auch im Berichtjahre wieder zugenommen; das wird auf die Steigerung der versicherten Betriebe und Personen, auf fortschreitende Gesetzeskenntnis, kostenloses Verfahren und die Tätigkeit der Rechtskonsulenten und der Volksbureaus zurückgeführt.

Die Schiedsgerichtsbeisitzer, die zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehen, haben sich nach den Berichten durchweg bewährt; hervorgehoben wird, dass sie »namentlich mit Verständnis und Eifer an den Verhandlungen teilnehmen und zur richtigen Beurteilung des Einzelfalles nach den Verhältnissen des allgemeinen Arbeitsmarktes beitragen«. Von den Schiedsgerichtsvorsitzenden wird aber darüber geklagt, dass die Schiedsgerichte nur in Besetzung mit 4 Beisitzern entscheiden können, und beim Ausbleiben eines der Beisitzer Schwierigkeiten entstehen. Es wird der frühere Zustand zurückgewünscht, wonach auch mit Besetzung von 2 Beisitzern entschieden werden konnte. Dem muss man im Interesse der Versicherten entschieden widersprechen. Es sind bei jedem Schiedsgericht leicht Einrichtungen zu treffen, um das Schiedsgericht in kurzer Zeit zu komplettieren. Nur bürokratischen Zopfträgern kann das schwer fallen. Dass die Herren Regierungsräte etc. als Vorsitzende auch sonst noch einige reaktionäre Vorschläge machen, ist bei dem Geiste, der unsere höheren Verwaltungsbeamten beseelt, nur zu erklärlich. Da wird eine Vereinfachung des Verfahrens, soll heissen: Erweiterung der Vollmachten des Vorsitzenden, verlangt. Weiter verlangt man die Einführung einer Prozessgebühr oder eines rückzahlbaren Kostenvorschusses, was nur zu gunsten der Genossenschaften und zum Schaden der aller Mittel entblösten Versicherten ausfallen müsste.

<sup>1)</sup> Ein Vergleich mit den früheren Jahren ist leider mangels geeigneter Unterlagen nicht möglich.



Über die Vertretung der Parteien berichten die Schiedsgerichte, dass diese vielfach durch Rechtskonsulenten und Volksbureaus — Arbeitersekretariate als solche werden nicht benannt — erfolge. In Dresden trete zuweilen eine Frau mit Anfertigung von Schriftsätzen und Vertretung der Rentenbewerber auf. Beim Schiedsgericht Leipzig lassen sich mehrere Genossenschaften durch Referendare vertreten, die bei den Berufsgenossenschaften ihren Vorbereitungsdienst absolvieren. Die Presse hat, mit geringen Ausnahmen, kein Interesse für die Schiedsgerichtsverhandlungen gezeigt.

Den Rekursen beim Reichsversicherungsamt liegen in der Hauptsache folgende Streitfragen zu Grunde: 1. Liegt ein Betriebsunfall vor? 2. Ist der Unfall erwiesen? 3. Ist die Krankheit auf einen Unfall zurückzuführen? 4. War der Verletzte versichert? 5. Welche Berufsgenossenschaft hat einzutreten? 6. Wie hoch ist der Jahresarbeitsverdienst? 7. In wieviel Prozent ist der Verletzte geschädigt? 8. Hat sich der Zustand wesentlich verbessert oder verschlimmert? Die Zahl der anhängig gemachten Rekurse betrug 17 422, sie ist absolut gestiegen, relativ aber gesunken. Die Rekurs häufigkeit, berechnet auf 100 rekursfähige, der Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes unterliegende Schiedsgerichtsurteile, betrug im Jahre 1905 27,92 %, der Durchschnitt der letzten 6 Jahre aber 29,05 %. Von den eingegangenen Rekursen entfielen 76,8 % auf die Gewerbe, 23,2 % auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Im Gewerbe wurden 31,38 %, in der Landwirtschaft 20,45 % der Schiedsgerichtsurteile angefochten. Hier zeigt sich die grössere Unbeholfenheit der landwirtschaftlichen Arbeiter. Erklärlicherweise rekurrirten die Verletzten viel häufiger, als die Berufsgenossenschaften. Die Schiedsgerichtsurteile wurden zu 21,86 % von den Verletzten und zu 6,06 % von den Berufsgenossenschaften angefochten. Eine weitere Aufklärung des Sachverhaltes hat das Reichsversicherungsamt in 4834 Fällen — in 2517 Fällen vor dem Termin, in 2317 Fällen auf Grund der Verhandlungen — für notwendig erachtet. In 2794 Fällen bestand sie teils allein, teils neben anderen Beweismitteln in der Einholung eines ärztlichen Gutachtens.

Die Spruchsenate des Reichsversicherungsamtes sind in der Regel durch 2 ständige Mitglieder des Reichsversicherungsamtes, 1 Vertreter des Bundesrates, 2 richterliche Beamte, 1 Arbeiter- und 1 Arbeitgebervertreter besetzt. Es tagen mehrere Senate (bis zu 6) in Unfallsachen zu gleicher Zeit. Im Berichtjahre haben 1182 Spruchsitzungen stattgefunden, in denen 17 940 Rekurse (in einer Sitzung in der Regel 15) zur mündlichen Verhandlung kamen. Davon betrafen 13 783 die Gewerbe-, 4128 die land- und forstwirtschaftliche und 29 die Seeunfallversicherung. Um die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes tunlich einheitlich zu gestalten — was niemals erreicht werden wird —, bestimmt § 17 des Abänderungsgesetzes vom 30. Juli 1900, dass, wenn ein Senat von der üblichen Spruchpraxis abzuweichen gedenkt, die Sache zur prinzipiellen Entscheidung einem erweiterten Senat zu überweisen ist. Dieser entscheidet unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes.

Die Verletzten waren in 2760 Fällen selbst erschienen, in 2340 Fällen waren sie durch Rechtsanwälte, Arbeitersekretariate u. s. w. vertreten. Die Genossenschaften hatten in 2917 Fällen Vertreter entsendet. In 11 062 Sachen

war keine der Parteien vertreten. Erledigt durch Urteil wurden 89,8 % der Rekurse, 3,3 % wurden, weil unzulässig (zu zirka  $\frac{2}{3}$  zu spät eingelegt), und 1 % als offenbar ungerechtfertigt zurückgewiesen. Die mittels Rekurs angefochtenen Schiedsgerichtsurteile wurden zu 71,8 % bestätigt und zu 28,2 % abgeändert. 1901 standen diese Ziffern noch 67,2 zu 32,8. Bei der landwirtschaftlichen Versicherung bestätigte das Reichsversicherungsamt 1905 die Schiedsgerichtsurteile sogar noch in etwas höherem Umfange, zu 72,2 %. Die von den Versicherten angefochtenen Schiedsgerichtsurteile wurden zu 79,3 % bestätigt und nur zu 20,7 % abgeändert. Die landwirtschaftlichen Arbeiter hatten hier einen etwas grösseren Erfolg, als die gewerblichen, denn ihre Rekurse hatten in 23,02 % gegen 19,9 % der gewerblichen Arbeiter Erfolg. Die Rekurse der Berufsgenossenschaften wurden zu 46,8 % zurückgewiesen und hatten in 53,2 % Erfolg. Im Gewerbe hatten sie sogar in 53,9 %, in der Landwirtschaft nur in 49,8 % mit ihren Rekursen Erfolg. Der finanzielle Erfolg der Parteien wird sich wohl nie annähernd feststellen lassen. Was die Erledigungsfrist der Rekurse anlangt, so sei bemerkt, dass von den im Jahre 1905 eingelegten Rekursen im gleichen Jahre nahezu 60 % ihre Erledigung fanden. Aus den früheren Übersichten geht hervor, dass im ersten Jahre nach Einlegung der Rekurse 35,18 % erledigt wurden.

So viel über die statistischen Ergebnisse. Nun einige kritische Betrachtungen.

Ich habe schon früher in dieser Zeitschrift nachgewiesen, dass sich durch die Rechtsprechung die Verhältnisse zu ungunsten der Verletzten verschoben haben.<sup>2)</sup> Die Klagen der Unternehmer über die *unerschwinglichen Lasten* und die gewisser Ärzte über die *Sucht nach Rente* haben anscheinend ihren Zweck, wenigstens teilweise, erreicht. Es sei aber noch auf andere Mängel, die teils im Gesetze begründet sind, teils sich in der Praxis herausgebildet haben, verwiesen.

Die Unfallverhütung ist auch heute noch vollkommen unzulänglich, und die zu diesem Zwecke verwendeten Mittel sind lächerlich geringe. Die Fürsorge für Unfallverletzte setzt viel zu spät ein, um schwere Folgen zu verhüten respektive zu beheben. Die Berufsgenossenschaften mit ihrer *Selbstverwaltung ohne Arbeitervertreter* scheinen auch heute noch nicht zu begreifen, dass schnelle Hilfe doppelte Hilfe ist. In ganz ungerechtfertigter Weise wälzen die Genossenschaften ihre Pflichten auf die Krankenkassen ab.

Einer der wesentlichsten Mängel ist, dass die Genossenschaften ohne Mitwirkung von Arbeitervertretern die Renten festsetzen, einstellen, über die Heilbehandlung und ärztliche Begutachtung entscheiden u. s. w. Die Entscheidungen, lediglich vom Unternehmerstandpunkt getroffen, sind daher oft recht einseitige, und, was das Schlimmste ist, der Verletzte hat vielfach nicht die geistigen und materiellen Mittel, dagegen anzukämpfen, er muss sich wehrlos der Entscheidung der Berufsgenossenschaft fügen. Nach wie vor bildet die Grundlage der Entscheidungen fast ausnahmslos das ärztliche Zeugnis; sich solches zu verschaffen, ist den Genossenschaften leicht, den Verletzten oft ganz unmöglich. Spricht er bei einem Arzte *von Ruf* darum an,

<sup>2)</sup> Vergl. meinen Artikel *Die deutsche Unfall- und Invalidenversicherung nach ihren neuesten Rechnungsergebnissen* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag 275 ff.

so wird ihm bedeutet, er möge bei der Genossenschaft, dem Schiedsgericht u. s. w. das Gutachten beantragen, nur auf Wunsch dieser Stellen werde es ausgestellt werden. Viele Ärzte fürchten, gegen die Standesehre und die Kollegialität zu verstossen, wenn sie den Verletzten ein von den früher abgegebenen Gutachten abweichendes Zeugnis ausstellen. Freie ärztliche Kommissionen zu bilden, die auch den Verletzten auf Verlangen Zeugnisse ausstellen, gehört nahezu zu den Unmöglichkeiten. Wo bleibt hier das von den Ärzten so lebhaft erstrittene Prinzip der freien Arztwahl? Will der Verletzte nun ohne Attest vorgehen, so kann ihm die Genossenschaft jeden Augenblick durch von neuem eingeholte Gutachten den Weg verlegen, sie scheut dabei keine Kosten, besonders, wenn es ihr dadurch gelingt, das Schiedsgericht von der Einholung eines Gutachtens abzubringen. Die ärztlichen Obergutachten von Professoren, Geheimen Medizinal- und anderen Räten kommen oft recht sonderbar zu stande. Diese Herren haben meist eine grosse Praxis und entsprechendes Einkommen, sie sind nur durch Annahme von Assistenzärzten in der Lage, den an sie gestellten Anforderungen einigermaßen zu entsprechen. Da ist es wohl glaublich, wenn Verletzte vor den Berufungs- und Rekursinstanzen erklären, dass der Herr Geheimrat, welcher das Gutachten abgegeben hat, sie kaum gesehen, geschweige denn untersucht habe. Es wäre daher am Platze, dass jedes solche Zeugnis auch die Versicherung enthält, dass der Gutachter den Verletzten selbst untersucht hat. Damit würde der fabrikmässigen Herstellung solcher Gutachten im Interesse des Ansehens des Ärztstandes, nicht minder im Interesse der Versicherten ein Riegel vorgeschoben.

Die Zeugnisse der von den Genossenschaften abhängigen Ärzte werden immer häufiger; zu einer Gefahr für die Verletzten wachsen sich die privaten und genossenschaftlichen medikomechanischen Kliniken etc.. *Rentenquetschen* genannt, aus. Aus diesen hervorgehende Zeugnisse sind mit der allergrössten Vorsicht aufzunehmen, und selten kann sich ein Urteil mit Recht auf sie stützen. Denn, blieb der erwartete Erfolg der Behandlung aus, so wird im Abgangszeugnis jede kleine Besserung als eine wesentliche deklariert, die zur Herabsetzung der Rente respektive zu deren Einstellung berechtigt. Von diesen Stellen bekommen wir dann auch Atteste mit schönen Floskeln, wie die folgenden: »Die Krankheitserscheinungen sind Folgen eines alten, nicht zu entschädigenden Unfalls.« »Die teilweise eingetretene Erwerbsunfähigkeit ist nicht auf den Unfall, sondern auf Alterserscheinungen, Arterienverkalkung und frühzeitigen Körperversfall zurückzuführen.« »Das Nervenleiden ist eine Folge des Alkoholgenusses, auch ist nicht ausgeschlossen, dass eine überstandene Syphilis die Ursache bildet.« »Die Sucht nach Rente veranlasst ihn, absichtlich oder unabsichtlich zu übertreiben, um nicht zu sagen: zu simulieren.« »Wenn er sich unbeobachtet glaubt, sind seine Bewegungen flott und unbehindert.« »Das Lungenleiden ist trotz der Rippenbrüche, die Versteifung des Beckens trotz der schweren Quetschung keine Unfallfolge.« »Die Verkürzung des Beines ist durch Beckensenkung ausgeglichen und hinterliess keine den Erwerb behindernde Folgen.« U. s. w. Bei solcher Begutachtung, der der Verletzte keine andere entgegenzusetzen vermag, ist es den Berufungs- und Rekursinstanzen sicherlich nicht leicht, die Wahrheit zu erforschen und Recht zu sprechen.

Meines Erachtens muss die Frage der Begutachtung grundsätzlich geändert werden. Man bilde lokale und zentrale Gutachterkommissionen und gebe ihnen Sachverständige — auch aus den Reihen der Versicherten — bei, dann wird das Recht sicherer gefunden, das Vertrauen der Verletzten steigen, und die Berufungen und Rekurse werden sich an Zahl bedeutend vermindern. Die Ärzte aber, die solchen Kommissionen angehören, müssen von den Genossenschaften ebenso unabhängig sein, wie von den Versicherten; sie müssten von Vertretern der Genossenschaften und Versicherten zu gleichen Teilen erwählt und vom Reich besoldet werden.

Zu den Klagen über das *Simulantentum* sei bemerkt: Gleich schwere Unfälle wirken auf die Verletzten sehr verschieden ein. Während der eine physische und geistige Kräfte genug besitzt, mangelt beides dem anderen. Was der eine leicht erträgt, drückt den anderen vollkommen nieder. Wenn Personen, welche wegen körperlicher oder geistiger Minderwertigkeit auf dem Arbeitsmarkt ohnedies schwer zu ringen haben, einen Unfall erleiden, so glauben sie, nun erst recht nicht mehr in Konkurrenz treten zu können: das letzte Selbstvertrauen ist dahin. Die Unfallrente beträgt bestenfalls  $\frac{2}{3}$  des Arbeitsverdienstes; der verbliebene Teil der Erwerbsfähigkeit ist aber dem Krüppel zu verwerten meist ganz unmöglich, weil gesunde Arbeitskräfte mehr, als zu viel, sich anbieten; da ist es doch begreiflich, wenn auch nicht zulässig, dass einzelne Verletzte durch besondere Betonung und Übertreibung ihrer Leiden die Rente etwas zu bessern suchen. Dazu kommt die dauernde Furcht vor der Rentenherabsetzung, die oft geradezu kleinlich und schikanös betrieben wird, die den Verletzten erregt und nicht selten zum Neurastheniker macht. Aber was bedeuten ein paar wirkliche Simulanten gegenüber den 812 817 Verletzten, welche im Berichtjahre Renten bezogen! Neuerdings beliebt man, verkrüppelte oder ausserhalb des Betriebes verletzte Personen zu photographieren und nachzuweisen, dass diese trotz dieser Verstümmelung den gleichen Lohn, wie die gesunden Arbeiter, erzielen, auch wird mit besonderer Emphase betont, dass viele Rentenempfänger den früheren Lohn weiter beziehen. Das alles kommt sicher vor, aber bei weitem nicht in dem Umfange, wie diese klugen, geschäfts- und reklamekundigen Leute glauben machen wollen. Wir bedauern es aufrichtig, wenn ein Verletzter mittels unlauterer Mittel aus einem Unfall Kapital schlagen will, aber solange man den Teilrentnern, welche infolge des Unfalles den Rest ihrer Erwerbsfähigkeit ohne Verschulden nicht verwerten können, nicht die Vollrente zubilligt, hat man darüber nicht zu jammern, wenn hie und da ein Verletzter vorübergehend mehr erhält, als ihm zusteht. Übrigens sei auf die Verstümmelungszulagen im Militärpensionsgesetz verwiesen. Für den Praktiker besteht darüber kein Zweifel, dass der Vorteil, den die Genossenschaften aus der Unbeholfenheit der Verletzten in Prozesssachen, Verjährungen und dergleichen ziehen, ungleich höher ist, als der Schaden, der ihnen durch Simulation, Übertreibung und Rentensucht zugefügt wird; ihre Abneigung gegen die Arbeitersekretariate ist daher sehr materieller Natur.

Und nun zu alledem das Bestreben, die kleinen Renten bis zu 20% in Wegfall zu bringen! Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um zu erkennen, wohin das abzielt. Die *Rentenquetscherei* würde noch in grösserem Umfange betrieben werden, als bisher; die Erlangung eines Obergutachtens, wonach

der Schaden auf 20 % herabgegangen ist, würde den Angelpunkt der Genossenschaften bilden. Mit den ethischen Gründen bleibe man uns so lange vom Halse, als diese nicht auf der anderen Seite gewürdigt werden, und die Genossenschaftsvorstände auf ihre enorm hohen, zum Teil mühelos erworbenen Revenuen nicht aus ethischen Gründen verzichten. Die Aufhebung der Renten bis zu 20 % wäre eine grosse Ungerechtigkeit, sie würde Entrüstung und Hass hervorrufen und die Unfallversicherung in Verruf bringen.

Die soziale Gesetzgebung soll doch wohl aussöhnend und ausgleichend wirken; die Scharfmacher wirken dem mit heissem Bemühen entgegen und haben anscheinend schon im Reichsamt des Innern mit ihren Plänen Gegenliebe gefunden. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist trotz der vielen Redereien eingefroren, und die Arbeiterversicherung soll verhunzt werden! Deutschland in der Welt voran! Durchs Volk selbst muss der Regierung klar gemacht werden, dass ihm jeder rückläufige Kurs zuwider ist. Unsere Fraktion wird jedenfalls auf der Hut sein.

XX

## ROMAN STRELTZOW · EINE MÄRTYRERIN DES RUSSISCHEN FREIHEITSKAMPFES

**A**M 9. März 1879 ältern Stils wurde in Charkow der damalige Gouverneur D. N. Krapotkin tödlich verwundet. Krapotkin war bei der Bevölkerung im allgemeinen und bei den Revolutionären im besondern sehr unbeliebt, weil er gegen die Studentenschaft und gegen die politischen Gefangenen grausam vorging. Das Attentat war von einer Gruppe von Revolutionären organisiert, in der die damals kaum 22jährige Enthusiastin Ljudmila Wolkenstein eine nicht unbeträchtliche Rolle spielte. Nachdem die Gruppe ihren Plan ausgeführt, verreiste Ljudmila und hielt sich unter den russischen Emigranten in der Schweiz, in Frankreich und in Rumänien auf. Im Auslande verblieb sie vier Jahre; im Herbst 1883 kehrte sie nach Russland zurück. Kaum betrat sie den geliebten Boden der Heimat, als sie ergriffen und vor ein Kriegsgericht gestellt wurde. Was gegen sie vorlag, war nicht viel, und sie hätte sich mit Leichtigkeit einer härtern Strafe entziehen können. Aber Ljudmila wollte nicht ihre Überzeugungen verleugnen, und so bekannte sie offen, dass sie mit der terroristischen Tätigkeit der Partei der *Narodnaja Wolja* sympathisiere, bekannte auch, dass sie an dem Attentat auf Krapotkin teilgenommen, und fügte noch hinzu, dass sie aus dem Auslande mit der Absicht gekommen sei, ihre Kräfte der genannten Partei zu widmen. Diese Offenheit vor dem Gericht kann man aus naheliegenden Gründen wenig klug und wenig politisch finden. Mag sein, aber Ljudmila war gar nicht Politikerin im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Sie wollte auch nicht politisieren, sondern für ihr Volk Opfer bringen. Sie war bereit, sich für dieses Volk martern zu lassen, und es lag ihr fern, ihre Anschauungen zu verbergen, um der Strafe zu entgehen. Das Leiden für ihre Überzeugungen erfüllte sie mit Freude, und sie war stolz darauf, dass sie die Ketten zu tragen verurteilt wurde. Mit voller Ruhe vernahm sie den Spruch der Richter, der auf Todesstrafe lautete, und lehnte es ab, gegen dies Erkenntnis, das unbedingt zu weit ging,

Berufung beim Senat einzulegen. Die Regierung änderte aber das Urteil selbst, und man *begnadigte* sie zu 15 Jahren Zwangsarbeit in den Bergwerken. Am 12. Oktober 1884 wurde sie aus der *Peter-Pauls-Festung* nach Schlüsselburg transportiert, wo sie volle 13 Jahre, bis zu der Amnestie im Jahre 1896, geduldet hat. 1896 wurde sie wiederum *begnadigt*, diesmal nach Sachalin, wo sie bis zum Beginn des russisch-japanischen Krieges blieb. Das Leben auf Sachalin, das die Regierung als eine Erleichterung betrachtete, war für Ljudmila nicht weniger qualvoll, als Schlüsselburg. Als der Krieg ausbrach, wurden alle Sträflinge aus Sachalin nach dem Kontinent transportiert, und Ljudmila kam auch mit nach Wladiwostok. Am 10. Januar 1906 fand dort eine friedliche Manifestation statt, an der sie teilnahm. Man feuerte auf die unbewaffneten Manifestanten; eine Kugel traf Ljudmila und machte ihrem leidvollen Leben ein Ende. Sie verschied im Alter von 48 Jahren und liegt jetzt in Wladiwostok, 9000 Werst weit von dem Orte, wo sie für ihre Überzeugungen, für ihr Volk gekämpft und gelitten hat.

Ljudmila Alexandrowna wurde am 18. September 1857 in Kiew geboren. Ihre Eltern gehörten zum Adel, ihr Vater war im Militärdienst. Die Familie war ziemlich reich, aber nach dem Tode des Vaters ging ihr ganzes Vermögen in einer unglücklichen Spekulation verloren. Ihren Vater hat Ljudmila nicht geliebt und nicht geachtet. Er war grob und eine durchaus unsympathische Persönlichkeit. Vater und Tochter standen auf gespanntem Fusse, und oft kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Das Verhältnis wurde mit der Zeit unerträglich, so dass die Mutter, die ihre Tochter leidenschaftlich liebte, sie schliesslich von der Familie abtrennte. Sie mietete ihr bei Bekannten ein Zimmer und versorgte sie mit Geldmitteln. Ljudmila verehrte ihre Mutter grenzenlos und schrieb alles das, was an ihr selber gut war, ihrem Einfluss zu.

Durch diesen Einfluss erwachte bei Ljudmila schon sehr früh das Gefühl der Gerechtigkeit und Liebe zu den leidenden Menschen. Eine charakteristische Episode aus ihrer Jugendzeit erzählt uns ihre Biographin und Leidensgenossin, die bekannte Revolutionärin Wjera Figner. Auf dem Gymnasium war sie in einer Klasse mit einem Mädchen, das mit einem Höcker behaftet war, und das immer allein blieb und sich von allen verlassen fühlte. Einmal erlaubte sich ein Lehrer einen Witz über die Bucklige. Das konnte sich Ljudmila in ihrer Empörung nicht halten: »Sie haben kein Recht, so zu handeln! Sie haben kein Recht, zu erniedrigen und auszulachen!« schrie sie über die ganze Klasse und beschämte den allzu witzigen Lehrer. Ljudmila konnte nicht Menschen leiden sehen, ohne sofort daran zu denken, wie ihnen zu helfen. Auch auf Tiere, auf alles Lebende erstreckte sich ihre Liebe. Die erwähnte Wjera Figner, die mit ihr alle 13 Jahre in Schlüsselburg durchgemacht hat, berichtet, wie rührend Ljudmila sich zu den wenigen lebenden Wesen, die in der Festung erreichbar waren, verhielt, gleichviel, ob es Sperlinge, Käfer oder Raupen waren. Und diese Liebe zum Lebenden war bei ihr keineswegs die Sentimentalität einer Gefangenen, sondern ein starkes Gefühl, das sie auch in den Tagen der Freiheit beherrschte.

Und die selbe Ljudmila war Terroristin! Nur, wer die russischen Verhältnisse der siebziger und achtziger Jahre näher kennt, kann sich diesen seltsamen Widerspruch der menschlichen Seele erklären. Zarte, liebevolle Mädchen und Jünglinge, die kein Blut sehen konnten, nahmen an den schreck-

lichsten Attentaten teil, die Menschenleben vernichteten und ihnen selbst Tod oder Martyrium brachten. Nur die grosse Liebe zum unglücklichen Volke konnte diese selbstlosen und feinfühligen Menschen zu solchen Taten bewegen, die ihrem ganzen Wesen fremd waren. Die selben Jünglinge und Mädchen konnten in ihrer Zartheit Leiden ertragen, die auch den stärksten Menschen unerträglich schienen. Der westeuropäische Leser kann sich keine annähernde Vorstellung machen von den seelischen und physischen Qualen, die die Bewohner der Schlüsselburger Festung lange Jahre erdulden mussten. Volle 13 Jahre musste Ljudmila dies Leben ertragen. Sie legte während dieser Zeit Tapferkeit, Heroismus an den Tag. Keine Peinigung vermochte, ihre menschliche Würde herabzudrücken. Sie führte einen unendlichen Kampf mit dem Festungskommandanten und musste grössere Strafen dafür auf sich nehmen. Aber auch diese Strafen waren nicht im stande, sie zu brechen und zu demütigen. Eine charakteristische Szene ereignete sich im Jahre 1890. Ein Jahr zuvor besuchte der Gehilfe des Ministers des Innern, General Schebeko, die Festung. Dieser Schebeko war ein roher und grober Soldat, der keine menschlichen Regungen kannte. Als er in die Zelle eines Sträflings eintrat, gefiel ihm dessen Gesicht nicht. »Was ist das für eine freche Physiognomie? Wer ist das?« fragte er den Kommandanten. Als ein anderer etwas sagen wollte, schrie der General ihn an: »Man soll daran denken, dass das Schlüsselburger Gefängnis die Todesstrafe ersetzt!«, und in den Korridor tretend, sagte er zum Aufseher: »Die Leute rasonieren, sie meutern! Herr Oberst, vergessen Sie nicht die Peitsche, die Peitsche!« Bei der Wolkenstein angelangt, sagte er zu ihr: »Sie führen sich widerwärtig! Sie sitzen immer im Arrest. Vergessen Sie nicht, dass sich in der Gefängnisinstruktion auch Ruten befinden!« Alle diese Roheiten kamen den Schlüsselburgern so unerwartet, dass niemand sich fand, der dem General sofort eine gebührende Antwort gab. Man beschloss aber, wenn er wieder kommen sollte, dürfte er von keinem Sträfling empfangen werden; alle seine Anfragen sollten unbeantwortet bleiben, und in dieser Form sollte er aufgefordert werden, sich aus der Zelle zu entfernen. Es verging etwa ein Jahr, und Schebeko kam nicht. Dann erschien er plötzlich in dem Gefolge des Ministers des Innern I. N. Durnowo (nicht zu verwechseln mit dem jetzt *berühmten* P. N. Durnowo), aber er traute sich nicht in die Zellen hinein und blieb immer im Korridor. Nur zur Wolkenstein kam er zusammen mit dem Minister. Ljudmila hatte von ihrer heiss geliebten Mutter während der ganzen Zeit keine Nachrichten erhalten, und dies verursachte ihr grosse seelische Qualen. Sie sehnte sich danach, etwas von ihr zu erfahren, und darauf rechnete der General. Nach der Begrüssung begann er: »Ihre Mutter . . .« Aber Ljudmila unterbrach ihn, und in Anwesenheit des Ministers fragte sie: »Sind Sie General Schebeko?« »Ja, das bin ich«, war die Antwort. »Nun, von Ihnen will ich nicht einmal über die Mutter etwas anhören. . . .«

Für ihre Leidensgenossen in Schlüsselburg war Ljudmila die gute Fee, die alle Qualen linderte. Alle wollten sie sehen und möglichst oft sehen. Sie musste, wie einer ihrer Mitgefangenen ausgedrückt hat, sich in kleine Stücke teilen. Als nach langen Jahren die Insassen der Schlüsselburger Festung die Erlaubnis erhielten, zu zweien *spacieren* zu gehen und sich auf ihre Gemüsegärten aufzuhalten, teilte Ljudmila ihre Spazierzeit so ein, dass mehrere

Kameraden sie nach einander sprechen konnten. Sie wollte und konnte niemand eine Bitte abschlagen. Die Kameraden wussten sie dafür zu schätzen und verehrten sie geradezu. Was sie für die Schlüsselburger war, kommt am besten zum Ausdruck in den anspruchslosen Versen, die aus Anlass ihrer Überführung nach Sachalin von einem ihrer Genossen, N. A. Morosow, niedergeschrieben wurden, und mit denen wir unsere kurze Charakteristik der tapferen Freiheitskämpferin schliessen möchten<sup>1)</sup>:

»So teilnahmsvoll, so gütig-mild,  
Wo rundum Schweigen herrscht und Nacht,  
Stieg sie zu uns, ein lichtiges Bild  
In unsres Kerkers düsterm Schacht.

Und wie von Zaubers Kraft befeuert  
Glänzt ihre Seele, stark und rein.  
Das Leben hat sie uns erneuert  
Durch ihres Herzens hellen Schein.

Der dunkle Kerker liess sie leiden  
Von roher Bosheit schwere Qual . . .  
Sie ging. Und wusst' es nicht beim Scheiden:  
Mit ihr ging unser Sonnenstrahl.

Die Welt birgt Menschen. Sie begegnen  
Dir nur in Finsternis und Not.  
Für sie nur wirst die Welt du segnen,  
Für sie bist du bereit zum Tod.«

XX

## JULIUS MEIER - GRAEFE · ZUM AUSGANG DER DREYFUS-AFFÄRE



ÄRE ich Politiker, so würde ich mich wohl nicht darüber wundern, dass die Dreyfus-Affäre bei uns so klanglos vorüberging; denn ich hätte dann offenbar das richtige Verständnis für die politischen Dinge, die statt dieser Angelegenheiten manche Spalten unserer Zeitungen füllen, würde gelernt haben, aus den Reisen des Kaisers die Geschehnisse Europas zu deuten und den verschlungenen Pfaden des preussischen Herrn Ministers von Studd nachzugehen. Da ich's nicht bin, wundere ich mich und sinne auf Erklärungen, und ich schreibe dies mit dem wohlthuenden Bewusstsein, mich straflos der Lächerlichkeit aussetzen zu dürfen, da ich mit Fug und Recht als guter Deutscher mit einem ordentlichen Beruf es nicht nötig habe, mehr politischen Instinkt zu besitzen, als einer meiner Kollegen. Neulich, nach einer Bowle im Grunewald kurz nach 3 Uhr, sassen wir noch im Café einen Augenblick zusammen. Dr. Bretschneider hatte seine Geschichte von der Veranda erzählt, mein Freund Heinrich die Sache mit der Käthe, als plötzlich, ich weiss nicht, wie, das Gespräch auf Dreyfus kam, und das starke Mädchen, dem ich den ganzen Abend meine Liebe nachgetragen hatte, mir sagte, wobei sie sich mit Zärtlichkeit an mich schmiegte: »Halten Sie ihn denn nun wirklich für unschuldig?« Sie hatte

<sup>1)</sup> Die Verse sind für uns von Alexander Levy mit grosser Originaltreue in das Deutsche übertragen.



sich gar nichts dabei gedacht, aber nun war es vorbei, ich legte los, wurde sehr energisch, obwohl sie nicht im mindesten widersprach, legte dar, erstens, zweitens, drittens, dass die Sache überhaupt von Anfang an klar war. Dr. Bretschneider und mein Freund Heinrich gaben mir im allgemeinen recht, aber nicht gerade in dem Punkte, auf den es mir einzig und allein ankam, und der mir inzwischen leider entfallen ist. Ich sagte beiden, dass ich sie für Idioten hielte, ich erhob mich so weit über ihre Sphäre, dass ich mir fast selbst verschwand, und der Erfolg war, dass das starke Mädchen nicht mit mir, sondern mit dem unangenehmen Dr. Rabel, der ein miserables Buch über die Nasenbildung auf den Tafeln Orcagnas geschrieben hat, fortging.

Dieser Punkt war etwa, dass es selbstverständlich ganz gleichgültig sei, ob man nun Dreyfus zum Major und Picquart zum Brigadekommandeur macht, dass es gar nicht mehr darauf ankomme, die Scheurer-Kestner und Trarieux zu ehren, und dass die Überführung der Asche Zolas in das *Panthéon* nicht einen Funken von Interesse verdiene. Doch in nüchternem Zustand gestehe ich, dass schon diese rein äusseren Konsequenzen der Sache mein unpolitisches Empfinden mächtig erregt haben. Ganz sicher waren sie leichter vorauszusehen, als irgend eine der hundertmal wichtigeren Folgen der Geschichte; sie sind Tropfen auf einem winzigen Blättchen, die ein das Land überflutender, tausend Dinge umstürzender Strom zurückliess. Jede Bestätigung einer Wahrheit, selbst die geringste, erfreut. Dreyfus wird nicht interessanter, Zola nicht grösser durch diese Geschichten. Das Ichbewusstsein Picquarts, dieses glorreichen Soldaten ohne Furcht und Tadel, kann durch Epauletten nicht geadelt werden. Doch empfindet jeder, der die Geschichte miterlebte, die Auszeichnung dieser Leute wie eine Ehrung am eigenen Leibe. Eine unbändige Befriedigung, die nur Erkenntnissen individueller Art eigen zu sein pflegt, die man allein in der Durchdringung eines menschlichen Phänomens, in der Bewunderung des Genies empfindet, geht von dieser Massenaffäre aus. Es ist einmal hier etwas zu stande gekommen, das mir genau so tief geht, wie irgend einem armen, ungebildeten Teufel in Paris, mit dem ich sonst vielleicht nichts zu tun habe. Ich freue mich, wie sich der Barbier freuen wird, der eines Tages von seinem Chei an die Luft gesetzt wurde, weil er für Dreyfus war, und der mir jeden Morgen beim Rasieren eine Übersicht über die *Affäre* gab; sie war übrigens, weiss Gott, nicht dümmere, als was man damals in manchen deutschen Blättern über die Sache lesen konnte; freue mich mit meinem Concierge, der während der ersten Revision des Prozesses mit seiner braven Gattin, unserer treuen Pipelette, kein Wort sprach, weil *cet animal ne voulait comprendre*; freue mich mit den tapferen Korrespondenten deutscher Zeitungen, die jeden Tag riskierten, von dem *Bureau noir* des Landes verwiesen zu werden, mit den Freunden in der französischen Presse, die auf phantastische Art zu Mittag assen, um die Gratisarbeit an den *Droits de l'homme*, dem Blättchen, das nie aus dem Bankrott herauskam, fortsetzen zu können. Ich freue mich nicht nur über das Sachliche, das jetzt geschah, sondern abstrakt über die Freude, die ich mit vielen anderen Menschen teile, freue mich, einmal ohne das Bewusstsein, mir etwas vorzumachen, im Plural von mir reden zu können. Von wie wenigen Freuden, die sonst unsereiner zu verzeichnen für notwendig findet, gilt das selbe!

Trotzdem habe ich das Gefühl, unter meinen Landsleuten auch diesmal wie

der Geck zu erscheinen, der nichts Besseres zu tun hat, als sich an seinen Illusionen aufzuregen. Ich habe alles mögliche in den Zeitungen gelesen, nur kein frohes Wort, dass man sich solidarisch fühlte mit den Leuten jenseits des Rheins, und es scheint fast, als ob auch in diesem Fall, wie bei den Manet und Renoir, die Gleichempfindenden in der Fremde sitzen. Dabei, wenn die anderen schönen Dinge wirklich, wie unsere Thode behaupten, national sein müssen, um unsere Liebe zu verdienen, diese Sache zum mindesten, die man immer noch *Dreyfus-Affäre* nennt, scheint mir recht internationaler Art. Es wird Recht gesprochen! Die Wollust prickelt noch süsser, als unsere Empfindung vor den Rembrandt und Velasquez. Die Geschichte, die jetzt in Paris ihr Finale spielte, scheint mir noch ergreifender, als das Geheimnis der Entwicklung in der Kunstgeschichte. Weil einfacher, weil man nicht tausend Worte braucht, um das Tausendstel ihres Sinnes darzustellen, weil jeder die Wahrheit sieht und ihre Wohltat zur edelsten Vertiefung nutzen kann. Weil man nicht zu denken vermag, das Gute, was hier geschaffen wurde, könnte nutzlos bleiben, wie der Menschen so unendlich viele Herrlichkeiten. Der freundliche Leser ist sicher nicht so einfältig, wie das starke Mädchen von neulich Abend, zu glauben, ich dächte bei diesen Worten an den dummen Prozess. Am 9. März 1762 spielte sich im selben Lande ein ganz ähnlicher ab. Statt Dreyfus hiess der Mann Calas. Es war kein Jude, sondern ein Protestant. Der Irrtum war nicht mehr oder weniger krass, basierte auf der selben Stupidität, und mit genau den selben Argumenten suchte man ihn zu rechtfertigen. Es gibt mehr Hauptleute, als Dreyfus, sagte man in Paris. Es gibt mehr Richter, als Calas, sagte man in Toulouse nach dem Bericht Voltaires, der den Zola in jener Affäre spielte. In seiner berühmten Schrift zu gunsten des Hingerichteten schreibt er: »Mehrere Personen, die man in Frankreich *dévotés* zu nennen pflegt, sagten laut, es sei besser, einen alten unschuldigen Calvinisten zu rädern, als acht Gerichtsräte von Languedoc zu nötigen, ihren Irrtum einzugestehen.« Und Voltaire zitiert dann einige ähnliche Prozesse, die vor seiner Zeit passierten. Auch die Affäre Calas ging weit über den Prozess von Toulouse hinaus und wurde eins von den vielen Steinchen, die Voltaire, d'Alembert und die anderen trieben, den grossen Stein ins Rollen zu bringen. Der moderne Prozess ist in den Folgen komplexer, er hängt mit der Umwälzung, die sich in den letzten zehn Jahren seit der Verurteilung des Hauptmanns Dreyfus in Frankreich abgespielt hat, enger zusammen, so eng, dass spätere Geschichtsschreiber dieser ruhmreichen Evolution des modernen Frankreichs nicht umhin können werden, den Namen des Mannes von der Teufelsinsel so mit ihr zu verknüpfen, wie die Geschichte Ludwigs XVI. mit der grossen Revolution. Und man wird den langweiligen Namen mit grösserem Stolze aussprechen. Er wurde recht gerichtet. Es geschah ihm Recht in einem Umfang, der das Unrecht überstrahlt, das ihm auf der Insel widerfahren war; selbst wenn die Dinge, die in seinen Briefen stehen, nicht annähernd das enthalten, was er wirklich zu leiden hatte.

Es hat kaum einen Prozess gegeben, von dem man das gleiche sagen kann, bei dem man das Verbrechen, das einem Unschuldigen widerfuhr, mit gleicher Inbrunst segnen möchte. Vergessen wir einmal, dass es noch unrevidierte Prozesse ähnlicher Art gibt, sonnen wir uns in dem Optimismus, es würden nur Bösewichter verdammt, nur Unschuldige freigesprochen. Halten wir ein-

mal alle Richter für Engel und alle Fälle, die ihnen vorgelegt werden, für geeignet, von menschlicher Justiz begriffen zu werden. Selbst dann, meine ich, wären alle Schuldigen, die man verdammt, nicht so schuldig, alle Unschuldigen nicht so frei von Fehl, wie die Parteien in diesem Prozess. Selbst dann würde ein Gericht nicht so entschieden entscheiden können, wie es hier geschah; hätten wir nicht alle das himmlische Gefühl, einem Rechtspruch von ungeheurer Weisheit beizuwohnen. Das Rechtsgefühl ist einfältig, wie der Glaube unserer Vorfahren in grauer Zeit, die ihre *causes célèbres* mit dem *Gottesgericht* abmachten, und es steht himmelhoch darüber, weil es nicht an die Laune einer Gottheit, sondern an uns selber appelliert, weil die Gesamtheit eines Volkes kraft seines Intellekts und seiner Moral zu Gericht sass und richtete, nicht, wie es musste, nicht, wie es sollte, sondern, wie es wollte. Wir wussten vorher, wie es kommen musste, wenn Frankreich die Nation war, auf die man rechnen durfte, und es ist genau so gekommen. Unpolitisch, wie ich bin, habe ich für meinen Teil nicht zu glauben gewagt, dass die Folgen so erschöpfend sein würden.

Warum freute man sich bei uns nicht darüber? Vielleicht weil man, wie alle Sentimentalen, fürchtete, dabei seine Sentimentalität sehen zu lassen. Aber es gibt ja in diesem Prozess keine Sentiments. Kein interessanter Massenmörder rührt an unser dunkles Mitgefühl. Dreyfus ist uninteressant, wie die Frau meines Pariser Concierge; sein eigener Anwalt Labori hat es ihm, als er die *Begnadigung* annahm, in dünnen Worten gesagt. Der Verfasser des *Bordereau*, dem einst Generäle die bärtige Wange küssten, reizt höchstens als Possenfigur, und die wahren Schuldigen schützt die weise Amnestie. Eben das bringt die Wollust auf den Gipfel. Die Epidermis unserer Menschlichkeit wird nicht berührt. Kein fratzenschneidender Angeklagter drückt das Sünderbänkchen, kein sportwütiger Staatsanwalt reißt die Geschworenen hin. Sondern eine Sache sitzt da, ein Abstraktum, ein Prinzip, das *ancien régime* mit allen nur erdenklichen Konsequenzen, die sich mit der Präzision mathematischer Zeichen feststellen lassen; und gegenüber eine andere Sache, ebenso ein Abstraktum von der selben wohltuenden Übersichtlichkeit, das neue Regime. Alles Persönliche ist draussen geblieben. Das Recht stellt sich bei dieser Verhandlung von selbst ein. Das Schwierige war, den richtigen Angeklagten und die richtige Anklage zu finden. Das hat eine unberechenbare Reihe von Jahren gedauert. Dreyfus lag noch in der Wiege, als man schon nach ihm suchte. Hatte man ihn, so musste sich alles von selbst ergeben. Man weiss jetzt wohl kaum mehr die Namen der Richter, die Dreyfus freigesprochen haben. Das Recht, das hier in Frage steht, hat keinen Buchstaben. Wo die Völker Verbrechen begehen, hört die Jurisprudenz auf. Kein Mensch der Welt konnte Frankreich vorschreiben, eines Dreyfus wegen seine Sicherheit zu riskieren. Es handelte sich nicht um Recht, sondern um eine Kraftprobe. Die Frage war: Ist ein Staat stark genug, an der wichtigsten Stelle seines Körpers einen notwendig der Heilung bedürfenden Fleck sehen zu lassen, oder nicht? Ist er ideell gefestigt genug, um die materielle Desorganisation des Teiles wagen zu können. Die Generosität, auf deutsch: der Leichtsin, den man gerne Frankreich zutraut, hätte mit einem flinken *Ja* nur *Va-banque* gespielt. Auch dieser Standpunkt wäre in der Epidermis stecken geblieben. Die Frage war keine moralische im engeren Sinne, sondern eine politische in

jenem weitfassenden Sinne, der die Moral der Völker als eine Notwendigkeit der Hygiene begreift. Die letzte Konsequenz hiess: Ist Frankreich reif, nach vernünftigen System regiert zu werden? Vermag es, die unvernünftigen Stützen zu entbehren, die nur eine vorübergehende Verschleierung der zu lösenden Probleme vollbringen können?

Es scheint mir, dass nur aus diesem Standpunkt unser und aller Völker Interesse an dem Fall gespeist werden kann. Nicht, ob bei uns ähnliche Justizvergehen möglich sind — das steht ausser Frage —, sondern, wie man sich bei uns, durch einen Fall X. zu der Kraftprobe gedrängt, dazu stellen würde, ob unser Regime die Probe wagen, und ob es aus dem Wagnis Vorteil ziehen könnte. Nicht die Generosität der Politiker Frankreichs, sondern ihre Klugheit war erstaunlich. Sie bejahten erst schüchtern die heikle Frage, mit einer gewissen Zerstretheit, wie sehr beschäftigte Leute, und sagten dann erst mit allem Nachdruck *Ja*, als die Frage nicht mit Worten, sondern mit Handlungen längst entschieden worden war. Man machte es sich insofern leicht, als man den Fall bei Seite schob und erst alle möglichen anderen Dinge besorgte. Dadurch wurden unsichere Kantonisten gewonnen, die nie zu haben gewesen wären, wenn man ihre Zustimmung zur Regierung von der Entscheidung der Dreyfus-Affäre abhängig gemacht hätte. Die Kabinette setzten sich so zusammen, dass jedes dem Nachfolger in die Hände arbeitete. Man erschwerte sich die Arbeit, indem man die Gelegenheit zu einem Generalreinmachen benutzte, wie es Frankreich seit der letzten Revolution nicht mehr erlebt hatte. Das traf bekanntlich vor allem die Pfaffenwirtschaft. Man kann sich in unserem, vom Katholizismus nicht abhängigen Land kaum vorstellen, was es in Frankreich hiess, den Leuten diesen Zahn auszuziehen. Mein Concierge, der vom ersten Tage an für Dreyfus Feuer und Flamme war, heulte wie ein Kind, als man die Brüder der heiligen Anna aus Bougival vertrieb, wo sein Junge, ein prachtvoller Bengel, zur Schule war. Und die Pipelette, seine Frau, gewann gewaltig Oberwasser, denn sie kam nicht von der fixen Idee los, die ganze Geschichte rühre nur von den *Dreyfusards* her und sei von vorne herein abgemacht gewesen. Die Gräfin im Nebenhaus veranstaltete Vorlesungen gegen die Regierung, an denen die Dienerschaft der ganzen Rue Pergolèse bis herunter zu den Stallknechten teilnahm. Unsere alte Louise, die uns seit zehn Jahren kochte, kündigte mir eines Abends, weil sie sich einbildete, ich sei Freimaurer geworden. Ein Gift sei es, klagte der *Gaulois* täglich, ein Gift, das von den *Sans-patrie* in das Land eingeschmuggelt worden sei und jetzt alle Fundamente des Volkes, die ehrwürdigen Traditionen der Vorfahren u. s. w. untergrabe, unterwühle, unterminiere u. s. w. Er hatte ganz recht, das Gift war gasförmig, mikrobenhaft. Es drang durch die offenen Türen in die Krämerläden und durch die Poren der Steine in die verschlossensten Häuser und riss die Familien auseinander. Es kam in die Ateliers und spaltete Kameradschaften ältesten Datums, trennte Künstler, die ihr Leben lang für die selben Anschauungen gekämpft hatten. Aus dem Journalismus stieg es in die Höhen der Literatur und machte sanfte Poeten zu Politikern. Natürlich wirkte es in der *Affäre* selbst am stärksten. Hier entwickelten sich aus harmlosen Halunken gewiegte Verbrecher. Der Meineid wurde banal, wie der Ehebruch in den Romanen des Boulevards. Die Verteidiger waren ihres Lebens nicht sicher. Man machte auf die Mitarbeiter

der *Aurore* regelrechte Mordanschläge. Elegante Menschen hatten Handspiegel mit Stockdegen. Als Zola nach Versailles zur Verhandlung fuhr, drohte der Pöbel auf der Brücke von Suresnes, das Automobil in die Seine zu werfen. Aber das Gift wirkte abführend. Auch der kräftigste Magen kann nicht ewig vomieren. Auch Rocheforts Lexikon erschöpfte sich, und Arthur Meyers Spalten begannen, langweilig zu werden. Das Gift war Wohltat. Es machte die Kranken so krank, dass sie sich nicht mehr auf den Beinen halten konnten, und befreite die Gesunden von störenden Beschwerden. Es einte die staaterhaltenden Parteien, die in der französischen Kammer, zum Unterschiede von der unseren, links sitzen, und führte die reaktionären Gegner *ad absurdum*. Als bei den letzten Wahlen die Republik das Maximum von Majorität erhielt, stand ihr Barometer seit zehn Jahren, die Dreyfus-Affäre, längst auf Freisprechung.

Dabei fällt mir ein, worauf es mir an jenem Abend nach dem Gelage im Grunewald wirklich ankam. Die Bowle unser freundlichen Wirtes mochte schuld sein, dass ich wie besessen den Wert aller Gifte pries. Dr. Rabel, der Mann mit dem blödsinnigen Buch über die Nase Orcagnas, hielt mir den ganzen Verwesungsprozess Frankreichs unter die meine und behauptete, der Prozess habe so recht die Fäulnis dieses republikanischen Regimes erwiesen. Und ich erinnere mich noch, dass ich in meiner, durch die Freuden des Abends noch übertriebenen Ahnungslosigkeit in politischen Dingen das Paradoxon von mir gab: ich fände so eine Fäulnis von Herzen wohltuend und erspriesslich, und es gäbe Völker, die selbst zum Faulen zu faul wären. Worauf das starke Mädchen ostentativ von meiner Seite rückte.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Wirtschaft

#### Hypothekenmarkt

Nachdem unsere Kommunen und Staaten ihren Anleihebedarf nur noch unter lästigeren Bedingungen decken konnten, scheint jetzt für die Hypothekenbanken die Unterbringung der Pfandbriefe derart schwierig zu werden, dass viele Beobachter schon einen krisenartigen Rückschlag auf die Bautätigkeit und den Grundstücksmarkt ankündigen. Wenn früher die Hypothekenbanken bei flottem und sogar reissendem Pfandbriefabsatz (bei 38 deutschen Banken im I. Semester 1903 und 1904 272 Mill. M. Zunahme, 1905 351 Mill. M., 1906 nur noch 252 Mill. M.) über so erhebliche Beträge verfügten, dass ihnen die passende Anlage Sorgen bereitete, um so mehr, als zu gleicher Zeit die Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und ähnliche Organisationen für ihre anschwellenden Bestände

einen lebhaften Wettlauf nach Hypotheken führten, so hat sich der Umschwung längst vorbereitet. Die Darlehensnehmer der Versicherungsgesellschaften und anderer Kreditgeber mussten sich zusehends auf höhere Zinssätze und härtere Nebenbedingungen einrichten. Im I. Semester 1906 haben, wie erwähnt, die Hypothekenbanken um etwa 100 Mill. M. neue Pfandbriefe weniger unterbringen können, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. So stockt das Beleihungsgeschäft, für sogenannte *Millionenbeleihungen* fast vollständig, für andere Zwecke gleichfalls recht empfindlich. Da der Bau- und Terrainspekulation bei einer wesentlichen Krediterschwerung der Atem auszugehen droht, so erregt die jetzige Lage vielfach schlimme Befürchtungen.

X  
Allgemeine Lage

Diese besondere, gerade aus dem sonstigen allgemeinen Aufschwung mit seinem enormen Leihkapitalsbedarf

entspringende Gegenströmung hatten wir in der vorigen Aufschwungsperiode gleichfalls bereits zu verzeichnen. Auch diesmal wird die vorherrschende Produktionsströmung davon zunächst kaum beeinflusst. Alle in jüngster Zeit veröffentlichten Geschäftsabschlüsse grosser Werke der Eisen- und Kohlenindustrie legen Zeugnis von einem glänzenden Geschäftsgang ab.

Der englische Aussenhandel brachte im Juli Rekordziffern: in der Ausfuhr britischer und irischer Erzeugnisse, hauptsächlich von Halb- und Ganzfabrikaten und Kohle, ein Mehr von über 5,62 Mill. Lstrl. oder um 20,2 % gegenüber dem vorjährigen Juli; ferner in der Wiederausfuhr fremder und kolonialer Waren ein Mehr von 285 847 Lstrl., so dass England auch als blosses Zwischenhandelsland noch immer die internationale Prosperität und Kaufkraftsteigerung widerspiegelt. Für die Vereinigten Staaten werden die vorläufigen Aussenhandelsziffern für das Fiskaljahr 1905-1906 (1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906) veröffentlicht. Auch hier war, in Ausfuhr wie Einfuhr, ein Rekord zu verzeichnen; das Gipfeljahr 1904-1906 ist abermals weit überflügelt (Ausfuhr 1744 gegen 1519, Einfuhr 1227 gegen 1118 Mill. Dollars). Dabei spielt die Ausfuhr der Brotstoffe (hauptsächlich Weizen, Mehl, Mais) eine viel geringere Rolle, als im Höchstjahr 1900-1901 und dem annähernd ähnlichen Jahr 1902-1903.

Für unseren Eisenmarkt werden, spätestens vom 1. Januar ab, neue Preiserhöhungen (für Giessereiroheisen, wahrscheinlich auch für Halbzeug) angekündigt. Das Kohlen syndikat schiebt, weil es dem Industriebedarf nicht zu genügen vermag und andererseits den Absatz nicht aus den Händen gleiten lassen mag, bei Lieferungen für das Ausland und für umstrittene deutsche Gebiete vielfach englische Kohlen ersatzweise ein; der Kokspreis wurde Anfang August erhöht (um 1 M. pro t).

Selbst die Russen panik, die von vornherein lediglich die näherbeteiligten Kreise und jedenfalls so gut wie ausschliesslich Kreise der Börse traf, zittert nur noch schwach nach. Man schwimmt nach wie vor in Optimismus.

Ernte X  
Sogar die Klagen der Landwirte sind in Deutschland augenblicklich verstummt. Die deutsche Roggen-

ernte wird man vielleicht nicht höher ansetzen dürfen, als in den bereits guten Vorjahren (1905 9,6, 1904 10, 1903 9,9 und 1902 9,5 Mill. t). Dagegen erwartet man für den Weizen ein glänzendes Ergebnis des Drusches; die grösste bisher dagewesene Ernte von 1902 (3,9 Mill. t) wird sicherlich noch übertroffen werden. Die Haferernte wird geradezu als eine kolossale geschätzt (höchster Ertrag 1903 mit etwa 7,9 Mill. t). Roggen notierte man in Berlin Mitte August mit 154 bis 155 M., Weizen mit etwa 175 M., so dass von unlohnenden Preisen für die Produzenten kaum noch gesprochen wird. Die neuesten Washingtoner Ernteschätzungen lauten für die Vereinigten Staaten gleichfalls sehr vielversprechend. Da die Kaufkraft der agrarischen Bevölkerung in Amerika stets als ein wesentlicher Faktor des gesamten Geschäftsganges gegolten hat, so erwartet man die günstigsten Rückwirkungen auf die amerikanische und sogar auf die exportierende europäische Industrie.

X X  
**Kurze Chronik** Wie die Halbjahreswende, so sind auch die weiteren Wochen für den Geldmarkt ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Doch ist, wie die Reichsbankabschlüsse zeigen, die Anspannung noch immer eine ausserordentliche. Kein Wunder, dass niemand mehr bis zum Jahreschluss auf eine Herabsetzung des Diskonts (seit 23. Mai 4½ %) rechnet. X Das Washingtoner Schatzamt kündigte Ankäufe von Silberbarren zur aushilfsweisen Silberprägung (wöchentlich zirka 100 000 Unzen) an.

X X  
**Literatur** Die Schrift des Professors Dr. Julius Wolf *Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag, die Zuckerproduktion und die Zukunft der Zuckerindustrie* /Jena, Gustav Fischer/ behandelt hauptsächlich zwei Fragen: die allgemeinen internationalen Konkurrenzchancen des europäischen und vor allem des deutschen Rübenzuckers, seitdem das amerikanische Kapital die Rohrzuckerproduktion Cubas neu zu beleben und zu heben sucht, und die Chancen für eine Beseitigung der zollpräferentiellen Behandlung Cubas und vor allem des Cubazuckers in der Union. Ausser reichem statistischen Material über Produktion und Konsum des Zuckers ist zum Schlusse eine interessante Sammlung amerikanischer Pressstimmen

beigefügt: gegen das Übermass und die konservative Beharrlichkeit des amerikanischen Protektionismus und für ein handelspolitisches Entgegenkommen gegen den gemässigten Protektionismus Deutschlands. Es ist hier nicht der Ort, meine mehrfach abweichenden Anschauungen, gegen die Wolf gelegentlich polemisiert, geltend zu machen. Als sachkundiger und belehrender Beitrag zu wichtigen handelspolitischen Entscheidungen der nächsten Zeit verdient die Schrift zweifellos allseitige Beachtung. × In dem Beitrag zu den *Actualités sociales* /Brüssel, Misch & Thron/ *Ce qui manque au commerce belge d'exportation* versucht G. de Leener nachzuweisen, dass die absolute Zunahme des belgischen Exportes, der für die belgische Industrie bei dem engen heimischen Marke eine Lebensfrage sei, in den letzten 10 und 12 Jahren nicht mehr den Ausfuhrfortschritten anderer Länder, darunter Deutschland, entspreche. Manche Vorzüge des Auslandes, manche Rückständigigkeiten Belgiens in der Exportorganisation gelangen dabei zu einer interessanten Beleuchtung durch Berichte von belgischen und fremden Behörden und Sachverständigen. Von der Staatshilfe, auch für die Schifffahrt, erwartet de Leener nichts, um so mehr von einer engeren Bundesgenossenschaft zwischen den Grossbanken und der Industrie nach dem Vorbild Deutschlands, von nach aussen hin schlagkräftigen Syndikaten und Fusionen, von sonstigen Fortschritten der vereinzelt und kollektiven Kapital-selbsthilfe. × Als Neuerscheinung sei ferner genannt Dr. A. Hugenberg *Bank- und Kreditwirtschaft des deutschen Mittelstandes* /München, Lehmann/. Von wichtigeren Eingängen sind endlich noch zu verzeichnen der Jahres- und Verwaltungsbericht der Handelskammer Duisburg über das Jahr 1905 und der II. Band des wertvollen *Berliner Jahrbuchs der Ältesten der Kaufmannschaft* (vergl. die Rundschau im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 249) mit den Spezialberichten über die einzelnen Handels- und Produktionszweige und einer Übersicht über die Handels- und Gewerberechtsprechung. MAX SCHIPPEL

### Politik

#### Kolonialverwaltung

Seit Wochen ist die Presse von Enthüllungen über skandalöse Vorgänge voll, die die Kolonialverwaltung zu verantworten hat. Das stärkste Aufsehen ist durch die Aufdeckung der Beziehungen

des Majors Fischer zu der Firma Tippleskirch & Co. hervorgerufen worden. Die Firma genoss eine Monopolstellung für alle kolonialen Lieferungen, die aus Anlass der südwestafrikanischen Expedition notwendig wurden. Keine Konkurrenz wurde berücksichtigt, unangemessen hohe Preise wurden der Firma anstandslos bewilligt. Es stellte sich nun heraus, dass Major Fischer, der in erster Linie für die Vergebung dieser Lieferungen verantwortlich ist, von Teilhabern der Firma wiederholt Darlehen erhalten hat. Die Firma verdiente an den Lieferungen unverhältnismässig viel Geld und konnte das Kapital der Teilhaber entsprechend verzinsen. An der Firma sind aber Beamte in hoher Stellung respektive deren Gattinnen beteiligt, so vor allem der preussische Landwirtschaftsminister von Podbielski respektive dessen Frau und Dr. Bumiller. Soweit die Person des Majors Fischer in Betracht kommt, liegen die Verhältnisse einfach: handelt es sich um Bestechung, so sind Bestecher und Bestochene strafbar; handelt es sich um ein Darlehen, so ist die Sache nicht weniger schlimm, wenn auch die Beteiligten dabei straflos ausgehen würden. Ungleich ernster ist die Beteiligung des Ministers von Podbielski. Dass dieser nach der Aufdeckung seiner Beziehungen zu der Firma Tippleskirch auch nur einen Tag länger Minister bleiben konnte, ist kein gutes Zeichen für den derzeitigen Charakter der preussischen Verwaltungspolitik. Man braucht keineswegs dem Grundsatz zu huldigen, ein Minister habe sich an geschäftlichen Unternehmungen nicht zu beteiligen; man kann eine solche Beteiligung vielmehr für durchaus einwandfrei halten, wird aber dann umso mehr die Beteiligung eines Staatsbeamten an solchen Unternehmungen strengstens verurteilen müssen, die mit dem Staate als solchem Geschäfte machen. Und was waren das im vorliegenden Falle für Geschäfte? Sie warfen Gewinne ab, die jedem Teilhaber unheimlich werden mussten, vor allem aber einem Staatsminister, der sich sagen musste: eine solche Verzinsung meines Kapitals oder das meiner Frau kann nicht mit rechten Dingen zugehen. Dass sich das Herr von Podbielski nicht gesagt hat, muss man ihm zum Vorwurf machen, der schwerlich eine Entschuldigung zulässt. Ist es schon nicht zu billigen, dass ein Minister mit dem Staate Geschäfte macht, so ist es in höchstem Maasse verwerflich, wenn er mit ihm solche Ge-

schäfte macht, durch die er unverhältnismässig hohe Gewinne erzielt. Dieser Fall scheint aber hier vorzuliegen, und es ist darum die Affäre Podbielski böserartiger, als der Fall Fischer.

Im übrigen muss man doch auch nach den tieferen Ursachen fragen, die eine derartige Misswirtschaft ermöglicht haben. Nicht zuletzt ist hier die mangelhafte Organisation der Kolonialverwaltung zu erwähnen, deren Unselbständigkeit das Aufkommen und Weiterbestehen einer Misswirtschaft in hohem Masse begünstigt hat. Dann war aber auch das Beamtenpersonal der Kolonialverwaltung äusserst unpassend ausgewählt. Der Sucht, eine Regierungsstellung nur als Übergangsstadium für einen hochdotierten Posten in der Grossindustrie, im Bankwesen u. s. w. anzusehen, muss entgegen gewirkt werden, teilweise dadurch, dass man die Beamten finanziell auskömmlich stellt und ihnen innerhalb der Regierung günstige Avancementsaussichten eröffnet, teilweise aber auch dadurch, dass man moralisch jede Streberei gebührend kennzeichnet und die von ihr Befallenen auch gesellschaftlich entsprechend behandelt. Der Fall Fischer ist schlimm, sehr schlimm, aber die Anwerbung höherer Beamten durch gewerbliche Unternehmungen, die auf Lieferungen vom Staate spekulieren, führt geradewegs zur Korruption des Beamtenkörpers. Hier gilt es, gründlich Wandel zu schaffen.

×  
**Russland: Du-** Nach 72 Tagen fieberhaf-  
**mauflösung** ter Tätigkeit wurde am 21.

Juli die erste *Gossudarstvennaja Duma* nach Hause geschickt. Die Hoffnungen auf einen friedlichen Ausgang des Kampfes zwischen dem neuen und alten Russland sind verschwunden, und das hart geprüfte Land geht neuen sturmvollem Zeiten entgegen. Die ehemaligen Volksvertreter versammelten sich in grosser Mehrheit in Wyborg und richteten von dort aus ein Manifest an das Volk, in dem sie zur Verweigerung der Steuern und der Rekruten aufforderten. Trotz der Verfolgungen seitens der Polizei ist dieses Manifest in Russland in Millionen von Exemplaren verbreitet, und seine Wirkung dauert noch bis jetzt an. In wie weitem Umfange die Aufforderung des Manifestes befolgt wird, muss man jedenfalls noch abwarten. Die Auflösung der *Duma* wurde vom Volke äusserlich ruhig aufgenommen. Nirgends ereigneten sich in den ersten Tagen irgend welche besonders bemerk-

wenswerte Unruhen. Der Versuch der Sozialdemokraten, einen allgemeinen Streik zu veranstalten, misslang. Etwas anderes war auch nicht zu erwarten, nachdem ein Teil der Sozialdemokratie die *kadettische Duma* vor den Augen der revolutionären Arbeiter auf das ärgste diskreditiert hatte. Wie konnte sich der Arbeiter zu einem Generalstreik für eine *verräterische Duma* entschliessen? In dem Misserfolg des Generalstreiks ernten die *linken* Sozialdemokraten die Früchte ihrer politischen Kurzsichtigkeit und Verständnislosigkeit. Hoffen wir, dass sie wenigstens jetzt eine gute Lehre für die Zukunft daraus ziehen werden! Der Generalstreik, so, wie er jetzt verkündet wurde, war überhaupt sinnlos. Unter den gegebenen Umständen ist ein erfolgreicher politischer Generalstreik nur unter der Voraussetzung einer Beteiligung der Bauern möglich. Zunächst müssen die Bauern für eine planmässige und gross angelegte Bewegung auf dem Lande gewonnen werden, und erst dann kann man daran denken, durch einen Generalstreik in der Stadt etwas gewinnen zu können. Was die Stadt aus eigenen Kräften zu erreichen vermag, das wurde schon erreicht. Neue Siege können jetzt nur zusammen mit dem flachen Lande erzwungen werden. Das flache Land ist aber bis jetzt noch ungenügend in politischer Hinsicht bearbeitet worden, und das planlose anarchische Vorgehen der hungernden Bauern kann nur zur Erschöpfung der revolutionären Energie führen.

Die Verstärkung der anarchischen Bauernunruhen, die nach der Auflösung der *Duma* sich bemerkbar machte, zeigt aber, dass die innerliche Ruhe, die nach der Auflösung beobachtet wurde, nur eine scheinbare war. Die Auflösung der *Duma* konnte von dem Bauer auch nicht gleichmütig hingenommen werden, denn für ihn war die *Duma* die letzte Möglichkeit, das notwendige Land auf gesetzlichem Wege zu erlangen. Diese Möglichkeit scheint verschwunden, und der Bauer muss sich in seiner Not selbst helfen. Die Agrarunruhen nehmen zu, und ihre wachsende Flut verursacht der Regierung die grössten Sorgen. Fast sieht es schon so aus, als ob sie ihren verhängnisvollen Schritt vom 21. Juli beklagt. Sie hat dazu umsomehr Ursache, als die letzte Stütze, auf die sie noch rechnete, die Armee, immer bedenklicher wankt. Die Ereignisse in Sweaborg, in Kronstadt, Reval, Brest-Litowsk, Tiflis und Sebastopol



haben bewiesen, dass die prahlerischen Beteuerungen des Kriegsministers, die Armee sei zuverlässig, nicht ganz fest begründet waren. Sie bewiesen aber auch, dass die Militärunruhen jetzt nicht, wie früher, lokale, *ökonomische* Gründe, sondern die gesamte politische Lage zur Ursache haben. Die meuternden Matrosen und Soldaten kämpfen nicht für bessere Kost oder gegen einen unliebsamen Vorgesetzten, sondern gegen den Absolutismus für Freiheit und Land. Das beweist, dass die politische Propaganda und Aufklärung unter der Armee grosse Fortschritte gemacht hat: eine Hoffnung auf eine raschere, für die Freiheit günstigere Entwicklung der Ereignisse.

× **Kurze Chronik** In der Reichstagsnachwahl in Hagen-Schwelm wurde der freisinnige Kandidat mit 21 593 Stimmen gewählt. Der sozialdemokratische Gegenkandidat erhielt deren 18 717. × In Bulgarien ist eine antigriechische Bewegung ausgebrochen. × Der Schah von Persien kündigte die Einberufung eines Parlaments für Persien an. × Eine Enzyklika des Papstes bezeichnet das französische Trennungsgesetz als Unterdrückungsgesetz, stellt sich aber dem Gesetze gegenüber trotzdem auf den Standpunkt des *tolerari posse*. × Die so oft angekündigte und anscheinend sehnlichst erwartete *Entrevue* zwischen dem deutschen Kaiser und dem König von England hat am 15. August endlich stattgefunden.

× **Literatur** Ein neues Buch Friedrich Naumanns wird immer das Interesse der Politiker wecken, weil seine originelle und moderne Auffassung der Politik Anhänger und Gegner seiner Anschauungen gleich stark fesselt. Aus sechs 1902 erschienenen Vorträgen ist ein umfangreiches Buch *Neudeutsche Wirtschaftspolitik* /Berlin, Verlag der *Hilfe/* geworden, in welchem Naumanns Auffassung der künftigen deutschen Wirtschaftspolitik anregend dargestellt und sehr eingehend begründet ist. So gewiss es ist, dass Naumann dem Sozialismus erhebliche Konzessionen macht, so lässt sich doch nicht verkennen, dass er in dem Bestreben, den Liberalismus wieder neu beleben zu wollen, zu Resultaten kommt, die der Sozialist, der sich auf die Arbeiterklasse stützt, unbedingt ablehnen wird. Es wird sich Gelegenheit bieten, an ande-

rer Stelle das Trennende zwischen Naumanns Auffassung und einer für Deutschland berechneten Wirtschaftspolitik des Sozialismus eingehend zu erörtern. Hier sei aber das Buch wegen seiner vielen Vorzüge zur Lektüre auch in den Kreisen empfohlen, die an die Zukunft von Naumanns neuem Liberalismus nicht glauben. × Eine sehr instruktive Broschüre *Die neuen Reichssteuern* hat Eduard Bernstein im Verlag des *Vorwärts* veröffentlicht. Zur Aufklärung der breiten Wählermassen über die Tragweite und Wirkung der neuen Steuern ist der Schrift weiteste Verbreitung zu wünschen. Den Abschnitt über die Zigarettensteuer hat Molkenbuhr beige-steuert. × Im selben Verlag ist ein Vortrag Paul Göhres *Schule, Kirche, Arbeiter* erschienen, der die Gefahren auseinandersetzt, die der preussischen Volksschule durch das neue Schulunterhaltungsgesetz auf lange hinaus drohen. Der Vortrag beschäftigt sich auch mit der Möglichkeit eines Massenaustritts aus der Landeskirche.

Eine vollständige Übersicht über alle bemerkenswerten Äusserungen internationaler Zusammenschlussbestrebungen auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens bringt A. H. Fried in seinem *Annuaire de la Vie Internationale*, das im II. Jahrgang als Publikation des *Internationalen Friedensinstituts* in Monaco erschienen ist.

RICHARD CALWER

## Sozialpolitik

### Krankenversicherung

Die Arbeit Albert Kohns *Unsere Wohnungs-enquete im Jahre 1905* spricht abermals beredt für die hohe Auffassung, welche sich die vorgeschrittenen Ortskrankenkassen Deutschlands von ihrer sozialhygienischen Aufgabe gebildet haben. Nachdem Albert Kohn den bahnbrechenden Weg zur Ermittlung der Wohnungsverhältnisse der erkrankten Kassenmitglieder im Auftrage der Ortskrankenkasse der Kaufleute etc. Berlins beschritten hatte, sind ihm die Ortskrankenkassen Dresden, Leipzig und Breslau gefolgt. Kohn stellt die wichtige sozialpolitische Tatsache fest, dass gerade bei den möbliert oder in Schlafstelle wohnenden Kranken die Zahl der Räume, die von 4 und mehr Personen zum Wohnen respektive Schlafen benutzt werden, gestiegen ist. An diese Feststellung knüpft Kohn mit Recht die erste Mahnung, unverzüglich an die Errichtung von Ledigenheimen zu gehen. Welche Schwier-

rigkeiten gerade einem erfolgreichen Kampfe gegen die Tuberkulose durch das grossstädtische Wohnungselend in den Weg geworfen werden, beweist die statistische Ermittlung Kohns, dass von den Lungenkranken, deren Wohnungsverhältnisse ermittelt wurden, nur 17,34 % der Männer und 18,95 % der Frauen einen Schlafräum allein zur Verfügung hatten. Die Wohnungsenquête der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute bringt wieder eine Reihe von Blitzlichtaufnahmen der ungesunden Wohnungen der Krankenkassenpatienten.

Fürst Bülow hat im Herrenhause öffentlich die Sozialdemokratie angeklagt, dass sie ihren Einfluss in den Krankenkassen zum Nachteile der sozialen Bedeutung dieser Institute missbrauche. Diese schwere Anklage hat der *Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche* durch eine Umfrage bei den Arbeitgebern in den Kassenvorständen der Ortskrankenkassen glänzend entkräftet. 424 Kassen mit 1703 858 Mitgliedern wurden befragt. Die Frage, ob sich Sozialdemokraten im Vorstände befinden, wird von 166 Kassen bejaht, von 188 Kassen verneint. Die übrigen Kassen gaben unbestimmte Antworten ab oder liessen die Frage unbeantwortet. 92,69 % der berichtenden Kassen verneinten die Frage nach bestehenden Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Von 1524 Beamten der 413 berichtenden Kassen waren nur 201 als Sozialdemokraten bekannt. Nur 4 % der Kassen bejahten die Frage, dass Sozialdemokraten bei Beamtenstellungen bevorzugt würden. Die Bevorzugung sozialdemokratischer Ärzte bei der Anstellung oder Zulassung zur Praxis verneinen alle Kassen, nur eine Kasse berichtet, dass dies scheinbar einmal der Fall gewesen sei. Die Dienstbarmachung von Kassenmitteln zu Parteizwecken verneinen von 414 Kassen 406 Kassen oder 95,65 % der Kassen. Und die 5 Kassen, die direkt diese Frage bejahten, berichteten nur von der Erteilung von Druckaufträgen an sozialdemokratische Firmen. Diese Umfrage illustriert einmal treffend die gehässigen und verlogenen Angriffe der Scharfmacher gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen.

×  
**Stellenver-**  
**mittlung**

×  
Schwere Anklagen gegen die gewerbmässige Stellenvermittlung erhebt Dr.

Franz Ludwig in seinem Buche *Der ge-*

*werbsmässige Arbeitsnachweis* /Berlin, Heymann/. Die arbeitssuchenden Bäcker, Schlächter, Gastwirtsgehilfen und Schauspieler werden vor allem von der gewerbmässigen Stellenvermittlung zur Ader gelassen. In einer Statistik der Ortsverwaltung Berlins des deutschen Bäckerverbandes wird auf ein Heer Arbeitssuchender von 1800 Mann verwiesen. In einem Jahre haben die arbeitslosen Bäckergesellen allein zirka 25 000 M. für Arbeitsvermittlung zahlen müssen. Nach einer Erhebung des christlichen Fleischer-gesellenverbandes über die Schlächter-gesellen der Stadt Berlin und ihrer Vororte nahmen 440 Ladenschlächtergesellen 1800mal im Jahre private Stellenvermittlungsbureaus in Anspruch und zahlten 4800 M. an Vermittlungsgebühren. Nach einer Enquete des *Verbandes deutscher Hoteldiener* in Berlin zahlten 41% der Arbeitssuchenden 10 bis 15 M., 20% 20 bis 30 M., 3% 30 bis 72 M. Gebühren an Stellenvermittler. Über die gewerbmässige Stellenvermittlung ging Herrn Dr. Franz Ludwig folgende Auskunft vom *Verein der Berliner Gastwirte* zu: »Allgemein sind die Klagen der Arbeitnehmer über die Höhe der Gebühren. 20, 30 und 50 M. stellen sich die Vermittlungsgebühren für einfache Kellnerstellen, bis zu 500 M. für Geschäftsführerstellen. Die Vermittler stehen immer mit einer Kneipe in Verbindung, wo ihre Klienten viel Geld verzehren müssen. Ganz besonders befördern die Stellenvermittler den häufigen Stellenwechsel.« In Greiz haben Kellnerinnen mindestens 5 bis 6 M., aber auch 8 bis 10 M. an Vermittlungsgebühren zu entrichten. Gewisse Schlepper der Vermittler stacheln die Mädchen zu einem häufigen Stellenwechsel auf. »Kellnerinnen erhalten bei Stellenlosigkeit Wohnung und Kost zu horrenden Preisen. Vermietet sich ein Mädchen ohne Vermittler, so gefährdet es direkt seine Existenz . . . Länger, als 4 Wochen, lässt der Vermittler kein Mädchen an der selben Stelle, in der Regel sind 14 Tage schon lange — das ist der reine Mädchenhandel.« Die Landwirtschaftskammern für die Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Hannover, Westfalen, für die Rheinprovinz etc. befürworten direkt das Verbot der gewerbmässigen Stellenvermittlung für die Landwirtschaft. In das Stellenvermittlungsgeschäft für das Gesinde drängte sich da und dort die schmutzige Kuppler-

profession ein. Im Schauspielerberuf haben die Bühnenkünstler 5 % ihres gesamten Einkommens dem wucherischen Agententum zu opfern.

In Deutschland widmen sich nun mindestens 7000 Personen der gewerbmässigen Stellenvermittlung, und mindestens 1 Million von Arbeitnehmern wird durch sie in Stellen gebracht. Und wie viele zweifelhafte Existenzen befinden sich unter diesen Stellenvermittlern! Nach einer amtlichen Erhebung Preussens von 1895 waren von 5216 Stellenvermittlern 632 wegen Verbrechens oder Vergehens vorbestraft. In Bayern und Baden hatten 11 und 10% Stellenvermittler Strafen aufzuweisen.

Dr. Ludwig schreckt nicht vor einem reichsgesetzlichen Verbot jeder gewerbmässigen Stellenvermittlung zurück, jedoch empfiehlt er nach dem Vorbilde des französischen Gesetzes vom 14. März 1904 eine Entschädigung der Vermittler. Nach unserer Ansicht sollte die Reichsgesetzgebung das Stellenvermittlungsgewerbe kurzer Hand als gemeinschädlich ausmerzen. Wir verweisen übrigens die Leser auch nochmals auf den Artikel Hugo Poetsch' *Die gewerbmässige Stellenvermittlung* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 161 ff.

×  
**Heimarbeit**

Die älteren Formen der Hausindustrie Österreichs, das Weben und Spitzenklöppeln, die Arbeit in Holz und Stroh, die Erzeugung von Nägeln und Kettengliedern, sind mehr oder weniger mit der Landwirtschaft verknüpft. Der Nährboden der neuen Formen der Hausindustrie ist die Grossstadt. Die moderne Hausindustrie ist im wesentlichen ein Zweig der Saisonindustrie. Das Problem der Reform der Hausindustrie behandelt lichtvoll Dr. Michael Hainisch in seiner Arbeit *Die Heimarbeit in Österreich* (*Schriften der österreichischen Gesellschaft für Arbeiterschutz* /Wien, Deuticke/). Der Vertreter der Arbeiterschaft, Smitka, forderte die Einführung eines rechtlich bindenden Tarifvertrags, und zwar selbst für die Unternehmer und Arbeiter des selben Zweiges, die gar nicht am Vertragsabschlusse beteiligt waren. Ein derartiger Vertrag setzt eigentlich, da stimmen wir Dr. Hainisch bei, die zwangsweise Organisation des betreffenden hausindustriellen Zweiges voraus. Für die Konfektionsindustrie zum Beispiel müssten Heimarbeiterkommissionen, die sich paritätisch aus

Konfektionären und Heimarbeitern und den von der Regierung ernannten unparteiischen Vorsitzenden zusammensetzen, gebildet werden. Diesen Kommissionen müsste die Bestimmung der Minimallohne und die Festsetzung der Maximalarbeitszeit in die Hand gegeben werden. Der Durchführung der Maximalarbeitszeit steht nun sehr die Verrichtung der Heimarbeiten in Wohnungen und nicht in Werkstätten im Wege. Unter 409 besichtigten Wohnungen der Heimarbeiter der Kleider- und Waschekonfektion Wiens befanden sich nur 53 Räume, die ausschliesslich als Werkstätten benutzt wurden. In dem Verbot, den Hilfsarbeitern Kost und Logis zu geben, glauben die Arbeiter ein Mittel zur Durchführung des Maximalarbeitstages gefunden zu haben. Zu diesem Mittel fügen sie die Bestellung von Inspektoren aus den Heimarbeiterkreisen. Dr. Hainisch will nun durch Abgrenzung der Konfektion vom Handwerk die rechtliche Grundlage für den Schutz der Arbeiter in der Konfektion schaffen. Er will dem Konfektionär die Herstellung von Massenartikeln und den Verkauf fertiger Kleider zuweisen und das Verfertigen der Kleider nach Mass dem Handwerk vorbehalten. Dieser Weg der gesetzlichen Regelung der Konfektionsarbeit dürfte für Deutschland völlig ungangbar sein. Jeder Unternehmer, der Schneider- oder Schuhmacherarbeit ausser Haus geben will, hat bei der Gewerbebehörde den Betrieb der Konfektion anzumelden. Die in der Konfektion beschäftigten, registrierten Personen sollen dann in Zwangsorganisationen zusammengeschlossen werden. In der Genossenschaft der Konfektionäre soll bei der Abstimmung nicht bloss auf die Kopffzahl, sondern auch auf die Betriebsgrösse Rücksicht genommen werden. Der Zwangsorganisation der Heimarbeiter und Konfektionäre ist dann der Abschluss der Tarifverträge, die Festsetzung der Arbeitszeiten und Arbeitslohne einzuräumen.

×  
**Arbeitersekretariate**

Der Bericht des Arbeitersekretariats von Hamburg-Altona über das Geschäftsjahr 1905, der mit dem 9. Bericht des dortigen Gewerkschaftskartells verschmolzen ist, behandelt sehr grundlich das Gebiet der Arbeiterversicherung. Die Arbeitersekretariate Hamburg und Altona sind mit einander vereinigt worden.

Über die Handhabung der Unfallver-

sicherung durch die Berufsgenossenschaften schöpft der Sozialpolitiker besonders reiche Belehrung aus dem 4. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Dortmund. Sehr verdienstvoll sind auch die Ausführungen des Jahresberichts über die vielgerühmten Wohlfahrtseinrichtungen Rheinland-Westfalens.

× **Kurze Chronik** Vom 5. bis zum 7. Juni 1906 tagte in Jena der evangelisch-soziale Kongress. Recht unbefriedigt liess im allgemeinen das Referat und die Debatte über den Maximalarbeitstag. × Die 7. Jahresversammlung des *Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege*, die am 6. und 7. Juni in Dresden stattfand, behandelte unter anderem das sozialhygienisch sehr wichtige Thema der Waldschulen. × Auf dem am 9. bis 14. Juni in Mailand abgehaltenen internationalen Kongress für Arbeiterkrankheiten erwies Professor Pierraccini in seinem Referat über den Verlauf der Produktionskurve bei Hand- und geistigen Arbeiten die Notwendigkeit der Durchbrechung der Arbeit mit kurzen Pausen, da bei Zerteilung der Arbeitszeit sich die Ergiebigkeit der Arbeit in den letzten Stunden vor Mittag und vor Abend beträchtlich herabmindere. × Am 29. Juli wurde in Darmstadt ein Tuberkulosemuseum eröffnet. Das Unternehmen ist besonders durch den Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Hessen, den Geheimen Regierungsrat Dietz, gefördert worden.

× **Literatur** Dr. Karl Pribram hält in seiner Schrift *Der Normalarbeitstag in den gewerblichen Betrieben und im Bergbau Österreichs* /Wien, Deuticke/ die allgemeine Statuierung des Zehnstundentags bei der bisher nur mässigen Entwicklung der fabrikmässigen Betriebe Österreichs für nicht unbedenklich. Für erfolglos erklärt er die Dekretierung eines Normalarbeitstages für die Heimarbeit. Er legt sich für die Einführung eines Maximalarbeitstages im Handels- und Verkehrsgewerbe ein und erteilt direkt der Gesetzgebung die wichtige Aufgabe, die schrittweise Annäherung an den Achtstundentag im Bergbau zu fördern. In verbesserter Auflage ist im Verlage der Buchhandlung *Vorwärts* der für den praktischen Gebrauch sehr geeignete *Führer durch das Gewerbeunfallversicherungsgesetz* erschienen. PAUL KAMPPMEYER

## Soziale Kommunalpolitik

**Wahlrecht** In seinem Beitrage zur Enquete des *Vereins für Sozialpolitik* über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte hatte der Stadtrat Ludwig-Wolf, der Vater des Dreiklassenwahlrechtes in Leipzig, eine Rechtfertigung der dadurch erfolgten Wahlentrechtung zu geben versucht und auch auf einige Missstände dieses Systems hingewiesen. Er führte aus, dass die I. Abteilung in der Hauptsache durch die dem Stande des Handels und der Industrie Angehörigen gebildet werde. In der II. Abteilung herrschen die Ansässigen vor, in der III. Abteilung die Unansässigen. In politischer Beziehung wird die I. Abteilung von den Nationalliberalen, die II. von der Interessenpartei der Hausbesitzer, die die beliebte Mischung von Mittelstandsretterei und Antisemitismus vertreten, die III. von der Arbeiterpartei beherrscht. Ludwig-Wolf fragt nun, ob man einem Wahlverfahren das Wort reden könne, welches die grossen und zahlreichen Klassen der öffentlichen und Privatbeamten, der Professoren und Lehrer u. s. w. nur in den Persönlichkeiten zum Wort gelangen lasse, die vor den Augen der ausschlaggebenden Interessenparteien aus dem oder jenem Grunde Gnade finden. Das Mittel, diesen Klassen zur Vertretung zu verhelfen, findet er in einer Kombination des Klassenwahlsystems mit dem Proportionalwahlsystem. Die zur Wahl nötige Schichtung der Bürgerschaft soll nach den Grundsätzen der Klassenwahl vorgenommen werden, innerhalb dieser Schichten aber die Vertreter durch die Proportionalwahl bestimmt werden. Ob diese Änderung noch im Wege des Ortsstatutes möglich sei, liess er dahingestellt. Hier finden wir also bereits Andeutungen über eine geplante Abänderung des Wahlrechtes. Diese Abänderung hat sich nunmehr in einem Antrage des Stadtrats verdichtet, der allerdings eine andere Grundlage, als die von Ludwig-Wolf empfohlene Kombination von Klassenwahlrecht und Proportionalwahlrecht, hat. Der Anlass zu dieser Änderung war nicht nur das Bestreben, der sogenannten *Klasse der Festbesoldeten*, das heisst der öffentlichen und sonstigen Beamten, eine Vertretung zu verschaffen. Das ganze, sorgfältig ausgeklügelte System der Interessen- und politischen Vertretungen, das ganze Gleichgewicht zwischen den Parteien in der Stadtverordnetenversammlung, das dem Rat die unbestrittene

Herrschaft sicherte, war aufs gefährlichste bedroht. Die Arbeiterklasse hatte nicht nur die ihr von den Vätern des Dreiklassenwahlrechtes überlassenen Sitze in der III. Abteilung erobert, sie drohte in Bälde die gesamte III. Abteilung in ihren Besitz zu bringen. Sie besitzt zurzeit nicht nur die ihr zugeordneten 12 Mandate; schon bei der Wahl von 1904 stieg die Zahl der sozialdemokratischen Mandate auf 19, und beim Fortbestehen des jetzigen Wahlsystems würde nach 1906 nur 1 Sitz von 24 nicht in den Händen der Sozialdemokratie sein. Parallel mit diesem siegreichen Vordringen unserer Partei gehen die Verschiebungen in der Zusammensetzung der I. Abteilung, die beim Rat grosse Befürchtungen über den Fortbestand seiner Ratsherrlichkeit erweckt haben. In der I. Wählerklasse ist nämlich mit jeder Wahl die Anzahl der Hausbesitzervertreter eine grössere geworden. In wenigen Wahlgängen werden die Hausagrariarier und Vertreter der konservativ-antisemitischen Mittelstandsvereinigung, die nationalliberale Ratspartei aus der I. Abteilung hinausgedrängt haben. Damit wäre der nationalliberalen Vorherrschaft in der Gemeinde ein Ende gemacht. Um dieser Gefahr vorzubeugen, wurde der *Verein der Festbesoldeten* gegründet, und von diesem um Einführung der Proportionalwahl in das System der Klassenwahl oder um die Beseitigung der Anrechnung der Grundsteuer bei der Klasseneinteilung petitioniert. Durch die Anrechnung der Grundsteuer wird nämlich den städtischen Hausagrariern die Möglichkeit gewährt, auch die I. Klasse zu erobern. Diese Petition wurde an eine besondere Wahlrechtskommission verwiesen, von ihr aber und vom Plenum der Stadtverordnetenversammlung abgewiesen.

Trotz dieser Niederlage hat Herr Stadtrat Ludwig-Wolf, der Inspirator des Vereins, kürzlich einen neuen Wahlrechtsentwurf ausgearbeitet, der die Genehmigung des Rates gefunden hat und nunmehr in der Stadtverordnetenversammlung zur Diskussion steht. Dieser neue Entwurf baut sich nicht auf den früheren Vorschlägen auf, sondern schliesst sich an die in Chemnitz und Dresden bestehenden Berufswahlrechte an. Um aber der Plutokratie die Vorherrschaft auch in Zukunft zu sichern, sind bei der Bildung der Berufsgruppen sehr hohe Einkommenssätze zu Grunde gelegt, während die Grundsteuerleistung dabei ausser Betracht geblieben ist. Die Wählerschaft soll in

6 Gruppen eingeteilt werden, von denen jede Gruppe nach 3 Wahlen je 12 Vertreter, und zwar je 6 ansässige und 6 unansässige, erhalten soll. Gruppe A soll umfassen alle nach § 1 des Invalidenversicherungsgesetzes versicherungspflichtigen Personen, Gruppe B die Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten, die Geistlichen, Universitätsprofessoren, Lehrer, soweit sie ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 3000 M. haben, Gruppe C die Innungsmitglieder, die selbständigen Gewerbe- und Handeltreibenden ohne eingetragene Firma, aber mit mehr als 3000 M. Einkommen, Gruppe D die Handeltreibenden und Industriellen mit eingetragener Firma, soweit sie mehr als 10 000 M. Einkommen versteuern. In die Gruppen E und F sollen alle Personen fallen, die nicht zu den Gruppen A bis D gehören, sowie die freien Berufe, die Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Architekten, Künstler und alle Personen ohne ausgesprochenen Beruf. Von diesen gehören zur Gruppe E diejenigen Personen, die weniger als 3000 M., zur Gruppe F die, welche mehr als 3000 M. steuerpflichtiges Einkommen haben.

Der plutokratische Charakter des Entwurfes zeigt sich in den beiden Grenzzahlen von 3000 und 10 000 M. In Chemnitz beträgt die Grenze 1900 M. Sie ist nach der Begründung des Leipziger Rates zu tief, «um einer Überflutung der stabilen durch die flottierenden Elemente vorzubeugen». Der Entwurf ist aber auch gar kein Berufsklassenwahlrecht. Denn welche gemeinsamen Berufsinteressen zum Beispiel die Angehörigen der Klassen E und F mit einander verbinden, wird selbst der Bearbeiter des Entwurfes nicht nachzuweisen vermögen. Welches Berufsinteresse verbindet ferner die Geistlichen und die Universitätsprofessoren, die staatlichen und die Privatbeamten? Der Entwurf hat überhaupt nur den einen Grundsatz, die Gruppen so zuzuschneiden, dass bestimmten Teilen der Wählerschaft die Herrschaft in der Stadtverordnetenversammlung und damit auch in dem Rat gesichert wird. Das zeigen die Ziffern recht deutlich, welche die Zahl der auf einen Stadtverordneten entfallenden Wähler in den verschiedenen Gruppen angeben. In Gruppe A entfallen auf einen Stadtverordneten 1040 Wähler, in Gruppe B 315, in Gruppe C 200, in Gruppe D 102, in Gruppe E 828, in Gruppe F 210, wenn man die Wahlliste der Stadtverordnetenwahl von 1904 zu Grunde legt. Besonders privilegiert sind also

die Handeltreibenden und die Industriellen mit eingetragener Firma und mehr als 10 000 M. Einkommen. Ihnen folgen die Gruppen C und F, deren Charakteristikum ein Einkommen von mehr als 3000 M. ist. Am meisten benachteiligt sind die Arbeiter, und fast ebenso sehr die Angehörigen der Sammelgruppe E, in die die kleinen Beamten, die kleinen Handwerker, Krämer etc. zusammengepfercht sind. Privilegierung der grossen Einkommen, Benachteiligung der kleinen ist die Signatur des Entwurfes. Die 4 Gruppen der Leute mit mehr als 3000 M. Einkommen wählen zusammen 48 Stadtverordnete, denen 12 Vertreter der Arbeiterschaft und 12 der anderen kleinen Leute gegenüberstehen. Die *brutale Macht der blossen Majoritätsziffer* ist hier allerdings erfolgreich überwunden, sie ist ersetzt durch die brutale Macht des Geldsacks.

✕  
**Lustbarkeitssteuer** Der Berliner Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einer Billet- und Lustbarkeitssteuer vorgelegt, die nach der Ertragsberechnung 2 400 000 M. einbringen soll. Der Gedanke dieser Steuer entstand in einem Zeitpunkt, wo ein grösseres Defizit drohte. In dem letzten Jahre haben sich aber die städtischen Finanzen sehr gebessert. Statt des Defizits sind grosse Überschüsse eingetreten, so dass nicht der geringste Grund für die Einführung einer solchen Steuer vorliegt. Da aber die Stadtverordnetenversammlung in ihrem Horror vor einer Erhöhung der Einkommensteuer dem Vorschlage des Steuer Ausschusses zugestimmt hatte, so musste der Magistrat den Entwurf ausarbeiten, obwohl er an ihm keine grosse Freude gehabt haben kann. Die Einführung der Steuer wurde seinerzeit damit gerechtfertigt, dass sie nur den Luxus treffen solle. Die Vorlage des Magistrates bringt aber keine Luxussteuer, sondern trifft die grosse Masse nicht nur des Mittelstandes, sondern auch der ärmeren Bevölkerung und besteuert ihr Bedürfnis nach geistiger Bildung und das nicht minder berechnigte Bedürfnis nach Vergnügen und Erholung. Die Billetsteuer erstreckt sich auf Theatervorstellungen, deklamatorische Vorlesungen, Rezitationen und andere Vorträge, Konzerte, Zirkusvorstellungen, Spezialitäten, Variétévorstellungen, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellung von Personen und Tieren und ähnliche

Darbietungen, Tanzbelustigungen, Maskenbälle, Redouten, Wettrennen, Wettfahren, Kostümfeste und Bazare, Panoramen und Ausstellungen jeder Art. Befreit von der Steuer sind nur Veranstaltungen, die ausschliesslich wissenschaftliche und belehrende Zwecke verfolgen, weder von Unternehmern, noch Mitwirkenden berufsmässig betrieben werden und nicht auf Gewinnerzielung gerichtet sind, ferner Veranstaltungen zu wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, Veranstaltungen, die von Schülern oder hauptsächlich für Schüler Berliner Unterrichtsanstalten dargeboten werden. Es ist also zum Beispiel fraglich, ob die Veranstaltungen der *Freien Volksbühne*, des *Arbeitersängerbundes* etc. von der Steuer befreit bleiben, da deren belehrender und wissenschaftlicher Charakter bestritten werden kann. Andererseits bleiben Veranstaltungen zu wohltätigen Zwecken, also auch Bazare und Tanzeisen, steuerfrei, obwohl gerade bei solchen Veranstaltungen die Abführung des Ertrages an irgend ein Wohltätigkeitsinstitut nur das Mäntelchen zu sein pflegt, das der Lustbarkeit umgehängt wird. Die Steuer soll bereits bei einem Eintrittspreis von über 40 Pf. einsetzen — das nennt man *den Luxus treffen!* — und beträgt für die unterste Stufe bis zu 1 M. 5 Pf. Die folgenden Stufen sind 10 Pf. für Billets von 1 bis 2,50 M., 15 Pf. von 2,50 bis 3 M., 20 Pf. von 3 bis 4 M., von da ab je 10 Pf. für jede angefangene Mark. Bei dem Satz von 40 Pf. bleibt kein Billet mehr unbesteuert. Die Lustbarkeitssteuer wird für alle der Billetsteuer nicht unterworfenen öffentlichen Lustbarkeiten erhoben. Die Höhe der Steuer ist nach der Grösse des Etablissementes und nach der Art der Lustbarkeit abgestuft. So sollen zum Beispiel bei Tanzbelustigungen von Räumen bis 100 qm Grundfläche 3 M., bis 200 qm 4,50 M., bis 300 qm 6 M. etc. erhoben werden. Werden die Räume zu Singspielen, Vorträgen musikalischer Art, Schaustellungen etc. benutzt, so sind per 100 qm 4 M. zu bezahlen. Für Konzerte sind die Sätze niedriger, ebenso in Gartenlokalen. Man kann diese Steuer mit Recht zu den schikanösen Steuern rechnen. Setzte sich die Berliner Stadtverwaltung aus den strengsten Puritanern zusammen, die jede Erholung und jedes Vergnügen der Masse, alles, was das Leben erheitert und verschönt, für sündhaft erklären, sie hätte auch keine andere Steuer erdenken

können. Die Steuer zeigt ferner den Geist des Fiskalismus in seiner reinsten Blüte. Sie ist kleinlich, bildungs- und verkehrsfeindlich, und passt daher ganz in den Rahmen der Verkehrssteuern hinein, die die bürgerlichen Mehrheitsparteien des Reichstages vor kurzem in Berlin beschlossen haben.

× **Kurze Chronik** Die Stuttgarter Bürgerlichen Kollegien haben die Einführung der Lehrmittelfreiheit beschlossen. × Die Stadtverordnetenversammlung Hagens beschloss die Einrichtung eines bakteriologischen Untersuchungsamts. × Die Mainzer Stadtverordnetenversammlung hat die Errichtung einer Auskunfts- und Fürsorgestelle für Lungenkranke beschlossen und dafür 6000 M. aus der *Simon Kapp-Stiftung* bewilligt. × Auf dem hessischen Städtetage wurde über die Beteiligung der Beamten an der Verwaltung der Konsumvereine debattiert. Die weitergehenden Anträge der Referenten, die die weitere Gründung von Beamtenkonsumvereinen und Produktivgenossenschaften gesetzlich verboten wissen sollten, wurden abgelehnt, dagegen ein Antrag mit grosser Majorität angenommen. der den Städten empfiehlt, ihren Beamten in genügend erscheinender Weise kund zu geben, dass es nicht wünschenswert ist, wenn sie sich an der Leitung und Verwaltung von Konsumvereinen beteiligen [!].

× **Literatur** Für die Mailänder Ausstellung hat Dr. F. Mangold eine *Denkschrift über die Entwicklung der staatlichen Arbeitslosenfürsorge im Kanton Basel-Stadt* /Basel, Kommissionsverlag Lendorff/ verfasst, in der die Geschichte der zahlreichen Versuche dieses Kantons auf diesem Gebiete und deren wichtigste Ergebnisse ausführlich dargestellt werden. Die letzteren sind von dem grössten Interesse und sollten von unseren praktischen Kommunalpolitikern sorgfältig berücksichtigt werden. Dr. Mangold hebt hervor, dass die Entwicklung sich von rein privaten zu halb amtlichen, von diesen zu rein staatlichen Hilfskommissionen abgespielt habe, und dass diese anfänglich nur für eine spezielle Hilfsaktion oder nur für einen Winter eingesetzte Körperschaften sich allmählich zu einer ständigen Arbeitslosenkommision ausgebildet haben. Die Einsetzung einer solchen Kommission ist in der Tat die Vorbedingung

jeder zweckmässigen Arbeitslosenfürsorge. Aus den weiteren wichtigen Ergebnissen der Mangoldschen Denkschrift heben wir die folgenden hervor: Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Organisation von Notstandsarbeiten. Es empfiehlt sich, diese möglichst wenig als Unterstützung zu behandeln, vielmehr in ihrer Belohnung der normalen Lohnhöhe möglichst anzunähern. Mangold wirft die Frage auf, ob nicht gewisse Arbeiten ausschliesslich von Arbeitslosen ausgeführt werden sollten, um ihre Arbeitswilligkeit zu steigern und besser zu kontrollieren. Sehr wertvoll sind die Untersuchungen über die Dauer der Arbeitslosigkeit — Ergebnis: bei einer Versicherung sind die einzelnen Berufsarten besonders zu behandeln —, über die Feststellung der Häufigkeit der Arbeitslosigkeit — ein grosser Teil der Arbeitslosen lässt sich regelmässig jeden Winter einschreiben —, sowie über die sozialen und persönlichen Verhältnisse der Arbeitslosen. Wir müssen uns leider auf diese kurzen Bemerkungen über diese wertvolle Publikation beschränken und können nur wiederholt zu deren eingehendem Studium auffordern. Vom selben Verfasser ist, gleichfalls für die Ausstellung in Mailand, eine *Denkschrift über die staatlichen Massnahmen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse im Kanton Basel-Stadt* erschienen.

Im Verlag des *Vorwärts* ist das Protokoll über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter Gross-Berlins erschienen. Es enthält die Referate über die Verkehrspolitik Gross-Berlins, die Armenpflege, die Notwendigkeit von Zweckverbänden. Wir können es auch anderen, als Berliner Parteigenossen, zum Studium empfehlen. HUGO LINDEMANN

### Sozialistische Bewegung

**Abgeordnete** Wir geben im nachstehenden ein Verzeichnis der Vertreter des Sozialismus in den Parlamenten der verschiedenen Kulturstaaten. Das Verzeichnis wird von Zeit zu Zeit ergänzt, nach Neuwahlen erneuert werden; in dieser Rundschau ist es nach Ländern alphabetisch geordnet. Die Tabelle am Schluss des Abschnitts gibt eine vergleichende Übersicht.  
Belgien, *Chambre des Représentants* (166 Mitglieder). 30 Sozialisten: Allard, Anseele, Berloz, Bertrand, Brenez, Calluwaert, Debunne, Delbastée, Delporte, Demblon, Denis, Destrée, Fossion,

Furnémont, Horlait, Hubin, Lambillotte, van Langendonck, Léonard, Malempré, Mansart, Maroille, Meysmans, Pepin, Pierard, Schinler, Smeets, Terwagne, Vandervelde, Wettinck.

**Dänemark, Folkething** (114 Mitglieder). 24 Sozialisten: Andresen, Borgbjerg, J. Christensen, N. C. Christensen, Hyller, Hör dum, Jensen, Klausen, Knudsen, Marott, Meyer, Mortensen, Nielsen, C. M. Olsen, S. Olsen, V. Olsen, Chr. Rasmussen, H. Rasmussen, L. Rasmussen, Sabroe, Schmidt, Stauning. Wiinblad, Wilman. Vorsitzender der Fraktion ist Knudsen.

**Landsting** (66 Mitglieder). 1 Sozialist: Andersen.

**Deutschland, Reichstag** (397 Mitglieder). 78 Sozialisten: Albrecht, Auer, Baudert, Bebel, Bernstein, Berthold, Birk, Blos, Bock, Bömelburg, Brey, David, Dietz, Dreesbach, Ehrhart, Eichhorn, von Elm, Edmund Fischer, Richard Fischer, Förster, Frässs dorf, Frohme, Geck, Gerisch, Geyer, Goldstein, Gradnauer, Grenz, Haase, Haberland, Heine, Herbert, Herzfeld, Hildenbrand, Adolf Hoffmann, Arthur Hofmann, Horn, Hue, Kaden, Körsten, Kühn, Kunert, Ledebour, Legien, Lesche, Lindemann, Lipinski, Mahlke, Meist, Metzger, Molkenbuhr, Motteler, Nitzschke, Noske, Peus, Pfannkuch, Reisshaus, Sachse, Scheidemann, Schlegel, Schmalfeldt, Robert Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schöpf lin, Schulze, Schwartz, Sinder mann, Singer, Sperka, Stadthagen, Stolle, Stücklen, Südekum, Thiele, Tutzauer, von Vollmar, Wurm, Zubeil. Vorsitzende der Fraktion sind Singer und Bebel, Schriftführer ist Pfannkuch.

**England, House of Commons** (670 Mitglieder). 30 Mitglieder der L. P. (die man als die Vertretung des Sozialismus ansehen kann): Barnes, Bowerman, Clynes, Crooks, Duncan, Gill, Glover, Hardie, Henderson, Hodge, Hudson, Jenkins, Jowett, Kelley, MacDonald, Macpherson, O'Grady, Parker, Richards, Roberts, Seddon, Shackleton, Snowden, Summerbell, Taylor, Thorne, Walsh, Wardle, Wilkie, Wilson. Vorsitzender der Fraktion ist Hardie, Schriftführer MacDonald.

**Frankreich, Chambre des Députés** (584 Mitglieder). 76 Sozialisten, davon 52 geeinigte und 24 unabhängige. Die Geeinigten sind: Aldy, Allard, Allemane, Basly, Bedouce, Benezech, Betouille, Blanc, Bouveri, Breton, Brousse, Cadenat, Carlier, Chauvière, Constans, Coutant,

Dejeante, Delory, Devèze, Dubois, Dufour, Durre, Ferrero, Fiévet, Fournier, Franconie, Ghesquière, Goniaux, Groussier, Guesde, Jaurès, Lamendin, Lassalle, Marietton, Mélin, Meslier, Nicolas, Pastre, Poulain, de Pressensé, Roblin, Rouanet, Rozier, Selle, Sembat, Thivrier, Vaillant, Varenne, Veber, Vigne, Walter, Wil m; die Unabhängigen: Baron, Boyer, Briand, Camuzet, Carnaud, Charpentier, Colliard, Cornand, Desfarges, Favre, Fort, Gérard-Richard, Grousset, Isoard, Jourde, Ledin, Légitimus, Lenoir, Merle, Mille rand, Normand, Viollette, Viviani, Zévaès. **Sénat** (300 Mitglieder). 3 Sozialisten, davon 2 geeinigte und 1 unabhängiger. Die Geeinigten sind: Chantagrel, Delhon; der Unabhängige: Flaissières.

**Holland, Tweede Kamer der Staten-Generaal** (100 Mitglieder). 7 Sozialisten, davon 6 Sozialdemokraten und 1 revolutionärer Sozialist. Die Sozialdemokraten sind: Hugenholtz, van Kol, Schaper, Tak, Ter Laan, Troelstra; der revolutionäre Sozialist: van der Zwaag. Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion ist Troelstra, Schriftführer Ter Laan.

**Italien, Camera dei Deputati** (508 Mitglieder). 21 Sozialisten: Agnini, Antolisei, Aroldi, Badaloni, Berenini, Bertesi, Bissolati, Borciani, Calvi, Costa, de Felice, Enrico Ferri, Giacomo Ferri, Montemartini, Morgari, Rondani, Sichel, Tasca di Cuto, Treves, Turati, Zerboglio. Vorsitzender der Fraktion ist Costa.

**Norwegen, Storting** (117 Mitglieder). In der jetzt abgelaufenen Legislaturperiode 5 Sozialisten: Berge, Egedenissen, Eriksen, Lind-Johansen, Meyer-Foshaug. Die Resultate der Neuwahlen werden in der nächsten Rundschau mitgeteilt werden.

**Österreich, Abgeordnetenhaus** (325 Mitglieder). 11 Sozialisten: Adler, Cingr, Daszynski, Eldersch, Ellenbogen, Hybesch, Pernerstorfer, Resel, Rieger, Schuhmeier, Seitz. Vorsitzende der Fraktion sind Daszynski und Pernerstorfer, Schriftführer ist Hybesch.

**Schweden, Riksdagens andra kammare** (230 Mitglieder). 13 Sozialisten: Blomberg, Branting, Carlsson, Christierson, Eriksson, Kropp, Larsson, Leksell, Lindberg, Lindqvist, Nilsson, Persson, Thorsson. Vorsitzender der Fraktion ist Branting, Schriftführer Lindqvist.

**Schweiz, Nationalrat** (167 Mitglieder). 2 Sozialisten: Brüstlein, Scherrer.

**Serbien, Skupstina** (160 Mitglieder). 1 Sozialist: Laptschewitsch.

In den Parlamenten der übrigen europä-



ischen Staaten (Bulgarien, Portugal, Rumänien, Spanien, Ungarn etc.), sowie der Vereinigten Staaten von Amerika sitzen zurzeit überhaupt keine Sozialisten. Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Vertretung des Sozialismus in den Zentralparlamenten der Kulturstaaten (die respektiven Oberhäuser bleiben hier ausser Betracht); die Länder sind nach dem Prozentsatz der Sozialisten geordnet.

Land	Anzahl der Abgeordneten		Prozentsatz der Sozialisten im Parlament
	überhaupt	Sozialisten	
Dänemark	114	24	21,1
Deutschland	397	78	20,2
Belgien	166	30	18,1
Frankreich	584	76	13,0
Holland	100	7	7,0
Schweden	230	13	5,7
England	670	30	4,5
Norwegen	117	5	4,3
Italien	508	21	4,1
Österreich	325	11	3,4
Schweiz	167	2	1,2
Serbien	160	1	0,6

Der Einfluss der Sozialisten in den einzelnen Parlamenten ist freilich nicht proportional der Stärke ihrer Vertretung.

✕ **Parteitage und Konferenzen** ✕ Die Parteigenossen im Herzogtum Sachsen-Altenburg hielten kürzlich ihren Landesparteitag in Gera (also ausserhalb des Landes, wegen der rückständigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe) ab. Nach den erstatteten Berichten ist ein erfreulicher Aufschwung der Partei im Herzogtum zu verzeichnen. Die Zahl der organisierten Parteigenossen betrug am 1. April 3500. Die Einnahmen stiegen von 6400 M. im Vorjahre auf 10 000 M., die Ausgaben von 5500 M. auf 7500 M. Auch die *Altenburger Volkszeitung* hat sich im abgelaufenen Jahre gut entwickelt. Sie nahm um über 1000 Abonnenten zu und hat deren jetzt über 6000.

✕ **Schweden** ✕ Nach dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht des Parteivorstandes für das Jahr 1905 ist die Mitgliederzahl der schwedischen Sozialdemokratie im Laufe eines Jahres von 64 835, organisiert in 115 Ortsvereinen, auf 69 181 in 138 Vereinen gestiegen. Bei den Wahlen zum Reichstag wurden 26 083 Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben; ausserdem aber haben die Parteigenossen in mehreren Kreisen, wo sozialdemokratische Kandidaturen aussichtslos waren, für

radikale Kandidaten gestimmt, so dass die Gesamtstimmenzahl der Partei auf 45 000 berechnet wird, das Vierfache der vor 3 Jahren erzielten. Über die politisch-parlamentarische Tätigkeit der Partei sind die Leser durch den Artikel Hjalmar Brantings in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 657 ff. unterrichtet.

✕ **Kroatien** ✕ In Kroatien nimmt die sozialdemokratische Bewegung an Stärke und Intensität zu. Davon legen die sozialistischen Vereine und der gegenwärtige Stand der Presse Zeugnis ab. In der Hauptstadt Zagreb wurde in diesem Jahre ein neuer sozialistischer südslawischer Verlagsverein *Nasa snaga (Unsere Macht)* gegründet. Dies Unternehmen hat die Aufgabe, sozialdemokratische Arbeiter und solche, die mit ihnen sympathisieren, insbesondere auch die Jugend, mit den aktuellen Problemen des Sozialismus, mit der Behandlung allgemein politischer und kultureller Fragen, insbesondere der Agrarfrage, bekannt zu machen. Der Verlag gibt auch zwei Zeitschriften heraus: die Monatschrift *Napred (Vorwärts)* und die im Monat zweimal erscheinende *Razredna borba (Der Klassenkampf)*; die letztere Zeitschrift will sich mit theoretischen Erörterungen befassen, ferner eine Übersicht geben über die soziale Reformbewegung und über die in- und ausländische sozialistische Kritik der ökonomischen, wissenschaftlichen und literarischen Erscheinungen; daneben sollen dann im speziellen die wichtigsten Reformen und Ereignisse in der kroatischen Landespolitik behandelt werden.

✕ **Presse** ✕ Die seit langem von der Partei gewünschte *Sozialdemokratische Parteikorrespondenz* hat am 19. Juli zu erscheinen begonnen. Ihre Aufgabe besteht darin, der Parteipresse und den zu der Leitung und Betreibung der Agitation berufenen Genossen laufend Agitationsmaterial zu liefern. Die Redaktion liegt in den Händen der Genossen Erdmann, Schröder und Grunwald. Die Korrespondenz wird namentlich den tätigen Parteigenossen in der Provinz, wo eine verlogene Kreispresse unablässig an der Arbeit ist, die Sozialdemokratie zu verleumden, willkommen sein. Die bisher erschienenen Nummern zeichnen sich durch gute Anordnung und eine (fast zu grosse) Reichhaltigkeit des Inhalts aus. Die Magde-

burger *Volksstimme* zählt jetzt rund 19 000 Abonnenten; zum 1. Oktober wird, um den Druck zu bewältigen, die Aufstellung einer neuen, grossen Rotationsmaschine erfolgen.

× **Totenliste** Einer der ältesten Cölner Genossen, Jean Kröger, ist gestorben. 1842

in Cöln geboren, trat er bereits 1862 als Schreinergehilfe dem dort von dem ehemaligen Redakteur der *Neuen Rheinischen Zeitung*, Heinrich Bürgers, geleiteten Arbeiterbildungsverein bei. Beim Auftreten Lassalles schloss sich Kröger dem *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* an. Dann machte er die Feldzüge von 1866 und 1870-71 mit. Unter dem Sozialistengesetz hat er wacker und unerschrocken mitgearbeitet. Später errichtete er eine Auskunftsstelle in Sachen der Arbeiterversicherung. Im Jahre 1894 übernahm er die durch die Cölner Arbeiterschaft begründete unentgeltliche Auskunftsstelle, und vom Jahre 1901 an setzte er diese Tätigkeit als Arbeitersekretär fort. Als solcher hat er sich durch klare Raterteilung und Förderung namentlich der Unfall- und Armenstreitsachen das unbegrenzte Vertrauen der Allerärmsten errungen, ein Vertrauen, das ihm den Ehrennamen des *Armenvaters* eingetragen hat.

× **Kurze Chronik** Der *Vorwärts* veröffentlichte am 21. Juli Aktensstücke, die den *Reichsverband gegen die Sozialdemokratie* kompromittierten. × Ohne Einwilligung der *Generalkommission* und der sonst in Frage kommenden Körperschaften ist von seiten der Partei von dem nur für die Beteiligten herausgegebenen Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände am 19. bis 23. Februar (vergl. die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 334-335) der *Teil Partei und Gewerkschaft* abgedruckt und der Öffentlichkeit übergeben worden. Die *Generalkommission* hat gegen diese Handlung, die ohne Präzedenzfall dasteht, in ihrem *Korrespondenzblatt* Protest eingelegt. × Der vor 2 Jahren gegründete *Sozialistische Jugendverband Dänemarks* umfasst jetzt 12 Ortsabteilungen; er steht mit den sozialistischen Jugendorganisationen Schwedens und Norwegens in Verbindung und arbeitet auf die Gründung eines internationalen Jugendverbandes

hin. × Am 1. Oktober beginnt die *New Yorker Rand-Schule für soziale Wissenschaften* (so genannt nach einer reichen Stiftung der verstorbenen Genossin Carrie A. Rand) ihre Lehrtätigkeit. Die *Rand-Schule* bietet zu mässigen Bedingungen eine Reihe von sozialwissenschaftlichen Vorlesungen und Studienkursen vom Standpunkt des Sozialismus aus. Für einen systematischen Kursus von 25 Lektionen werden 5 Dollars berechnet, für alle Kurse 20 Dollars; Parteimitglieder erhalten besondere Vergünstigungen.

× **Literatur** Max Quarck hat sich ein Verdienst erworben, indem er die Reden der Genossen Jaurès und Vaillant und des Ministers Clemenceau als *Zukunftsstaatsdebatten im französischen Parlament* /Frankfurt a. M., Buchhandlung *Volksstimme*/ deutsch herausgegeben hat. Die genannte Debatte kann als das bedeutendste Ereignis des europäischen Sozialismus in den letzten Jahren angesehen werden. Mag man auch mit dem Genossen Fournière (vergl. seinen Artikel *Die Stellung der Sozialisten im französischen Parlament* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 652 ff.) der Ansicht sein, dass es selbst einem Jaurès nicht gelungen ist, in der eigentlichen *Zukunftsstaatsfrage* seinen gewandten Gegner zu überwinden, so hat diese grosse Auseinandersetzung zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Demokratie ihre dokumentarische Bedeutung; man wird öfter auf sie zurückgreifen müssen. Die Übersetzung ist gut. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn Genosse Quarck das offizielle stenographische Protokoll zur Unterlage gewählt hätte, statt des Berichts der *Humanité*, der namentlich in der Wiedergabe der Rede Clemenceaus die Objektivität ein wenig vermissen lässt; auch äusserlich stört da an mehreren Stellen der Übergang von direkter Rede zum blossen Referat. Doch wird dadurch der Wert der Publikation nicht erheblich beeinträchtigt. Der Preis von 10 Pf. ermöglicht die wünschenswerte Massenverbreitung. Der *Neue Welt-Kalender für 1906* enthält, wie in den früheren 30 Jahrgängen, eine Reihe interessanter Artikel aus der Feder bekannter Parteigenossen; unter anderen seien hervorgehoben die Aufsätze I. Zadeks über Seuchenverhütung, Otilie Baaders über Frauenagitation, Adolf Brauns über französische Gesellenorga-

nisationen früherer Zeiten. Der mit vielen Illustrationen versehene Kalender kostet 40 Pf. X Die in New York erscheinende Zeitschrift *Wilshire's Magazine* bringt eine Abhandlung des Genossen Upton Sinclair, des bekannten Autors des *Jungle*, in der er sich gegen einen im *Century Magazine* erschienenen Artikel William Bryans über Individualismus und Sozialismus wendet. Bryan redet dem Individualismus und der freien Konkurrenz als den treibenden Elementen für den Fortschritt das Wort, eine Auffassung, der Sinclair mit guten Argumenten entgegentritt. Aus seiner Arbeit ist zu entnehmen, dass er ein guter Kenner der europäischen sozialistischen Literatur ist.

HUGO POETZSCH

### Gewerkschaftsbewegung

**Bilanz des Jahres 1905** Die modernen Gewerkschaften in Deutschland haben sich im letzten Jahre ausserordentlich günstig entwickelt. Die *Generalkommission* veröffentlicht darüber im *Korrespondenzblatt* den zahlenmässigen Nachweis. Danach erhöhten die freien Gewerkschaften in 1905 ihren Mitgliederstand von 1 116 723 auf 1 429 303, das heisst um 3 16 084 oder 28,3 %. Im Jahre 1904 betrug die Mitgliederzunahme 175 454 oder 18,5 %, im Jahre 1903 192 707 oder 25,6 %. In keinem Jahr dürfte denn auch eine so grosse verhältnismässige Mitgliederzunahme zu verzeichnen gewesen sein, wie im letzten Jahre. Es hatten am Jahresabschluss 1905 Mitglieder die Organisation der Asphaltheute 617 (+ 161), Bäcker 11 374 (+ 1668), Barbieri 1416 (+ 451), Bauhilfsarbeiter 55 447 (+ 16420), Bergarbeiter 105 060 (+ 24 378), Bildhauer 4875 (+ 182), Blumenarbeiter 510 (+ 75), Böttcher 7200 (+ 750), Brauereiarbeiter 23 342 (+ 4083), Buchbinder 17 861 (+ 1253), Buchdrucker 44 476 (+ 3896), Buchdrucker Elsass-Lothringens 940 (+ 65), Buchdruckereihilfsarbeiter 8086 (+ 3488), Bureauangestellten 703 (+ 135), Dachdecker 5115 (+ 1255), Fabrikarbeiter 75 870 (+ 25 089), Fleischer 2484 (+ 184), Formstecher 530 (+ 72), Gärtner 4017 (+ 517), Gastwirtsgehilfen 3908 (+ 883), Gemeindearbeiter 20 818 (+ 7092), Glasarbeiter 11 078 (+ 4776), Glaser 4783 (+ 930), Graveure 2356 (+ 78), Hafentarbeiter 16 891 (+ 1916), Handels- und Transportarbeiter 50 654 (+ 10 249), Handlungsgehilfen 5815 (+ 2103), Handlungsschuhmacher 3100 (+ 136), Holzarbeiter

130 141 (+ 24 755), Hutmacher 5517 (+ 985), Konditoren 3071 (+ 656), Kürschner 1820 (- 59, Kupferschmiede 3851 (+ 480), Lagerhalter 1452 (+ 106), Lederarbeiter 6772 (+ 994), Lithographen 13 094 (+ 2182), Maler 30 119 (+ 7468), Maschinisten 11 383 (+ 2733), Maurer 158 680 (+ 28 551), Metallarbeiter 259 692 (+ 60 728), Müller 4208 (+ 497), Notenstecher 453 (+ 121), Portefeullier 3579 (+ 1072), Porzellanarbeiter 11 149 (+ 2557), Sattler 6010 (+ 1370), Schiffszimmerer 2973 (+ 505), Schirmmacher 395 (-), Schmiede 17 191 (+ 3385), Schneider 31 286 (+ 7034), Schuhmacher 28 546 (+ 4991), Seecleute 3381 (+ 170), Steinarbeiter 15 090 (+ 4918), Steinsetzer 7364 (+ 939), Stukkateure 7283 (+ 1631), Tabakarbeiter 25 907 (+ 4644), Tapezierer 6755 (+ 1135), Textilarbeiter 77 808 (+ 26 550), Töpfer 11 013 (+ 660), Vergolder 1846 (+ 103), Wäschearbeiter 6300 (+ 5325), Zigarrensortierer 1839 (+ 317), Zimmerer 43 253 (+ 6210), Zivilmusiker 756 (+ 27). Mit Ausnahme der Kürschner hatten also alle Gewerkschaften eine Mitgliederzunahme, die bei einigen Verbänden recht erheblich war. Besonders erfreulich ist auch die Zunahme an weiblichen Mitgliedern. Deren Zahl stieg im letzten Jahre von 53 525 auf 89 431, also um 35 906 oder 67 %. Namentlich sind daran die Metallarbeiter, Textilarbeiter, Tabakarbeiter, Wäschearbeiter, Buchdruckereihilfsarbeiter, Schneider, Fabrikarbeiter, Konditoren, Buchbinder und Holzarbeiter beteiligt. In der Finanzgebarung sind die gleichen Fortschritte zu verzeichnen, wie im Mitgliederstand. Während im Jahre 1904 die Einnahmen in 63 Verbänden 20 190 630 M. betragen, beliefen sie sich im Jahre 1905 in 64 Verbänden auf 27 812 257 M. Im Jahre 1891 hatten die 49 Verbände, welche Bericht erstatteten, nur eine Gesamteinnahme von 1 116 588 M. Bis zum Jahre 1900 war die Einnahme in 58 berichtstehenden Verbänden auf 9 454 075 M. gestiegen. In den Jahren 1891 bis einschliesslich 1905 verzeichneten die Verbände 126 710 621 M. Die Jahresausgaben stellten sich in den 64 der *Generalkommission* angeschlossenen Verbänden auf 25 024 234 M. Im Jahre 1891 hatten 17 Verbände eine Ausgabe von 1 666 534 M., im Jahre 1900 58 Verbände eine solche von 8 088 021 M. In den Jahren von 1891 bis 1905 einschliesslich verausgabten die Verbände 111 197 616 M. Die Ausgaben der Ge-

werkschaften verteilen sich im Jahre 1905 wie folgt: Verbandsorgan 1 415 397 M., Agitation 1 305 132 M., Streiks 9 674 094 M., Rechtsschutz 311 239 M., Gemassregeltenunterstützung 486 765 M., Reiseunterstützung 712 820 M., Arbeitslosenunterstützung 1 991 924 M., Krankenunterstützung 1 920 639 M., Invalidenunterstützung 273 960 M., Sterbeunterstützung 328 676 M., Notfallunterstützung 296 128 M., Umzugsunterstützung 175 551 M., Stellenvermittlung 12 996 M., Bibliotheken 37 256 M., sonstige Zwecke 1 037 745 M., Konferenzen 312 798 M., *Generalkommission* 182 449 M., Beitrag an Kartelle und Arbeitersekretariate 224 984 M., Prozesskosten 8920 M., Gehälter 466 856 M., Verwaltungsmaterial 542 064 M. Bemerkenswert ist vor allem die enorme Ausgabe für Streikzwecke, 9 674 094 M. gegen 5 869 519 M. im Jahre 1904, für sonstige Unterstützungen wurden 7 913 099 M. verausgabt gegen 7 338 763 M. im Vorjahre. Der Kassenbestand stieg von 16 109 903 M. auf 19 635 850 M.

Eingerechnet die 117 097 Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen, 191 690 der christlichen, 76 926 der unabhängigen christlichen, 67 675 der unabhängigen und 27 736 der lokalen Vereine waren in Deutschland Ende 1905 2 010 527 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert; die Zahl dürfte sich mittlerweile um mehrere Hunderttausend erhöht haben. Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen verfügten insgesamt über ein Vermögen von 24 656 133 M.

× **Buchbinder-  
gewerbe** Die Grossunternehmer im Buchbindergewerbe haben die diesjährige Maifeier zum Anlass eines schweren Kampfes gegen den Buchbinderverband genommen. Der zwischen dem Verband und der Unternehmerorganisation für die Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart abgeschlossene Tarif lief im August dieses Jahres ab. Die Unternehmer waren willens, den Vertrag weiter mit der Arbeiterorganisation abzuschliessen, aber ohne irgend welche Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter eintreten zu lassen. Beim Abschluss des Vertrages im Hochsommer oder Herbst hätten die Unternehmer infolge der günstigen Konjunktur den organisierten Gehilfen wohl mehr Entgegenkommen zeigen müssen; deshalb provozierten sie Anfang Mai, in der flauen Zeit, den Kampf, um die Aktionskraft der Organisation für den Herbst lahmzulegen und sie zur An-

nahme eines für die Arbeiter faulen Vertrages zu nötigen. So wurden in Berlin zirka 1000 Arbeiter wegen Kontraktbruchs, das heisst Feiern des 1. Mai, ausgesperrt. Die Unternehmer stellten daraufhin an die Arbeiter in Leipzig und Stuttgart das Ansinnen, Streikarbeit zu verrichten, und als sie sich dessen weigerten, vollzogen sie auch dort die Aussperrung von 2100 respektive 620 Buchbindereiarbeitern. Wie aus den Publikationen der Unternehmerorganisation hervorging, hatten es die Unternehmer auf die gänzliche Vernichtung des Buchbinderverbandes abgesehen. Dazu haben sie es ja nun nicht gebracht, denn der Buchbinderverband hat in 13wöchigem Kampfe seinen Mann gestellt. Die Unternehmer haben aber immerhin den Abschluss eines ihnen genehmen Tarifvertrages auf 5 Jahre erreicht, der den Arbeitern lediglich eine zweimalige Lohnaufbesserung von je 2 Pf. für die ganze Vertragszeit gewährt.

× **Kurze Chronik** Der Vorstand des **H a n d -  
s c h u h m a c h e r** verbandes erklärt sich in aller Form gegen eine Verschmelzung aller Verbände der in der Lederindustrie beschäftigten Arbeiter; der **H ä n d s c h u h m a c h e r** verband entspreche allen Anforderungen einer modernen Gewerkschaftsorganisation, und er sei zu jeder Zeit und in jeder Beziehung in der Lage, den wirtschaftlichen Kampf selbständig zu führen. × Der Verband der **e l s a s s -  
l o t h r i n g i s c h e n** Buchdrucker hat auf seiner Delegiertenversammlung am 8. Juli beschlossen, sich dem deutschen Buchdruckerverbände anzuschliessen. Damit wird eine einheitliche Organisation der Buchdrucker für das ganze Reich geschaffen. × Der **P h o t o -  
g r a p h e n g e h i l f e n** verband, welcher vom 22. bis 24. Juli in Hannover tagte, beschloss mit 48 gegen 6 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen, sich der *Generalkommission* anzuschliessen. × In Berlin hat sich eine neue **M e t a l l a r b e i t e r -  
o r g a n i s a t i o n** gebildet, deren Spitze gegen den Metallarbeiterverband gerichtet ist. Eine Bedeutung dürfte dieses neueste Organisationsnischen, das unter der Leitung Wiesenthals steht, kaum erlangen.

× **Literatur** Die kraftvolle Steigerung der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland hat auch eine grosse Machtentfaltung der

Unternehmerorganisationen zur Folge gehabt. An einer übersichtlichen Darstellung hat es bisher durchaus gefehlt. Diesem besonders für die tätigen Gewerkschafter fühlbaren Mangel hat Dr. August Müller in seiner Broschüre *Gewerkschaften und Unternehmerverbände* (Magdeburg, Grosskopf) recht glücklich abzuwehren gewusst. Müller, der den Lesern dieser Zeitschrift hinlänglich bekannt ist, gibt uns hier ein gedrängtes Bild des Wesens und der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und zeigt uns ihre Bedeutung aus dem Gesichtswinkel des modernen Gewerkschafters heraus. Die Schrift dürfte das Interesse der gesamten organisierten Arbeiterschaft finden.

Von den zahlreichen gewerkschaftlichen Publikationen der letzten Monate sind, weil von allgemeinem Interesse, hervorzuheben: *Lohntarife und Tarifverträge im Schneidergewerbe*, herausgegeben vom Schneiderverband, eine Agitationschrift des Gärtnervereins *Ausgerent!* *Ein Wegweiser für junge Gärtnergehilfen*, zwei Publikationen des Gemeindearbeiterverbandes *Die Lage des Personals der Kranken- und Irrenhäuser vor dem deutschen Reichstage* und *Die Koalitionsrechtsfrage in den Berliner Kranken- und Irrenhäusern*, eine des Textilarbeiterverbandes *Die Lage der Arbeiter der Berliner Teppichbranche im Jahre 1905* und drei des Holzarbeiterverbandes *Die Lage und Organisation der Klavierarbeiter*, *Zur Organisation der Modelltischler* und *Mit neuer Kraft! Ein Wort zur Beitragserhöhung*.

ERNST DEINHARDT

### Genossenschaftsbewegung

#### Unterstützungskasse

In Verbindung mit dem Stettiner Genossenschaftstag fand am 18. Juni in Anwesenheit von 48 Delegierten die 1. ordentliche Generalversammlung der Unterstützungskasse des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* statt. Die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* kennen die Geschichte und die ungemein rasche Entwicklung dieses vielversprechenden Unternehmens. Nach dem Berichte des provisorischen Verwaltungsrats hatten sich der Kasse bis zum 1. April 1906 73 Vereine mit 1335 Mitgliedern angeschlossen; doch sind seitdem noch mehrere grössere Vereine beigetreten. Die Mitgliederbeiträge im ersten Vierteljahr beliefen sich auf 25 679 M. Die Verlagsanstalt des *Zentralverbandes*, die sämtliche Geschäfte

der Kasse führt, bezog dafür bisher nur 1 % der Einnahmen, die jedoch zur Deckung ihrer Unkosten nicht ausreichen, so dass sie in Zukunft die bis jetzt der Kasse überwiesenen Provisionen für die Unfall- und Haftpflichtversicherung selbst einbehalten wird. Auch dann ist die Verwaltung der Kasse noch eine ausserordentlich billige. Die Entlastung der provisorischen Verwaltung erfolgte einstimmig. In den definitiven Verwaltungsrat wurden die Genossen Fräsdorf-Dresden, Bobe-Pieschen und Walter-Löbtau als Vertreter der Vereine, Koch-Potschappel, Henker-Potschappel, Syrbel-Löbtau als Vertreter der Angestellten, und in den Vorstand Lorenz-Hainburg (Stellvertreter von Elm) für die erste und Kretschmar (Ed. Würfel) für die zweite Gruppe gewählt.

In der nachfolgenden Debatte, die sich hauptsächlich um Änderungen der Satzungen bewegte, erlangte keiner der Anträge die erforderliche Dreiviertelmehrheit. Doch werden einzelne Anregungen zu berücksichtigen sein. Besondere Beachtung verdient ein Vorschlag Allmanns, der ein Kartellverhältnis zwischen dieser und der Unterstützungskasse der Angestellten der modernen Arbeiterbewegung wünschte, weil Angestellte häufig aus der einen in die andere Bewegung übertreten.

Hoffentlich führt die wachsende Einsicht in ihre sozialen Pflichten als Arbeitgeber möglichst bald alle deutschen Konsumvereine der Kasse zu!

×

**England: Frauengenosenschaftsgilde**

Der am 25. und 26. Juni in Ipswich abgehaltene Jahreskongress der englischen *Frauengenosenschaftsgilde* war von 500 Delegierten besucht. Wie die Vorsitzende des Kongresses, Frau Gasson, mitteilte, umfasst die Gilde heute 425 Lokalorganisationen mit 22 077 Mitgliedern, die bereits einen ausserordentlich bedeutungsvollen Faktor im englischen Genossenschaftsleben darstellen. Eine Hauptaufgabe sieht die Gilde bekanntlich in der Gewinnung der ärmsten Bevölkerungsschichten für die Bewegung. Sie strebt zu diesem Zweck eine Herabsetzung der Preise und Aufhebung der Eintrittsgelder an und sucht, den Interessen der in Frage kommenden Schichten durch Errichtung besonderer *Armenläden* entgegenzukommen, von denen der im berühmtesten *Slum* von Sunderland gegründete, später leider wieder aufgehobene, die grösste Berühmtheit erlangt

×

hat. Es wurden dort nicht nur Kolonialwaren und rohes Fleisch, sondern auch fertige Gerichte in kleinsten Portionen verkauft; Unterrichtskurse, Unterhaltungsabende für Männer, Frauen und Kinder und sonstige praktische Einrichtungen machen den *Armenläden* zu einer wahren Heim- und Erholungsstätte für seine bedauernswerten Umwohner. Ähnliche Läden bestehen mit gutem Erfolge in Bristol, Hull, York u. s. w. Der Kongress sprach sich für einen intensiven weiteren Ausbau dieser *Volksläden*, wie sie in Zukunft heissen sollen, aus. Er nahm ferner gegen das in England wieder mehr überhandnehmende Borgunwesen in den Konsumvereinen Stellung. Auf Antrag der Generalsekretärin Davies wurde sodann den Lokalvereinen empfohlen, die Frage der Errichtung von Kinderapotheken und ärztlichen Hilfsstationen auf den Vereinsabenden zu diskutieren. Ein Antrag, der auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses die Frage *Genossenschaften und Arbeiterpartei* setzen wollte, wurde mit 242 gegen 122 Stimmen abgelehnt.

× **Kurze Chronik** Der Umsatz der G. E. G. im I. Halbjahr 1906 betrug 19 205 440 M. gegen 16 000 386 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, was einer Steigerung von 20 % entspricht. × In Karlsruhe erfolgte die Verhaftung des früheren Geschäftsführers des dortigen Konsumvereins, Wilhelm Stösser. Die Untersuchung erstreckt sich auf die Frage des betrügerischen Bankrotts. × Der *Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften* hat ein Preisausschreiben erlassen: »Durch welche Mittel lässt sich der genossenschaftliche Bezug von landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln seitens der Einzelgenossenschaften, insbesondere durch Vermittelung der Zentralein- und -verkaufsgenossenschaften steigern?« Die ausgesetzten Preise betragen 400, 300 und 200 M.

× **Literatur** Im Verlage des *Genossenschaftspioniers* in Berlin ist als 2. Heft der *Genossenschaftlichen Agitationsbibliothek* eine kleine Schrift Max Hoppes, des Berliner Vertreters der G. E. G., erschienen, die den Titel *Der Kampf gegen die Lebensmittelverfälschung* führt. Hoppe gibt zunächst eine Darstellung der in Frage kommenden Gesetzesvorschriften und führt uns dann die verschiedenen,

zum Teil für den Laien gar nicht erkennbaren Fälschungen in der Lebensmittelindustrie vor. Nur der Beitritt zu den Konsumvereinen, die an sich kein Interesse an dem Verkauf minderwertiger Produkte haben, und die in ihren grösseren Betrieben sich heute schon durch Anstellung von Chemikern vor Täuschungen durch Privatlieferanten zu sichern suchen, gewährt dem Konsumenten den notwendigen Schutz vor diesen Schädigungen seiner Gesundheit und seines Geldbeutels.

GERTRUD DAVID

### Sozialpädagogische Bewegung

**Freies Kunstheim** Die abschliessende Generalversammlung der Berliner *Freien Volksbühne* fand am 4. Juli statt. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht geht, bei einer Einnahme von 103 100 und einer Ausgabe von 97 613 M., hervor, dass der Verein, der nunmehr 11 000 Mitglieder zählt, sich jederzeit vergrössern könnte, wenn er nur Raum und Zeit für die entsprechende Anzahl von Vorstellungen fände. An Zufluss von neuen Mitgliedern würde es nicht fehlen, das erwies der Andrang bei Eröffnung der neuen Abteilung zu Beginn des abgelaufenen Geschäftsjahres. Aber, »wie die Verhältnisse liegen«, ist der Unterschlupf in den Berliner Theatern schon seither schwierig und einigermaßen unsicher gewesen. Unter Beibehaltung dieser Praxis ist an eine Vergrösserung nicht zu denken. Der Vorstand hat deshalb einen kühnen, für die Volksbühnenbewegung, ja für die ganze Volksbildungsfrage äusserst bedeutsamen Gedanken, die Frage der Errichtung oder Erwerbung eines eigenen Theaterbaues, in die Debatte der Generalversammlung geworfen. Den Anwesenden wurde ein von Vorstand, Ausschuss und Ordnerkommission unterzeichnetes Flugblatt vorgelegt, das zur Gründung einer Gesellschaft auffordert, die in Beiträgen von 20 M. das Geld zum Erwerb oder Bau eines eigenen Theaters für die *Freie Volksbühne* aufbringen soll. Auf Antrag des Geschäftsführers Winkler beschloss die Versammlung einstimmig die Massenverteilung des Flugblattes unter der Berliner Arbeiterschaft. In diesem Flugblatt sind mehrere Fragen formuliert, von ihrer Beantwortung und von der Masse der Neumeldungen wird man bei weiteren Schritten sich leiten lassen. Man war also gewiss nicht unbedacht oder voreilig, und es wurde kein

Beschluss von allergeringster praktischer Tragweite gefasst.

Wie man sich nun theoretisch und prinzipiell zu dem neuen Gedanken eines *Freien Kunsttheims* stellt, das hängt einfach davon ab, wie man sich zu den Volksbühnen überhaupt stellt. Schätzt man deren Wirksamkeit vom Standpunkte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus als eine nützliche ein, so muss man von der Berliner *Freien Volksbühne* direkt verlangen, dass sie nach der Möglichkeit strebe, nicht nur die sich Meldenden aufzunehmen, anstatt, wie seither, sie abzuweisen, sondern auch wieder werbend an die Massen heranzutreten. Die erzieherische und politisch nützliche Wirkung der Volksbühnen dürfte aber heute niemand mehr leugnen können, denn es ist entschieden nicht anzunehmen, dass ohne das Dasein dieser Vereine die Kreise, aus denen sie sich rekrutieren, ein gleiches Interesse für die Kunst hervorbrächten und betätigten, und es ist längst klar, dass beim Fortfall solcher Betätigung die menschliche respektive parteigenössische Qualität der betreffenden Individuen leiden müsste.

Ist nun das *Freie Kunsttheim* nicht allein eine Notwendigkeit, sondern auch eine Möglichkeit? Ist der neue Gedanke ausführbar, oder wird er zum Schaden der pädagogischen — und indirekt der politischen — Arbeiterbewegung ein kühnes Projekt bleiben müssen? Muss er etwa wirklich schon deshalb scheitern, weil eine *Freie Volksbühne*, wie Genosse Mehring in der *Neuen Zeit* einwendet, ihren Gagenetat über den der bürgerlichen Bühnen hinaufschrauben muss und sich nicht auf die Hungerlöhne des technischen Personals und das »Minus an Schauspielerinnenhonoraren« einlassen darf, oder weil sich bei wachsender Mitgliederzahl immer mehr die Schwierigkeit befestigt, die im Verborgenen blühenden dramatischen Veilchen zu pflücken? Wir dürfen und wollen zu den Fragen der Praxis uns erst stellen, wenn wir etwas über die geschäftlichen Einzelheiten und über die Höhe der klingenden Zustimmung wissen. Bis dahin bescheiden wir uns mit einer prinzipiellen Billigung des Gedankens. Nur so viel sei gesagt: Bei ausreichender Beteiligung und tüchtiger Leitung ist es nicht einzusehen, warum die Berliner Arbeiterschaft nicht ein Theater in völlig würdiger Weise besitzen und betreiben könnte. Besitzt die deutsche Arbeiterschaft doch zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften!

Wem fällt es aber ein, deren Fortexistenz abzuweisen wegen der in der allgemeinen kapitalistischen Geschäftspraxis üblichen Löhne des technischen Personals und des allerdings selteneren Minus an Schriftstellerhonoraren? Ebenso wenig wird man dem *Vorwärts* sein Unterhaltungsblatt streitig machen wollen, weil ein Leserkreis von 100 000 Arbeitern heute noch nicht ein solcher ist, einer Redaktion die Entdeckung und Ermunterung junger Talente zu erleichtern.

× **Berlin: Arbeiterbildungsschule** ×  
 Dem Bericht über das 15. Geschäftsjahr, welches am 31. März zu Ende ging, ist zu entnehmen, dass die Mitgliederzahl gegen die des Vorjahres erheblich gestiegen ist. Das grösste Interesse wendete sich den Kursen der Geschichte, Redeübung, Nationalökonomie und Naturerkenntnis zu, weniger waren die Kurse der Gesetzkunde und der neugeschaffene der Gewerkschaftsgeschichte belegt und besucht, und am schwächsten waren es die Fortschrittskurse der Redeübung und der Nationalökonomie. Es liessen sich 1282 Personen (im Vorjahre 1001) als Mitglieder einschreiben, darunter 93 weibliche, und ausserdem nahmen 47 Lehrlinge und jugendliche Arbeiter an den Kursen teil. In den 3 Quartalen wurden 18 Kurse gehalten, die 183mal belegt waren; die durchschnittlichen Besuchszahlen ergeben die Summe von 1311, also 71,52% der Belegungen. Über die Altersstufe der Mitglieder wurde festgestellt: 834 waren zwischen 20 und 30; 176 zwischen 30 und 40; 115 bis zu 20; 26 zwischen 40 und 50; und 5 über 50 Jahre alt. 556 Mitglieder waren sowohl politisch, wie gewerkschaftlich organisiert; 472 nur gewerkschaftlich; 29 nur politisch; die übrigen 215 hatten keine Angaben gemacht. Ausser den genannten Kursen wurden 12 Sonntagsversammlungen mit bildenden und künstlerischen Vorträgen veranstaltet, sie waren von 4000 Personen besucht. Dazu kam ein von 950 Personen besuchter *Revolutionärer Dichterabend* und das Stiftungsfest, zu dem sich 1400 Personen einfanden. Die Zahlen erweisen eine rege und befruchtende Tätigkeit, die unsomewhat zu bemerken ist, als sie unter nicht leichten Verhältnissen vor sich ging. Die Hauptschwierigkeit lag in der Lokalfrage, weil das Gewerkschaftshaus die geeigneten Räume nicht bietet, und die städtische Schuldeputation die zum Unterricht passenden Räume der *Arbeiter-*

*bildungsschule* vorenthält. Der Bericht spricht deshalb die Hoffnung aus, dass mit Hilfe der die Schule fördernden Kreise ein eigener und geeigneter Raum gefunden werde. Dann wird das allseitige Interesse an der Schule sich noch steigern. Diesen Wünschen und Hoffnungen muss sich unseres Erachtens jeder Freund der Arbeitersache anschliessen. Weniger ins Gewicht, als der Lokalmangel, fällt das Kassendefizit von 791,96 M., es wurde aus dem vorhandenen Fonds von 2701,14 M. gedeckt.

× **Körperkultur** Für die regenerierende Wirkung einer vernünftigen Leibesucht Interesse zu erwecken und sie möglichst weiten Kreisen des Volkes zugänglich zu machen, ist die Aufgabe, die der *Verein für Körperkultur* sich gestellt hat. Durch Gymnastik, Belehrung, Kunstpflege etc. erstrebt er die »bewusst erzieherische, den Umständen angepasste Ausbildung zu Körperkraft und Formenschönheit, zur Gesundheit von Leib und Seele«. Ein Sportluftbad grossen Stils ist bei der Station Eichkamp eröffnet. Die Geschäftsstelle ist bei C. G. Jahn, Goethe St. 86, Berlin-Charlottenburg. Darüber, dass dieser Verein für einen an sich vortrefflichen Gedanken eintritt, dürfte kaum ein Zweifel laut werden, aber es muss doch hervorgehoben werden, dass heute infolge der wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft solche Bestrebungen von nützlicher Tendenz für die grosse Masse des Volkes gar selten eine direkte Bedeutung haben. Versuche und Teilerfolge sind trotzdem nicht allein aus rein menschlichen Gründen erfreulich, sondern auch zur Kontinuität der wissenschaftlichen und praktischen Entwicklung notwendig. Unter diesem Gesichtspunkte haben sie sozialen und nationalen Wert. In einer sehr lesenswerten Studie *Erziehung zur Schönheit* /Berlin, Bard/hat Margarete N. Zepher die Erfahrungen und Eindrücke niedergelegt, die sie zur Leibeserziehung der Mädchen in England gesammelt hat. Aus der kleinen Schrift, die mit zum Teil recht geschickten Abbildungen versehen ist, ist viel zu lernen, gute allgemeine Erziehungsregeln und manches wertvolle Detail. Das schwedische System und der kalistenische Unterricht, über den es noch keine grosse Literatur gibt, werden durchgesprochen. Die Verfasserin selbst verfehlt nicht, gelegentlich zu bedauern, dass die Bestrebungen nach körperlicher Ver-

vollkommenung und Gesundung »wohl noch für lange Zeit nur den Begüterten zugänglich bleiben werden«.

× **Religionsunterricht** Die Bremer Lehrerschaft ist im September vorigen Jahres mit einer Denkschrift an die Schulbehörde herangetreten, in welcher diese gebeten wurde, zu verfügen, »dass der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen abgeschafft werde«. Die Lehrer haben dafür viel Beifall in der gesamten Presse der Linken und bei den zu ihr stehenden Kreisen gefunden. Aus diesem Beifall darf man aber keine eiligen Schlüsse auf eine allzu gefährliche Religionslosigkeit des deutschen Volkes ziehen. Zwar, die Bremer Lehrer selbst erweisen sich in der Begründung ihrer Forderung als klar denkende und klar Gedachtes mutig aussprechende Männer. »Ohne einen bestimmten, ins Gebiet des Übersinnlichen hinübergreifenden (metaphysischen) Vorstellungskreis«, heisst es geradcheraus, »ist keine Religion denkbar.« Jede Religionsgemeinschaft führe ihre Weltanschauung auf übernatürliche Eingebung zurück und halte sie für alle Menschen verbindlich. Solchen Anschauungen stimmen nun aber weite Kreise der Bevölkerung und auch die überwiegende Mehrzahl der bremischen Lehrerschaft nicht mehr zu; vielmehr hege der moderne denkende Mensch die Überzeugung, dass das lenkende Prinzip der Welt ein ihr immanentes und den Naturgesetzen unterworfenes ist, und dass das Kausalgesetz nicht die Annahme einer zweiten, unserer sinnlichen Wahrnehmung entrückten Welt rechtfertigt, »die willkürlich und besonders im Zusammenhang mit unserem sittlichen Verhalten, sozusagen von aussen her, in das Getriebe der sinnlich wahrnehmbaren Welt eingreifen soll«.

Wie nun aber der Beifall gemeint war, das dürfte ungefähr aus 80 Gutachten hervorgehen, welche die, aus den »verschiedensten Berufskreisen« zusammengesetzte *Vereinigung für Schulreform in Bremen* unter dem Titel *Religionsunterricht? /Leipzig, Voigtländer/* veröffentlichte. Diese Antworten auf ein Rundschreiben, in welchem Religion schon im Gegensatz zu der Denkschrift als ein »letztes Atmen und Verklingen an der Grenze [!] der Realitäten« begriffen wird, sind in ihrer Gesamtheit ein interessantes Dokument der Schwärmerei, die sich *geistige Freiheit* nennt. Von den »Vertretern



einer praktischen, realen, nur auf das Diesseits gerichteten Weltanschauung, die laut Vorwort neben solchen Persönlichkeiten befragt wurden, denen Religion innerlichster, persönlichster Herzenskultus ist, bemerkt man kaum etwas. Umso breiter tritt das Motiv *Fort mit dem Religionsunterricht aus Religion!* hervor. Die Schrift ist in der Hauptsache ein Aufmarsch der Mystik gegen das Kirchenregiment: man meint, ohne den zwangsweisen, monopolistischen Ausschank die Religion dem Volke doch noch besser erhalten zu können. Das ist, nebenbei bemerkt, im Zeitalter der fortschreitenden Technik und der Naturwissenschaften ein Irrtum. Die Orthodoxen sind hierfür sachverständiger.

Die Forderung der Bremer Lehrerschaft ist von der Schuldeputation bereits erledigt worden. Man gab eine ausweichende Antwort, nach der alles beim alten bleibt. Das ist manchem vielleicht eine kleinere Enttäuschung gewesen, als die 80 Gutachten. Diese sind aber keine Enttäuschung für uns. Die Bremer Lehrerschaft ist eine weisse Rabenschaaf, die der von der Wirtschaftsordnung erlaubten geistigen Entwicklung weit voraus flog.

✕ **Kurze Chronik** Der 11. Jahresbericht der *Ersten öffentlichen Lesehalle* in Berlin, begründet von der *Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur*, konstatiert 95 768 Besucher (im Vorjahre 95 127) auf 359 Lesetage, von denen 14 376 auf die Sonntage entfielen. Der Tagesdurchschnitt ist 267, der der Sonntage 293. Die Berliner *Öffentliche Bibliothek und Lesehalle* hat ihr 6. Betriebsjahr vollendet. Es wurden 67 456 nach Hause, im ganzen 82 866 Bände verliehen. Der durch alle Stadtteile bis in die Vororte sich ausdehnende Leserkreis enthielt 52% gewerbliche Arbeiter. Die Gesamtzahl der Besucher der Bibliothek und Lesehalle betrug 136 573 gegen 132 708 im Vorjahre. ✕ Der 9. deutsche *Fortbildungsschultag* wird im September in München zusammengetreten. Zur Verhandlung steht unter anderem die ländliche Fortbildungsschule.

✕ **Literatur** *Das deutsche Bildungswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung* von Paulsen /Leipzig, Friedrich Teubner/ ist eine in ihren historischen Bestandteilen und in ihren Urteilsäuss-

rungen meistens sehr interessante Studie, sie behandelt die Geschichte der deutschen Schule in allen ihren Graden seit dem frühen Mittelalter. Die Schrift umfasst 190 Seiten, die Ausführlichkeit wächst mit der Annäherung an die Gegenwart. Das Volksschulideale Paulsens ist mit den allgemeinen Bestimmungen Falks vom Jahre 1872 befriedigt: »Man wird sagen dürfen, eine Schule, die diese Ziele erreicht, ist eine wirkliche Volkshochschule, ruft er aus. Aber es sind Widerstände vorhanden; auch im liberalen Bürgertum ist der Enthusiasmus für Volkshochschule nicht mehr so gross, . . . von den Kreisen des ostelbischen Grossgrundbesitzes und der römischen Grosskirche nicht zu reden. »Die Frage, ob die Massen nicht leichter zu beherrschen seien, solange sie ungebildet sind, bewegt seit dem Aufkommen der Sozialdemokratie auch wohl solche Kreise, in denen früher auch schon die Fragestellung mit Entrüstung zurückgewiesen worden wäre.« Dennoch glaubt Paulsen, »dass die Aufwärtsbewegung dauern wird«, und er ist auch der Ansicht, der »äusseren Säkularisierung« entspreche eine »innere Laisierung« des Bildungswesens: »Die Lehrer haben, von der Universität bis zur Volksschule, aufgehört, Kirchendiener oder Kirchenverwandte zu sein.« Was gerade momentan einigermassen *cum grano salis* zu nehmen ist. Weitere Grundzüge neben der fortschreitenden Verweltlichung der Schule seien die unablässig fortschreitende Ausbreitung der Schulbildung über immer weitere Bevölkerungskreise und die allgemeine Tendenz, »die im Sinne der inneren Angleichung der getrennten Bildungssphären wirkt«. Von oben gehe ein realistischer Zug durch das ganze Erziehungswesen der Gegenwart, der von der alten rein ästhetisch-literarischen Bildung hinweg »der Wirklichkeit, der Arbeit, dem Handeln zuführt«; das Streben, Volk und Kunst wieder zusammenzuführen, dem die Kunst selbst entgegenkommt, wirke in der Richtung dieser Ausgleichung der Bildungsunterschiede; und von unten komme dieser Bewegung ein lebhaftes Aufstreben entgegen, der nie dagewesene Bildungshunger der Massen. »Man mag der mächtigen Arbeiterbewegung, die beherrschend durch unsere Zeit geht, manchen Vorwurf machen. . . . trotz alledem bedeutet sie eine grosse Aufwärtsbewegung; die Massen sind aus dem trägen Dahinleben zwischen stumpfsinnig ertragener Arbeits-

last und bloss sinnlichem Geniessen erwacht...; Natur und Geschichte sprechen zu Menschen, die eine Frage an die Zukunft haben... Ob die Sache an sich gut und möglich ist, diese sittlichen Kräfte behalten ihren Wert und werden nicht verloren sein.« Es fällt uns nicht ein, uns bei dieser sehr reservierten, partiellen Würdigung der Arbeiterbewegung erfreut und geehrt zu fühlen. Aber wir glaubten, sie und den ganzen Zusammenhang hier vermerken zu sollen als einen in sich wertvollen Pfadweiser des historischen Gedankens, dem auch ein sozialistischer Theoretiker für eine Strecke Weges folgen kann. X Der Vortrag A. Forels *Alkohol, Vererbung und Sexualleben* ist im Verlag des *Deutschen Arbeiterabstinenzbundes* in Berlin erschienen. Eine kurze, etwas hastig formulierte, aber inhaltlich höchst beachtenswerte Veröffentlichung, die von der Vergiftung der Keime durch den Alkohol und der Beeinflussung des Geschlechtslebens der Individuen auf die vererblichen Folgen für die Völker übergeht und diese in der Verminderung der Geburtenzahl, den geringeren Leistungen und der Entartung der Rasse feststellt. Die kapitalistische Ausbeutung der Arbeit mit ihrem Interesse an der alkoholischen Vergiftung des Volkes müsse man durch das genossenschaftliche System ersetzen, wollen die Völker ihrem Untergang entgehen. X Der Verein *Volkswohl* in Dresden hat unter dem Titel *Volkswohlfahrt und Volksgeselligkeit nach den Erfahrungen des Dresdner Vereins Volkswohl /Dresden, Böhmerland/* eine Schrift von 127 Seiten herausgegeben, welche gewissermassen die Antwort auf zahlreiche Bitten um Auskunfterteilung, die bei ihm eingingen, darstellt. Es ist hier in der Tat für kleinere Vereine mancherlei zu lernen, denn der Verein hat seit 1886 insbesondere für die Volksgeselligkeit und -unterhaltung vielerlei zu Wege gebracht. Er hat sich eigene Räume in 7 *Volkshäusern*, einem Lehrlings-, einem Mädchenheim und in dem sogenannten *Heidepark* geschaffen und nicht nur die Geselligkeit der Erwachsenen, sondern auch die Kinder und Heranwachsenden in praktischer Weise organisiert. Freilich, er erfreut sich der Unterstützung der Behörden, und »fern von jeder politischen und kirchlichen Parteibestrebungs«, hält er die Pflinglinge des Lehrlingsheims dazu an, »die Kirche regelmässig zu besuchen [1]«.

FRANZ LINDHEIMER

## Frauenbewegung

**Wahlrecht** In Tasmanien sind die Frauen bei Gelegenheit der jüngsten Wahlen zum erstenmal an die Urne gegangen. Die Zahl der weiblichen Wähler soll die der männlichen weit überstiegen haben, und von 35 Kandidaten wurden 30 aus ihrer Partei gewählt. Der Hauptprogramm-punkt, um den sie sich scharten, war die Einschränkung der Lizenzen zum Betrieb des Schankgewerbes. In Oregon sind die Frauen — trotz entgegen-gesetzter Meldungen — noch einmal unter-legen. In England haben stürmische Demonstrationen zu gunsten des Frauen-stimmrechts stattgefunden. In Hol-land und Schweden, wo die So-zialdemokratie, und zwar aus mehrfach erwähnten taktischen Gründen, sich pas-siv verhält, hat die Bewegung zur Er-ringung des Frauenstimmrechtes kei-neswegs einen Stillstand erreicht. Bemer-kenswert ist, dass dort einflussreiche sozialdemokratische Führer sich nicht nur aus taktischen, sondern auch aus allgemeinen Gründen einstweilen gegen dessen Einführung erklären. Sie weisen auf die Unreife der Frau hin. Indes, auch das Männerstimmrecht wird nicht nur von geistig und sittlich gereiften Persönlichkeiten ausgeübt. In Italien wird gegenwärtig die Gründung eines Frauenstimmrechtsverbandes betrieben. In Finnland soll sich nunmehr ein Stimmrecht bewähren, das die sozial-demokratischen Frauen unter der Devise *Einkammersystem und für jeden 21-jährigen Menschen aktives und passives Wahlrecht!* erringen halfen.

X **Dienstboten-  
bewegung** Die Organisierung der Dienstboten macht schöne Fortschritte. Der Nürn-berger Verein zählt bereits 330 Mitglie-der. Auch im benachbarten Fürth wurde ein Verein gegründet, dem sich sofort 50 Mädchen anschlossen, und dem ein-stweilen die Einrichtungen der Nürnberger Vereinigung, wie zum Beispiel der kosten-lose Stellennachweis, zur Verfügung steht. Dieser Nachweis wurde im April und Mai von 214 Herrschaften in An-spruch genommen und vermittelte 120 Stellen mit Jahreslöhnen von 150 bis 240 M. Ein Versuch, die in Breslau und Berlin bestehenden Dienstbotenver-eine anzuschliessen, schlug darum fehl, weil jene Vereine Herrschaften als Mit-glieder aufnehmen und jeweils von bür-gerlichen Damen geleitet wurden: zwei

Dinge, die den Satzungen des Nürnberger Vereins und seiner Filialen München und Fürth zuwiderlaufen.

× **Arbeiterinnenverhältnisse** ×  
 Grelle Schlaglichter auf das Arbeiterinnenelend werfen die immer wieder und von allen Seiten her mitgeteilten Löhne der weiblichen Arbeiter. So erzählt die Wiener *Arbeiterinnenzeitung* von den Handschuhnäherinnen in Böhmen, dass sie für eine ausserordentlich komplizierte 14- bis 16stündige Arbeit einen Verdienst von 5 bis 6 K. wöchentlich erlangen können. Und von den hart geplagten Heimarbeiterinnen der Braunschweiger Konservenindustrie berichtet die *Gleichheit*, dass sie bei einer Arbeit, die für die übergrosse Mehrzahl früh um 5 Uhr beginnt und um 10 oder 11 Uhr nachts endet, 7 bis 18 M. wöchentlich verdienen können. Dabei müssen oft die Kinder mithelfen, und das 7 bis 18 M. ist so zu verstehen, dass von 366 Befragten 101 nur 7 M., 129 deren 8, 99 bis 9 M. und 66 9 bis 18 M. verdienten. Von 402 waren im Lauf der letzten 3 Jahre 262 Arbeiterinnen krank, davon 134 an unzweifelhaften Berufskrankheiten (Spargelkrätze etc.).

× **Mutterschutz** ×  
 Der Mailänder internationale Kongress für Armenpflege und Wohltätigkeit hat sich in Referaten und Diskussion auf den sehr vernünftigen Standpunkt gestellt, dass es weit besser und richtiger ist, den Menschen in jedem Sinne arbeits- und lebensstüchtig zu machen, als ihm auf den Krücken der Wohltätigkeit durchs Leben zu helfen. Auch die Vorschläge zur Mutterschaftsversicherung gingen nach dieser Richtung, indem sie eine obligatorische Versicherung der in Frage kommenden Frauenschichten verlangten.

Als Kuriosum zum Punkt *Wöchnerinnen-schutz* verdient wiedergegeben zu werden, dass — nach dem Bericht der badischen Gewerbeinspektion — die Betriebskrankkasse einer Papierfabrik seit Jahren den unehelichen Wöchnerinnen das Krankengeld vorenthalten hatte, um die Sittlichkeit zu heben.

× **Kurze Chronik** ×  
 Am 21. und 22. Juni tagte in Leicester die 1. Jahreskonferenz der neugegründeten englischen Frauenliga, die die Frauen politisch erziehen will. ×  
 Die Danziger Ortskrankenkasse hat

die Wahl von 50 weiblichen Vertretern in die aus 169 Personen bestehende Generalversammlung zugestanden. × Von den 323 099 Mitgliedern der österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1905 waren 28 402 weiblich; das bedeutet gegen das Vorjahr einen Zuwachs von über 117 % (vergl. die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung*, pag. 692).

× **Literatur** ×  
 Die ausserordentlich fleissige und bemerkenswerte Arbeit der badischen Fabrikinspektorin Dr. Marie Baum *Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe /Karlsruhe, Braun/* bestätigt das, was über die berufliche Durchschnittsarbeit der Frauen auch schon von anderen Seiten behauptet und belegt wurde, und ist gerade wegen dieser Übereinstimmung nur um so wertvoller. Danach qualifiziert sich in dem behandelten Bezirk Frauenarbeit in der Hauptsache als ungelernte, fluktuierende Arbeit. Sie ist aber selbst da, wo sie als gelernte Arbeit erscheint, in einer bedauerlich grossen Zahl von Fällen so schlecht gelohnt, dass sie auch die Erfüllung der bescheidensten Lebensansprüche nicht gewährleisten kann. Für die industrielle Arbeiterin gilt das fast durchweg, für die Konfektionsarbeiterin und Ladnerin zu einem grossen Teil. Schuld daran ist einmal die Konkurrenz der Haustöchter, die von den Chefs nicht nach Leistung, sondern nach der Abschätzung dessen, was sie zum Leben bedürfen, entlohnt werden. Verschlechternd auf die Allgemeinslage der arbeitenden Frauen wirkt auch der Mangel an gründlicher beruflicher Schulung und die zwar begriffliche, aber sehr verkehrte und unheilvolle Anschauung, die in der Erwerbsarbeit nur ein vorübergehendes Martyrium, einen Durchgangspunkt zur Ehe erblickt. Das sind die Erkenntnisse, die uns auch hier wieder entgegen kommen. Dr. Baum verhält sich im wesentlichen objektiv referierend, ihre einzige positive Forderung ist die einer Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse besserer Fortbildung und auch der Haus- und Kinderpflege. × Für Tausende von verheirateten Arbeiterinnen wäre die Einführung der Halbtagsschicht ein Segen. Der von Dr. Friedrich Schomerus (*Halbtagsschicht statt Ganztagschicht für verheiratete Fabrikarbeiterinnen /Leipzig, Dietrich/*) vorgeschlagene Weg einer etwas erhöhten Halbierung des Lohnes bei halber Ar-

beitszeit ist aus mehreren Gründen wenig gangbar. Der Autor denkt sich die Sache als fakultative Einrichtung und spricht ihr damit das Todesurteil. Ausserdem berücksichtigt er auch bei der Lohnbemessung den Weg von und zu der Arbeitsstätte nicht genügend, sowie, dass eine kurzfristige Arbeitszeit von viel grösserer Intensität der Arbeitsleistung begleitet sein wird.

HENRIETTE FÜRTH

## WISSENSCHAFT

### Philosophie

#### Ethik

Aus der *Deutschen Bücherei*, herausgegeben vom Oberlehrer Dr. Reimann /Berlin, Neelmeyer/ sind uns zwei Bändchen *Zur Ethik und Politik*, gesammelte Vorträge und Aufsätze von Friedrich Paulsen, zugegangen. Im ersten Bändchen finden wir unter anderem einen interessanten Aufsatz über Goethes Ethik, einen über die Ethik Jesu. Letztere könne nicht mehr unsere Ethik sein, obwohl sie »das Höhere« darstelle; wir aber könnten eine »Interimsethik« nicht entbehren, die auch den Kampf einschliesse. Von anderen Aufsätzen ist der über den Nietzsche-Kultus bemerkenswert, in anderem Sinne auch der über Simultan- und Konfessionsschule. Unter Ablehnung des »Radikalismus«, welcher den Religionsunterricht, der von dem übrigen Unterricht nicht getrennt werden sollte, von der Schule ablösen und der Kirche zuweisen möchte, ist Paulsen doch gegen »staatlichen Zwang«; er hofft auf allmähliche Herausbildung eines Christentums, welches die Bibel natürlich ansieht und das Gewicht nicht auf Formeln legt. Wir haben hier das heute nicht seltene Beispiel, dass ein an sich frei denkender und feinsinniger Mann aus vermeinter Gerechtigkeit und aus Unkenntnis der eigentümlichen Triebkräfte des heutigen Lebens dazu gelangt, einer Reaktion, der er innerlich ganz fern steht, dennoch Hand- und Spanndienste zu leisten. Dies bestätigt sich auch in den Aufsätzen des zweiten Bändchens, welche mehr, als die des ersten, der Überschrift des Ganzen entsprechen. Denn hier wird unter anderem wirklich *Politik und Moral, Die Monarchie und die Parteien, Das Sinken des Parlamentarismus, Parteipolitik und Moral* behandelt. Gerade im erst- und letztgenannten Aufsätze zeigt sich ein eigentümlicher nicht zur Auflösung gelangter Widerspruch. Paulsen sieht, dass »die Moral [an anderer Stelle »die Privatmoral«]

nicht im Kriege, nie auch ohne weiteres im Parteikriege gelten kann«. Aber er verfolgt nicht, worauf das beruhen mag. So will er wundersamerweise durch »den sittlichen Takt« bestimmen, wo »notwendige Kampfmittel zu schändlichen Praktiken werden«. Auf der einen Seite betont er scharf: »Es gibt nichts, was die Moral des öffentlichen Lebens mehr schädigt, als wenn die Staatsgewalt selbst . . . . auf Lüge und Fälschung sich betreffen lässt«, und Bismarck, dessen äussere Politik gerühmt wird, wird zum Vorwurf gemacht, dass »er seine ungeheure Autorität rücksichtslos eingesetzt, um die Gesetzgebung in den Dienst des Kampfes gegen seine jedesmaligen Gegner zu stellen«. Aber doch gesteht er auf der anderen Seite der Parteietik zu, dass sie etwas von der Kriegsethik in sich habe. Er versteht ganz gut, dass jede Partei ohne Unterschied danach trachte, herrschende Partei zu werden; aber doch soll der Parteikampf, wir wissen nicht, auf Grund wessen, »ethisiert und humanisiert« werden. An einer Stelle betont er den Gegensatz zweier Organisationsformen, der »spontan genossenschaftlichen« und der »herrschaftlichen«, aber er untersucht nicht, ob nicht wesentlich aus diesem Gegensatz die historischen Moralformen in ihrer mannigfachen Mischung zu erklären sein möchten, ob nicht die Humanisierung der Parteikämpfe, die man wünschen muss, nur in dem Masse zunehmen kann, in dem die spontan genossenschaftliche Lebensform überwaltet, ob sie dagegen nicht mit Naturnotwendigkeit in dem Masse inhumanisiert werden muss, als Herrschaftsformen das Übergewicht erhalten. Wie diese beiden und vielleicht noch andere Lebensbeziehungen im heutigen Staate in einander greifen, das eben wäre zu untersuchen. Für Paulsen aber ist der Staat als solcher »ein mit Vernunft und Willen ausgestattetes, daher nach Zwecken handelndes einheitliches Wesen«. Mit dieser Unterstellung der Einheitlichkeit, die doch eben sehr verschiedene Qualitäten in sich bergen kann, ist der Schacht zu wirklicher Untersuchung von vornherein verschüttet. Die anregende und gefällige Schreibweise, die im einzelnen oft sehr feine Darlegung und die wohlthuende Gesinnung des angesehenen Berliner Philosophen kann doch die Unbefriedigung darüber nicht wegnehmen, dass die Hauptprobleme sich nicht ent- hüllen.

X

X

**Kurze Chronik** Der Streit über die Bedeutung der Religion in der Schule, der sich zwischen Natorp und den Bremer Lehrern entsponnen hatte (vergl. pag. 616-617), hat sein Ende nicht erreicht. Natorp hat jetzt in Form eines platonischen Gespräches *Jemand und ich* /Stuttgart, Frommann/ auf die Angriffe der Bremer Lehrer geantwortet, in dem er seine Position verteidigt. Auf die erkenntnis-kritischen Fragen, die dabei von ihm aufgeworfen werden, soll in einem besonderen Aufsatz eingegangen werden.

× **Literatur** Von der Schrift Erich Adickes' *Kant kontra Haeckel* /Berlin, Reuther & Reichard/ ist die 2., erweiterte Auflage erschienen. Auch sie wird in dem eben erwähnten Aufsatz in Bezug auf die erkenntnisreichen Hauptpunkte besprochen werden.

Im Banter *Norddeutschen Volksblatt* ist eine Serie von 5 Artikeln über *Josef Dietzgen und Ernst Haeckel* erschienen, deren Grundtendenz ist: Haeckel will uns ein vollkommenes, vorstellbares Weltbild machen, was unmöglich ist. Ein solches muss immer Phantasiegebilde bleiben. Friedrich Engels und J. Dietzgen dagegen lassen von der Philosophie nur noch die Erkenntniskritik gelten, verwerfen jede Naturphilosophie und stellen die Forderung, dass die Ergebnisse der Forschung durch direkten Kausalzusammenhang zu verbinden seien. Aber damit haben sie ebenfalls eine unerfüllbare Forderung gestellt. Denn die Wissenschaft selbst bedürfe der Hypothesen; jede Hypothese werde freilich nur so lange geduldet, als sie erklärt, dann aber durch eine andere ersetzt. Wir führen das nur an, ohne genauer darauf einzugehen. Nur das sei gesagt, dass der Gedanke einer von spekulativen Annahmen freien Wissenschaft doch heute mehr und mehr Anhänger zu gewinnen scheint. Freilich muss man eben nur diese, nicht etwa notwendige Ergänzungen als *Hypothesen* bezeichnen, sonst kommt man in Wortstreit, indem man ganz verschiedene Beziehungen mit dem selben Namen bezeichnet. × Im *Vorwärts* vom 19. Juli hat Paul Kampffmeyer eine Kritik der von uns im vorigen Bande, pag. 100, besprochenen Broschüre Stampfers veröffentlicht, welche betont, es sei nicht bloss für den Staat, sondern auch für die Partei die Religion Privatsache, wobei er übrigens Stampfer vielleicht nicht

ganz gerecht geworden ist, der ja doch auch mehrfach betont, die Partei bekämpfe den Zwang, nicht den Glauben. Um diese Frage gründlich zu erörtern, müsste allerdings erst einmal festgestellt werden, ob die Sozialdemokratie bloss politische Partei zur Durchsetzung bestimmter politischer Forderungen nach einer bestimmten Taktik, oder ob sie als Partei die Vertreterin einer umfassenderen Welt- und Lebensanschauung, die über die politischen Forderungen hinausgreift, und der die politischen Forderungen vielleicht erst entspringen, sein will. × Otto Bauer zum Beispiel will in seinem Artikel *Marxismus und Ethik* in der *Neuen Zeit*, 1905-1906, II. Bd., pag. 499, den Sozialismus nicht mehr als Frage der Wissenschaft . . . sondern als Frage des Lebens betrachtet wissen; da kann man fragen: Sozialismus als Richtung oder Partei? Eugen Dietzgen spricht von proletarischer Denkweise in einem Sinne, der auf die zweite Alternative hinausläuft (*Sombarts Schrift über den modernen Sozialismus*, *ibid.*, pag. 452 und 453), ebenso K. Kautsky (*Leben, Wissenschaft und Ethik*, *ibid.*, pag. 529); vergl. auch G. Plechanow *Die proletarische Bewegung und die bürgerliche Kunst*, *ibid.*, pag. 19. FRANZ STAUDINGER

### Sozialwissenschaften

**Nationalökonomie** Die Sozialdemokratie steht jetzt mitten in einer hocherfreulichen Gründungsarbeit von Arbeiterbildungshochschulen, um System und Zusammenhang in die bisher sehr auseinanderfallenden, anorganischen Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft hineinzubringen. In dem Lehrplan der neuen Arbeiterbildungshochschulen wird die Nationalökonomie an erster Stelle stehen. Es wird der Arbeiterschaft nicht gerade an geeigneten Lehrern fehlen, wohl aber an brauchbaren, preiswerten Lehrmitteln. Ein jeder Arbeiterhochschüler muss einen volkswirtschaftlichen Leitfadens in den Händen haben. Wir besitzen bisher keinen solchen Leitfadens in der wissenschaftlichen Arbeiterliteratur.

Ein fast durchweg gelungener Versuch, die Nationalökonomie auf wenige Seiten zusammenzufassen, liegt in der *Volkswirtschaftslehre* des Professors Carl Johannes Fuchs (*Sammlung Göschens* /Leipzig, Göschen/) vor. Die Sozialdemokratie kann natürlich nicht diese Volkswirtschaftslehre ohne weiteres zu einem Lehrbuch ihrer Arbeiterbildungs-

hochschulen erheben, aber sie kann aus diesem Büchlein lernen, wie man den spröden Stoff geschickt gliedern kann. In der Einleitung seiner *Volkswirtschaftslehre* entwickelt Fuchs kurz die Grundbegriffe der Volkswirtschaft. Der Einleitung schliesst sich eine kurze Geschichte der Volkswirtschaft, eine Darstellung der historischen Wirtschaftsstufen der Güterbeschaffung und des Güterverkehrs an. Der folgende Teil behandelt die Hauptfunktionen der modernen Volkswirtschaft: die Güterbeschaffung, den Güterverkehr, die Güterverteilung und die Güterverwendung. Der Sozialist, der sich bei der Lektüre der Fuchsschen *Volkswirtschaftslehre* mit dem Autor da und dort auseinandersetzen wird, schöpft dennoch viele Anregungen für die Verbreitung und Vertiefung nationalökonomischer Kenntnisse in den Arbeiterkreisen.

× **Sozialismus** × Das Werk des katholischen Publizisten Viktor Cathrein *Der Sozialismus* /Freiburg i. B., Herder/ ist eine dickleibige Tendenzschrift gegen den Sozialismus. Sie ist wohl als geistiges Rüstzeug für Pfarrer und Kapläne im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gedacht, und als solche Kampfschrift ist sie gar nicht ungeschickt ausgearbeitet worden. Philosophisch steht sie auf sehr niedrigem Niveau. Cathrein lässt den Menschen noch an der Hand des Kausalitätsprinzips zur höchsten Ursache, zu Gott vordringen, und auf diese Weise lässt er alle Menschen durch Nachdenken zum Glauben an Gott, zum Glauben an ein Jenseits gelangen. Sehr einfach! Einige kritische Bemerkungen Cathreins über die materialistische Geschichtsauffassung, über die Marxsche Werttheorie, über die Konzentrations- und Zusammenbruchtheorie sind ein blosser Nachklang *revisionistischer* Einwendungen gegen diese Theorien. Wieder trägt Cathrein den bürgerlichen Grundirrtum vor, dass die Sozialisierung der Produktionsmittel als eine ausschliessliche Verstaatlichung dieser Mittel aufzufassen sei. Der sozialistische Staat übernimmt nach Cathrein die Aufgaben der Gemeinde und der einzelnen. Der abgründige Hass des fanatischen Katholiken gegen die moderne Weltanschauung entlädt sich in dem Kapitel über die Wurzeln und Quellen des Sozialismus und über das Verhältnis des Sozialismus zum Liberalismus. Der Sozialismus ist nach Cathrein der legitime Sohn des Liberalismus, und der Liberalis-

mus hat durch die Schule dem Unglauben in die weitesten Kreise Eingang verschafft und die Universitäten in förmliche Brutstätten des Unglaubens verwandelt. Wie eine Verherrlichung der alten ständischen feudalen Gesellschaftsordnung liest sich der wutschnaubende Angriff Cathreins gegen die liberalen Prinzipien der französischen Revolution. Die Kirche, als die von Gott gesetzte Hüterin und Pflegerin der christlichen Religion, hat natürlich nach Cathrein die Rettung der Gesellschaft vor dem Umsturz zu vollbringen, und daher muss der Staat der Kirche alle Türen der Schulhäuser weit aufschliessen.

× **Entwicklungsprobleme** × Das Werk eines vielseitig gebildeten und geistvollen Mannes liegt in dem Buch

Dr. med. R. Kreckers *Des Gesetzes Erfüllung* /Halle, Gebauer-Schwetschke/ vor uns. Der erste Teil des Werkes verbreitet sich über die allgemeine Weltanschauung und die organische Entwicklung des Menschen, der zweite behandelt die gesellschaftliche Entwicklung des Menschen, die Theorien der Staatenbildungen, die allgemeinen Formen der Gesellschaftsbildungen, den Kapitalismus, die politischen Parteien, die Physiologie und Psychologie der Gesellschaftsbildungen, die Theorien der Rechtsbildung, das Strafrecht, die Entwicklung des Rechts. In dem letzten und dritten Teile seines Werkes dringt Dr. Krecke in das Wesen der Ethik, in die Theorien des Sittengesetzes, in das Sittengesetz etc. ein. Bei Krecke bricht die Überzeugung machtvoll durch, dass der Kapitalismus einer höheren Kulturform, dem Sozialismus zu weichen hat. Alle Ereignisse der Welt sind nach Krecke unter einander verbunden durch das Gesetz, das uns sinnlich erscheint als die mechanische Verknüpfung von Ursache und Wirkung, und das sich in seiner geistigen Wirksamkeit als ein unausgesetztes Streben nach immer vollkommenerer Welterkenntnis und Lebensgestaltung bewusster Wesen kundgibt.

× **Sozialrecht** × Über 18½ Mill. deutscher Arbeiter sind allein der Unfallversicherung unterstellt, die Invalidenversicherung erstreckt sich über 14 Mill., und die Krankenversicherung über 12 Mill. deutscher Arbeiter. Ins Riesenhafte geht die Tätigkeit der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Nach Tausenden und

Abertausenden zählen die Berufungen der Arbeiter bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. Das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter haben als letzte Spruchinstanzen in Unfallversicherungssachen eine kaum zu bewältigende Last alljährlich zu bezwingen. In 21 dicken Bänden hat das Reichsversicherungsamt seine Entscheidungen gesammelt. Und bei aller regen Tätigkeit der Spruchinstanzen für Arbeiterversicherung, und bei der ständig wachsenden wissenschaftlichen Literatur auf dem Gebiete dieser Versicherung herrscht selbst in den Kreisen der Juristen und Verwaltungsmänner mitunter noch eine geradezu grauenhafte Unwissenheit über die soziale Gesetzgebung. Der Ruf nach Errichtung eigener Lehrstühle für Sozialrecht, der jüngst von der *Cölnischen Volkszeitung* erhoben wurde, verdient daher alle Beachtung.

In seinem scharfsinnigen Werke *Deutsche Sozialgesetzgebung* /Jena, Gustav Fischer/ hat Professor Stier-Somlo die Sozialgesetzgebung im formalen Sinne als die auf die Ordnung und Regelung, Förderung oder Hemmung der gesellschaftlichen Verbände als solcher abzielende, in den Formen der Legislative sich bewegende Tätigkeit des Staates charakterisiert. Bei der Verbindung des formalen und materiellen Moments der deutschen Sozialgesetzgebung definiert Stier-Somlo sodann diese Gesetzgebung folgendermassen: Sie ist die aus den gesellschaftlichen und ökonomischen Zuständen Deutschlands seit dem XIX. Jahrhundert, besonders seinem letzten Drittel erwachsene und von ihnen bedingte, wesentlich zur wirtschaftlichen Förderung der sogenannten *arbeitenden Klassen* und der ihnen nahe stehenden Berufsschichten dienende Tätigkeit des Staates in den verfassungsmässigen Formen der Legislative.

Der *Verlag der Arbeiterversorgung* in Berlin-Grünwald lässt schon seit Jahren der Sozialgesetzgebung die weitestgehende Pflege angedeihen. Erst jüngst erschienen da zwei rüstig an der Fortbildung dieser Gesetzgebung arbeitende Werke: *Die deutsche Arbeiterversicherung* von Dr. Moritz Wagner und *Das geltende deutsche Arbeiterversicherungsrecht und das Problem seiner künftigen Vereinheitlichung* von Dr. jur. Arndt von List. In der deutschen Arbeiterpresse schenkt man bedauerlicherweise dem sozialen Recht eine viel zu geringe Be-

achtung. In der Rubrik *Soziales* werden in den grösseren sozialdemokratischen Zeitungen dann und wann einige prinzipiell wichtige Entscheidungen der Spruchinstanzen für Arbeiterversicherung und der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorgetragen. Systematisch wird das soziale Recht in diesen Zeitungen kaum einmal behandelt. Die Sozialdemokratie wird sich wohl dazu verstehen müssen, ein besonderes Blatt für soziales Recht und soziale Praxis zu schaffen.

× **Entartungsproblem**

× Die Städtekultur setzt die Menschheit auf den Aussterbeetat. Die städtischen

Wohnhäuser sind nur eigentliche Grabeskammern für die vom Lande zu strömende jugendkräftige Landbevölkerung. In diesem Sinne artikuliert die Entartungstheoretiker vom Schlage des Dr. Otto Ammon. »O glaubt doch nicht,« ruft Ammon in seiner Schrift *Bedeutung des Bauernstandes für den Staat und die Gesellschaft* /Berlin, Troitzsch/ den Staatsmännern zu. »dass die Abkömmlinge der gebildeten Klassen oder der Fabrikarbeiter die Menschheit erhalten können!« Und zum Eideschwörer erkürt sich Ammon den geistvollen Riehl, der vor vierzig Jahren schon ausgesprochen habe, dass nur vom Bauernstande unsere politische und soziale Erneuerung ausgehen kann. Ja, Riehl hatte noch in seiner *Naturgeschichte des Volkes* im wesentlichen den naturwissenschaftlichen Bauer vor Augen und nicht den modernen geldwirtschaftlichen. Niemals hätte der alte Riehl die geradezu tolle Übertreibung Ammons gewagt, dass im Bauernstande noch die edlen Seelenanlagen unverfälscht vererbt waren, die von der Urzeit her die köstlichste Ausstattung des Menschengeschlechts ausmachen. Die Schattenseiten des bäuerlichen Charakters, so vor allem die Herzenshärte des Bauern gegenüber seinen gebrechlichen Eltern, zeichnet Riehl gerade mit aller Schärfe. Die Wendung Ammons von der meist innigst geliebten Mutter des Bauern wäre nie über die Lippen Riehls geflossen. Immer wieder wird von Ammon der Bauernstand als einziges Kraftreservoir der Menschheit gefeiert. Wo findet man denn in England, dem Lande der ausgeprägtesten Städtekultur, noch das Kraftreservoir des Bauernstandes? Und trotz alledem erlebte England in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts eine durchschnittliche

Erhöhung des Lebensalters der Männer um 2 und der Frauen um  $3\frac{1}{2}$  Jahre. Diese Tatsache, und die anderen schwer wiegenden Fakta, die ich aus dem bekannten Werke Nostiz' *Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England* /Jena, Gustav Fischer/ über die wachsende körperliche und geistige Gesundung des englischen Volkes gewann, kann ich mit der Angabe, die ich in dem Aufsätze Wilhelm Schallmayers *Selektive Gesichtspunkte zur generativen und kulturellen Völkerentwicklung* im *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* fand, nicht vereinigen, dass sich in England nach J. B. Haycraft in den 50 Jahren von 1840 bis 1890 die Lebensaussicht des mittleren Lebensalters verschlechtert haben soll. Der Schallmayersche Aufsatz bringt übrigens dessen Ideen über das Entartungsproblem in recht klarer und gedrängter Form zum Ausdruck. Schallmayer stellt bekanntlich im Interesse einer Steigerung der menschlichen Erbqualitäten, einer systematischen Rassenveredelung die Forderung auf, es solle in Form von offiziellen Familientafeln die Vorbedingung für die Kenntnis der Erbqualitäten jeder Person geschaffen werden. Schallmayer erstrebt die Weiterbildung unserer ethischen Anschauungen im Sinne einer generativen Entwicklungsethik, »die nicht ausschliesslich die Interessen der jeweils lebenden Generationen eines Gemeinwesens berücksichtigt und die aller künftigen Generationen ignoriert.

Neuausgaben Der II. Band des Malthuschen Werkes *Eine Abhandlung über das Bevölkerungs-gesetz* /Jena, Gustav Fischer/ fesselt die Aufmerksamkeit des Sozialisten vor allem durch die Polemik des Malthus gegen Godwin und Owen. Aus seinem Bevölkerungs-gesetz folgert Malthus, dass die hauptsächlichste und andauerndste Ursache der Armut wenig oder gar keine Beziehung zu den Regierungsformen oder zur ungleichen Verteilung des Eigentums hat. Die Reichen haben tatsächlich nach Malthus nicht die Macht, Beschäftigung und Unterhalt für die Armen zu finden; die Armen haben daher nach Lage der Dinge kein Recht, beides zu fordern. Unter der Herrschaft der denkbar gerechtesten sozialen und staatlichen Einrichtungen würde in wenigen Dezennien ein solcher Überfluss von Menschen erzeugt werden, dass die

Not wieder auf Erden unumschränkt herrschen würde. In den hier mehrfach erwähnten, von Professor Georg Adler herausgegebenen *Hauptwerken des Sozialismus und der Sozialpolitik* /Leipzig, Hirschfeld/ ist die treffliche systematische Darstellung der Fourierschen Grundgedanken von Victor Considérant *Fouriers System der sozialen Reform* erschienen. In der *Bibliothèque socialiste* /Paris, Cornély/ veröffentlicht Albert Thomas unter dem Titel *La doctrine des égaux* einen Auszug aus sämtlichen Werken Babeufs.

Kurze Chronik Nach den in der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* veröffentlichten Forschungen des Professors Karl Grünberg über den Ursprung der Worte *Sozialist* und *Sozialismus* wurde das Wort *Sozialist* von Anhängern Owens, und zwar am 24. August 1833, geprägt. In Frankreich brauchte es um die Mitte des Jahres 1834 Pierre Leroux. Das Wort *Sozialismus* schuf noch früher der Saint-Simonist Joncières. Im *Globe* vom 13. Februar 1832 findet man bereits den Terminus *socialisme*.

Literatur Mit dem System des Sozialismus beschäftigen sich einige in den letzten Monaten erschienene Abhandlungen. Wenig Wahres über dessen Wesen erfährt man aus dem Schriftchen Alexander Petrovic' *Wahrheit und Trug im Sozialismus* /Berlin, Walther/. Eine dialektische Plauderei über *Egoismus und Sozialismus oder das Ich und die Gesellschaft* verfasste der sozialdemokratische Redakteur Carl Hoffmann /Bielefeld, Gerisch/.

Dr. Hugo Rieke stellt in seinem Aufsatz *Die philosophische Wurzel des Marxismus*, erschienen in der *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* als die eigentliche Stärke der Marxschen Lehre den Umstand hin, dass sie mechanisch-kausal begründet ist.

PAUL KAMPFMEYER

## KUNST

### Bildende Kunst

Berlin: Grosse Die Grosse Berliner Kunstausstellung stand diesmal auch unter dem retrospektiven Zeichen. Zur Feier des 50jährigen Bestehens der Deutschen Kunstgenossenschaft hatte die Leitung in einem Teil der Ausstellungsräume am Lehrter Bahnhof eine solche Gedächtnisausstellung



veranstaltet, die die deutsche Kunst des letzten Jahrhunderts, vorwiegend jedoch die seiner zweiten Hälfte in Erinnerung bringen sollte. Von diesem Standpunkt aus wurde diese Veranstaltung gewissermassen als ein Protest, gelinder ausgedrückt als eine Ergänzung der grossartigen Jahrhundertausstellung inszeniert und angesehen. Denn man weiss, dass die Gruppe von Malern, deren Nachfahren in der *Genossenschaft* die führenden sind, recht scheel auf das glänzende Schauspiel in der *Nationalgalerie* schauten, und zwar aus dem einzigen Grunde, weil die Phase der deutschen Malerei, die wir trotz gewisser Eigenschaften als die unproduktive im letzten Jahrhundert bezeichnen müssen, und deren schwächliche Erben die um Anton von Werner sind, auf das ihr gebührende geringe Mass beschränkt war. Es sind die Künstler, die vorwiegend von 1850 bis 1870 schufen, und man hat sie nun am Lehrter Bahnhof in teils guten, teils weniger guten Exemplaren ausgebreitet und nach der Absicht, *schöne Wände* zu erzielen. So ist die Ausstellung in entwickelungsgeschichtlicher Beziehung durchaus wertlos und muss deshalb als Protest gegen die Jahrhundertausstellung schwach, als Ergänzung spärlich genannt werden. Aber immerhin finden sich einige Exemplare in der Ausstellung, die recht wertvoll sind, und die wir gerne der Jahrhundertausstellung gewünscht hätten; es sind natürlich solche, auf die es der Leitung hier nicht direkt ankam, und die wohllos unter die Menge verstreut sind. In erster Linie denken wir an das entzückende kleine Bild von Paul Mohn, einem uns bisher gänzlich unbekanntem Künstler; wir können uns leider hier aus Raumrücksichten auf die überaus liebenswerte und persönliche Art, wie der schlichte Meister sie wenigstens in diesem einen Bilde zum Ausdruck bringt, nicht näher schildernd einlassen; es sei nur gesagt: es ist ein Vorfrühling, und vor der Stadt wandeln Mädchen, in Gruppen und Paaren, unter den knospenden Bäumen und im Kostüm von 1860, und das Ganze ist wie eines jener zarten Liebesgedichte Goethes, in denen eine gewisse Zierlichkeit zur Intimität wird, und in Farben, die in ihrer trockenen Buntheit klar bleiben entgegen der übrigen Malerei jener Zeit. Wie wir nachträglich erfahren, soll der Künstler sonst Bilderbücher illustriert haben; das scheint uns nach diesem Werke nicht unglauwbüdig, bestätigt aber zugleich unsere Empfin-

dung, es möchten wohl nicht alle seine Bilder von der Qualität dieses einen sein. Dann waren die Münchener Quaglio und Adam besser vertreten, als in der Jahrhundertausstellung, und gleichfalls Lessing mit seinem *Mönch am Sarge*. Ferner sahen wir ein gutes Frauenportrat von Schick (wohl der Böcklin-Schüler) aus dem Jahre 1864, und ein solches vom Wiener Canon und den sehr bemerkenswerten Chodowiecki von Menzel. Als eins der schlechtesten Bilder fiel uns der Huss Beckmanns auf; merkwürdigerweise las man da: »Angekauft durch die Ausstellungskommission zur Verfügung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten«; es wäre wirklich wünschenswert, wenn der Herr Minister dieses Ressorts mit dieser geistlosesten aller Schwarten nichts anzufangen wüsste. Das Bild wirkt in seiner Plumpheit direkt beleidigend. Im Jahre 1884 machte der damals noch junge Maler sich mit dem Bilde in Düsseldorf, dem Geburtsorte vieler ähnlicher Werke bekannt, nun hat es leider doch noch seinen Käufer gefunden.

Abgesehen von dieser retrospektiven Ausstellung, wirkt die Bildermassenansammlung in den übrigen Räumen durchaus nicht immer übel. Leider herrscht unter der Jury diesmal, wie stets, das Prinzip, in den Hauptsälen, auf den sichtbarsten Plätzen die minderwertigen Leistungen der Herren Notabeln unterzubringen, während gute Bilder von Unbekanntem in den Seitenkojen schlummern und somit in dem geradezu unentwirrbaren Saallabyrinth doppelt schwer zu finden sind; eine unparteiische Jury vermöchte mit dem vorhandenen Material eine weit stärkere Wirkung zu erzielen. Jedenfalls aber ist das dort bewusst gehandhabte Prinzip ein Beweis dafür, wie unratsam ein Verschmelzen von *Sezession* und *Künstlerverein* in diesem Sinne wäre. Und nur eine Jury, die streng nach der Individualität in Gruppen ordnete, könnte bei einem solchen Verschmelzen wirken, ohne die Kunst schwer zu gefährden: dieses individualisierende Trennen bei vereintem Ausstellen liegt aber gerade nicht in der Absicht der älteren Maler.

Der interessanteste Künstler unter dieser vielköpfigen Schar ist zweifelsohne der in Florenz lebende Friedrich Stahl; er ist ein Problem, dieser Apostat und Renegat. Man weiss, dass er einer der ersten war, die sich in Berlin der modernen Bewegung anschlossen, und dann siedelte der Künstler nach Florenz über

und beginnt, im Stil der Quattrocentisten zu malen; alles verleugnend, was er vorher hochhielt. Wenn wir uns aber seiner Malerei von einst recht erinnern, so scheint sie sowohl, wie dieser jähe Wechsel an sich, die Spuren zu tragen, die darauf deuten, dass, im physiologischen Sinne, in der Struktur dieser Individualität und in ihrem Schaffensprozess doch etwas von Anbeginn nicht in Ordnung gewesen sein muss. Aber immerhin: diese neuen Leistungen aus dem Geist des frühen Florenz sind, bei aller erstaunlichen Nachempfingung, exquisit in Farbe und Zeichnung; schade nur, dass der Künstler den Boden des modernen Lebens so ganz verlassen hat. Gleichwohl fragt man: Weshalb befasst die Kritik sich nicht mit diesem Manne, die dem *nachdichtenden* Hofmannsthal die weitestgehende Beachtung schenkt? In der Malerei scheint also doch nicht erlaubt, was in der Dichtung von heute allenthalben üblich ist.

× ×  
**Kurze Chronik** Die Restaurierung des Heideilberger Schlosses ist infolge der heftigen Proteste abermals hinausgeschoben worden; die Pläne zur Erhaltung sollen nochmals einer Fachkommission unterbreitet werden. × Rodin, der von der Universität Jena zum Ehrendoktor ernannt wurde, stiftete dem dortigen Museum eine Minervabüste. × Das Kupferstichkabinett zu Berlin veranstaltete zu Ehren des 300. Geburtstages Rembrandts, wie die meisten deutschen Grossstädte, aus seinem reichen Schatz an Originalradierungen und Handzeichnungen eine lehrreiche Ausstellung. × Am 15. Juli wurde im Abgeordnetenhaus zu Berlin eine Photographieausstellung eröffnet. × Dem zum Direktor des *Städel-Museums* in Frankfurt am Main ernannten Dr. Georg Swarzenski gelang es, ein hervorragendes, seit zwei Jahrhunderten verschollenes Werk von Lucas Cranach zu dem verhältnismässig geringen Preis von 135 000 M. in Paris bei Molinier zu erwerben. × Der Domkapitular Dr. Schnütgen in Cöln vermachte seine wertvolle keramische Sammlung dem dortigen Kunstgewerbemuseum.

× ×  
**Literatur** Im Verlage von Piper in München erscheint ein auf 12 Hefte festgesetztes Serienwerk *Moderne Illustratoren*, Text von Hermann Esswein; zum

Preis von 3 M. das Einzelheft, 2,50 M. bei Abnahme des ganzen Werkes. Der Wert dieser Publikation besteht vorerst darin, dass der Liebhaber auf billige Weise in den Besitz von Kunstblättern kommt, die ihm im einzelnen das Wesen einer Individualität hinreichend erschliessen, im ganzen das Bild der modernen Kunst einheitlich im Spiegel der modernen Karikatur aufweisen: ein Negativ, das reich an Aufschlüssen ist. Das 3. Heft, Henri de Toulouse-Lautrec gewidmet, auf das wir heute hinweisen wollen, enthält manches charakteristische Blatt. Auch der Text ist anregend, wenn sein Verfasser in manchem, zum Beispiel in den Äusserungen über Dekadenz, auch nur so lange recht behält, wie er sich in Fechterstellung dem Banaisentum gegenüber befindet. × Der 300. Geburtstag Rembrandts hat eine wahre Hochflut von biographischer Literatur emporgebracht. Von deutschen Federn war die des Geheimrats Bode wohl die berufenste. Seine ausgezeichnete Festgabe erschien im Verlage von E. A. Seemann und zum Preise von 6 M. Sie behandelt nicht nur Rembrandt, vielmehr in scharf charakterisierender Einzeldarstellung die gesamte holländische und vlämische Malerei im XVII. Jahrhundert. So erschliesst dieser Überblick dem Kunstfreund das Wesen jener Phase auf zweifache Weise: einmal in der Analyse des Werkes des Bedeutendsten, Rembrandts, und ferner in der anziehenden Schilderung der Satellitenschar dieses Gestirnes allererster Grösse. Wir können uns hier leider nur knapp mit dem wertvollen Buche befassen und sagen, dass es eine aussergewöhnliche Fülle von Wissen und scharfer Beobachtung in gedrängter Form und schlichem Gewande uns vorträgt. × Weniger gelehrt — obgleich Gelehrsamkeit durchaus nicht die Absicht des Bodeschen Buches ist — und als reiner Ausfluss eines nachfühlen den Herzens gibt sich ein kleines Schriftchen *Joseph Israels'*, des holländischen Malers. Er ist gewiss berufen, über seinen grossen Landsmann zu urteilen, und seine heutige, von Else Otten verdeutschte, Gelegenheitsabhandlung /Berlin, *Concordia*/ gipfelt in einer Analyse der beiden Hauptwerke Rembrandts, der *Nachtwache* und des *Stalmeesters*.

Eines der wichtigsten künstlerischen Ereignisse des Sommers war gewiss die vielumstrittene Kunstgewerbeausstellung zu Dresden. Wer daher nicht Gelegenheit hatte, sie zu

besuchen, der nehme die drei Sonderhefte in die Hand, die Alexander Koch im Rahmen seiner *Deutschen Kunst und Dekoration* herausgibt. Neben einer Schilderung der Ausstellung von Ernst Zimmermann enthält das erste der drei Hefte auch eine Abhandlung über Ausstellungs-wesen aus der Feder des Hofrats Alexander Koch und neben anderem einen Aufsatz über den von Berlin nach Wien berufenen Bildhauer Metzner. RUDOLF KLEIN

**Dichtkunst**

**Lyrik**

Die Deutschamerikaner haben ein Schrifttum, das zwar schon mehrere Jahrhunderte alt ist, aber, wie jede dem nationalen Boden entführte Kunst, stark die Spuren des Unoriginellen an sich trägt. So kommt es, dass die Poeten Deutschamerikas in ernsthaften Wettbewerb mit den Dichtern ihrer Heimat nie treten konnten, dass man ihren Werken gegenübersteht, wie allem, das in der Fremde pietätvoll Heimisches pflegt: mit einer gewissen Milde. Man braucht nur die illustrierten Unterhaltungsbeilagen amerikanischer Blätter zur Hand zu nehmen, etwa das Sonntagsheft des *New Yorker Morgenjournals* oder der *New Yorker Staatszeitung*, so sieht man, dass sich diese Riesenorgane vom unberechtigten Nachdruck reichsdeutscher, zeitgenössischer Erzähler nähren, dass ihre Beiträge aus amerikanischen Federn etwa auf der Höhe der ganz mittelmässigen Familienblattkunst stehen. Umsomehr überrascht es, einen amerikanischen Dichter zu treffen, dessen Talent zwar nicht sehr gross ist, der immerhin jedoch eigene Züge aufweist. Dieser Poet ist der Lyriker Hermann Rosenthal. Er ist ein bejahrter, reifer Mann und hat das Ertragnis seiner Reife in einem Bande gesammelt, den er *Spätherbstnebel* taufte. /Stuttgart, Strecker & Schröder/. Der Titel sagt genug. Der Verfasser ist kein Moderner, keiner, der in rhythmischer Zügellosigkeit fortstürmt oder in artistischer Unermüdlichkeit seiner lyrischen Schöpfung die geschliffenste Form verleihen will. Er hat im Gegenteil die etwas zugreifende, heute als unmodern erscheinende Gewissensleichtigkeit des Romantikers in Bezug auf wund und blass gewordene Reime, in Bezug auf Bilder, die schon mehr als zwanzigmal vor ihm seinen Stimmungen dienten. Rosenthal nimmt den Trochäus oder Jambus in vier, fünf Variationen unverdrossen zum Vers, heinesiert stark, ist aber auch von Eichen-

dorffischer Süssigkeit bestimmt. Das macht sich oft als Unselbständigkeit nicht gerade vorteilhaft bemerkbar. Immerhin findet er auch eigene Töne, eine gewisse, freundliche Musik der Worte, die anspruchswissen Herzen tüchtige Erbauung vermitteln können. Welchen Vorbildern Rosenthal nachgeht, das zeigen seine sehr gut gelungenen Übersetzungen nach Ler-montow, Victor Hugo, Longfellow.

In weitem Abstände nach diesem braven Manne kommen Othmar und Erika Rheinsch, ein Gatten- oder Geschwisterpaar. Sie wollen mit Worten die klingenden *Motive aus dem Ring Richard Wagners* /Wien, Perlach & Wiedling/ nachdichten. Das gelang ihnen nun garnicht. Das war ein unbegabtes haltloses Experimentieren, eine leere willkürliche Paraphrase der Wagnerschen Musik. Man muss diesen Versuch, ja nicht den ersten, Musik zu Gedichten umzuformen, nur der Merkwürdigkeit halber erwähnen.

× **Kurioses** ×  
Obgleich es sich um keine lyrische Dichtung, sondern nur um eine ästhetisch-theoretische Abhandlung dreht, sei hier gleich noch eine lächerliche Versündigung am Wagnerschen Kunstwerke erwähnt. Moritz Wirth, berühmt durch seine urkomischen, leider blutig ernst gemeinten Interpretationen des *Siegfried* und der *Walküre*, schrieb über *Mutter Brunnhilde, zwei neue Szenen zur Götterdämmerung* /Leipzig, Reinecke/. In dieser Schrift stellt er die beherzigenswerte Behauptung auf, dass Wagner in seiner Dichtung als vorzüglicher Gynäkologe die Stadien der Schwangerschaft hat umdichten wollen, und dass er an Brunnhilde uns hat zeigen wollen, wie sich ein Weib verhält, das die Seligkeit einer Konzeption empfindet, deren Leibesfrucht hernach langsam heranwächst. Es muss auch solche Käuze geben, die übrigens von bestimmten Kreisen der Wagner-gemeinde in hohen Ehren gehalten werden. Nicht minder kuriose Käuze sind die Friedrich Steppat und Zeno von Siengalewicz. Der erste schrieb ein Schauspiel *Des Kindes Frage* und eine Prophezeiung *Der bevorstehende Zerfall unserer Erde*, der zweite ein sozial-romantisches Schauspiel *Atlantis* /Dresden, Pierson/.

× **Erzählungen** ×  
Frau Anna Behnisch-Kappstein hat ihren jüngsten Geschichtenband *Das klingende Fliess* /Berlin, Wedekind/

nach der einleitenden Erzählung genannt. Diese Frau ist talentiert. Sie steht mit klugen Augen verirrt den Seelen gegenüber, hat nur ab und zu nicht den genügend subtilen Stil. Ich möchte ihr wünschen, dass sie ihre Probleme mit vorsichtigerer Sprache formulierte und mehr einer Erzählerschablone ausweicht, die bei einem Reinhold Ortman, einem Zolteltz, einem Zapp die Bände veranstaltet. Anna Kappstein weiss von seltenen Menschen, von Wesen, die jahrelang dumpf einhergehen, bis mit einem Schlage irgend welche Leidenschaft sie zündet; sie weiss vom leisen, verschwiegenen Verschrumpeln und Verkrüppeln der Seele, die gross sein könnte und glückstrunken, wenn die Verhältnisse ihren freien Flug nicht sperrten; sehr gut schaut die Verfasserin ins Innere der Natur, ihr Blühen und Werden, ihr Entschlafen und Kahlwerden. Was schon ihre Verse boten, Landschaften mit erfreuender Buntheit, das malt ihre Prosa in tüchtigen Farben.

×  
**Kurze Chronik** Der Dichter Ferdinand von Saar ist, 73 Jahre alt, gestorben. Ich liebte ihn, der kein Genie war, aber eine edle Form mit eigentümlich weicher Lebensanschauung verband. Es ist verwunderlich, dass Saar sich über seine Begabung Zeit seines Lebens täuschte und nach dem Ruhm des Tragikers rang, während er viel zu schwach für ein schroff aufstrebendes Drama war. × Seinen 75. Geburtstag hat Robert Schweichel, der sozialistische Dichter, begangen. × Eine volkstümliche Bibliothek von hervorragendem Werte hat der Verlag der *Deutschen Bücherei* in Berlin gegründet. Für den billigen Preis von 25 Pf. pro Band liefert er das Beste aus der deutschen Erzählliteratur in sehr gediegener Ausstattung und gutem Drucke. Von ähnlichen Unternehmungen unterscheidet sich diese Bücherei dadurch, dass sie auch die besten wissenschaftlichen Prosaautoren aufgenommen hat. So bringt sie in einem Bande Treitschkes schöne Essays über Lessing und Kleist, Erich Schmidts kundige Festworte über Gustav Freytag und Theodor Storm.

×  
**Literatur** *Der Kunst eine Gasse!* ruft William W a n e r durch den Verlag Hermann Seemann in die Welt. Er meint die Kunst

der Bühne, für die er, der Forderung nach, manch Gutes sagt, dem Worte nach in überflüssigen Hyperbolien sich versteigt. × Ebenfalls mit dem Theater beschäftigt sich Julius Bab in einer Broschüre *Wege zum Drama* (Berlin, Oesterheld). Wenn der Verfasser es lassen könnte, jede seiner ganz klugen Einzelbeobachtungen immer wieder zu Allgemeinsätzen zu erweitern, dann könnte man seine Analysen der zeitgenössischen Dramatiker ertragen als immerhin nicht zu unterschätzende persönliche Äusserungen. Ein trotz der Gegenversicherung überhitzter Orakelton verstimmt indessen gegen den Kritiker Julius Bab.

MAX HOCHDORF

## Musik

### Musikfeste

Neben einer Reihe kleinerer Veranstaltungen lenkten vor allem das 42. Tonkünstlerfest des *Allgemeinen Deutschen Musikvereins* und das 83. niederrheinische Musikfest die Aufmerksamkeit auf sich. Bedeutendes gab es nirgends, aber manches Charakteristische in den Novitäten, wie in unserer Stellung zur älteren Kunst.

Bei den Modernen machte sich diesmal besonders auffällig der Mangel an innerer Originalität bemerkbar. Da ist auch nicht einer, der uns irgendwies Aussergewöhnliches zu sagen hätte. Wohl hat jeder seine eigene Physiognomie, und er treibt mit dieser oft noch einen Kultus, aber sie ist nicht ursprünglich, das möchte ich als die Grundschwäche bezeichnen: weil niemand eine Persönlichkeit hat, will jeder aus sich eine machen. Man merkt so häufig, dass der einzelne sich hier oder dort vielleicht stark geben könnte, dass er aber aus Furcht, nicht originell genug zu sein, sich anders gibt, wohl einheitlicher, stilgerechter, aber gemacht. Da ist auch nicht ein Thema, von dem man sagen könnte, es ist geworden, gewachsen; überall nur eine Zusammenstellung von kleinzügigen Motiven. Und wenn auch jeder darin Persönliches gibt, so entsteht doch in dem Nebeneinander vieler solcher Komponisten ein Gesamtbild, das durchaus der Physiognomie entbehrt. Da wird so oft der noch unerfüllte Wunsch wach, es möchte ein einzelner stark genug sein, dem Gesamtbilde seine Persönlichkeit aufzuzwingen.

Aus diesem Gesamtbilde erklärt sich vielleicht, dass so viel Musik getrieben

wurde, die sich von der absoluten so weit entfernt, die mehr oder weniger programmässig etwas darstellen will. Man muss zugeben, sobald der Künstler sich ganz an einen Begriff, eine Vorstellung anklammert, ist er stark: er erreicht, was er will. So ist in erster Linie das Werk *Delius' Sea-drift*. Wie das Vorbild es verlangt: eine einheitliche Stimmung, ein einziges Weltentreiben, kein prägnanter Gedanke darf sich lösen, sich entwickeln, ein Schweben ohne Form, ohne Gipfel. Dem Wesen nach ähnlich, Weingartners Chöre *Traumnacht* und *Sturmhymnus*, doch in einem entgegengesetzt: vertritt Delius eine Art Programmmusik, die in der Stimmung direkt das Erreichen will, was das Bild erreicht, so glaubt Weingartner, dadurch wirken zu können, dass er naturalistisch das Bild nur wiedergibt, und dieses Bild, nicht eigentlich die Musik, soll den künstlerischen Vorgang, die Auslösung der Stimmung, herbeiführen. Und hier zeigt sich die Ohnmacht des Künstlers: sein Hymnus zum Beispiel erweckt nicht entfernt die Intensität des Fühlens, wie ein wirklicher Sturm; er ist eher eine Photographie des Sturmes.

Musikalisch höher stehen nur die Werke der absoluten Kunst, obwohl da der Mangel an Erfindung viel mehr in den Vordergrund tritt. Dagegen muss hier hervorgehoben werden, was der Vorzug so vieler Modernen ist — oder macht die Gewohnheit es nicht mehr zum Vorzug? —, dass das technische Können auf ganz beträchtlicher Höhe steht. Welche Vielseitigkeit an instrumentalen Effekten, welche Erweiterung der Klangskalen, wie wächst das Ausdrucksmittel des Rhythmus! Das macht den Wert aus von Mahlers VI. Symphonie, während ebendort auch der Mangel des Werkes seinen Ursprung hat: lohnt es sich, so raffiniert sich auszudrücken, wenn es nicht Grosses ist, was man zu sagen hat? Oft möchte es einem vorkommen, als ob Mahler dieses Können nur zur Schau trägt, nur damit spielt. Da erscheint mir fast wertvoller die geistreiche Komposition Neitzels *Das Leben ein Traum* und das Streichquartett Kauns, obgleich diese als Persönlichkeiten in diesen Werken Mahler nicht erreichen.

Als instrumentale Klangstudie — aber nur als das — möchte ich Marteaus Lieder mit Streichquartett anführen.

Bei den Wiedergaben älterer Meister ist bemerkenswert, dass die Pflege Bachs und Brahms' in stetigem Steigen begrif-

fen ist. Die Bevorzugung Mozarts und Schumanns erklärt sich wohl aus deren Jubiläen. Ich werde auf diese bedeutungsvolle Erscheinung der Geschmacksrichtung noch zurückzukommen haben.

× **Kurze Chronik** Der grosse Gesanglehrer und Erfinder des Kehlkopfspiegels Manuel Garcia ist in London gestorben. × In Berlin starb Felix Dreyschock, Komponist und Klavierpädagoge. × Eine *Brahmsgesellschaft* ist in Berlin in der Bildung begriffen.

× **Literatur** Auf dem letzten musikpädagogischen Kongress hielt Karl Storck einen

Vortrag *Die kulturelle Bedeutung der Musik*, 1. *Die Musik als Kulturmacht des seelischen und geistigen Lebens*, der jetzt bei Greiner & Pfeiffer in Stuttgart im Druck erschienen ist. Der Verfasser versucht, die Musikgeschichte in ihren einzelnen Abschnitten auf Formeln zu bringen. Er zeigt, wie neben die ältere rein sinnliche Musik das seelische und wissenschaftliche Moment tritt, wie im Mittelalter sich die Musik gewissermassen als soziale Kunst entwickelt, wie die Renaissance das Individuum in den Vordergrund drängt, wie in diesem Bestreben das XVII. Jahrhundert nachlässt, um in Mozart den reifsten Vertreter der wieder rein sinnlichen Kunst hervorzubringen, bis Beethoven den entscheidenden Schritt tut, und durch völlige »Entsinnlichung der Musik« das Individuum wieder dominieren lässt und mit diesem Bestreben das ganze XIX. Jahrhundert in die von ihm eingeschlagene Bahn drängt. Die Art, wie Storck die Darstellung vornimmt, durch rein ästhetische Behandlung der künstlerischen Wirkung, erscheint mir nicht ganz geglückt; zumal die Gegenüberstellung von Sinnlichkeit und Seele, Begriffe, die sich doch kaum direkt gegenüberstehen, schafft wenig Klarheit. Immerhin dürfte man das Werken als Anregung wohl empfehlen. × Ist Storck mehr Schriftsteller, so zeigt sich Mario Pilo (*Psychologie der Musik*, deutsch von Pflaum, /Leipzig, Wigand/) als Gelehrter. Wer die Schwierigkeit der Erforschung musikpsychologischer Probleme kennt, weiss, was man überhaupt von einem derartigen Werk erwarten darf. Jede psychologische Erkenntnis des Geniessens hat ihre natürlichen Grenzen: Angenommen, man möchte das Geniessen feststellen als eine bestimmte

Wellenbewegung in den Nerven, so ist damit doch noch ganz und gar nicht erkannt, warum diese Bewegung gerade ein Gefühl der Lust ist; man mag feststellen, dass harmonische Töne ein besonderes Verhältnis der Schwingungszahlen aufweisen: ein Warum des Schönen ist auch damit nicht gefunden. So kann schliesslich nur eine Psychologie der Musik in der Feststellung von Erscheinungen bestehen, ein Erklären gibt es nur sehr beschränkt. Auch die Darstellung Pulos ist mehr eine Erörterung der Probleme, als der Versuch einer Lösung. In der Vielseitigkeit, mit der er zum Beispiel in den Abschnitten *Die Musik und die Sinne*, *Das Fühlen*, *Das Denken* fast alle Möglichkeiten erschöpft, ist er recht anregend und fesselnd. X Hermann Zumpes *Persönliche Erinnerungen nebst Mitteilungen aus seinen Tagebuchblättern und Briefen*, mit Geleitwort von Possart, /München, Beck/ sind eine interessante Plauderei mit einem gediegenen Künstler. Eine Persönlichkeit gibt einen Teil ihrer künstlerischen Weltanschauung: Gedanken über Komponisten, Urteile über Werke, Aphorismen und Einblicke in ein schön geführtes Musikerleben. Man erwarte keine Enthüllungen, mit Recht aber einen ästhetischen Genuss. ERNST AARMANN

## DIVERSA

### Bücher

**Siegfried: Die preussischen Wahlkreise** Die bei Eröffnung der letzten Landtagssession angekündigte, inzwischen ausgeführte Absicht der preussischen Regierung auf Einbringung einer Vorlage wegen Teilung einiger übergrosser Wahlkreise, hat den bekannten Königsberger Statistiker Professor Siegfried veranlasst, aus einem grösseren Werke über das preussische Landtagswahlrecht einen Teil bei Gustav Fischer in Jena vorweg zu veröffentlichen. Siegfried erachtet die gegenwärtige Einteilung der Wahlkreise als den Hauptkrebsschaden des Dreiklassenwahlsystems, demgegenüber all das Schlechte, das diesem System von seinen Gegnern nachgesagt wird, gar nicht in Betracht kommt. Gewiss ist die Wahlkreiseinteilung aus dem Jahre 1860, die heute noch gilt, eine schreiende Ungerechtigkeit, und man kann Siegfried nur beistimmen, wenn er sein Urteil dahin zusammenfasst: »In den meisten Fragen brutalisieren die Vertreter der Wahlkreise, welche nur eine Minderheit des Volkes enthalten, die Wahlkreise, welche

die Mehrheit des Volkes darstellen. Kann es ein ungerechteres, ein unwürdigeres, ein unsinnigeres Verhältnis geben?« Aber Siegfried überschätzt denn doch die preussischen *Volksvertreter*, wenn er glaubt, die Regierung würde durch einen energischen Appell an ihr Gerechtigkeitsgefühl eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Neueinteilung der Wahlkreise durchsetzen können. Selbst, wenn die Regierung den ersten Willen dazu hätte, würde sie dies Ziel nicht erreichen. Das haben die Herren von der Rechten und auch die Nationalliberalen mehr als einmal erklärt. Siegfried empfiehlt in seiner lesenswerten Schrift ein »System der beweglichen, das heisst sich selbsttätig den jeweiligen Verhältnissen anpassenden Wahlkreise«. In-Betreff des Dreiklassenwahlsystems, der öffentlichen Stimmabgabe und der von den Urwählern zu vollziehenden Wahl der Wahlmänner soll zunächst alles beim alten bleiben. Dagegen soll für jede Provinz nach Massgabe der Bevölkerung die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten festgesetzt werden, die Abgeordneten selbst sollen im Verhältnis zu den auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen auf diese verteilt werden. Allerdings würde die Wahl dadurch sehr vereinfacht werden, auch würde eine gewisse Berücksichtigung der Minoritätsparteien stattfinden, aber von einer gerechten Vertretung könnte auch dann noch keine Rede sein, denn, solange das Dreiklassenwahlsystem besteht, wird die Zusammensetzung des Landtags stets eine plutokratische sein.

In der Praxis sind die Vorschläge Siegfrieds belanglos; sie finden weder die Zustimmung der Herrschenden, die von einer Wahlreform überhaupt nichts wissen wollen, noch die des Proletariats, das ganze Arbeit machen will. Den Hauptwert der Schrift vermag ich daher nicht in den positiven Vorschlägen, sondern in der vernichtenden Kritik der Wahlkreiseinteilung zu erblicken. Inzwischen werden die Debatten des Landtags den Verfasser wohl davon überzeugt haben, dass Gründe, und mögen sie noch so durchschlagend sein, auf die Landtagsmehrheit ohne Einfluss bleiben. Von seinem Vorschlag ist im Landtag überhaupt nicht die Rede gewesen, seine Kritik der Wahlkreiseinteilung ist nur ganz nebenher von einigen Rednern der Linken gestreift worden. Die preussischen Gesetzgeber wollen bekanntlich nicht belehrt werden. PAUL HIRBOH